

Die Neue Gesellschaft

Herausgegeben für
die Friedrich-Ebert-Stiftung von
Holger Börner
Klaus Harpprecht
Johannes Rau
Carola Stern
Hans-Jochen Vogel

Frankfurter Hefté

Redaktion
Peter Glotz
(Chefredakteur)
Norbert Seitz
(verantwortlich)

Ständige Mitarbeit
Klaus Bloemer
Tilman Fichter
Eve-Marie Kallen
Christine Pries
Hans-Joachim Schabedoth
Uli Schöler
Johano Strasser

Redaktionsbeirat
Frank Benseler
Jürgen Burckhardt
Gottfried Erb
Iring Fettscher
Horst von Gizycki
Martin Greiffenhagen
Norbert Greinacher
Reinhard Höppner
Reimut Jochimsen
Tomas Kosta
Ferdinand W. Menne
Thomas Meyer
Susanne Miller
Peter von Oertzen
Richard Schröder
Wolfgang Thierse

9 1994
41. Jahrgang

Inhalt

771 Editorial

Aktuelles

- 773 KARL-HEINZ KLÄR
Das *Vision Thing*
783 KLAUS BLOEMER
Verstörte Brüder und Schwestern
786 ANNA KREIKEMEYER
Die Grenzen des Zerfalls
792 ZELJKO VUKOVIC
Ejup Ganic – Eine Skizze

Thema:

- Neue konservative Intelligenz**
794 CLEMENS-PETER HAASE
Die Rehabilitierung des
Konservatismus
800 MICHA BRUMLIK
Arnulf Baring und der
abenteuerliche Realismus
804 BERND MOSEBACH
Michael Wolffsohn:
Deutsch, jüdisch und Patriot
808 HANS-ULRICH WEHLER
Ernst Nolte und die
Kontinuität der Unbelehrbarkeit
815 BERND WITTE
Botho Strauß – der *Idiot*
in der Mediengesellschaft
819 THOMAS NOETZEL
Anmerkungen zum Weltbild
und Wollen Wolfgang Schäubles
824 ARMIN PFAHL-TRAUGHER
Ullsteins Beiträge zu einer
nationalkonservativen
Tendenzwende
830 WOLFGANG KOWALSKY
Comeback oder Abgesang
der Rechtsintellektuellen?

Kontrovers

- 835 ANNE HAMILTON
Frauen in der Defensive?

Kultur

- 838 PETER BRANDT
Deutsche Identität
843 SIBYLLE QUACK
Brauchen wir Patriotismus?
848 TILMAN KRAUSE
Friedrich Sieburgs Widerruf
und Neubeginn

Kritik

- 853 OLIVER LEPSIUS
Katholische Intellektuelle
in der Weimarer Republik
857 JACOBUS DELWAIDE
Repräsentiert Palermo
die Zukunft Moskaus?
858 JÜRGEN BAUMGARTEN
Mythen des Realsozialismus
860 PETER KERN
Was heißt Rassismus?
861 JOHAN STRASSER
Verteidigung des Nichtwählers
863 RENATE WIGGERSHAUS
Zbigniew Herberts Reisen
durch Holland
864 Zu den Autorinnen und Autoren
864 Impressum

Titelfoto: dpa/Knefel

Beilagenhinweis:

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage der Loseblattzeit-
schrift „Der Reden-Berater“, Bonn, bei.

Editorial

Ein heißer Sommer ist übers Land galoppiert und hat den mit glanzvollen Tagen nicht verwöhnten Deutschen die Politik ausgetrieben. Gut, Rudolf Scharding hat auf der Spur Johannes Raus eine »Sommerreise« gemacht, und BONN DIREKT hat – wie immer – die Protagonisten in ihren Ferienquartieren interviewt. Am ärmlichsten argumentierte Klaus Kinkel, auf Juist mit geblähter Jacke am Strand. Das Land ist pleite wie nie – und der Vorsitzende einer »staatstragenden« Partei fordert mit forcierter freundlichem Gesichtsausdruck die Überprüfung des Solidarbeitrags und die Abschaffung der für die Gemeinden gänzlich unentbehrlichen Gewerbesteuer. Das ist so seriös wie der Werbe-Gag eines 31jährigen Münchener Bundestagskandidaten aus Kinkels Truppe. Der Yippie ließ sich im Body, auf dem Hintern liegend, die stacheligen Beine in den Himmel reckt, ablichten. Das Vorbild war ein fleischiges Covergirl in schwarzen Strapsen. Gibt es noch einen Unterschied zwischen Politikern und Clowns? Die Leute bezweifeln es mehr und mehr. Vier Wochen mediterrane Hitze drangen tiefer als das drittklassige Hickhack um rote Socken; man muß es verstehen.

Dabei ist Deutschland in der Bredouille. Die Lage ist, nach dem berühmten Wort des alten Indianers Adenauer, ernster als je: hohe Arbeitslosigkeit, hohe Staatsverschuldung, unbewältigte Wende-Zeit, eine tiefe strukturelle Krise. Der Übergang von der Industrie- zur Informationsgesellschaft ist so radikal wie der von der Agrar- zur Industriestruktur. Wir zahlen weit mehr für Zins und Tilgung als für Investitionen, der Forschungshaushalt des Bundes ist seit 1982 um 18,3 Prozent gesunken. Wenn es noch vier Jahre so weitergeht wie bisher, droht eine deutsche Variante des Berlusconismus. Besteht die Hoffnung, daß ein dunkler September die Nachdenklichkeit fördert? Es müßte wohl noch etwas dazukommen. Es wäre falsch zu sagen, daß das Volk auf ein Lösungswort wartet. Aber ein Roosevelt-Ruck – der dringend nötig wäre – kann nur durch eine starke These ausgelöst werden. Von wem wird sie kommen?

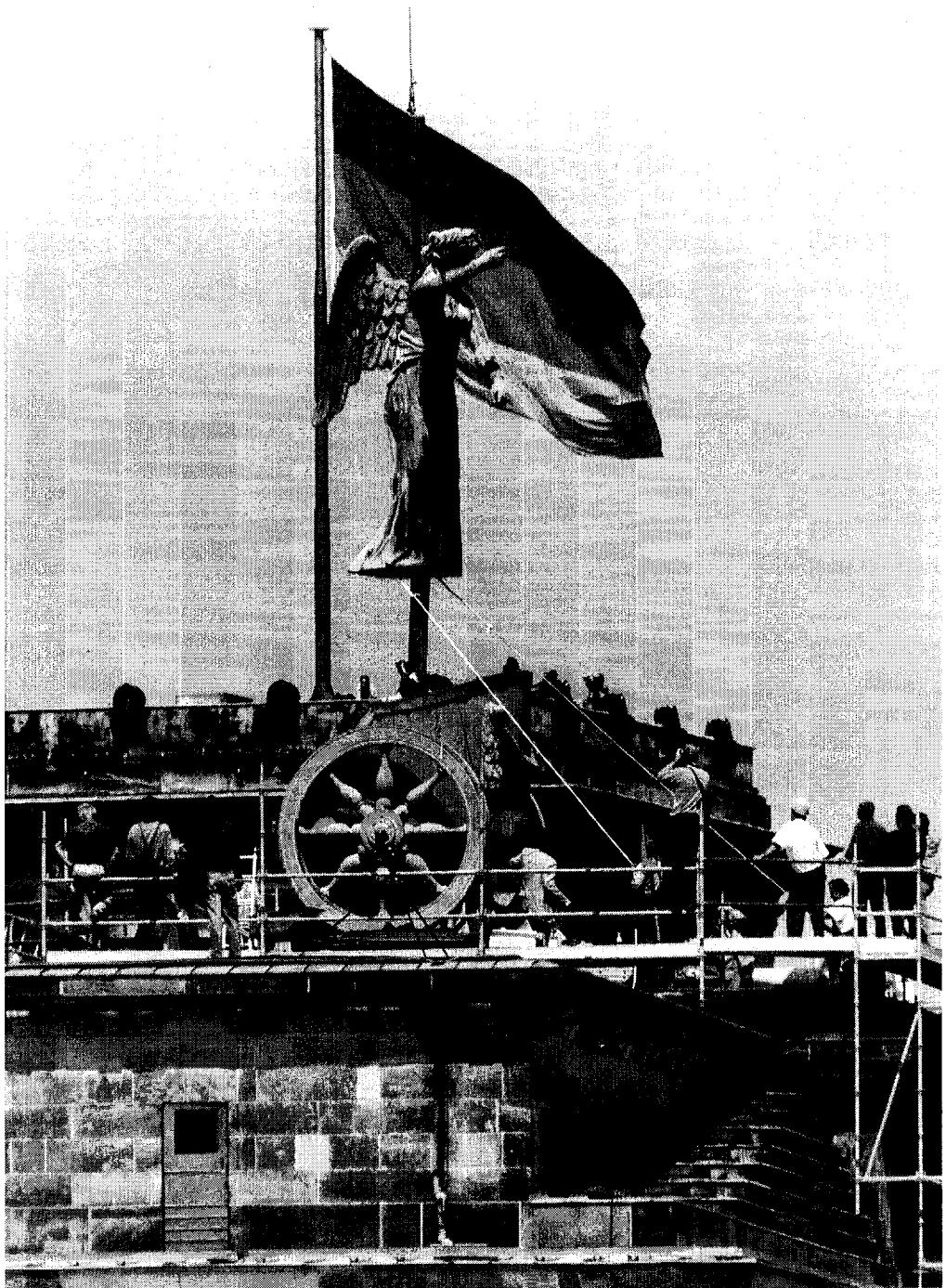
Möglicherweise von der neuen konservativen Intelligenz, der wir in der September-Ausgabe ein großes Kapitel gewidmet haben –

Nolte, Strauß, Baring, Wolffsohn *e tutti quanti*? Leider fehlen Hans-Peter Schwarz und Günther Rohrmoser, die in diesem Herbst zwei dicke Wälzer publizieren; die beiden Bände kamen für diese Ausgabe zu spät. Der Tradition gemäß bemühen sich unsere Autoren um scharfe Argumente, meiden aber Denunziation und Häme. Noch versteckt die massive Silhouette der Riesenschildkröte Kohl die neue Union. Jedoch werden die pragmatischen Geschäftsführer vom Typus Rüttgers und Bohl die dezionistischen Sehnsüchte der konservativen Vordenker kaum bändigen können. Für die Linke ist es ein Jammer, aber es ist wahr: Ullstein und Siedler sind heute prägender als Piper und Hanser. Selbst Suhrkamp und der SPIEGEL schlingern wie unschlüssige Fahrer auf glitschigem Grund. Wenn das aber schon für Deutschland gilt – wen wundert es da, wenn in Bosnien, Algerien oder Georgien unberechenbare Condottieri aufsteigen? Zeljko Vukovic beschreit einen: Ejup Ganic.

Dieses Heft beginnt mit einem halb gequälten, halb amüsierten Aufschrei eines zum Pragmatiker geläuterten linken Soziologen. *Karl-Heinz Klär* – der Amtschef des Ministerpräsidenten Scharding und langjährige Büroleiter Willy Brandts – analysiert den Drang der deutschen Linken zu Visionen. Der SPIEGEL hat eine Kurzfassung dieses Essays publiziert. Der nach Mainz verschlagene saarländische Arbeitersohn Klär behauptet, daß Deutschland eher unter einem Handlungs- als unter einem Ideendefizit leide. Richtig daran ist, daß vieles unbestreitbar Notwendige undurchsetzbar zu sein scheint. Aber wäre uns mit dem, was eine Mehrheit inzwischen als notwendig erkennt, schon geholfen?

Das Mitglied unseres Redaktionsbeirates, *Peter von Oertzen*, tritt in das ein, was man früher das biblische Alter nannte: er wird 70. Jahrzehntelang hat er, als einer der theoretischen Köpfe der SPD, im Vorstand seiner Partei für einen schöpferischen Reformismus gefochten, kompromißlos-antitotalitär, kompromißrisch-antikapitalistisch. Die Redaktion gratuliert.

Peter Glotz



Brandenburger Tor wieder mit Quadriga

Foto: dpa/Kumm

Aktuelles

KARL-HEINZ KLÄR Das *Vision Thing*

Helmut Thoma liebt Geschichten, eine besonders. Er schreibt sie Franz Vranitzky zu, und sie geht so (die Wiener Sprachfärbung bitte hinzudenken): »Visionen? Wer Visionen hat, gehört ins Irrenhaus.«

I.

Der österreichische Bundeskanzler hat die Urheberschaft an der Pointe von sich gewiesen. Böse ist sie, doch ihre Bosheit hilft voran, sie führt mitten in ein erstes Problem. Nach dem »Collins« bedeutet das englische *vision* Sehvermögen, auch Weitblick, an dritter Stelle Gesicht im Sinne von Eingebung oder Erscheinung, schließlich Vorstellung. Da ist guter Rat teuer. Also, was ist das *vision thing*, zu dem George Bush nichts einfiel, weshalb er nach einer verbreiteten Lesart prompt die Wiederwahl verpaßte? Was ist es, was im Umkehrschluß Bill Clinton gehabt haben muß, sonst hätte er die Wahl ja nicht gewonnen? Was ist es, was Rudolf Scharping abverlangt wird, will er gegen Helmut Kohl im Oktober '94 siegen?

Ich denke, Sehvermögen kann man gelten lassen, ohne Sehvermögen geht die Chose nicht (um so weniger, als der Kanzler angeblich immer besser sieht). Aber über Sehvermögen allein kann ich kein Stück schreiben.

Weitblick ist schon gehaltvoller. Weitblick, da werden Sachverständ und Übersicht zusammengebunden, die Wahlkampf-Fuzzis sagen, darin könnte glatt eine »Philosophie« liegen – also vielleicht ist es das? Für den Augenblick behalten wir Weitblick im Sinn.

Gesicht, das ist die Erscheinung, die Thoma an das Irrenhaus und mich an Hildegard von Bingen gemahnt – wir könnten ohne Zögern zur nächsten Bedeutung übergehen, wenn ich nicht einen Verdacht hegte. Ich vermute, manche hätten von Rudolf Scharping, von der Sozialdemokratie, von einer Regierung der Linken in der Tat gerne mehr als nur eine anständige Politik, nämlich eine Eingebung, einen Wurf, etwas, was nicht bloß gedacht, berechnet, gewogen ist, sondern auch geahnt, gewagt, geäußert.

Nun gebe ich gerne zu, daß ich auch nicht mehr so sicher bin, wie ich einmal war, was richtig ist und was falsch. Doch im Kern kein

Vertun: *Universalia sunt nomina post rem*. Der Idealismus, der deutsche zumal, bleibe außen vor, wenn Politik angesagt ist. Wer das Raunen mag, soll in den Wald gehen, für Erscheinungen ist Lourdes zuständig, wo unsereiner rät, bleibt die Vorsehung abgeschafft.

Wenn eine Vision sein soll, dann bitte in dieser Fassung: *eine Vorstellung mit Weitblick und Wirklichkeitssinn*. So viel dürfen wir in der Tat von der Sozialdemokratie verlangen, nachdem sie zwölf Jahre Zeit hatte, sich aufs erneute Regieren vorzubereiten.

II.

Rudolf Scharping hat auf dem Essener Parteitag im Juni 1993 gewitzelt, noch wichtiger als eine neueste Vision sei eine politische Mehrheit, um endlich die Reformen ins Werk zu setzen, die gedanklich der letzten oder vorletzten Vision entstammten. Das war nicht ganz so gefühllos, wie es klang, kein Abgesang auf Anliegen des Herzens, sondern eine Mahnung: Woran es der Partei zuletzt mangelte, das waren die Machtmittel und der Wirklichkeitssinn, weitblickende Vorstellungen zu verwirklichen; was nicht fehlt im Arsenal, sind Visionen.

Zwar stimmt es, daß die alte Sozialdemokratie den Begriff der Vision scheute. Friedrich Engels hatte ihr die Richtung »von der Utopie zur Wissenschaft« gewiesen, Eduard Bernstein sie später, die Dinge überspitzend, gelehrt, daß der Weg der demokratischen und sozialen Reformen alles und das Endziel nichts sei. Es entstand so ein Habitus, mit dem Utopien oder Visionen sich nicht vertrugen. Und doch gab es sie. Der *grand soir*, der Kladderadatsch, die Revolution als Überwindung von Klassenstaat und Klassengesellschaft waren welche seit dem 19. Jahrhundert; in den 20er Jahren begeisterte der Wurf einer umfassend technisierten, durch rationalisierten Welt befriedigter Bedürfnisse die Linke; und in den 50er Jahren machten ähnliche Hoffnungen an der nivellierten Mittelstandsgesellschaft im goldenen Atomzeitalter fest, Chiffre für unbegrenzten Fortschritt in der Beherrschung der Natur und stetig wachsenden Wohlstand im Gefolge der 2. industriellen Revolution.

Als Willy Brandt im November 1984 öffent-

lich begründete, warum es 25 Jahre nach Godesberg Zeit sei für ein neues Grundsatzprogramm, ging er vorsichtiger zu Werk. Zuerst vergewisserte er sich des sozialdemokratischen Erbes und brachte die überkommene Hoffnung der Arbeiterbewegung auf den Begriff: »... eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, ohne Erniedrigung, ohne Not, eine Gesellschaft der Freien und der Gleichen, eine Gesellschaft, in der das gute Leben kein Vorrecht des Standes oder der Klasse mehr« sei. Danach umriß er den Auftrag der SPD in einem Bekenntnis: »Ob diese Welt eine friedliche werden wird, ob auch noch unsere Enkel ihre Luft atmen, ihr Wasser trinken können, ob auf ihr die sinnvolle Arbeit eine Chance hat und der Mensch, der mit ihr sein Leben bestreitet, das wird nicht zuletzt davon abhängen, wieviel Fortschritte wir Sozialdemokraten auf dem Weg zur gemeinsamen Sicherheit, zur Versöhnung mit der Natur, zur Humanisierung der Arbeit machen werden.«

Willy Brandt ist auf diese zweifache visiöne Zielbestimmung gerne zurückgekommen. An ihr lag ihm, an ihr sollte den Sozialdemokraten liegen, wenn sie nicht zu politischen Flickschustern werden und darüber geistig in Atemnot geraten wollen. Doch ohne Erläuterungen, Ergänzungen, Erinnerungen, kurz: ohne weitere Reflexion wird man ein Jahrzehnt später die Brandtschen Visionen nicht stehen lassen.

Zuerst war wohl klarzustellen, daß mit der »Gesellschaft ohne Ausbeutung, ohne Erniedrigung, ohne Not« eine Ordnung angestrebt wird, die die genannten Übel nicht zwangsläufig und systematisch ausbrütet – auf Grund von Beschaffenheit und eingeborener Dynamik. Brandt saß nicht der Einbildung auf, mit vernünftigen Institutionen und kluger Politik sei dem *individuellen* Unglück zu steuern. Diesem Irrtum kann, politische Redlichkeit vorausgesetzt, auch nur erliegen, wer immer schon den Gesellschaftsvertrag als Versicherungspolice mißverstanden hat.

Die zweite Erläuterung betrifft die Vermittlung zwischen Brandts Visionen und dem politischen Alltag. Hier ist der Ort des Wirklichkeitssinnes, einer Gabe – früher hätte man gesagt: des Himmels, denn ihr Vorhandensein und ihr Gebrauch sind unerlässlich, damit die Visionen nicht an der schnöden Welt zuschanden werden. Wenn auf dieser Welt überhaupt etwas Wirklichkeitssinn verlangt, dann sind es Visionen, Vorstellungen mit Weitblick. Wer alles beim alten lassen will, braucht nicht zu wissen, was genau und wie beschaffen das Alte ist. Wer aber die Verhältnisse ändern will, der muß sie erst wirklichkeitstreue interpretieren. Die Welt als Wille und Vorstellung – oder auch wie

neulich einer spottete: die Welt als Wille *ohne* Vorstellung – das ist für eine Partei der Bewegung und Reform eine karnevalistische Betrachtungsweise. Um zu glauben, der dieser Betrachtungsweise eingeborene Idealismus sei links, muß man einen Silberblick haben.

Brandts Zielbestimmung ist nicht nur zu deuten, sie ist auch zu ergänzen. In die Beschreibung der angestrebten gesellschaftlichen Ordnung gehört hinein, was die wesentliche Erkenntnis aus dem Zusammenbruch des Sowjet-systems ist: daß eine Gesellschaft der Freien und der Gleichen soziale Sicherheit, einerseits unmißverständlich hochhalten muß und, andererseits, eisern so zu organisieren hat, daß jenes Regime der organisierten individuellen Unverantwortlichkeit, das der Kommunismus im Kern war, nicht zum Wiedergänger wird. Die Freien und Gleichen müssen auch Selbständige sein *und als solche* gemeinschaftsfähig – gewiß nicht alle oder überwiegend als Selbständige im Sinne des Arbeitsvertrages, wohl aber im Sinne von Unabhängigkeit und Charakter: die Jungen so früh die Erziehung und die Alten so lang die Gesundheit es erlaubt.

Die zweite Ergänzung ist eher eine Erinnerung. Wer sich entsintzt, was Willy Brandt in den 80er Jahren zur Zukunft der Arbeit gesagt und geschrieben hat, der kennt die Bedeutung, die er einer Reform beimaß, die Intelligenz, Motivation und Initiative, Wissen und Erfahrung der Werktätigen fördert, statt all dies zu behindern, zu vergeuden oder ungerührt veralten zu lassen. Die Verwirklichung dieser Reform gehört nun in die Vision einer Welt der humanisierten Arbeit ebenso hinein wie die Vorstellung einer lebhaften Konkurrenz – ohne Konkurrenz kult freilich, d. h. ohne die kriegswissenschaftliche Aufmotzung des Wettbewerbs und seine Anbetung.

Am zivilen Wettbewerb möglichst vieler Köpfe – nicht Waffen – und seinen Ergebnissen hängt die Zukunft, national wie international. Hier tun zwei weitere Erinnerungen not, sie handeln beide von Irrtümern der Linken, also von unseren, die verarbeitet sein wollen.

Der erste Irrtum griff am Anfang dieses Jahrhunderts um sich. Er lautete, der in Kartelle, Syndikate und Trusts vermachte Kapitalismus sei am Ende seiner produktiven Möglichkeiten angelangt, nur noch der Übergang zu sozialistischen Produktionsverhältnissen eröffne neue Entwicklungschancen. Die Prägekraft dieser Fehldeutung ist kaum zu überschätzen. Ihr haben Millionen und Abermillionen von überzeugten Kommunisten, aber auch Sozialisten und antikolonialistischen Revolutionären vertraut und sind in die Irre gegangen.

Keine Sorge



Mit dem richtigen
Partner hat die
Sicherheit Vorfahrt.

Unverhofft kommt oft:
Mit einer Autoversicherung der
Volksfürsorge kommen Sie
finanziell nicht ins Schleudern.

Volksfürsorge
Versicherungen

Ja, ich will die Sicherheit rund ums Auto und interessiere mich für die Volksfürsorge-Autoversicherung.

Ich bin am besten zu erreichen: Wochentags: _____ Uhrzeit: _____

Name: _____ Straße: _____

PLZ/Ort: _____ Tel.: _____

Bitte senden Sie diesen Coupon an:

Volksfürsorge-Versicherungsgruppe · Abt. KD · An der Alster 57-63 · 20099 Hamburg

Tatsächlich hat, anders herum, die rechts- und sozialstaatlich zivilisierte Wettbewerbswirtschaft beachtliche Lebenskraft bewiesen, während die Verstaatlichung der Arbeiterbewegung und des sozialistischen Emanzipationskampfes in einer Sackgasse endete. Dieser Systemkonflikt ist entschieden.

Der zweite Irrtum war besonders wirkmächtig in den 60er und frühen 70er Jahren. Er lautete, der Reichtum dieser Welt und die produktiven Möglichkeiten ihrer Volkswirtschaften genügten, allen Menschen ein auskömmliches Dasein zu gewährleisten; daß es nicht so sei, liege an der systembedingten Vergeudung materieller wie geistiger Ressourcen und der ungerechten Verteilung. Es geht mir jetzt nicht um die Trifigkeit der implizierten Kritik (nach wie vor ist an ihr einiges dran), sondern um die These: Sie war 1970 falsch, sie ist 1994 immer noch falsch, denn sie läßt Bevölkerungsexploration und Überbevölkerung außer acht und übersieht oder unterschlägt die Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen.

In Wahrheit ist der Wohlstand auf industrieller Basis ein zerbrechliches Gebilde. Die noch kaum gebremste Vermehrung des Menschen fördert seine Nachhaltigkeit nicht, sondern beeinträchtigt sie. Sie drückt nicht unerheblich in Richtung jener überkommenen Art wirtschaftlichen Wachstums, das gar nicht anders kann, als die natürlichen Lebensgrundlagen zu untergraben, dem objektiv Grenzen gesetzt sind und dem darum Grenzen willentlich gesetzt werden müssen, wenn nicht unumkehrbare Beschädigungen der Biosphäre eintreten sollen.

Es war folglich ein Irrtum zu glauben, die Menschheit sei, sozusagen, gattungsgeschichtlich schon über dem Berg. Zwar steht mit der hormonalen Empfängnisverhütung seit den 60er Jahren erstmals ein Mittel zur Verfügung, Bevölkerungswachstum ohne bedrohliche Eingriffe in die emotionale und körperliche Gesundheit von Frauen und Männern zu bremsen, ja anzuhalten. Und der religiöse Fanatismus, so scheint es, wird am Ende eine fallende Geburtenrate trotz obszöner Anstrengungen nicht aufhalten können. Aber jenes andere, qualitative Wachstum, von dem das Berliner Programm der SPD spricht und das nötig wäre, den Wohlstand der industrialisierten Welt Zug um Zug auf verlässliche Fundamente zu gründen, und darauf zu erweitern, es ist – in systematischer Form und in globalem Maßstab – noch ganz und gar zu vollbringen.

In die Reihe der Reflexionen aus Anlaß der Brandtschen Visionen gehört schließlich das Eingeständnis, daß am Ausgang des 20. Jahrhunderts kein emanzipatorischer Königsweg

mehr beschrieben werden kann. Daß die Verstaatlichung oder Vergesellschaftung der Produktionsmittel kein verlässliches Gegengift gegen die Übel der kapitalistischen Produktionsweise ist, wissen Sozialdemokraten, anders als andere Linke, seit langem. Jüngerer Datums ist die Einsicht, »daß die Funktionslogiken der gesellschaftlichen Teilsysteme nicht mehr prinzipiell durch Prozeduren der internen Demokratisierung ersetzt werden können«. Auch wenn die Betonung auf »prinzipiell« liegt, hat Thomas Meyer, von dem das Zitat stammt, damit mehr eingeräumt, als der Geltung des Grundsatzprogrammes guttut – auch mehr als sich mit visionärer Unschuld vertrüge. Denn nur bei oberflächlicher Betrachtungsweise kommen Visionen ohne Wegbeschreibungen aus. Tatsächlich nimmt ja die politische Phantasie nichts stärker gefangen als das, was radikal Besserung verspricht und einfach zu gehen scheint. Das angebliche Verschwinden der Visionen ist denn auch in Wahrheit eher ein Verschwinden der angeblichen Königswege und der sicheren Wegweisung, die sie vortäuschten.

Das also ist der Befund: Im Licht ernüchternder Erfahrungen und Erkenntnisse fällt es schwer, noch lauteren Herzens einen visionären Bogen zu spannen. Niemand braucht sich dafür zu entschuldigen – schon gar nicht bei jenen Kritikern, die gewohnheitsmäßig das Visionäre vermissen und ebenso gewohnheitsmäßig jeden Hinweis unterlassen, worin es bestehen könnte.

Kommt hinzu, daß in diesem Land, von der weiten Welt zu schweigen, so viel im argen liegt, daß sich auch ohne Vision allerhand politisch verbessern ließe.

III.

Und doch hat Willy Brandt recht. Die Güte seiner visionären Zielansprache spricht als erstes dafür, an ihr festzuhalten. In ihrer reflektierten Fassung ist sie kaum zu überbieten, sondern lediglich von Zeit zu Zeit in neue anschauliche Vorhaben zu gießen. Diese Qualität eignet ihr, weil der Visionär Brandt den Horizont der Linken schlüssig und großzügig ausgemessen hat. »What's left?« ist insofern eine überflüssige Frage.

Und nicht nur insofern. Denn was hat sich praktisch geändert? Erforderlich war die Linke, um die Menschen und ihre Köpfe frei, die Völker und ihre Beziehungen friedfertig und den Kapitalismus lebensverträglich zu machen. Erforderlich ist die Linke, weil nichts davon sich erledigt hat. Wie die Dinge liegen und die Welt beschaffen ist, sichert ihr der überkommene zivilisatorische Auftrag die Existenzbe-

rechigung auf lange und weltweit und zugleich den evolutionären Vorrang vor einer Rechten, die sich einmal mehr in Besitzindividualismus und Zynismus erschöpft. Diese zuversichtliche Prognose gilt jedenfalls der Sozialdemokratie und ihrer Internationale, dort den libertär mehr als den statistisch Gesinnten.

Kommt hinzu, daß die Selbstverständigung über den historischen Ort, über Auftrag, moralische Grundlage und visionären Treibsatz für eine Partei der Linken wie die SPD von Zeit zu Zeit unerlässlich ist, wenn sie nicht verloren soll à l'italienne. Daraus ergibt sich ein zweiter Grund, an der Brandtschen Zielansprache in der erläuterten Fassung festzuhalten.

Mehr ein Anlaß als ein Grund ist, drittens, die Gezeitenwende, die das Jahr 1989 gebracht hat, genauer: das aus ihr röhrende und ja nicht wegzuleugnende Bedürfnis so vieler in Politik und Gesellschaft, wieder festen Boden unter die Füße zu bekommen. Mehr ein Anlaß als ein Grund deshalb, weil – so sicher wie das Amen in der Kirche – der Krise der Linken nach 1989 nicht mit neuen Visionen abzuhelfen sein wird, seien sie noch so luzide. Die Verzweiflung muß tief reichen, wenn Asylantenheime brennen, Arbeitslosigkeit millionenfach das Leben zerstört, Bürgerkrieg und Völkermord alltäglich Schlagzeile machen – und gleichwohl ausgegerechnet von der Gewinnung neuer visionärer Gewißheiten das Heil erwartet wird. In Wahrheit handelt es sich hier um ein Krisensymptom mehr, und die Sozialdemokratie ist gut beraten, dem Eskapismus, der darin auch steckt, nicht auf den Leim zu gehen.

Auch sind weitere Diskussionen kaum erforderlich, um jene Vorhaben zu nennen, die unter den von Brandt gespannten visionären Bogen aktuell zu plazieren wären. Es gehört dazu der Aufbau Ostdeutschlands – wenn er eines Tages vollbracht ist, wird man das Ergebnis bestaunen und vermutlich sagen: So was können nur die Deutschen. Es gehören dazu die Vertiefung und Erweiterung der EUROPÄISCHEN UNION, ein Integrations- und Aufbauwerk ohne historisches Vorbild, wahrhaft eine große Vision, zugleich eine, für die sich Brot-und-Butter-Argumente ebenso leicht finden wie Erwägungen im Namen der Rose oder der Menschenrechte. Es gehört dazu die Reform der VEREINTEN NATIONEN, damit sie im 21. Jahrhundert endlich werden, als was sie bei ihrer Gründung in den 40er Jahren gedacht waren, eine mächtvolle Institution des internationalen Rechts und seiner Durchsetzung.

Die Verwirklichung der institutionellen Vorhaben in Europa und im System der VEREINTEN NATIONEN wird erleichtern, was an visionä-

ren Projekten zusätzlich anzupacken oder durchzuhalten ist, wenn die gattungsgeschichtlichen Risiken tatsächlich gemindert werden sollen. Vom Einhalt, der dem globalen Bevölkerungswachstum geboten werden muß, war schon die Rede; desgleichen vom Übergang zu Ökonomien des qualitativen, sozial- und umweltverträglichen Wachstums, was ohne sprühenden Erfindungsgeist und ohne ein durchdachtes System globaler Regulierungen nicht möglich sein wird.

Beide Projekte wären einfacher zu verwirklichen, wenn nicht nur die institutionellen Rahmenbedingungen auf die Höhe der Anforderung gebracht werden könnten, sondern auch in der geistigen Auseinandersetzung eine offenkundige, wenngleich viele bestürzende Tatsache hinreichend Anerkennung fände. Ich meine damit den Umstand, daß die Evolution des Lebens auf unserem Planeten, das menschliche eingeschlossen, nicht länger allein »der Natur« obliegt und auch nicht obliegen darf, wenn der Homo sapiens kein Fehlschlag werden soll. Da sich die letzten zweieinhalb Jahrhunderte nicht rückgängig machen lassen, kann die Alternative zum allfälligen Herumgepfusche am Prozeß der Evolution nicht mehr lauten: Finger weg! Dazu ist es fünf Milliarden Menschen zu spät. Statt dessen müßte es darum gehen, die Evolution zu meistern, sie bewußt in menschliche Regie zu übernehmen und sie nicht zu verderben.

Wie man sieht, läßt sich das Bedürfnis nach Visionen unschwer befriedigen. Vergeblich wäre dagegen der Versuch, zu einem Zustand voluntaristischer Unschuld zurückzukehren. Wer immer in diesen Zeiten einen visionären Bogen spannt, ruft Zweifler auf den Plan und wird erleben, daß selbst Wohlgesonnene, statt anerkennend zu nicken, eher die Schwierigkeiten anführen, die ihnen als Hinderungsgründe gegen die Verwirklichung des Vorhabens auf Anhieb eifallen. Die am lautesten nach Visionen rufen, sind die Skeptischsten, wenn ihnen welche genannt werden; man könnte meinen, weniger sei ausgeprägte Nüchternheit der Grund als vielmehr schlechtes Gewissen ange-sichts der Unzulänglichkeiten der herrschenden Politik – und des eigenen Versagens in ihrem Angesicht.

Das eskapistische Moment, das in der Klage über das Verschwinden der Visionen in der Politik steckt, hier enthüllt es sich. Selbst die argen Sprücheklopfer ahnen, daß sich auch, ja gerade über Visionen nicht mehr reden läßt ohne Wirklichkeitssinn und ohne Antwort auf die Fragen: Wie machen wir es? Wie versammeln wir genügend Aufmerksamkeit auf das Vorha-

ben? Wie organisieren wir Köpfe, Hände, Tat- kraft, Geld? *Wie eine Mehrheit* – eine parla- mentarische, bitte schön, denn demokratisch soll es ja wohl zugehen, und Recht und Gesetz sollen gelten. Weil diese Fragen unvermeidlich sind, selbst wenn es um Visionen geht, weil sich also auch auf diesem Weg die Welt nicht mehr fliehen läßt, Weltflucht aber die unausgesprochene Absicht ist und nicht etwa Hoffnung auf denkerische Gewaltakte, gibt es zwar ein Lamento über das Verschwinden der Visionen, aber keine Recherche.

Sofern es *nicht* um Weltflucht geht, son- dern um Verbesserung der Welt, liegt das Nahe näher als das Ferne. Das Nahe – wo Scharping recht hat, hat er recht – das sind die Reformvorhaben, die sich aus der letzten und vorletzten Vision ableiten. Ich erwähne für die Bundesrepublik nur drei, viel mehr läßt sich in einer vierjährigen Legislaturperiode auch schwerlich verwirklichen.

Mit Grund und Absicht zuerst die Reform von Steuern, Abgaben und staatlichen Transfers. Denn wer bestreitet, daß unsere einschlägigen Regelwerke mittlerweile mehr einem Irrgarten als einem System gleichen und das Erfordernis, ökonomisch/ökologisch/sozial verantwortlich und zukunftsträchtig zu steuern, weit verfehlt? Wer bezweifelt, daß ein neues System aufeinander abgestimmter Anreize her müßte, die zum Beispiel solches unternehmerisches Handeln befördern, das sich rentiert, wenn es Arbeit schafft und die Umwelt schon? Und wer glaubt daran, daß Helmut Kohl, Theo Waigel und Klaus Kinkel dieses Vorhaben ins Werk setzen werden?

Oder nehmen wir die lange überfällige Reform von Einwanderung und Integration. Klar, daß die Rechte nie ein Interesse an ihrer Verwirklichung hatte, denn was konnte ihr Günstigeres widerfahren, als diese brav malochende, stimmenlose Arbeiterschaft fremder Nationalitäten, in Krisenzeiten eine industrielle Reservearmee *comme il faut*, ein Heer populistisch leicht verwertbarer Sündenböcke obendrein? Daß die Linke das Thema so lange versäumte, ist schwerer zu verstehen, wenngleich zu erklären. Man muß sich dazu jene hochmütige Gedankenwelt vergegenwärtigen, in der einerseits galt: *Anything goes*, multikulti ist unser Ding, macht hoch das Tor – und andererseits: Nichts geht bei der Begrenzung der Zuwanderung, es sei denn, wir geben den Kern der Verfassung preis. Wo Wirklichkeitsverlust und Politikverzicht derart das Feld beherrschen, können nur Verdrossenheit, Lähmung und Niederlage das Ergebnis sein.

Wenn man sieht, wie es den Vereinigten

Staaten seit über zwei Jahrhunderten gelingt, aus der Einwanderung, der »Abstimmung mit den Füßen«, eine dauerhafte Bekräftigung der demokratischen Verfassung zu machen, dann mag man daraus eine Vorstellung gewinnen, wie es bei uns *auch* sein könnte. Aber es wird so nur werden, wenn die Einwanderung – wie in allen Einwanderungsländern – gesteuert wird und Integration das erklärte und anerkannte Ziel ist. Ich kann mir nicht vorstellen, wie anders dafür demokratische Mehrheiten zu erreichen und in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zu bewahren wären.

Als dritte Reform kommt mir die feste Verankerung von Fort- und Weiterbildung als vierter Säule des Bildungssystems in den Sinn. Von der Bedeutung dieses Vorhabens für Arbeit und Leben, Individuum und Gesellschaft wird später noch die Rede sein. Jetzt geht es mir vor allem um die Vision vom nachhaltigen Wirtschaften. Sie verlangt eine Reform der Industriegesellschaft von Grund auf, die Produkte, die Produktionsweise und die Reproduktion gleichermaßen umfassend. Eine solche Reform ist selbst bei gutem Willen nicht von heute auf morgen zu haben, aber sie wird unverantwortlich lange brauchen, wenn Theorie und Praxis, Erkenntnis und Verwirklichung nicht enger verbunden werden. Daß eine zielgerichtete Erweiterung des Bildungssystems, die dem erforderlichen Umbau der industriellen Gesellschaft gerecht wird, vielleicht sogar Vorschub leistet, zugleich zahlreiche andere Schwierigkeiten beseitigen oder mindern könnte, von den zu langen Studienzeiten in der universitären Erstausbildung bis zur mangelnden Konkurrenzfähigkeit auf umkämpften Märkten, sei nur am Rande erwähnt.

IV.

Vision und Reform, das ist meine – vorerst esayistische – Schlußfolgerung, gehen auch in den 90er Jahren sozialdemokratisch zusammen; an Stoff fehlt es nicht, um im Herbst mit Sinn und Verstand anzufangen.

Indes haben Einheitschock und zyklische Krise für Stillstand dort gesorgt, wo in entspannteren Tagen die Zukunft der Arbeit und die Zukunft der freien Zeit diskutiert worden war. Da für die am weitesten entwickelten Gesellschaften nach meiner Einschätzung keine Vision und keine Reform von größerer Bedeutung sind als die hierauf gerichteten, will ich diesen Bogen systematisch spannen: analytisch und programmatisch.

Arbeit ist der notwendige Preis des Überlebens, der Entwicklung und der Freiheit des

Menschen. Durch Arbeit erschließen wir die Kräfte und Schätze der Natur, knüpfen und pflegen wir die Netzwerke des persönlichen und gesellschaftlichen Lebens. Durch Arbeit erweitern sich Gesichtskreis und Fähigkeiten der Einzelnen wie der Gattung. Durch Arbeit überwinden wir die Schranken der Natur und der Notwendigkeit und eröffnen ein Reich der Freiheit. Arbeit ist Mittel zum Zweck und der Vorgang, dessen Gelingen über die Kultur und die Bewahrung der natürlichen Heimstatt des Menschen maßgeblich entscheidet.

Fortschritt auf diesem Feld verlangt in einem ersten Schritt die Anerkennung aller gesellschaftlich notwendigen und nützlichen Arbeiten. Es sollte gleichgültig sein, ob notwendige und nützliche Arbeit zu Erwerbszwecken getan wird oder unentgeltlich – sei es in Haus, Familie, Nachbarschaft oder (ehrenamtlich) in den Institutionen des sozialen und politischen Lebens. Wenn wir in einem demokratischen Gemeinwesen unserer Entwicklungsstufe menschenwürdig zusammenleben wollen, sind alle diese Arbeiten zwingend. Je günstiger ihre Voraussetzungen, Bedingungen und Erträge gestaltet werden können, um so weiteren Raum gewinnt das Reich der Freiheit und um so mehr wachsen Bereitschaft und Fähigkeit von Männern und Frauen zu freier Tätigkeit und Muße in der arbeitsfreien Zeit.

Fortschritt auf diesem Feld verlangt in einem zweiten Schritt, die gesellschaftlichen Verhältnisse so zu ändern, daß alle Männer und Frauen das Recht auf Arbeit einlösen und in der gewählten Arbeit ihr Auskommen finden können. Eine sozialdemokratische Reformregierung sollte die regelnden und steuernden Mittel des Staates in der Wirtschafts-, Finanz-, Bildungs-, Rechts- und Sozialpolitik so fassen und anwenden, daß das Angebot an Erwerbsarbeit jedenfalls nicht strukturell hinter der Nachfrage zurückbleibt und die in Partnerschaft und Kindererziehung unentgeltlich geleistete Arbeit gleichwohl das Recht auf eine materiell gesicherte Existenz begründet. Welchen notwendigen und nützlichen Arbeiten sich die Einzelnen dann widmen, ist keine öffentliche, sondern Privatsache. Die Möglichkeit aber, frei und ohne geldwerte Nachteile zu wählen und zu kombinieren, wäre zu schaffen.

Fortschritt auf diesem Feld verlangt in einem dritten Schritt Schlüsse aus der Einsicht, daß nicht alle Arbeiten, die getan werden, notwendig und nützlich sind. Sind sie nur überflüssig, kann man sie getrost unter den Kosten einer freien und toleranten Gesellschaft verbuchen. Verkürzen sie aber die Mittel staatlicher Vorsorge oder untergraben sie gar die sozialen

und natürlichen Lebensgrundlagen, sollte man darauf verzichten. Arbeit ist Mittel zum Zweck, kein Selbstzweck.

Eine sozialdemokratische Reform der Arbeit wird sinnvollerweise mit der Reform der Erwerbsarbeit beginnen. Dieser Vorrang ist lebenspraktisch begründet. Wen Erwerbsarbeit körperlich schädigt, geistig abstumpft und entmutigt, der wird weder zu solidarischer Arbeitsteilung in der Partnerschaft noch zu mündiger Mitwirkung an den Angelegenheiten des Gemeinwesens imstande sein. Und noch zu vieles, was in der freien Zeit getan wird, ist ja nicht wirklich frei gewählte Tätigkeit oder Muße, sondern dient bloß dem Ausgleich und der Heilung von Versagungen und Verletzungen, welche im System der Erwerbsarbeit den Betroffenen alltäglich zugefügt werden.

Die Leitlinien einer sozialdemokratischen Reform der Erwerbsarbeit sind Humanisierung, Qualifizierung und Demokratisierung. Ihre praktische Umsetzung erfordert einen neuen Gesellschaftsvertrag, auf dessen Grundzügen und arbeitsteilige Ausgestaltung sich öffentliche Hand und Tarifparteien verständigen müßten. Das sollte so schwer nicht fallen, denn die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Bundesrepublik hängt wesentlich von der Qualität, der Anziehungskraft und der Ergiebigkeit einer reformierten Erwerbsarbeit ab.

Eine Reform der Erwerbsarbeit wird den Beschäftigten eine freiere und ansprechendere Arbeitswelt eröffnen. Gleichwohl gibt es gute Gründe, auch in dieser Welt noch die Arbeitszeit zu verkürzen.

Kürzere Arbeitszeiten sind erforderlich, wenn das Volumen reformierter Erwerbsarbeit annähernde Vollbeschäftigung gestatten soll. Da es dumm wäre, die fortwährend durch bessere Maschinerie und Steuerung, Ausbildung und Arbeitsorganisation erreichbaren Produktivitätsgewinne zu verschmähen, da wir vielmehr gut beraten sind, das Gegenteil zu betreiben, führt an dieser Schlußfolgerung kein Weg vorbei. Solange die Verkürzung der Arbeitszeit nicht schematisch erfolgt, sondern Einfallsreichtum bewiesen und die beteiligten Interessen von Unternehmen und Beschäftigten sorgfältig ausgeglichen werden, ist dagegen auch nichts einzuwenden.

Schließlich erleichtern es kürzere Arbeitszeiten, daß die Regelung der politischen und gesellschaftlichen Angelegenheiten eine Sache der Bürgerinnen und Bürger selbst bleibt. So unabdingbar für den Erfolg der Unternehmen die Professionalisierung der Arbeit, so unabdingbar für das Gedeihen des Gemeinwesens die politische Beteiligung der – insofern nicht

professionellen – Bürgerschaft, der werktätigen zumal, die dafür Zeit haben muß. Was nützt eine florierende Wirtschaft, wenn die Demokratie mangels tätiger Demokraten in die Binsen geht?

Und dann gibt es noch einen Grund, die Arbeitszeit zu verkürzen: weil es erfreulich ist, wenn die von Notwendigkeit freie Zeit wächst und mit ihr die Möglichkeiten der Menschen zu freier Tätigkeit und Muße. Die gute Arbeit ist gewiß ein hohes Ziel, das gute Leben aber ist das größere, das ältere und würdigere. Man kann es auch härter sagen: Wenn die Sozialdemokratie die Zukunft der Arbeit und der freien Zeit denkt, dann sollte die Vision des guten Lebens der Freien und der Gleichen, siehe oben, der Wegweiser sein. Die *Fetischisierung der Erwerbsarbeit* muß fallen, sie wird uns sonst umbringen.

Jenseits der Reform der Erwerbsarbeit und der Arbeitszeitverkürzung bleiben Fragen offen, die in einer visionären und reformerischen Schau der Zukunft der Arbeit und der freien Zeit ebenfalls zu beantworten wären.

So wird Erwerbsarbeit ja nicht nur in abhängigen Beschäftigungsverhältnissen geleistet, sondern auch selbständig und freiberuflich. Von dieser Erwerbsarbeit war in der Diskussion der 80er Jahre fast nie die Rede, obwohl doch ihre Bedeutung für den wirtschaftlichen Erfolg des Landes und das Gemeinwohl außer Zweifel steht. Der Mangel mag damit zu tun haben, daß die Unzulänglichkeiten tayloristisch zerhackter Arbeitsprozesse einfacher und engagierter zu kritisieren sind als Unzulänglichkeiten z. B. bei Steuern, Abgaben oder bei der Kreditgewährung, wodurch Selbstständigkeit erschwert wird. Das ändert nichts daran, daß auch die selbständig geleistete Erwerbsarbeit Erleichterungen und Befreiungen verträgt und in einer Reform der Arbeitswelt nicht ausgeblendet werden darf.

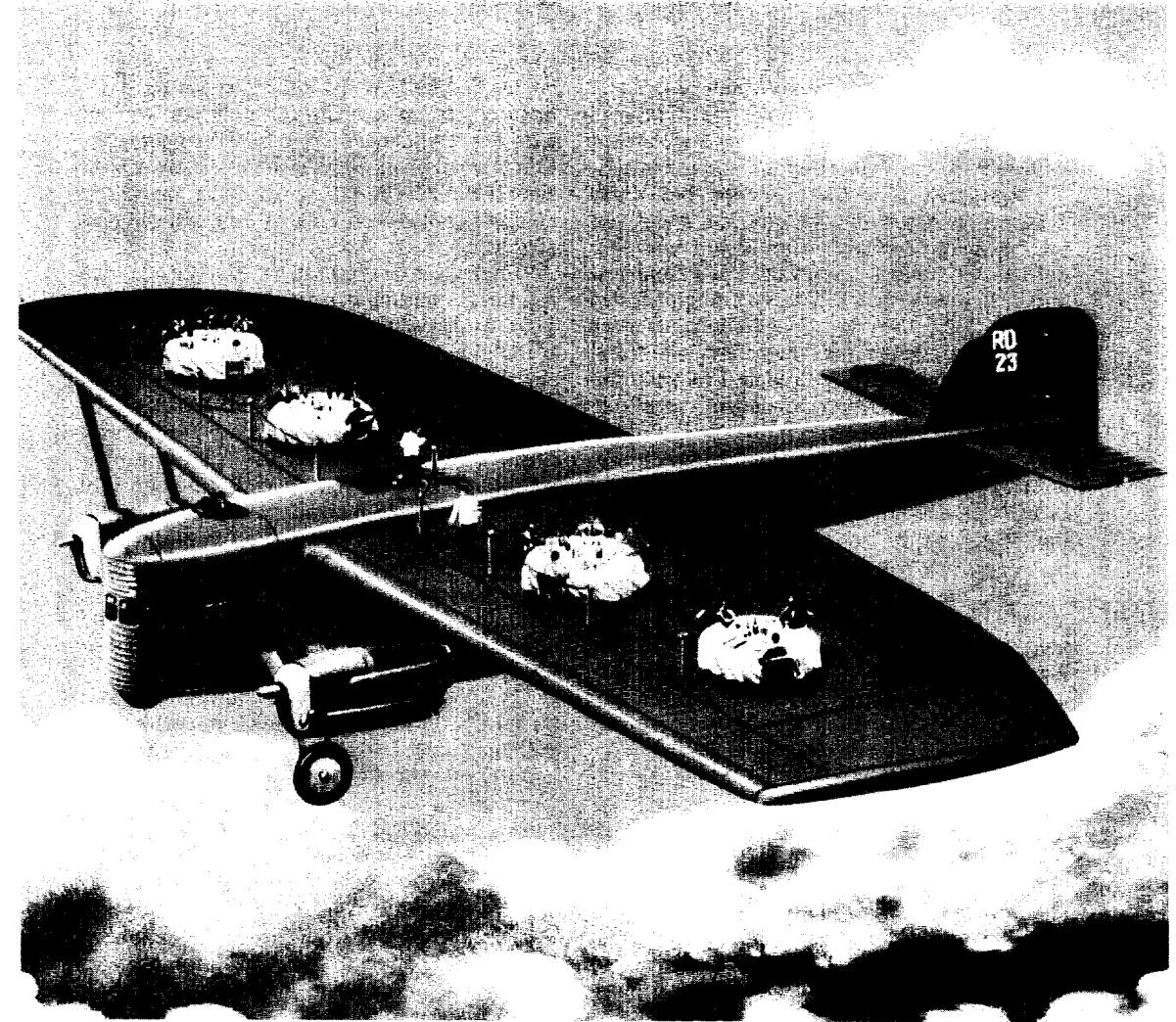
Das gleiche gilt für die notwendige und nützliche Arbeit, die diesseits des Erwerbsbereichs der abhängig oder selbständig Beschäftigten in Haus, Familie, Nachbarschaft, aber auch in den Einrichtungen des gesellschaftlichen und politischen Lebens *unbezahlt* getan wird. Das sind zwei große Brocken Arbeit, ohne deren Existenz das gesellschaftliche Leben schlicht auseinanderfiele – und nicht bloß empfindlich ärmer, kälter, weniger demokratisch wäre. Trotz ihrer schwerlich zu überschätzenden Bedeutung ist die notwendige und nützliche Arbeit, die nicht zu Erwerbszwecken geleistet wird, immer ein Stiefkind der Debatte über die Zukunft der Arbeit gewesen, als ob es mit ihr zum besten stünde.

Das Gegenteil ist wahr. Sowohl die an Haus, Familie und Nachbarschaft gebundene als auch die ehrenamtliche Arbeit könnten Erleichterungen und Befreiungen ebenso gut vertragen wie die Bezirke der Arbeit, um die es bisher ging. Mit guten Worten, die im besten Fall aus moralischer, im schlechtesten aus unmoralischer, nämlich bloß geheuchelter Anerkennung röhren ist ja zum Beispiel den Frauen nicht geholfen, auf denen immer noch in erster Linie die notwendige Haus- und Familienarbeit lastet, wenn sie nicht gar zwischen diesen Arbeiten und eigener Erwerbsarbeit zerrieben werden. Und selbst die reichlich verteilten Orden und Ehrenzeichen werden nicht genügen, das ehrenamtliche Engagement auf der erforderlichen Höhe zu halten, wenn die gesellschaftliche Wertschätzung sich gedankenlos darauf beschränkt oder gar umschlägt und dann – »Politikverdrossenheit ein Menschenrecht!« – Ehrbare und Kanailen gleichermaßen trifft.

Die von manchen Feministinnen und sturen Ideologen der Erwerbsarbeit empfohlene Kapitalisierung auch dieser Arbeitsbereiche ist, vermute ich, kein Ausweg. Ich erinnere mich dabei weniger an kritische Bemerkungen von Karl Marx, auch nicht an Harry Braverman, der gesagt hat: »Lohnarbeiter zu sein, ist daher kein Glück, sondern ein Pech.« Es steht dahinter vielmehr die Auffassung, daß der vollendete Homo oeconomicus weder eine realistische noch eine wünschenswerte Vision ist. Die moralische Ökonomie gemeinschaftlicher Arbeit und persönlichen Zusammenhalts ist eine unbezahlbare Hervorbringung des Evolutionsprozesses; an ihr herumzumachen, wird folgenlos bleiben, ist deshalb aber auch überflüssig.

Gleichwohl wird die Reform der notwendigen und nützlichen Arbeit, die nicht zu Erwerbszwecken geleistet wird, eine materielle Seite haben müssen. Das ist in einer Gesellschaft wie der unseren, die noch jeden Erfolg oder Mißerfolg in Geld umrechnet, gar nicht anders denkbar. Bei der Haus- und Familienarbeit könnte es zum Beispiel bedeuten, daß ihre infrastrukturellen Voraussetzungen und die soziale Absicherung verbessert werden. Insgesamt wird es wohl darum gehen müssen, die unbezahlten Arbeiterinnen und Arbeiter an den Netzwerken, die die Gesellschaft zusammenhalten, materiell so zu stellen, daß zu den unvermeidlichen geldwerten Nachteilen ihres Engagements nicht noch der Spott kommt. Ein paar Mark wird das kosten.

Um die Zukunft dieser Arbeit reformerisch, gar visionär auszuleuchten, bräuchte es indes eine wirkliche Debatte, eine neue Anstrengung. Gut wäre, wenn dabei auch die *obligatorischen*



So kühn wie Ihre Träume.

Ist es nicht seltsam, daß die größten Erfindungen und Errungenschaften der Menschheit immer erkämpft, aber fast nie gefördert wurden?

Sie glauben fest an einen Traum, zu Recht. Aber wer glaubt an Sie? Ganz einfach, wir. Planen Sie die WestLB mit ein. Wir sind groß und gut genug, Träume zu verwirk-

lichen. Mit maßgeschneiderten Finanzierungskonzepten, ein paar Ideen mehr und einer höchst persönlichen Beratung. Dafür nehmen wir uns Zeit, soviel Sie wollen. Weil wir wissen, daß hinter Träumen oft die Welt von morgen steckt. Und Ihr Erfolg. Versteht sich. Telefon: (02 11) 826 4035 Telefax: (02 11) 826 6144

WestLB

Sozialdienste unvoreingenommen überdacht würden. Statt sich vom Alb des faschistischen Reichsarbeitsdienstes den Verstand stillstellen zu lassen, könnte ein Blick auf amerikanische Überlegungen zum *Civil Service* bei Harry Boite und anderen nützlich sein. Ein Zivildienst nicht bloß als Alternative zum Wehrdienst, sondern als ein umfassendes, variables Pflicht-Angebot, Betonung auf Pflicht *und* Angebot, den Nutzen nicht nur der Gesellschaft, sondern auch der gezogenen Individuen berechnend und mehrend damit ließen sich viele Probleme anpacken, die unter den bestehenden Verhältnissen unlösbar erscheinen. Ich erwähne nur das Mißglück von Berufsausbildung und Berufseinstieg in alljährlich Zigaretten von Problemfällen oder die gesellschaftliche Integration von Jugendlichen aus Immigrantenfamilien.

Der Kampf der Arbeiterbewegung und der klassischen Sozialdemokratie galt der Regulierung der Verhältnisse, unter denen die menschliche Arbeitskraft genutzt werden darf; er war – und ist – ein Kampf der unmittelbaren Produzenten gegen Unterdrückung und Ausbeutung. Aber sind Angebote der Vergnügungsindustrie, die auf Überrumpelung und Verblödung der Konsumenten hinauslaufen, harmloser? Ist nicht stärkere Regulierung erforderlich, um die Ausbeutung der menschlichen Dummheit, Geilheit, des Aberglaubens und der allfälligen Ängste und Frustrationen in einem gemeinschaftsverträglichen Rahmen zu halten? Müßte nicht die eingeforderte neue Debatte über die Zukunft der Arbeit und der freien Zeit auch hierauf eingehen?

V.

Die Vision einer Gesellschaft, die in Arbeit und Muße den Stoffwechsel mit der Natur nach beiden Seiten hin glücklich meistert, die ihre besten Köpfe anfeuert und ihre schwächsten Glieder schützt, in der die Rassen und Geschlechter gleich sind, weil von *einer* Art, und durch ihre Unterschiede erfreuen, die durch staatliche Organisation im Inneren den Frieden sichert und nach außen Frieden hält – wer ist daran gehindert, mit einem solchen Bild gegenzuhalten, wenn das Lamento vom Ende der Visionen angestimmt wird? Und wer wäre daran gehindert, für die Verwirklichung einer solchen naheliegenden Vision zu streiten oder zu versöhnen, *jedenfalls etwas zu tun*, statt zu wehklagen – am besten heute und nicht erst morgen? Die rhetorischen Fragen richten sich vor allem an meinergleichen, die Generation der 68er, die nach der treffenden Beobachtung Jürgen Leine-

manns Gefahr laufen, die 1848er des 20. Jahrhunderts zu werden: im männlichen Teil oft bartig und allmählich grau, fern der politischen Kommandohöhen, ein bißchen müde, aber nicht eigentlich schlecht dran, gerne in Erinnerungen an die gute alte (visionäre) Zeit schwelgend, abgehängt.

Realistisch betrachtet, ist die Chance, daß die Frage vernommen wird, wohl nicht sehr groß. Realistisch betrachtet, muß man vielmehr befürchten, daß diese Generation und mit ihr ein beachtlicher Teil der deutschen Linken 1989 den Anschluß verpaßt hat. Und das kam so: Es bebte in Osteuropa die Erde, die Verhältnisse fingen weltweit an zu tanzen – und zu viele Bewegte von ehedem hatten nichts Besseres zu tun, als den Tisch festzuhalten, manche halten ihn immer noch. Derweil bestieg die Rechte den »Zug der Geschichte«, der hier, für so viele so völlig unerwartet, unter Dampf gesetzt worden war, und fuhr davon, ihr intellektueller Troß aus dem Salonwagen heraus Grimassen schneidend.

Die Wiederholung dieser Tragödie als Farce im Jahr 1994 wäre arg. Um sie zu verhindern, muß man nicht so weit gehen wie Tom Koenigs neulich im SPIEGEL und, alle Distinktion tilgend, glauben (machen), Pragmatiker seien die »wirklichen Visionären«. Es stimmt ja auch nicht. Anders herum wird ein Schuh draus, und es ist keine Frage des Seins, sondern eine des Sollens: Die auf der Linken visionäre Ideen und Entwürfe einfordern oder verfechten, dürfen sich, wenn es ihnen denn ernst ist, um die Verwirklichung nicht (länger) herummogeln, nicht in Gedanken und nicht in Taten. Es geht nicht darum, an die Stelle der verblichenen Einheit von Theorie und Praxis eine neue von Vision und Praxis zu setzen. Aber schön wäre es, wenn in Deutschland doch noch – und bitte rasch – die Vision einer Linken wahrgemacht werden könnte, die es versteht, weitblickende Vorstellungen mit Wirklichkeitssinn in den politischen Prozeß einzubringen, um sie dort geschmeidig und hartnäckig durchzusetzen.

KLAUS BLOEMER

Verstörte Brüder und Schwestern

Demontiertes Selbstwertgefühl schürt
die Vereinigungskrise

Zu Wittenberg, der Lutherstadt, ist rund um die historische Predigtkirche ein metallener Zaun gezogen; Schilder weisen darauf hin, daß hier eine *Oberflächengestaltung* im Gange ist, die allerdings erstmal auf das Stolpersteinpflaster beschränkt zu sein scheint, dieweil von Gerüsten zwecks Restaurierung der zerbröckelten Fassade mitsamt Figuren auf den Simsen des Gotteshauses nichts zu sehen ist, – und wie es drinnen aussieht, geht offenbar niemanden was an. Irgendwie bietet diese erbarmungswürdige Szenerie ein paradigmatisches Abbild von tatsächlichen Zuständen zwischen Elbe und Oder, wo allenthalben unter der *oberflächlich* vorgenommenen staatsrechtlichen Einebnung sich ruinöser Substanzverfall, verbunden mit einer gesellschaftlichen Stimmungslage zwischen Frust und Trotz, stattfindet. Soll da vielleicht als vertrauensbildende Maßnahme verstanden

werden, daß auf dem Wittenberger Rathausplatz der große Reformator und sein humanistischer Wegbegleiter Philipp Melanchthon von ihren Denkmalssockeln auf ein mit den Nationalfarben geschmücktes Ausstellungszelt herabschauen, vor dem eine Schar flotter Bundesmariner für den friedenschaffenden Dienst zur See wirbt?

Nicht nur für die Jungen, aber im ansonsten verträumten Städtchen stellt heute der Theologe Friedrich Schorlemmer, in der Frankfurter Paulskirche als Friedensträger des Deutschen Buchhandels gefeiert und zu Hause SPD-Fraktionschef im Stadtrat, den einfühlsamen Orientierungshelfer durch nebulöse Zeitleläufe dar. In seiner Funktion eines Studienleiters der Evangelischen Akademie am Ort versammelt gerade der ebenso streitbare wie tolerante Pfarrer sein kulturpolitisch engagiertes Publikum zu einer

Trabi im neuen ›Haus der Geschichte‹ in Bonn

Foto: dpa/Gerten



abendlichen Gesprächsrunde im idyllischen Ambiente der Atelierhäuslichkeiten von Lukas Cranach d. Ä.; der Gast ist diesmal ein Gründungsvater und ehemals Spitzenregisseur der DEFA, Kurt Maetzig (*Ehe im Schatten*), der spontanen Beifall für seine Anmerkung erhält, aus dem westlichen Deutschland blase noch immer der Wind des Kalten Krieges herüber.

Gesprächsweise zeigt sich Schorlemmer ernsthaft besorgt über einen erneuten Trend zur inneren Emigration bei vielen seiner Landsleute, der letztlich auf eine Serie politischer Kunstfehler im Zuge der forcierten Sturzgeburt des Einheitsstaates zurückzuführen sei. Ein vom *Genius loci* getragener Gerechtigkeitssinn des Lutheraners erspart westlichen Adressaten nicht den Vorwurf, die leidig langdauernde DDR-Epoche unreflektiert in Bausch und Bogen zu denunzieren, hingegen die im Verlauf eines rabiaten Liquidationsprozesses angerichteten Schäden an menschlichem Befinden und im Sozialgefüge bedenkenlos schönzureden. Wer keine ehrliche Bereitschaft zeige, den kritischen Blick in die Vergangenheit mit selbstkritischer Analyse unheilvoller Einschätzungs- und Verhaltensweisen in der Gegenwart zu verbinden, sollte sich nur nicht über paradoxe Nostalgiewandlungen bei vielfach betroffenen Bevölkerungsschichten wundern oder gar empören.

Ein Mann wie Schorlemmer ist von Wesen und Profession her unermüdlicher Rufer zur Versöhnung. So dürfte es ihm auch nicht entgehen, daß sich auf dem Boden kränkender Politikulturen und wirtschaftlicher Ödlandschaften vorderhand zwar ein Gros von über Generationen (seit 1933!) anpassungsgeübten Ostbürgern mit Parteigängern und Gegnern des alten Regimes zu einer *ostalginisch* eingestimmten Schicksalsgemeinde zusammenfindet – als Akt gesellschaftlicher Rehabilitation vielleicht sogar begrüßenswert –, würde es sich hierbei nicht vornehmlich um reines Protest- und Abwehrverhalten gegenüber verständnisloser Gängelei durch inkompente Bonner Entscheidungsträger handeln. Das Mündel ist dem Vormund gram, und dafür gibt es allerdings handfeste Gründe in Fülle. Die sich als großmütige Kolonisatoren und hochmögende Befreier eines in Babylonischer Gefangenschaft geistig wie materiell unterentwickelt gehaltenen Volksteiles ausgebenden Westler haben sehr bald schon Manieren moderner Konquistadoren angenommen. Von ihnen zum Auftakt der Landnahme den »Eingeborenen« reichlich dargebotenen Glasperlen in Form glitzernd harter DM-Währung erwies sich als kalkuliertes Danaergeschenk, das durch unmittelbaren Rückfluß in

westdeutsche Geschäftskassen einen gewaltigen Boom in praktisch allen Bereichen der dort etablierten Konsumgüterwirtschaft auslöste, was – nicht zuletzt auch bei agrarischen Erzeugnissen – Hersteller und Handel flugs zur Okkupation einschlägiger Märkte in Monopolnachfolge der HO-Betriebe und Verdrängung östlich beheimateter Produktionsstätten zu nutzen verstanden. Das war die von westlicher TV-Werbung vorgeheizte Eingangsphase für eine systematische Schleifung der Industriekombinate und spezialisierter Einzelunternehmen, die auch im Falle einer Privatisierung den Westindustrien als potentielle Konkurrenz höchst unerwünscht erschienen.

Die vorhandenen Produktions- und Vertriebskapazitäten sowie das Expansionspotential des Dienstleistungsgewerbes im Westteil der Republik erwiesen sich als voll ausreichend, um ad hoc ein angestautes Konsumbedürfnis bei den Neubürgern auf der Ostseite zu befriedigen und somit deren über Jahrzehnte angespartes, im spendablen Umtauschverfahren aufgewertetes Individualkapital abzuschöpfen. Auf diese Weise aber wurde systematisch ein Auseinanderfallen der ökonomischen und sozialen Entwicklung im »Beitrittsgebiet« und den »alten Bundesländern« vorprogrammiert. Hinterfragt man nämlich rückblickend das *cui bono*, wem also die schnelle Einheitsmark, im Vorgriff auf die zusammengestoppelten und seitens der dahinscheidenden DDR von politischen Laienspielern mit beschränkter Legitimation gegengezeichneten Vereinigungsdokumente, letztlich zugute kommen sollten, so waren das sichtlich handfeste westdeutsche Wirtschaftsinteressen, aber allem voran Helmut Kohl, der als *Kanzler der Einheit* seine Wiederwahl im Herbst '90 abzusichern trachtete.

Der ZEIT gegenüber erklärte Willy Brandt Anfang September: So wormstichig die Wirtschaft der DDR auch war, unter ihren Bedingungen sei sie doch in Teilen international wettbewerbsfähig gewesen. Dieselben Geschäftsleute, die noch vor einem Jahr auf der Leipziger Messe eine Menge potenter Unternehmen in der DDR entdeckt hätten, erklärten jetzt plötzlich alles zu Bruch; da könne doch etwas nicht stimmen!

Allein mit dieser Früherkennung von Symptomen fundamentalen Urteilswandels wurde exemplarisch verdeutlicht, daß Parolen aus Kanzleramt und Adenauerhaus gezündet hatten, die zu vollem Auskosten des geschenkten Triumphes über den real nicht mehr existierenden Sozialismus aufriefen, was im Endeffekt nur einen materiellen und moralischen Rundumschlag, ohne Berücksichtigung damit ver-

bundener Folgen für die Lebensgrundlagen und die seelische Verfassung der ansässigen Bevölkerung, bedeuten konnte. So käme es im dissonanten Ausklingen jetziger Legislaturperiode einer Beihilfe zur Geschichtsklitterung gleich, würde man aus Gründen falsch verstandener patriotischer Solidaritätspflicht davon absehen, das von schrillem Nationalpathos begleitete systematische Hintertreiben eines vorerst eigenständig organisch gestalteten innergesellschaftlichen Friedens- und Demokratisierungsprozesses im gebeutelten deutschen Osten, so wie das ursprünglich in revolutionärem Aufschrei *Wir sind das Volk!* (der damaligen DDR) demonstrierende Bürgermassen eingefordert hatten, unumwunden dem historischen Schuldskonto von Kohl und Konsorten anzulasten. Wenn Scharping neulich auf dem Hallenser Parteitag feststellte: »Helmut Kohl hat sich nicht getäuscht, er hat das Volk getäuscht«, so lässt sich dieses notorisch unaufrichtige Verhaltensmuster bis in die Anfänge des Jahres 1990 zurückverfolgen, als der Unionskanzler vor dem Bundestag noch eine konföderative Form des Zusammenwirkens beider deutscher Staatseinheiten ankündigte. Zu Recht hat Lafontaine nachher wohl darauf hingewiesen, daß mit solcher Pragmatik der Grundstein für eine zukünftige europäische Konföderation gelegt worden wäre, diese Chance aber inzwischen vertan sei.

Binnen vier Jahren hat indessen der pfälzische Illusionskünstler in Bonner Manege einen Egotrip zum Fürchten hingelegt, der geradewegs im erweiterten deutschen Staatsbau zur gesellschaftlichen wie auf rutschigem Europa-terrain zur gemeinschaftlichen Desintegration geführt hat. Weil er es nach Zockermanier immer »nochmal wissen will«, bedient er jene, die von ihm überhaupt was wissen wollen, mit narzistischer Selbstdarstellung, mal in der Pose des fürsorglichen *pater patriae* und, wenn es im Kalender steht, als viel vermögender Chefarchitekt kontinentaler Phantasiekonstruktionen. (Außer einer Umbenennung der angenehm familiär klingenden »Europäischen Gemeinschaft« in die EU steht da an politischer Innovation nichts zu erwarten; auch im bereits faktischen »Europa verschiedener Geschwindigkeiten« erhält seitens Kohl das Modell einer deutsch-französischen »Kernverschmelzung« niemals eine eche Chance.) Hat dieser sich doch unversehens zum geschichtsträchtigen Original- und Kraftgenie hochstilisiert, seitdem der nach sowjetischem Reglement geschaffene *Arbeiter- und Bauernstaat* deutscher Nation von Gorbatjow als politischer Ballast abgeschrieben und somit prompt in Konkurs gegangen

war, so trieb er fortan bar jeglicher Sensibilität nur noch Schindluder mit den ostdeutschen Neubürgern, die sich größtenteils von befreiernder Wende einen Kapitalismus mit menschlichem Antlitz erträumt hatten. Zunehmend verschreckt und hilflos wie eh und je mußten sie statt dessen ein kapitalistisches Umsturzverfahren über sich ergehen lassen, das in der Praxis ungleich rabiat er als das Wüten der *Reagonomics* oder des Thatcherismus vollzogen wurde und in der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik überhaupt kaum vorstellbar erschien war. Exemplarisch für die demütigende, geradezu perverse Methodik, nach der *tabula rasa* mit standortgewichtigen Staatsbetrieben exekutiert wird, ist eine zeitweilige Beschäftigung von entlassenen Betriebsangehörigen im Zuge der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM), denen – quasi als Galgenfrist vor dem zumeist endgültigen Ausscheiden aus dem Arbeitsleben – die sachgerechte Demontage nebst Bodensanierung von Maschinen und Werkhallen – also die eigenhändige Vernichtung ihrer einstigen Arbeitsplätze – zugemutet wird. Auf dem Wege bürokratisch gesteuerter *Abwicklung*, d. h. weitgehender Eliminierung industrieller Großbetriebe oder deren Zerstörung zwecks häufig fragwürdiger Privatisierungsexperimente, ist die *facto* der ostdeutschen Wirtschaft ihre essentielle Basis für nahezu jegliche marktrelevante Entwicklung genommen worden. Die dortige Produktion ist seit 1989 bereits um 70 Prozent abgesunken, und heute erreicht die Einfuhr aus Westdeutschland eine Jahresrekordmarke von rund 253 Milliarden DM – bei einem Saldo im innerdeutschen Warenverkehr von minus 210 Mrd. Aus der Sicht vom BDI und des DIHT hat sich das Wirken der Treuhandanstalt also prächtig bewährt.

Was nun die Zielvorgabe der regierenden Koalitionäre hinsichtlich einer »Vollendung der Einheit« betrifft, so hat dafür das *Institut für Wirtschaftsforschung Halle* eine zeitlich und substantiell einleuchtende Prognose erstellt: Danach würde im Laufe von etwa zwei Jahrzehnten eine »passive Sanierung« auf dem östlichen Arbeitsmarkt greifen, soweit sich der gegenwärtige Bevölkerungsabbau dort progressiv fortsetzt. Das entspräche den Einschätzungen der westdeutschen Wirtschaftsprofessoren *Rudolf Hickel* und *Jan Prieue* in ihrer neuesten Buchveröffentlichung *Nach dem Fehlstart*, wo es heißt: »Es scheint, die Einigungspolitik, ausnahmsweise auf Langfristigkeit getrimmt, hat längst auf diesen Zug gesetzt und sich klammheimlich die Vergeblichkeit eingestanden, eine breite wirtschaftliche Erneuerung zustande zu bringen.« Die in dieser Richtung wirksamen

Faktoren, welche tatsächlich eine gewisse Angleichung der Lebensverhältnisse in Ostdeutschland mit sich bringen könnten, liegen in der dort seit 1990 mehr als halbierten Geburtenrate (Rückgang sogar von 222 000 im Jahr 1986 auf 80 000 im vergangenen Jahr!) sowie fortgesetzte Verdrängung der Frauen – heute schon zwei Drittel der Arbeitslosen – aus dem Beschäftigungsmarkt und Westabwanderung von Fachkräften wie Jugendlichen ohne sinnvolle Ausbildungschancen. Deindustrialisierung verbunden mit Dezimierung menschlichen Potentials würden demnach zu einer innerdeutschen Normalität *sui generis* führen.

Eine derart inhumane Tendenz muß jedenfalls abgewendet und nach Möglichkeit umgekehrt werden. Anstelle solcher *Morgenthau-Tropfen* von politischen Quacksalbern sollte den Ostdeutschen schnellstens ein roborierendes Aktivtonikum nach *Marshallplan-Rezept* verabreicht werden. Als therapeutischer Effekt entsprechender Maßnahmen gilt es, bei den Mitbürgern im Osten ein gemeinsames Stück eigener Identität und befreienden Selbstgefühls entstehen zu lassen, weil sie nämlich dann erst mit dem demokratischen Gesamtdeutschland sich zu identifizieren imstande sein werden. Als Mittel der Wahl bietet sich hierfür eine auf ostregionale Märkte zugeschneiderte Industrie- und Handelspolitik an, die auf Nutzung der geoökonomischen Standortvorteile orientiert wäre, wobei sogar noch in vier Jahrzehnten gewonnene Umgangserfahrungen von Vorteil sein könnten.

Nach einem Regierungswechsel, der mit der Schaffung eines speziellen Ressorts für den *Aufbau Ost* verbunden wäre, ließe sich daran denken, im vertraglichen Einvernehmen mit Brüssel den fünf deutschen Beitrittsländern eigenständige Funktionen in wirtschaftlichen Kontakten mit assoziierten östlichen Nachbarstaaten zuzuweisen. Entspräche es doch deutschen und europäischen Interessen gleichermaßen, durch eine Vielzahl Kooperationen die Marktentwicklungen in unmittelbarer Nachbarschaft zu stimulieren und stabilisieren; dabei ließe sich durchaus an regional grenzüberschreitende Vernetzungen auf dem Industrie-Dienstleistungssektor und im Personalaustausch beidseitig durchgeföhrte Forschungs- und Entwicklungsprojekte denken.

Man wird davon auszugehen haben, daß die Zukunftsmärkte des östlichen Deutschlands, dessen heimischer Markt noch von Westprodukten dominiert wird, perspektivisch vorwiegend im Ostgeschäft zu öffnen sind. Schon aus außenpolitischen Erwägungen wäre es von essentieller Bedeutung, westeuropäische Unter-

nehmen in dieses Konzept einzubinden; hat sich doch der französische Ölkonzern *Elf Aquitaine* erst zur Beteiligung an einem Raffinerieprojekt in Leuna bereitgefunden, nachdem sich der russische Konzern *Rosneft* ebenfalls an diesem Vorhaben engagiert hatte. Die Weichen zur *Reindustrialisierung* mit innovativer Dynamik werden die Ostdeutschen selber stellen müssen.

ANNA KREIKEMEYER

Die Grenzen des Zerfalls

Rußland, die neuen abhängigen Staaten und – der Westen

Im Herbst 1989 erhielt der gesamteuropäische Kooperationsprozeß durch die revolutionären Umbrüche in den osteuropäischen Staaten einen kräftigen Impuls. Auf den euphorischen Schub folgte jedoch bereits zwei Jahre später eine Phase der Verunsicherung und Orientierungslosigkeit. Europa war unübersichtlich geworden. Als dann bewaffnete Gewalt wieder zum Mittel der Politik wurde, verbreiteten sich jäh Desillusionierung und Schrecken. Mit der Friedenserzwingung im ehemaligen Jugoslawien und auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion trat die militärische Gegenmacht wieder auf den Plan. In die Debatten um europäische Sicherheit ist seither der Realismus und damit die Frage nach der Rolle von Führungsmächten zurückgekehrt. Großmachtpolitik scheint wieder gefordert, *leadership* und *Hege monie* werden wieder salonfähig.

Je ferner eine Konfliktregion liegt, desto leichter wird uns die Akzeptanz von hegemonialer Machtausübung. Diese Regel gilt ganz offensichtlich auch für das Gebiet der früheren Sowjetunion. Nach drei Jahren nationaler Unabhängigkeit scheinen in den neuen Staaten mit wirtschaftlichen Talfahrten und Kriegen die Grenzen des Zerfalls erreicht zu sein. Die wirtschaftlichen, institutionellen und vor allem die sicherheitspolitischen Vakuen können offensichtlich nur durch die regionale Vormacht Russlands gefüllt werden. Stabilisierung auf einer gleichberechtigten, partnerschaftlichen Grundlage scheint in der Region angesichts eklatanter Machtunterschiede kaum möglich. Die selbsternannte Großmacht Russland scheut vor



Jelzin bei der Führung der Schwarzmeerflotte

Foto: dpa

hegemonialer Machtpolitik nicht zurück. Im Gegenteil: Seit dem Herbst 1993 kam es in Rußland nach einer vorläufigen Überwindung der lähmenden Identitätssuche und Macht-kämpfe zu einer restaurativen Konsolidierung. Während der innere Grundkonsens fragil bleibt, haben sich die führenden Interessengruppen bei der Bestimmung der außenpolitischen Ziele rasch zusammengefunden. Dies gilt insbesondere für die sicherheitspolitischen Beziehungen Rußlands zum sog. »nahen Ausland«.

In außen- und sicherheitspolitischen Konzeptionen ebenso wie in der Militärdoktrin wurde deutlich gemacht, daß Konflikte in den benachbarten Staaten als Bedrohung der vitalen Interessen Rußlands wahrgenommen werden. Als besondere Gefahr gelten ethnisch oder religiös bedingte Unruhen, Grenzstreitigkeiten sowie Gefährdungen russischer Minderheiten und russischer Truppen im Ausland. Die Wahrscheinlichkeit einer Verletzung russischer Interessen ist sehr hoch, wenn man bedenkt, daß in der GUS viele Konflikte latent schwelen und Teile der russischen Staatsgrenze sowie der Rechtsstatus russischer Streitkräfte und Militärstützpunkte noch nicht in allen Nachbarstaaten vertraglich festgelegt sind. Seit Sommer 1992 wurden in nahezu allen bewaffneten Konflikten auf dem Territorium der früheren Sowjetunion, in Nordossetien und Inguschetien, in Südossetien, in der moldavischen *Dnjestra*-Region, in Abchasien und in Tadschikistan in unterschiedlicher Form russische Friedenstruppen oder sog. kollektive Friedenstruppen der GUS eingesetzt. Nach den verschiedenen jüngsten Vermittlungsbemühungen im Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidscha um Nagornij-Karabach erscheint eine Stationierung von russischen und/oder GUS-Friedenstruppen möglich. Parallel zu den friedenssichernden Maßnahmen intensivierte die russische Führung ihre sicherheitspolitischen Beziehungen zu den GUS-Staaten, teils bilateral, teils multilateral über die GUS als Institution. Ende April 1994 erließ Präsident Jelzin eine Direktive zum Aufbau einer »Zone der Stabilität«. Demnach sollen bilaterale Verträge über die Errichtung von ca. 30 Militärstützpunkten in den GUS-Staaten abgeschlossen werden. Bis zum Herbst 1994 wird außerdem eine einheitliche Konzeption über die Sicherung der Außengrenzen der GUS angestrebt. In der Praxis kommt es bereits, wie der Fall Tadschikistan zeigt, zu einem engen Zusammenwirken von Grenz- und Friedenstruppen. Die internationale Staatengemeinschaft soll dem russischen Vorgehen ihren Segen geben. Seit dem Frühjahr 1993 verfolgte die russische Führung das Ziel, von der UNO ein

allgemeines Mandat zur Friedenssicherung auf dem Territorium der GUS zu bekommen. In den Krisen um Sarajevo und Goražde gelang Rußland darüber hinaus eine geschickte diplomatische Offensive. Zu einem Zeitpunkt, als die NATO in Sarajevo militärische Maßnahmen zur Friedenserzung ergriff, betonte Rußland seine Leistungsfähigkeit auf diesem Feld der Sicherheitspolitik und zugleich seine Zuständigkeit für das Gebiet der GUS. Seit dem Frühjahr 1994 wurde die Kampagne um ein UN-Mandat um die Forderung nach einer Anerkennung der GUS als internationale bzw. regionale Organisation erweitert. Obwohl sowohl UNO als auch KSZE sich weiter konstruktiv um eine Beobachterrolle in den russischen friedenssicheren Maßnahmen bemühen, waren sie bisher nicht bereit, die gewünschten Mandate zu erteilen.

Setzt man die verschiedenen konzeptionellen und praktisch militärischen Schritte der russischen Sicherheitspolitik in der GUS zueinander in Bezug, so erscheinen sie derzeit konsistent. Sie entwickeln sich jedoch nicht nach einem strategischen Masterplan. Während die russische Führung bei Ausbruch der ersten bewaffneten Konflikte im Sommer 1992 noch *ad hoc* und konzeptionslos handelte, gab es in der Zeit des Machtkampfes bis zum Herbst 1993 mehrere Widersprüche zwischen politischen Planungen und militärischen Maßnahmen. Erst im Laufe der restaurativen Konsolidierung griffen strategische Konzepte und militärische Einsätze zunehmend harmonisch ineinander. Hinzu kommt, daß der Widerstand von Seiten der nationalsozialistischen Kräfte in den neuen unabhängigen Staaten immer schwächer geworden ist.

Der Westen müßte sich eigentlich über einen Zugewinn an Stabilität freuen. Die russische Friedenssicherung und die militärische Stabilisierung der GUS haben jedoch einen ambivalenten Charakter. In dem Maße, wie russische Truppen in Konfliktgebieten zusätzlich stationiert werden, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, russische Interessen zu gefährden. Mehr noch: wenn eine Konfliktpartei sich gegen ein militärisches Eingreifen Rußlands als Dritt-Partei wenden sollte, läuft sie Gefahr, von diesem als Aggressor Rußlands betrachtet zu werden. Die GUS bietet von ihren institutionellen Voraussetzungen her zwar die Chance für eine demokratische Integration. Da jedoch die Machtstellung Rußlands gegenüber den übrigen Mitgliedern so stark ist und hegemonial genutzt wird, nimmt die Zusammenarbeit über diese Institution eher restaurative als demokratische Züge an. Nicht das proklamierte Integra-



DER MITTELSTAND MACHT'S MÖGLICH

Wirtschaftliche und soziale Entwicklung sprechen gerade heute für mittelständische Unternehmen und Selbständige.

Sie stellen sich flexibel auf neue Anforderungen der Großunternehmen ebenso ein wie auf individuelle Nachfrage der privaten Haushalte.

Die mittelständische Wirtschaft ermöglicht als Zulieferer und Abnehmer die rationelle Produktion großer Serien, berät Kunden und bietet individuellen Service. Sie stellt auch zwei Drittel aller Arbeitsplätze und über 80 Prozent aller Ausbildungsplätze bereit.

Die Sparkassen unterstützen sachkundig die Belange der örtlichen Wirtschaft, vor allem

mittelständischer Betriebe der Produktion und der Dienstleistung.

Sie haben 350 Mrd. DM Kredite an Unternehmen und Selbständige vergeben und sind der bedeutendste Kreditgeber der örtlichen Wirtschaft. Mit spezieller Beratung einschließlich elektronischer Datendienste stehen sie den mittelständischen Betrieben auch zu ihrer Vorbereitung auf den Wertbewerb im europäischen Binnenmarkt zur Seite.

Die Sparkassen



tionsmodell EU, sondern vielmehr der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) oder die Warschauer Vertragsorganisation (wvo) scheinen hier Pate zu stehen. Es besteht die Gefahr, daß eine Stärkung der GUS den gesamteuropäischen Kooperationsprozeß schwächt. Mit ihrer Anerkennung als internationaler/regionaler Organisation drohen z. B. im Bereich der Friedenssicherung die Kontrollfunktionen der UNO und der KSZE unterlaufen zu werden.

Die restaurative Konsolidierung der Sicherheitspolitik in der GUS ist ein vorläufiges Ergebnis der Suche Rußlands nach seiner nationalen Identität. Die neue Identität ist zwar facettenreich, aber stärker historisch motiviert als mancher Reformanhänger für möglich gehalten hätte. Traditionell russisches Staatsverständnis in territorialen Kategorien vermischt sich mit zähen Relikten sowjetischen Denkens und paternalistischen bis chauvinistischen Verhaltensmustern gegenüber den neuen, nicht länger unabhängigen, sondern vielmehr *abhängigen* neuen Staaten.

Die außenpolitische Macht demonstration steht ganz offensichtlich im Widerspruch zu Rußlands wirtschaftlichen Kräften. Sie ist nur im Blick auf die innenpolitischen Kräfteverhältnisse verständlich. Flankiert von den großen Interessengruppen der Staatsbürokratie und der Rüstungsindustrie, nimmt das Militär eine Schlüsselrolle ein. Hegemoniale Politik erscheint als probates Mittel, um Legitimitätsprobleme gegenüber dem Militär abzuwiegeln und Zukunftsperspektiven aufzuzeigen. Ange-sichts eines fragilen, durch Krisen gedemütigten Nationalgefühls in dieser wichtigen Interessengruppe kann es sich kein Politiker erlauben, die desolate Lage in den Streitkräften und den Schutz russischer Minderheiten und Truppen in Konfliktgebieten auf die leichte Schulter zu nehmen. Die Wahlergebnisse vom Dezember 1993 haben gezeigt: In der Mehrheit der russischen Bevölkerung war der Reformüberdruss schon lange an einem kritischen Punkt angelangt. Die Rezepte des Westens haben in den Augen der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in die Dekadenz und Verelung geführt, die Auseinandersetzungen um den Reformkurs an den Rand eines Bürgerkrieges. Demokratie und Marktwirtschaft sind mittlerweile zu Schimpfworten geworden. Nostalgische Wünsche nach einer Wiederherstellung der alten Ordnung und sozialen Sicherheit sind weit verbreitet. Der Ruf nach der harten Hand verhallt nicht ungehört. Eine politische Führung, die sich solchen Kräften nicht vollends ausliefern will, muß an die Selbsterhaltungskräfte appellieren. Die einer suggestiven Selbstvergewisse-

zung gleichende Demonstration nationaler Eintracht nach innen und starker Macht nach außen sind letzte Versuche der politischen Führung, ihrem gedemütigten Volk einen Ausweg aus dem Niedergang aufzuzeigen.

Spätestens seitdem sich der Westen der Gefahr eines Appeasement im Verhältnis zu Rußland ausgesetzt sieht, neigt sich die russophile Phase in der westlichen Wissenschaft und Publizistik ihrem Ende zu. Vor dem Hintergrund des neuen nationalen Konsenses in Rußland wächst das Mißtrauen, und es entsteht wieder die altbekannte Debatte über das Sicherheitsrisiko Rußland. Die optimistische Erwartung einer demokratischen Stabilisierung Rußlands und einer gleichberechtigten Integration zwischen den GUS-Mitgliedern ist kaum mehr zu hören. Das pessimistische Horrorszenario fortschreitenden Zerfalls und zunehmender Chaotisierung hingegen findet weiterhin Anhänger. Neben diesen Extrempositionen konsolidiert sich eine Gruppe, die man als »alte Denker« charakterisieren könnte. Ihre Vertreter betrachten jedes, und sei es auch nur scheinbare, Erstarken Rußlands wieder in überkommenen Perzeptionen und Erwartungen aus dem Ost-West-Konflikt. In dieser Gruppe gibt es dementsprechend *Falken* und *Tauben*. Erstere prangern Rußlands Politik in der GUS als Neoliberalismus an und warnen vor dem ewigen Hegemon, dem Gendarmen oder gar dem russischen Bären. Ihm gelte es rechtzeitig Paroli zu bieten. Die schon verschwunden geglaubten *Tauben* hingegen sehen im Erstarken Rußlands eine nachträgliche Bestätigung ihres Glaubens an die Kräfte der Sowjetmacht. Manche von ihnen gehen so weit, zu sagen, die Reformen seien ohnehin nur ein Ziel von prowestlichen Eliten gewesen. Im Westen herrschten interessengeleitete Zusammenbruchslegenden über die ehemalige Sowjetunion. Die neuen unabhängigen Staaten habe es historisch ohnehin nie gegeben, weshalb russische Gouvernementsvorstellungen durchaus verständlich seien.

In dem Maße, wie sich die rußlandpolitische Debatte auf die simplifizierende Frage Imperialismus *ja* oder *nein* zuspitzt, schwindet die Bereitschaft zu Differenzierung und zurückhaltender Bewertung jenseits von altem Schwarz-Weiß-Denken. Ist es noch möglich, sich mit Rußlands hegemonialer Sicherheitspolitik in der GUS auseinanderzusetzen, ohne den entgegengesetzten Extremen der Eindämmungspolitik oder des Appeasement zu verfallen?

Die restaurative Konsolidierung und der Kurswechsel in der Moskauer Außenpolitik müssen umwunden konstatiert werden. Vor

ultranationalistischen Kräften darf man nicht die Augen verschließen. Die russische Entwicklung muß jedoch auch im Kontext des Transformationsprozesses interpretiert werden. Restauration und Beharrungstendenzen können in einer prozeßorientierten Betrachtung als Elemente einer zyklischen Entwicklung angesehen werden. Eine restaurative Wende als zwangsläufige Folge einer illusionären Phase birgt zwar Gefahren der Regression in sich, sie erwies sich bisher aber in allen Reformländern als unausweichliche Begleiterscheinung der Transformation.

Auch nach der Überwindung der Ost-West-Konfrontation bleibt das Mißtrauen gegenüber der eurasischen Großmacht Rußland konstitutiv für Europa. Dies um so mehr, als mittelfristig mit anhaltenden wirtschaftlichen Krisen und schwankenden Kräfteverhältnissen in Rußland zu rechnen ist. Bis zu einem gewissen Grade werden auch Relikte der überlebten Sowjetmacht Rußlands Politik weiterhin stark beeinflussen.

Friedenssicherung bewegt sich von der Natur der Sache her zwischen den beiden Polen Effektivität und Legitimität. Selbst in der westlichen Diskussion über Probleme der Friedenssicherung ist eine zunehmende Akzeptanz von Friedenserzung zu beobachten. Dem russischen Vorgehen ist eine gewisse Effektivität nicht abzusprechen. Rußlands Varianten der Friedenssicherung erweisen sich als ein wirksamer Beitrag zur Verhütung von Blutvergießen in bewaffneten Konflikten. Dennoch heiligt der Zweck nicht die Mittel. Rußlands Friedenssicherung ist nicht völkerrechtswidrig. Gemessen an internationalen Standards der Friedenssicherung gibt es aber mehrere Kritikpunkte, die russische Friedenstruppen als ein Instrument der Einflußphärenpolitik erscheinen lassen.

In Rußland gab und gibt es politische Kräfte, die an einer Destabilisierung der neuen Nachbarstaaten interessiert sind. Es wäre jedoch falsch, die russische GUS-Politik nur von diesen Kräften bestimmt zu sehen. Die russische Position der Stärke erwächst nicht ausschließlich aus hegemonialen Ambitionen, sondern wird durch eine doppelte Schwäche gefördert. Zum einen sind die krisengeschüttelten Nachbarn oft nicht in der Lage, überhaupt einen nationalen Konsens zu finden, geschweige denn in bewaffneten Auseinandersetzungen handlungsfähig zu sein. Zum anderen erwies sich in der Konfliktregelung in der GUS die Schwäche der internationalen Staatengemeinschaft und ihrer Institutionen. Der Westen gibt Rußland für seine Politik der Friedenssicherung bisher zwar keine carte blanche. Er

unternimmt aber wenig, um die neuen unabhängigen Staaten mit bewaffneten Konflikten von der Wahl »Lieber russische Truppen als Totel« zu befreien. Infolge fehlenden Interesses und magelnder Handlungsfähigkeit trug er so indirekt zur Stärkung der russischen Hegemonialposition bei.

Rußland schafft durch seine Sicherheitspolitik gegenüber den GUS-Staaten militärische Fakten und verleiht ihnen über bilaterale Verträge und die GUS als Institution normative Kraft. Beim Krisenmanagement droht damit eine neue Ost-West-Spaltung: Hier NATO-, dort GUS-Friedenstruppen. In dem Maße, wie Rußland die GUS-Staaten von einer wirtschaftlichen und militärischen Position der Stärke her wieder an sich bindet, sich bei der unmittelbaren Interessensicherung auf die eigene Stärke verläßt und sich zugleich vom Westen abschottet, bricht es aus den Strukturen der kooperativen Sicherheit aus.

Im Gefolge von russischer Hegemonialpolitik verringern sich für den Westen die Möglichkeiten, an den gesamteuropäischen Strukturen kooperativer Sicherheit konstruktiv weiterzubauen. Befürchtungen vor einem Appeasement und einem neuen Bedrohungsrisko Rußland weckten hier bereits wieder Festungsdenken. Je präziser die Überlegungen um einen Beitritt der Visegrad-Staaten zur NATO angestellt werden, desto größer ist nach wie vor die Gefahr, damit zu einer self-fulfilling prophecy beizutragen. Die mündliche Aussage Außenminister Kosyrevs im Juni 1994 in Brüssel, Rußland habe keine Vorbehalte gegen eine Osterweiterung der NATO, kann nicht über den fragilen Grundkonsens in der russischen außenpolitischen Elite, geschweige denn im Militär, zu dieser Frage hinweg täuschen.

Der Westen hat zwar seine schon etwas schal gewordenen Rezepte für den Umgang mit den führenden russischen Reformlieblingen, es fehlt ihm jedoch an einer multilateralen sicherheitspolitischen Initiativstrategie, um mit Rußlands hegemonialem Verhalten in der GUS kritisch und doch konstruktiv umzugehen. Das konzeptionelle Vakuum droht, mit alten Verhaltensmustern gefüllt zu werden. Die restaurative Konsolidierung erfordert zwar wachen Realismus, aber noch keine Rückkehr zur traditionellen Einflußphärenpolitik der Konfrontationsära, wie sie sich in der Ukrainepolitik mancher *Falken* bereits abzeichnet. Zu einer zeitgemäßen Rußlandpolitik gehört nicht nur Hilfsbereitschaft, sondern eine grundlegende Transformation der ostpolitischen Strategien in Richtung auf gesamteuropäische Mitverantwortung.

Eine konsequente, selbstbewußte Stärkung der multilateralen gesamteuropäischen Kooperation bietet zahlreiche Ansatzpunkte, mit dem Großmachtgebaren Rußlands konstruktiv umzugehen, es einzubeziehen und damit einzubinden. Je größer der Grad der Einbindung in ein umfassendes gesamteuropäisches Kooperationsnetz, desto geringer werden für Rußland die Möglichkeiten zu hegemonialen Alleingängen in der GUS. Rußland kann kooperativ sein. Die Interaktion in der »pragmatischen Partnerschaft« mit den USA, die Versuche eines kooperativen Konfliktmanagements in Bosnien-Herzegovina, die Akzeptanz der NATO-Partnerschaft für den Frieden und die zahlreichen Formen institutioneller Zusammenarbeit zeigen, daß trotz restaurativer Trends bei der gegenwärtigen russischen Führung durchaus noch eine Bereitschaft zur Zusammenarbeit besteht, wenn Rußland nicht in die Rolle eines Juniorpartners gedrängt wird. Auch im Bereich der Friedenssicherung in der GUS bestehen begrenzte Möglichkeiten der multilateralen Beeinflussung russischer Einflußsphärenpolitik durch UNO und vor allem durch die KSZE.

Wer die Hoffnung auf eine Wohnung im »gemeinsamen europäischen Haus« noch nicht aufgegeben hat, muß über den Bauplan weiterhin mit Rußland verhandeln. Dabei darf man sich nicht scheuen, Rußland klar und deutlich zu kritisieren, wenn es gemeinsame Normen und Ziele verletzt. Man braucht aber nicht mehr und noch nicht hinter jeder russischen Aktion eine Handlung zu vermuten, die gegen westliche Interessen gerichtet ist. Gefordert ist also noch keine neue Entspannungspolitik, sondern eine mutige und geduldige gesamteuropäische Zusammenarbeit auf allen Ebenen.

jenen »Kindern des Kommunismus«, die in Titos Projekt des »neuen Menschen« einen außerordentlich wichtigen Platz einnahmen, die das Regime diskret, aber sorgfältig aus der ländlichen Armut selektierte und ihnen mit Hilfe von Stipendien und anderen Annehmlichkeiten eine Ausbildung ermöglichte und damit den Weg in eine bessere Zukunft öffnete. Ejup Ganic, 1946 in einem rückständigen Gebirgsdorf bei Novi Pazar im südserbischen Sandzsak geboren, konnte die erste Runde dieser Selektion strebsam absolvieren und rückte in die elitärsten Kreise der vom Regime Bevorzugten auf, deren Ausbildung durch einen Aufenthalt im Ausland »vollendet« wurde. Nach Abschlüssen an der technischen Universität in Belgrad promoviert Ganic 1976 am Massachusetts Institute of Technology in den USA. 1982 kehrt er in die Heimat zurück und gründet in Sarajevo ein Institut, das sich mit der Entwicklung der Waffenindustrie beschäftigte.

Wie alle »Kinder des Kommunismus« ist Ganic mit Eintritt in die Volljährigkeit Parteimitglied geworden und hat als »Jugoslaw« seiner nationalen Herkunft öffentlich keinerlei Bedeutung beigemessen, wohl wissend, daß der nationale Schlüssel, also die egalitäre Vertretung aller Nationen, jedoch formal über Karrieren entschied und auch als Machtmittel benutzt wurde. Seinen politischen Aufstieg erlebte Ganic auf dem letzten Kongreß der jugoslawischen Kommunisten im Jahre 1989 als Mitglied der bosnisch-herzegowinischen Delegation. Seine Trauer über den Zerfall der gemeinsamen Partei konnte er damals nicht verhehlen, entledigte sich jedoch, wie Hunderttausende anderer Kommunisten, ganz schnell seines Parteibuchs.

Als bald folgt Ganics erster politischer Transfer – er schließt sich den Reformisten an, der Partei des damaligen jugoslawischen Premiers Ante Markovic, und wird in den engsten Führungskreis des bosnisch-herzegowinischen Parteiblegers gewählt. Unmittelbar vor den ersten freien Wahlen im Jahre 1990 verläßt Ganic die Reformisten und erscheint zur großen Verwunderung der Öffentlichkeit als Kandidat der Partei Alija Izetbegovics für das Staatspräsidium Bosnien-Herzegowinas, wo er die »Jugoslawen« und andere nichtstaattragende Volksgruppen vertreten soll. Die Tatsache, daß die größte nationale Partei in Bosnien-Herzegowina, die moslemische SDA, ihn als Vertreter anderer Volksgruppen nominierte, brachte ihm bei der moslemischen Bevölkerung Sympathien ein, weckte jedoch bei den anderen von vorne herein Mißtrauen. Denn durch Ejup Ganic gewann die moslemische Bevölkerung einen Ver-

ZELJKO VUKOVIC Ejup Ganic – Eine Skizze

Ejup Ganic, nach Alija Izetbegovic der zweite Mann in der Führung der jugoslawischen Moslems, stellvertretender Vorsitzender des bosnischen Staatspräsidiums und der bosnisch-kroatischen Föderation, kann eine jener Biographien vorweisen, die bereit Zeugnis ablegen von der jugoslawischen Gesellschaft und besonders von ihrem tragischen Zerfall. Er zählt zu

treter mehr als ihr zustand, und die nichtstaatstragenden Völker blieben ohne diesen besonderen Schutz.

Ganics Wechsel in das Lager der Moslems zeigte sich bald als einer der wirkungsvollsten personellen Schachzüge Alija Izetbegovic. Zwei unter marketingtechnischen Gesichtspunkten wichtige Trümpfe – die hohe Bildung und die guten englischen Sprachkenntnisse – machten Ejup Ganic zur Personifikation eines modernen und fortschrittlichen Vertreters des moslemischen Volkes. Wie der Großteil der »Kinder des Kommunismus« war Ganic prädisponiert für jede »brauchbare« Rolle, war er ein »Mann für alle Fälle«. Eine ausgeprägte Neigung zum persönlichen Profit, ein augenfälliges Übermaß an Ehrgeiz sowie ein sorgloses Verhältnis zu moralischen Prinzipien gehörten zu den unabdingbaren Eigenschaften der »Kinder des Kommunismus«, denn der Weg von der dörflichen Weide zur amerikanischen Universität wurde durch gegenseitige Abrechnungen und Eliminierungen geebnet. Im Unterschied zu jenen aufrichtigen Populisten, gleich ob kommunistischer oder nationalistischer Provenienz, die daran glaubten, daß nur eine »moralische Gestalt« das Volk wirklich begeistern kann, wußte Ganic, daß man zur gegebenen Zeit und am gegebenen Ort Macht auch ohne Volk und ohne Moral gewinnen kann.

Auch die »Kinder des Kommunismus« können nicht ewig funktionieren. Davon hat sich Izetbegovic in den letzten Monaten am Fall Ejup Ganic überzeugen können. Das Stärken der Position des bosnischen Premiers Haris Silajdzic hat die innere Struktur der moslemischen Regierung erschüttert, eine Struktur, die Ganic nach dem Muster der kommunistischen Vorlagen aufgebaut hat, indem er die völlige Unkenntnis Izetbegovic vom Funktionieren eines Staates und einer Regierung ausnützte. Der jüngste offene Konflikt zwischen Ganic und Silajdzic um das diplomatische Korps hat gezeigt, daß es sich nicht um persönliche Zerwürfnisse handelt, sondern um den Zusammenprall zweier Machtkonzepte.

Haris Silajdzic gehört jener Gruppe im moslemischen Staatsprojekt an, die erkannt hat, daß Ganic eine Gefahr für dieses Projekt geworden ist. Denn, für die »Kinder des Kommunismus« ist das vorderste Ziel die Macht um der Macht willen. Sie sind zu allem bereit, auch zu einer Modifizierung des Projekts, das sie durchführen und vertreten. Einem Haris Silajdzic beispielsweise hätte es nicht passieren können, zu behaupten, ein Pakt mit den Serben wäre besser gewesen als ein Pakt mit den Kroaten – so wie Ganic das vor einiger Zeit getan hat.

Eine solche Pragmatik ist für die Kreatoren eines nationalen staatlichen Projekts undenkbar.

Das Image eines gemäßigten und modernen Politikers, das der gläubige Moslem Haris Silajdzic besitzt, der gleichermaßen gut Englisch und Arabisch spricht, bedroht Ganics Stellung innerhalb der bosnisch-moslemischen Führung. Aber Izetbegovic hält noch an ihm fest. Erst vor kurzem hat er ihn zum stellvertretenden Vorsitzenden der moslemischen SDA ernannt, um ihn von dem Vorwurf zu befreien, er sei noch nicht einmal Mitglied der eigenen nationalen Partei. Der moslemische Führer glaubt anscheinend, daß eine Eliminierung Ganics unter den augenblicklichen Umständen eine gefährliche Schwächung der moslemischen Positionen nach sich ziehen würde. Vor allem wegen des großen Einflusses, den Ganic innerhalb der moslemischen Führung hat, aber auch wegen seiner guten Kontakte zum Ausland. Man kann sich unschwer ausmalen, daß Ganic nach einer etwaigen Entmachtung in der Lage wäre, Izetbegovic wegen seines Projekts eines islamischen Staates an den Pranger zu stellen.

Nach Beginn des Konflikts mit Silajdzics Parteiströmung, hat Ganic sein öffentliches Auftreten reduziert auf 1. die Forderung nach einer militärischen Intervention gegen die serbische Seite bzw. eine Aufhebung des Waffenembargos; 2. eine scharfe Kritik an Westeuropa (»Die europäischen Führer sind Gartenzwerge. Clinton muß Europa anführen und die Russen zum Schweigen bringen«); und 3. das Verweisen auf die Einheit der moslemischen Welt (»Würden sich die islamischen Länder ein bißchen besser organisieren, könnten sie eine Bedrohung für die nationalen Interessen des Westens sein«). Es liegt auf der Hand, daß sich Ganic mit solchen Aussagen die »Rechtgläubigkeit« innerhalb der moslemischen Führung erkaufen will, sich aber auch der moslemischen Bevölkerung andienen möchte, die, wie jüngste Umfragen zeigen, immer weniger von Ganic hält.

Deutsch von Mira Beham

Thema: Neue konservative Intelligenz

CLEMENS-PETER HAASE

Die Rehabilitierung des Konservatismus

Nicht erst der Zusammenbruch der politischen Nachkriegsordnung in Europa und damit auch die Erfahrung der Krisenhaftigkeit einer ansonsten an relative politische Prosperität gewohnten Generation, sondern auch die globalen Dimensionen bevölkerungs-, umwelt- und technologiepolitischer Fragen haben das Bewußtsein dafür geschärft, daß wir in einer Zeitenwende leben. Zeitenwenden haben den Vorteil, daß sie unter der Oberfläche angestaute Widersprüche zutage treten lassen: Konflikte kulminieren, Konfrontationspotentiale gruppieren sich um und neu. Manchmal müsse eben die Oberfläche aufbrechen, damit die wahren Strukturen wieder sichtbar würden, schreibt Ernst Jünger. Dies kann freilich unter den Bedingungen des Atom-, High-Tech- und Gentechnologiezeitalters ein risikoträgliches Unterfangen sein.

Die Karten werden neu gemischt. Die Töchter und Söhne der 68er stellen ihren Eltern unbequeme Fragen. Gesucht wird eine neue *Authentizität*, ein Phänomen, das erstaunliche Parallelen zur Suche nach dem *Erlebnis* in den ersten Dezennien unseres Jahrhunderts aufweist. Es wird schwierig, dieser Suche nach einfachen Antworten auf komplexe Fragen mit den Mitteln des gewohnten »dialogischen« Diskurses zu begegnen, zumal dieser in den Augen vieler ZeitgenossInnen in einer bisweilen saturierten und bornierten Monotonie erstarrt ist. Der sich vielfältig artikulierende Nonkonformismus sucht nach neuen politischen Formen. Der Rückzug ins Private scheint aus der Mode zu kommen. Politisch ist die Landschaft so schillernd wie selten zuvor in der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Gramsci, die *Nouvelle Droite* und die Kulturrevolution von rechts

Mit ketzerischen Artikeln im Figaro-Magazin vor gut fünfzehn Jahren fing es an. Der Franzose Alain de Benoist wetterte gleichzeitig gegen die beiden »Hauptfeinde« Europas: die USA und die UDSSR. Diese seien nur zwei Seiten ein und derselben Medaille. Beide seien die legitimen Kinder einer linearen und materialistisch fundierten Geschichtsauffassung, die durch den Judaismus und später das Christentum (die Linie vom Kreuzestod Christi bis zum Jüngsten Gericht) begründet worden sei und in der Französischen Revolution und danach in der Oktoberrevolution ihren modernen Ausdruck gefunden habe. Deutschland und Frankreich seien dazu aufgerufen, den europäischen »Befreiungskampf« gegen die USA und die UDSSR im Verein mit den unterdrückten Völkern der »Dritten« und »Vierten Welt« zu führen. Der kategorialen Freund-Feind-Bestimmung der *Nouvelle Droite* liegt in einem durchaus fundamentalen Sinne der »Begriff des Politischen« Carl Schmitts zugrunde. Der westlichen Weltzivilisation mit ihren »nivellierenden« Auswirkungen, dem Katalog universal gültiger Menschen- und Grundrechte stellt die *Nouvelle Droite* das »Recht des Stärkeren«, das »Recht auf Ungleichheit« gegenüber. Daß man politisch-ideologische und philosophische Anleihen bei Emile Cioran, Donoso Cortéz, Julius Evola, Arnold Gehlen, Martin Heidegger, Ernst Jünger, Konrad Lorenz, Friedrich Nietzsche, Vilfredo Pareto, Carl Schmitt, Georges Sorel u.a. macht, überrascht vielleicht nicht unbedingt, daß jedoch auch »linke« Denker herhalten mußten, war neu: nicht auf der

politisch-inhaltlichen Ebene, aber in Fragen der politischen Strategie und Taktik hatte man den Gründungsvater und langjährigen geistigen Paten des italienischen Kommunismus Gramsci und dessen Konzept der »kulturellen Hegemonie« für sich entdeckt.

Während »links« die Diskussion um »Eurokommunismus«, »Eurosozialismus«, einen »Dritten Weg« – um Max Adlers, Otto Bauers und Antonio Gramscis potentielles politisches Vermächtnis – immer mehr zum *Circulus vitiosus* und schließlich obsolet wurde, machte man sich *rechts* Gramscis Analyse der innenpolitischen Konfliktformationen im bürgerlichen Staat mit seinen »Überbaubastionen« zunutze und begann mit dem Auf- und Ausbau »rechter« Vorposten in Politik und Kultur. Der Gründung eines »Groupement de recherche et d'études pour la civilisation européenne« GRECE, der in einer Art Sommeruniversität Seminare zu unterschiedlichen politischen und philosophischen Themen veranstaltete, folgten ehrgeizige Zeitschriftenprojekte wie »Nouvelle Ecole«, »Eléments«, »Vouloir« etc.

Auf diese Weise hoffte man auf intellektuellem Terrain vom »Stellungskrieg« in den »Bewegungskrieg« wechseln zu können. Die Produkte aus diesen »Denkfabriken« der neuen französischen Rechten waren bald auch auf dem deutschen Markt zu bestaunen: Reflexionen über »rechts« verbuchte Denker, rassistisch-biologistisch eingefärbte politische Traktate mit häufig pseudowissenschaftlichem Charakter, neupaganistische Pamphlete. Die *Nouvelle Droite* versteht sich als überparteiliche »Denkfabrik« und kann insofern nur beschränkt mit dem FRONT NATIONAL Le Pens in Verbindung gebracht werden. Die Grenzen zwischen einem sich radikal gebärdenden Konservatismus und deutlich protofaschistischen Tendenzen sind in der *Nouvelle Droite* fließend.

Während ihre Ideen in Frankreich keine politisch nachhaltigere Wirkung entfalten konnten, haben sie Teile der rechtsintellektuellen Szene in Deutschland beeinflußt.

Renaissance der Ideen der *Konservativen Revolution*

Ein Blick in die rechtsintellektuellen Organe CRITICON, ETAPPE, NEUE FREIHEIT zeigt, daß das Ringen um neue konservative Standortbestimmungen in vollem Gange ist, und daß die Grenzziehungen zu neu bzw. protofaschistischen Entwürfen bei weitem noch nicht deutlich sind. Seit jeher ist konservatives Denken um die Erhellung ewig gültiger Konstanten, der letzten Gründe, ontologischer Kategorien der *condition humaine* bemüht. Fortschritt wird als Verfall gedeutet. Dem politischen Denken dieses traditionellen Konservatismus, der einer kulturpessimistischen Weltsicht entspringt, geht es um Schadensbegrenzung, »Zähmung« und Regulierung – so etwa bei Jacob Burckhardt, Edmund Burke und Alexis de Tocqueville. Bei der Formulierung positiver Entwürfe tut er sich schwer. Dies setzt ihn der Gefahr der Statik aus. Ein radikaler Versuch zur »Überwindung« dieser Statik ist das, was in die Ideengeschichte unter dem Sammelbegriff »Konservative Revolution« eingegangen ist.

»Konservativ im Wesen, revolutionär in der Form«, so definierte einst Hugo von Hofmannsthal eine schillernde in sich sehr heterogene philosophisch-politische Strömung, die unter ihrem Dach im Deutschland der Weimarer Republik und in der Anfangszeit des Nationalsozialismus linke Leute von rechts und rechte Leute von links versammelte. Die Bandbreite reichte von Jungkonservativen und Neonationalisten über Völkische und Bündische bis hin zu Nationalkommunisten, Nationalbolschewisten und »linken« Nationalsozialisten. Obwohl die Grenzüberschreitungen zwischen konservativen und protofaschistischen Impulsen fließend waren, stammen aus den Reihen der »Konservativen Revolutionäre« zahlreiche Exponenten, die im Kampf gegen den Nationalsozialismus einen hohen Blutzoll ließen. Claus Leggewie rechnet es Armin Mohler als dessen Verdienst an, die Ideen dieser Denkrichtung der Weimarer Zeit über die Agonie der Nachkriegszeit in die Gegenwart hinüberge-

rettet zu haben. Wer waren diese »Trotzkisten des Nationalsozialismus« (Moeller)? Reduziert man sie auf ihren kleinsten gemeinsamen Nenner, so kristallisieren sich Parameter heraus, die politisch sowohl in eine konservative wie auch in eine faschistische Richtung weisen können: Allen gemeinsam ist die mehr oder minder schroffe Ablehnung der liberal-westlichen Zivilisation mit ihren implementierten Werten der Demokratie, der universalen Gültigkeit der als abstrakt empfundenen Menschen- und Grundrechte.

Den Ideen von 1789 werden die »Ideen von 1914« gegenübergestellt. Das für eine ganze Generation von Rechtsintellektuellen konstitutive Fronterlebnis in den Schützengräben des Ersten Weltkrieges, wo sich die Gegensätze von Klasse, Herkunft, Stand, Religion und Landschaft aufzuheben scheinen, wird zur Plattform, auf der man sich nach neuen politischen und philosophischen Orientierungen, politisch nach der »Überwindung« des Rechts-Links-Paradigmas, sucht. Dem »metapolitisch« überhöhten Drang nach Aufhebung der Gegensätze liegt eine »konservative« Dynamik zugrunde, die sich von den Traditionen des Wilhelminischen Deutschland entschieden absetzt. Eine essentielle Kategorie zur Unterscheidung dieses »revolutionären« Konservatismus vom Altkonservatismus ist die Haltung zur Modernität im Spannungsfeld Moderne-Gegenmoderne-Übermoderne. An die Stelle des Antimodernismus traditionell konservativer Provenienz treten die Visionen eines übernationalen von Arthur Moeller van den Bruck antizipierten »Dritten« Reiches, das Bestreben nach Synthesierung der beiden Prinzipien »Nationalismus« und »Sozialismus« oder gar als konsequenterste Variante die euphorische Begrüßung des Maschinenzeitalters, das mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges das Antlitz der Welt verändert hat. In den Kriegstagebüchern Ernst Jüngers und den autobiographischen Romanen Ernst von Salomons tauchen die neuen »konservativ-revolutionären« Archetypen, die Verkörperung des »Neuen Men-

schen« auf. Bei Ernst Jünger sind es der »Soldat« und »Arbeiter«, bei Ernst Niekisch ist es der »Bauer«.

Ernst Jünger versucht die Quadratur des Kreises: Die Überwindung des Nihilismus als der von Nietzsche diagnostizierten Signatur unserer Zeit durch dessen Vollendung. Der Rhythmus des Maschinenzeitalters erfordert die »totale Mobilmachung«. In genialer Weise erfaßt und antizipiert Jünger die Totalität des 20. Jahrhunderts mit all ihren Schreckensvisionen. Die heroische Gestalt des Arbeiters mit seinen roboterhaften und kriegerischen Zügen ist der Gegentypus zum verhafteten »Bürger«. Von hier aus ist es nicht weit zum Futurismus eines Marinetti: Am Ende steht die Ersetzung des Menschen durch die Maschine (vgl. hierzu den sehr aufschlußreichen Aufsatz von Thomas Assheuer in der FRANKFURTER RUNDSCHAU von 26. 3. 1994 »Wir lebten so tief im Krieg, daß uns das Bild des Friedens unvorstellbar wurde«). Nietzsches Begeisterung für die Ästhetik der anorganischen Materie steht Pate. Nehmen nicht heute mit Blick auf die Perspektiven der Gentechnologie diese roboterhaften Visionen erschreckende Konturen an?

Am weiteren politischen Schicksal Deutschlands (und Rußlands) würde sich zeigen, ob es gelänge, dem »Gift« der westlich-rationalistischen Moderne mit einem ganzheitlichen Entwurf zu begegnen. In diesem Geist schreibt Thomas Mann in den *Betrachtungen eines Unpolitischen* (1918): »Deutschum ist Kultur, Seele, Freiheit, Kunst und nicht Zivilisation, Gesellschaft, Stimmrecht, Literatur.« Das Vordringen der westlichen Zivilisation nach Deutschland im Zeichen der »Demokratie« und des »Egalitarismus« wird als Akt der Vergewaltigung und des westlichen Imperialismus empfunden. Die Wurzeln dieses Denkens reichen bis in die Romantik zurück (Joseph von Görres, Adam Müller, Friedrich Schlegel), als die anfängliche Begeisterung vieler Romantiker für die Französische Revolution unter dem Eindruck der Napoleonischen Usurpation Deutschlands in eine schroffe Ablehnung um-

Neu im Herbst '94 bei Leske + Budrich

Carsten Tessmer (Hrsg.)

Deutschland und das Weltflüchtlingsproblem

Leske + Budrich

Carsten Tessmer (Hrsg.)
Deutschland und das Weltflüchtlingsproblem
Ca. 200 S. Kt. Ca. 19,80
DM/ 155,- öS/ 20,50 SFr

Harry Friebel

Der Mann der Bettler

Risiken im männlichen Lebenszusammenhang



Leske + Budrich

Harry Friebel
Der Mann, der Bettler
Risiken im männlichen Lebenszusammenhang
Ca. 170 S. Kt. Ca. 24,80
DM/ 194,- öS/ 25,59 SFr

Jens Dangschat
Jörg Blasius (Hrsg.)

Lebensstile in den Städten

Konzepte und Methoden

Leske + Budrich

**Jens Dangschat/
Jörg Blasius (Hrsg.)**
Lebensstile in Städten
Ca. 400 S. Kt. Ca. 39,- DM/
304,- öS/ 40,- SFr

Sozialwissenschaftliche Studien Heft 29

Helga Milz

Frauenbewußtsein und Soziologie



Helga Milz
Frauenbewußtsein und soziologische Empirie
317 S. Kt. 48,- DM/
375,- öS/ 49,- SFr

Sabine Kirchhoff

Sexueller Mißbrauch vor Gericht

Band 1:
Beobachtung und Analyse
Leske + Budrich



Sabine Kirchhoff:
Sexueller Mißbrauch vor Gericht. Band 1: 317 S.
29,80 DM/ 233,- öS/ 31,-
SFr. Band 2: 308 S. 29,80
DM/ 233,- öS/ 31,- SFr



**Bindungsverlust
und Zukunftsangst**
**Leben in der
Risikogesellschaft**

Eine Disputation
MARTIN-LUTHER-UNIVERSITÄT
HALLE-WITTENBERG

**Hans-Hermann Hartwich
(Hrsg.): Bindungsverlust
und Zukunftsangst – Le-
ben in der Risikogesell-
schaft.** 114 S. Kt. 16,80
DM/ 131,- öS/ 17,50 SFr

Information: Postfach 30 05 51 · 51334 Leverkusen

schlägt. Hölderlins verzweifelter Ausruf »Ich will kein Franzos' sein!« ist hierfür die Chiffre. Es gewinnt die Überzeugung Raum, daß die nationale Befreiung Deutschlands die Niederringung Frankreichs und damit auch der Schubkräfte seines Imperialismus – der Ideen der Französischen Revolution – voraussetze. In dieser Perspektive entsprechen die Ausgangsbedingungen vor der Völkerschlacht bei Leipzig denjenigen nach Ende des Ersten Weltkrieges.

Während die philosophisch-ästhetischen Überzeugungen der »Konservativen Revolutionäre« gemeinsame Esszenen erkennen lassen, gehen die politischen Schlußfolgerungen aus der einmal getroffenen Bestandsaufnahme zum Teil weit auseinander. Die Nagelprobe erfolgt mit der Inszenierung des »Gesamtkunstwerks« 1933, das viele nur als ein Teil der Katastrophe des Abendlandes deuten, die mit der Französischen Revolution nur einen vorläufigen Kulminationspunkt erreicht hatte. Der Triumph des »Egitaranismus« stünde nunmehr auch in Deutschland auf der Tagesordnung. Ernst Niekisch und Harro Schulze-Boysen gehen den Weg des aktiven Widerstands, andere wie Gottfried Benn und Martin Heidegger gehen in die »innere Emigration«. Wieder andere wie Carl Schmitt stellen sich mindestens zeitweise dem Nationalsozialismus zur Verfügung. Ernst Jünger trifft später im Militär auf das Sammelbecken des konservativen Widerstands gegen Hitler. Die »Konservative Revolution« als eine ideengeschichtliche Strömung verdankt ihre Geburt einer fundamentalen Krisenerfahrung. Traditional geprägte Weltbilder zerfallen und mit ihnen die alten Reiche in Europa: das Deutsche Reich, die österreichisch-ungarische Habsburgermonarchie sowie das Russische Reich. Es folgen perverse Amalgamierungen der beiden geschichtsmächtigen Prinzipien unseres Jahrhunderts »Nationalismus« und »Sozialismus« in den am meisten vom Kriege »proletarisierten« Nationen: In Deutschland (Nationalsozialismus) und im Rußland Stalins (Aufbau des Sozialismus in einem Land).

Anfang der 90er Jahre ist wieder ein Imperium zerfallen und in der Mitte Europas sind nicht nur ordnungspolitische Vakuen entstanden, in denen der Nationalismus sein janusköpfiges Haupt erhebt. Erneut drohen ganze Länder zu »proletarisieren«. Mit der »neuen Übersichtlichkeit« korrespondiert ein Zusammenbruch von »Lebenswelten«, der Wegfall von relativer sozialer Stabilität und politischen Orientierungen. Einen Vorgeschmack auf die Folgen solcher Eruptionen erleben wir zur Zeit im ehemaligen Jugoslawien, in Rußland und auf eine spezifische Weise in Form der ausländerfeindlichen Ausschreitungen besonders im Osten Deutschlands.

Kunst und Kultur – Konservative Fluchtpunkte

In seiner Schrift *Die Technik und die Kehre* äußert sich Martin Heidegger zum Auseinanderfallen von moderner »Technik« und »Kunst«. Ursprünglich Synonyme (vgl. griech. *τέχνη*) gehen sie nach der Instrumentalisierung der Technik im Zeitalter der Naturwissenschaften, der weltgeschichtlichen Zäsur, die den Weg zur Moderne gleichzeitig markiert und freigibt, getrennte Wege. Die Technik genügt nicht länger nur sich selbst, sie ist auch nicht mehr nur Mittel zum Zweck, sondern gewinnt eine neue »Totalität«, eine Eigendynamik, die immer schwieriger kontrollierbar wird. Die Sehnsucht nach der »reinen« Kunst, der eine Aversion gegen das profan »Politische« zugrunde liegt, ist von jeher einer der Fluchtpunkte konservativen Denkens. Daher die intensive Beschäftigung des späteren Heidegger mit der Poesie (griech. *ποίησις* = Her-vor-Bringung, Entbergung, um in der Sprache Heideggers zu bleiben) insbesondere Hölderlins (»Hölderlins Dichtung ist uns ein Schicksal«). Der Entzauberung und Entgötterung der Welt durch die Moderne wird die Kunst als Gegenprinzip entgegengehalten, in der die »Verzauberung« immerhin ästhetisch möglich erscheint. In einer Zeit, in der es keine verbindlichen Werte mehr gibt, kann allein noch Stil

und Form Orientierung vermitteln. Darauf das Ringen um das »Wort« bei Benn oder der Ästhetizismus eines Ernst Jünger: »Am Rande des Abgrunds kommt es auf Haltung an«. Für das konservative Denken ist das Fragmentarische, das Entwurfshafte, das nach vorne hin Offene charakteristisch, nicht das Denken in fertiggegossenen Systemen. Aus dem Fragment wird das Bild (oder der Gesang), aus dem Bild spricht die mythische Sehnsucht. Hier liegt eine der Kraftquellen der Aphorismen Nietzsches, der Oden Hölderlins und der Cantos Ezra Pounds.

Wenn die Kunst ein Gradmesser für die Befindlichkeit einer Gesellschaft ist, so wird man heute beim Besuch von Biennalen Neuer Musik, von Skulpturen-, Graphik-, Design- oder Gemäldeausstellungen auf lange Zeit Ungewohntes stoßen: eine Renaissance der Tonalität und Melodität, der Form, der geometrischen Achsen, der Symmetrien. Ähnliches gilt für Tendenzen in der neuen Literatur: Man ist überrascht über die erstaunliche kompositorische und erzählerische Kraft mancher junger AutorInnen.

Es ist der pure Ekel vor der herrschenden Hysterie des etablierten Medien- und Kulturbetriebs, der einen Hans-Magnus Enzensberger gegen den »erweiterten« Kulturbegriff polemisieren lässt oder es einem Botho Strauß unmöglich macht, sich in einer Talk-Show, wo wenig mit-, aber viel aneinander vorbei geredet wird, zu »prostituieren«. Die knappe Antwort Botho Straußens auf seine zumeist unter die Gürtellinie zielen- den Kritiker erinnert denn auch an das Bild Hölderlins im Turm (»Je stiller desto mehr Äußerung«). Schon 1981 in *Paare, Passanten* vernehmen wir die konservativen Impulse bei Botho Strauß, wenn er etwa im Zusammenhang mit Empfindungen und Eindrücken, die sich bei ihm anlässlich des Besuchs heimatlicher Landschaften einstellen, schreibt: »Hier entstand nichts. Hier ward etwas als wesentlich erwischt, das mich nicht müde werden ließ, es wieder und wieder zu erwischen. Mein einziges wahres Erlebnis

von Zeit ist das einer schwankenden Synchronität.«

Als Peter Glotz nach dem Erscheinen von *Anschwellender Bocksgesang* schrieb, diesen Tag werde man im Kalender rot anstreichen müssen, hatte er recht: nicht deshalb, weil damit eine Debatte eröffnet wurde, sondern man weil damit bereits an einem Kulminationspunkt angekommen war, an dem auch innerhalb des konservativen Lagers die Scheide-Wege neu ausgemessen werden. Es ist nicht zu erwarten, daß die Impulse der Kunst identitätsstiftende Kraft entfalten werden. Zurecht bemerkt Alexander Gauland, daß das Tempo des Zerfalls von Traditionen zu schnell sei, um an deren Stelle neue begründen zu können. Daß die Kunst aber als ein Ort dicht am Puls der Zeit von immer breiteren Schichten wahrgenommen wird, daß sie Debatten zu entzünden vermag, ist augenfällig. Ob aus den Museen die Tempel des 21. Jahrhunderts werden, ist nicht ausgemacht. Die schlechteste Alternative wäre dies nicht.

Konservatismus – quo vadis?

Ein strukturelles Merkmal der entwickelten Industriegesellschaften ist das zunehmende Maß der politischen Desintegration, die eine ihrer Ursachen in der tendenziellen Atomisierung der Interessenlagen hat. Es scheint immer schwieriger, Interessen kollektiv zu bündeln. Die sich zuspitzenden Widersprüche, die Marginalisierung immer größerer Teile der Bevölkerung schaffen explosive Konfliktpotentiale.

Wenn es nicht gelingt, die politischen Glaubwürdigkeitsdefizite zu beheben, authentische Antworten zu geben, nicht nur Angebote zu machen, öffnet man den Rattenfängern, die schon bereitstehen und auf ihren Flöten altbekannte Melodien spielen, Tür und Tor. Der politische Extremismus wächst zwar an den Rändern, aber er entspringt der Mitte der Gesellschaft, wo zunehmend Desintegration Platz greift. Der Eindruck der Paralysierung, wie etwa nach Hoyerswerda, ist verheerend.

Auch der politische Konservatismus in Deutschland steht an einer Wegmarke, die Klärungen verlangt. Gelingt es ihm, in der Ökologie- und Technologiefrage, in der Sicherung der Autorität der Institutionen, in der entschiedenen Bekämpfung des politischen Extremismus, bei der Formulierung ethischer Grundsätze, in der Außenpolitik, im Prozeß des Zusammenwachsens Europas überzeugende Alternativen zu formulieren? Und vor allem: Gelingt ihm die Aussöhnung mit der aufklärerischen Tradition, hinter die es kein Zurück gibt? Wichtige Ansätze dazu kann man verorten (vgl. z. B. Alexander Gauland, *Was ist Konservatismus?* Streitschrift gegen die falschen deutschen Traditionen. Westliche Werte aus konservativer Sicht, Frankfurt a. M. 1991). Oder öffnet er sich einer Dynamik, der wie schon in der Weimarer Republik die totalitäre Versuchung inhärent ist? In diesem Klärungsprozeß sollte deutlicher gemacht werden, daß zwischen denjenigen, die den Umbau der Industriegesellschaft mit den Mitteln der Industriegesellschaft bewerkstelligen wollen, und denjenigen, die schlicht die Schönheit der göttlichen Schöpfung bewahren wollen, und zwischen denen, die sich über den angezeigten Rahmen von weltweiten friedenssichernden Einsätzen der Bundeswehr streiten, allemal mehr Gemeinsamkeiten bestehen als mit denjenigen, die über den »Rückruf der Deutschen in die Geschichte« (*Weißmann*) von deutschen Sonderwegen oder gar einer neuen deutschen »Geopolitik« (*Zitelmann*) faseln.

Die liberale Utopie vom »Ende der Geschichte« (*Fukuyama*) gibt es nicht. Nichts in der Geschichte wiederholt sich, aber vieles bisweilen unter der Oberfläche Verborgenes ist schon immer dagewesen.

In einer Reihe von Staaten ist der politische Konservatismus aus dem demokratisch-pluralistischen Kräfteparallelogramm nicht wegzudenken. Seine Mithilfe im Kampf gegen die neuen Rattenfänger ist dringend erwünscht. Es stünde der Demokratie gut an, Wachsamkeit und Wehrhaftigkeit zu zeigen.

MICHA BRUMLIK

Arnulf Baring und der abenteuerliche Realismus

Der Propheten sind viele. Wo Sinn knapp und Unübersichtlichkeit gepredigt wird, bleiben sie nicht aus. Zumal Historiker bekommen weiche Knie und Köpfe, wenn sie der Mantel der Geschichte streift. Anders wäre kaum zu verstehen, warum so viele kluge Köpfe, von Hans Peter Schwarz (gewiß, einem Politologen) über Christian Meier und Gregor Schöllgen bis eben zu Arnulf Baring das Jahr 1989 und seine Ereignisse dazu verwenden, Geschichte nicht nur zu schreiben, sondern selbst machen zu wollen. Da wird zurückgerufen, in Erinnerung gebracht, werden Lageverschiebungen konstatiert, Sorgen geäußert und schließlich auch Vorschläge gemacht, daß einem der Schädel nur so dröhnt. All das vollzieht sich, Ehrensache, immer im Ton strengster Nüchternheit. Daß es dabei um die Nation geht, muß einem kundigen Publikum nicht eigens mitgeteilt werden, allenfalls wäre der Wunsch zu notieren, wieder einmal etwas Pathetisches zu lesen. Ein absurdes Ansinnen?

Herregespräche

Der angestrengt nüchterne Tonfall ist zum Signum der neuen Nationalisten seit den 20er Jahren geworden, die Zeiten trunkenster Begeisterung, die Kleist, Fichte und Jahn ergriff, längst vorbei. Nüchternes Reden und realistisches Ge habe gehören seit Max Webers Antrittsvorlesung aus dem Jahr 1895 zur Standardausstattung der Ideologen des Machtstaats, man könnte geradezu sagen: Rechts ist dort, wo keine Begeisterung herrscht oder doch wenigstens: nicht gezeigt wird.

Den Berliner Zeithistoriker Arnulf Baring, dem wir ein bedeutendes Werk über die Interna der frühen sozialliberalen Koalition verdanken, hat das Jahr 1989 offensichtlich so sehr beflügelt, daß



Arnulf Baring mit Richard von Weizsäcker

Foto: Paul Glaser

er, des Kostüms müde, wieder das Pathos wagt. Wohl wissend, daß derlei mit Seriositätseinbußen und sinkenden Werten auf dem Reputationsindex bestraft wird, hat er sich für seinen Rollentausch vom Historiker zum Propheten das gemäße Medium gesucht, das Interview, oder wie er es nennt: *Das Gespräch*. Es habe, so teilt Baring wortreich in einer Vorbemerkung mit, in unübersichtlichen Situationen große Vorteile. Man darf sich mit Andeutungen begnügen, kann auf ausführliche Begründungen verzichten. Wichtiges sollte, wie in jeder Unterhaltung auch, vielleicht sogar mehrfach auftauchen und damit besonders betont werden.

So gerüstet, blättern wir in dem bei Siedler erschienenen Buch *Deutschland, was nun?* weiter und werden – wie im wirklichen Leben nur noch selten – Zeugen eines politischen Herrenabends, den wir mit einem vulgären Stammtisch nicht verwechseln sollen. Denn im Unter-

schied zum Stammtisch, dessen Ergüsse in aller Regel kaum das Glück haben, einen Verleger zu finden, ist die Besetzung hier kleiner, sind Einkommensniveau sowie Bildungsabschlüsse relativ hoch und lassen sich die Teilnehmer – unter ihnen der Verleger selbst – wenigstens ausreden.

Die Botschaft, die jedenfalls Baring zu verkünden hat, ist an und für sich simpel und zerstreut durchaus den einen oder anderen Verdacht. Nein, so dürfen wir nach der Lektüre sagen, Baring & Co sind keine Antiamerikanisten, ja, sie stehen fest zu dem, was man als *Westbindung* verstehen mag. Nein, einer geheimen Vorliebe für Rußland und den Osten wird man sie mit Sicherheit nicht zeihen dürfen, Wanderer zwischen zwei Welten wollen sie nicht sein, die Demokratie ist ihnen lieb und teuer und die USA ein echtes Bedürfnis.

Mit der Neuen Rechten hat das nicht mehr zu tun als mit der erstaunlichen Be-

reitschaft Barings, rund zwei Jahre nach seinen *Gesprächen* die Fraktion der Atlantiker in der Springerschen WELT mit einer Solidaritätsadresse für einen nationalneutralistischen Nolte-Adepten zu düpieren.

Immer opferbereiter

Was mag es also sein, das einen gestandenen Atlantiker an die Seite rechtskonservativer Publizisten führt? Im Zweifelsfall der Wunsch nach einem neuen Tugendkatalog sowie das feste Bewußtsein, daß Deutschlands ideelle Verwestlichung überhaupt nicht stattgefunden hat. (*Die Ideen? Geistig Besitz von Deutschland ergripen? Das glaube ich keine Minute [S. 17]*). Beides kulminiert in nationalstaatlichem Machtbewußtsein, das sich im Wunsch nach einer eigenen Atombombe Glaubwürdigkeit bescheinigt. Vor allem aber wird ebenso unermüdlich wie ermüdend ermahnt: ... es kommt für uns alle darauf an, daß das Land ein anderes Bewußtsein bekommt – ernster, wacher, tapferer, auch opferbereiter wird (S. 34). Denn was wir jetzt vor allem in der DDR brauchen, ist natürlich die Gesinnung des Dienens, des Pflichtgefühls... (S. 71). Mit der bloßen Beschwörung eines inhaltsarmen Kulturpluralismus, mit phrasenhafter Internationalität ist uns so wenig wie den anderen geholfen. So gewinnen wir nie den opferbereiten Zusammenhalt, den wir brauchen (S. 178). Wir Deutschen müssen jetzt erwachsener, ernster und tapferer werden (S. 186/187). Die neue Situation ist dadurch gekennzeichnet, daß mehr Verantwortung, mehr Aufgaben, mehr Pflichten – ja, Pflichten! – auf die Deutschen zukommen... (S. 207).

Existentielle Risiken, z. B. Polen

Was Baring so mit gewollter Redundanz wieder und wieder fordert, kommt nicht ohne Hinweise daher: Mal dient die geopolitische Lage, ein Land in der Klemme zwischen drohender Massenzuwanderung von Habenichtsen aus Osteuropa

und einem abdriftenden Frankreich, als Argument, mal die miserable Lage der ehemaligen DDR, hier die Zweifel am Gelingen der europäischen Integration, dort die Verzweiflung an der Neugründung des deutschen Nationalstaats. Das geht auf und ab, mal manisch, mal depressiv; herrscht hier tiefster Pessimismus vor, so dort unbegründeter Optimismus. Auf jeden Fall wird Kontingenzbewußtsein beschworen, politischer Existenzialismus neu aufgeputzt: *Das Gefühl für das unvermeidliche Risiko unserer ganzen Existenz muß, glaube ich, in Deutschland neu geweckt werden (S. 211)*.

Dieser Risiken sind ebensoviel wie der Traditionen, an die Deutschland wieder anknüpfen müsse. Auf jeden Fall aber ist Polen für den in Dresden gebürtigen, auf seine protestantisch-norddeutsche Herkunft stolzen Professor der Geschichte ein dauerndes Ärgernis – in dieser Tradition steht Baring allemal. In ihrem Schoß verkürzt denn die Befassung mit der Geschichte sogar die lebensweltliche Zeiterfahrung – auch hier will manche Vergangenheit nicht vergehen: *Die neuen (! M. B.) Siedlungsgebiete unserer polnischen Nachbarn sind uns Deutschen natürlich besonders nahe oder sollten es doch sein. Mir sind sie wichtig, obwohl niemand aus meiner Familie dorther stammt. Aber wer je die herrlichen, hohen Lindenalleen durchfahren hat, die sich um Varzin zwischen Wäldern und Feldern kilometerlang still über die sanften, menschenleeren Hügel ziehen, wird besser verstehen, weshalb Bismarck als Reichskanzler oft monatelang aus dem lauten Berlin dorthin flüchtete (S. 40)*.

Ist der Grundton nach Gutsherrenart erst einmal gestimmt, so geht es auch, mindestens was den polnischen Präsidenten Lech Wałęsa angeht, konsequent weiter: *Er hat Instinkt, ja. Er besitzt beträchtliche demagogische Fähigkeiten, die ich zeitweilig bewundert habe, verfügt auch über eine gewisse Schläue. Aber hat er die erforderlichen Eigenschaften, um Polen in einen Staat zu verwandeln, der in Europa seinen Platz findet? (S. 87)*.

Unter diesen Auspizien bleibt dem kühlen Blick des Ostexperten nicht verborgen, daß es mit Polen bergab geht: *Der Schwung des Aufbruchs läßt nach. Apathie ist nach wie vor weitverbreitet; die Kriminalität, dunkle Geschäfte alter Art, sind es auch. Neue Streiks, gewaltsame Ausbrüche liegen in der Luft, falls die Misere andauert, was zu vermuten ist . . . Was machen wir, wenn mehr und mehr Polen die Geduld verlieren und bei uns ihr Heil suchen?*

Die Lage auch Deutschlands ist somit verzweifelt, weil, wie Baring resigniert mitteilt, keinerlei Anzeichen dafür zu sehen sind, daß wir Westdeutschen die Aufgabe einer neuen »Ostkolonisation«, die auch früher schon eine Entwicklung von Jahrhunderten gewesen ist, für die nächsten Jahre ins Auge fassen (S. 94), die Osteuropäer aber andererseits uns, Herr Siedler, eben doch die Bude einrinnen. Sie tun es ja schon. Tausende von Rumänen und Bulgaren, hauptsächlich Zigeuner, versuchen seit Monaten illegal über die Neiße nach Deutschland zu kommen (S. 121).

Wo aber das Geld fehlt bzw. nur noch für den Bundesgrenzschutz reicht, bleibt immer noch die gute alte Kultur. Wenigstens Denkmalpflege soll Deutschland betreiben, eingedenk dessen, daß die Landschaften östlich von Oder und Neiße so »deutsch geprägt« sind, daß auch hartgesottene Realisten der Macht von Gefühlen übermannt werden: *Mit Rührung, so bekennt Baring, sieht man in Breslau Scharen lebhafter, fröhlicher Studenten die alten Klöster und Stifte am südlichen Oderufer bevölkern; ehrfürchtig betritt man die Leopoldina . . .* (S. 41).

Bismarckreich revisited

Angesichts all dieser Fährnisse gilt es festzuhalten, daß Deutschland erstens wieder in den Grenzen des Bismarckreichs lebt, freilich verkürzt um jenes reichliche Viertel des Landes, das 1945 polnisch geworden ist und – ein Schuft, wer etwa vergißt – verkürzt natürlich erst recht und schon lange um das

Reichsgebiet Elsaß Lothringen (S. 202), zweitens einer wiedergefundenen historischen Identität bedarf und deshalb drittens zur Kenntnis zu nehmen hat, daß 1945 mehr vom Wagen gefallen ist, als uns gut tut.

So wird der Wagen neu beladen, wenngleich es sich um sperriges, ein zu wenig schweres Gut handelt. Freilich: Wer unter Westbindung vor allem eine außenpolitische Option versteht, nämlich die, zum souveränen Festlanddegen der USA auf dem Kontinent der Ungewißheiten zu werden, dem wird das Laden dieses Gutes angenehme Schauer über den Rücken jagen: *England und Frankreich sind bisher nicht geneigt, ihre Atomwaffen europäisch zu definieren. Es spricht wenig dafür, daß sie dazu künftig eher bereit sein könnten. Ob wir auf die Dauer, bei der großen Verletzlichkeit unseres Landes, um diese Waffen herumkommen? (S. 209).*

So viele Fragen, so viele Ungewißheiten, so viele Risiken . . . Sage keiner, dieser Professor der Geschichte sei kein Verantwortungsethiker, gilt es doch schließlich viel zu erwägen, abzuwägen. *Verletzlich sind wir ja schon wegen unserer Atomkraftwerke, die Gegner bombardieren könnten . . .* (S. 210). Unfair wäre, wer bei so viel Skrupeln Verantwortungslosigkeit unterstellen, ein Naiving, wem der Ernst dieser und der letzten, der entscheidenden Frage ausweichen, um in die Fellachenmentalität der unhistorischen, der vor-neunundachtzig Zeiten zurückfallen wollte. Denn schließlich und endlich, wenn die Geschichte zurückgerufen und die Risiken gewogen sind, wenn die Erinnerung an Bismarck wirkungsmächtig geworden ist, dann bleibt nur noch eine, die Frage aller Fragen: *Haben wir, diese Frage drängt sich hier auf, überhaupt noch die Kriegsführungsfähigkeit? (S. 210).*

Johannestriebe

Souverän – so bemerkte einmal jemand, den die Neue Rechte zu ihrem Vordenker erkoren hat – sei, wer über den Ernstfall entscheide. Das schlichte Diktum findet

sich hier vom Geknäule der Innenpolitik auf das projiziert, was einer für weltpolitisches Terrain halten möchte. Vermengt mit Bildern und Metaphern eines sich spät seiner Adoleszenz erinnernden, gealterten Jünglings geht es immer wieder ums politische Erwachsenwerden, um das Ende irgendwelcher Bevormundungen, um das Glück, den Gefahren des Lebens alleine, auf sich selbst gestellt ins Auge blicken zu dürfen. Man muß schon Politologe oder Historiker sein, um dermaßen schlicht die Entwicklung von Gesellschaften mit entwicklungspsychologischen, allenfalls für Individuen brauchbaren Kategorien aus der familialen Lebenswelt zu belegen. Das scheint auch Baring zu merken: *Sie haben recht, der Vergleich mit dem Ende der Kindheit, dem natürlichen Zwang, erwachsen zu werden, ist schief* (S. 187). Schief ist der Vergleich aber nicht deshalb, weil hier Birnen in den Kategorien von Äpfeln beurteilt werden, sondern weil die Birnen in dieser Perspektive als Überäpfel erscheinen, als ein Obst, das noch nicht einmal dem Zwang der Reifung unterliegt.

Arnulf Baring wäre nicht der erste, dem die Vereinigung von 1989 in verquasten Bildern als Jungbrunnen dient, als sprudelnder Quell, der Johannistriebe nationalen Empfindens emporschießen läßt. Wenn nicht alles täuscht, ist die Generation der um 1930 geborenen, westdeutschen akademischen Intelligenz politisch gespalten: hier die Ehmkes, Habermas und Lepsius, dort die Henrichs, Meiers, Siedlers, Schwarz und eben Barings. Nur eine historisch gerichtete, wissenssoziologische Untersuchung über die universitäre Intelligenzja wird uns mitteilen können, welches die bestimmenden Faktoren für den unerwarteten Ausbruch nationaler Hochgefühle bei einem Teil dieser Generation gewesen ist.

Wie dem auch sei. Wir haben uns zu vergegenwärtigen, welch wirklichen Gefahren die Bundesrepublik ausgesetzt wäre, wenn Leute wie der als Prophet dilettierende Historiker tatsächlich das Sagen hätten. Aber auch weniger wäre schlimm genug. Schon der Gedanke, daß ansonsten harmlose Zeitgenossen wie

der MdB Müller-Müllerhausen aus Kyritz an der Knatter – Experte für Porti und regionale Raumordnung, ansonstenstellvertretender Nachrücker seiner Fraktion für den nächsten Platz im auswärtigen Ausschuß – sich derlei Ergüsse mit heißen Ohren über die Weihnachtsferien zu Gemüte führen, kann schlaflose Nächte bewirken. Vielleicht ist auch das nur ein elitäres Vorurteil. Vielleicht fällt ja allen auf, was dem selbsternannten späten Adepten des frühen Max Weber widerfährt, was manchem geschieht, der ins Mikrofon spricht, um dritte abzukanzeln – er begegnet sich selbst: *Die Leute reden, und zwar auf den Straßen, in den Kneipen wie im Parlament, ohne das Gefühl zu vermitteln, irgend etwas sei ihnen wirklich ernst. Statt dessen: alles Theaterdonner, bloße Gesten, Redensarten* (S. 207).

BERND MOSEBACH

Tue Gutes und rede davon

Michael Wolffsohn:

Deutsch, jüdisch und Patriot

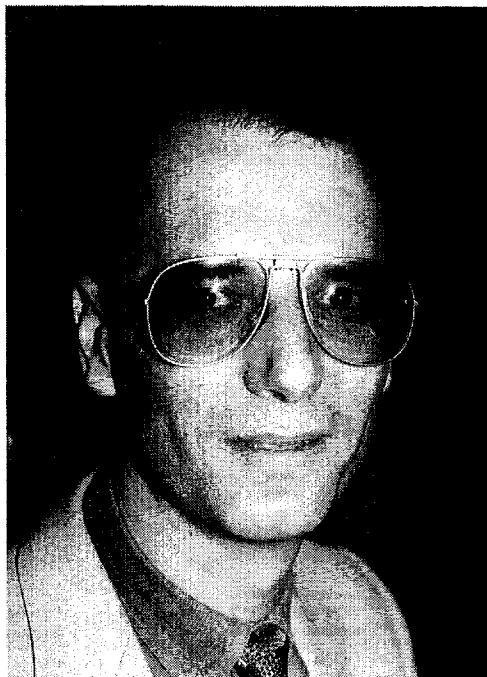
Wenn Du einen Dollar investierst, gib einen zweiten aus, um es bekannt zu machen. Henry Ford begründete mit dieser Einsicht nicht nur seine eigene automobile Karriere, sondern zugleich das Fundament moderner Public Relation. Michael Wolffsohn hat von Ford gelernt: Wenn Du einen Gedanken hast, habe einen zweiten, um es bekannt zu machen. Und dieser zweite Gedanke sah zum Beispiel so aus: Der Münchner Historiker beauftragte im vergangenen Jahr die F&H PUBLIC RELATIONS GESELLSCHAFT, ihn als redenden Denker bei »kleinen und großen Betrieben« anzupreisen. Er wolle »angesichts der jüngsten Ereignisse« den Unternehmen auf diese Weise eine »öffentlichkeitsswirksame Selbstdarstellung und eigene politische Stellungnahme« ermöglichen. Tue Gutes und rede davon.

Von Gutem soll also hier die Rede sein und natürlich davon, wie man darüber redet.

Zweifelsohne: Ein Patriot ist zu porträtieren. Michael Wolffsohn, Historiker an der Bundeswehrhochschule in Neubiburg bei München, 47 Jahre alt, konservativ, umstritten, Jude. Doch wer ist dieser Mann? Befragt man seine Gegner, erscheint er abwechselnd als Verräter der *deutschen* wie der *jüdischen* Sache. Verfolgt man seine öffentlichen Auftritte und liest seine tagespolitischen Kommentare, entsteht das Bild eines wertebewußten Rechten, der auszuteilen versteht. Vertieft man sich in seine Werke oder läßt seine Rezensenten als Spiegel derselben zu Wort kommen, zeigt sich ein kenntnisreicher, überzeugend formulierender Wissenschaftler. Und nähert man sich ihm schließlich persönlich, so lernt man einen freundlichen, jungenhaften Mann kennen. Auf die Spur kommt man Wolffsohn freilich am ehesten, wenn man einen Blick auf seine Biographie wirft: Es ist die Vita eines Juden, dessen Herz deutsch schlägt.

Die Großeltern Michael Wolffsohns stammen aus dem deutsch-jüdischen Großbürgertum und konnten rechtzeitig vor den Nazis nach Palästina fliehen. Beide Familien waren assimilierte Juden: der Berliner Großvater hat dem Enkel ein Goldkettchen vererbt, das dieser heute noch trägt: Ein Davidstern mit der deutschsprachigen Gravur *Gott schütze Dich.* Geboren 1947 in Tel Aviv, verbrachte Michael Wolffsohn die ersten sieben Lebensjahre in dieser Stadt, bevor seine Eltern mit ihm nach Deutschland zurückkehrten. Die Zeit bis zu seinem Abitur verbrachte er in Westberlin, ging dann für ein Jahr in die USA und trat 1967, im Alter von 20 Jahren, seinen Wehrdienst an; allerdings nicht in der Bundesrepublik, sondern in Israel, seinem Geburtsland. Noch besaß Wolffsohn die deutsche und die israelische Staatsangehörigkeit.

Der junge Soldat kehrte 1970 nach Berlin zurück und schrieb sich an der Freien Universität in den Fächern Geschichte, Politische Wissenschaft und



Michael Wolffsohn, deutscher Historiker, 1993
Foto: dpa/Hellmann

Volkswirtschaftslehre ein. Hatte Wolffsohn während seiner letzten Jahre in Israel noch Sympathie für die linke Splitterpartei des Uri Averny, der späteren *Frieden-jetzt*-Bewegung, so änderte sich seine politische Orientierung schnell an der Universität, an der zwei Jahre zuvor die Revolution ausgerufen worden war. Mit Stamokap und Spartakus konnte der Geschichtsstudent nichts anfangen und ging wohl auch deshalb zu den konservativen Professoren Ernst Nolte und Jürgen Domes. Nach zügigem Studium und Dissertation folgte Wolffsohn dann seinem Lehrer Domes als Assistent an die Saarbrücker Universität, habilitierte sich hier mit 760 Seiten über das politische System Israels und legte damit zugleich die Hauptrichtung seiner zukünftigen Forschung fest. 1981 übernahm der gerade mal 34jährige schließlich die Professur für Neuere Geschichte an der Bundeswehrhochschule in Neubiberg, die er bis heute ausfüllt.

Die Bundesrepublik und Israel, deutsch und jüdisch – das sind die Pole,

von denen Michael Wolffsohn abwechselnd angezogen wurde. Der deutsche Pol allerdings erwies sich als der stärkere. Denn Wolffsohn sieht sich heute als *deutsch-jüdisch*, mehr noch: als deutsch-jüdischen Patrioten. Seine »nationalen Schwingungen« nämlich seien »trotz der vermeintlichen Lehren aus der deutsch-jüdischen Geschichte in bezug auf Deutschland heftiger als in bezug auf Israel« gewesen, schreibt er in seinem neuen Buch *Verwirrtes Deutschland?* (1993). Deshalb gab er auch 1984 seinen israelischen Paß zurück. Deutsch-jüdisch – das sei sein »politisches Grundgefüge«, seine »geistige Struktur«.

Aber deutsch-jüdisch ist nicht nur ein Lebensentwurf. Es ist zugleich ein originales, und wohl auch deshalb unbequemes Image, das öffentliche Aufmerksamkeit garantiert. Und dies ist notwendig, um im Wissenschaftsbetrieb ebenso wie auf dem stets frisch gebohrten Parkett der tagesaktuellen Kommentierung nicht einfach nur zu überleben, sondern an prominenter Position mitzutun. Und schließlich ist deutsch-jüdisch auch der Schild, in dessen Schutz sich trefflich streiten läßt. Denn gerade diese Biographie mache ihn »unverdächtig«, sagt Wolffsohn selbst, unverdächtig Positionen einzunehmen, die aufhorchen lassen.

Positionen wie diese: »Deutschland (ist) mein natürlicher Boden, meine Natur – meine Nation. Natur und Nation. Beide Begriffe führen auf die Geburt und damit auf das Leben schlechthin. Der Patriotismus, von dem ich spreche, ist also im ganz wörtlichen Sinne ein Nationalismus. Und dieser Nationalismus ist etwas ganz Natürliches«. So einfach ist das. Und so einfach sind Begriffe wie Geburt und Boden, Natur und Nation zum vermeintlich unverdächtigen Einklang vereint.

Und ist erst einmal eine Position wie diese formuliert, erscheint auch der Schritt nur kurz und konsequent, der auf die Kernthesen der populärsten Werke Wolffsohns hinführt. Vor einem vereinigten Deutschland brauche das Ausland keine Angst zu haben, schreibt Wolffsohn 1990. Und *Keine Angst vor*

Deutschland!, so der Buchtitel, hätten denn auch die meisten Nachbarländer. Zumindest sollen dies zahlreiche Umfragen belegen, die der Autor anführt. Die besorgten Stimmen und die vernehmbaren Ressentiments seien dagegen lediglich das Ergebnis der *veröffentlichten* Meinung, ein Machwerk der Medien. Und wenn das Ausland schon angstfrei ist, wer will da noch im Lande selbst den warnenden Fingerheben?

Die gedankliche Voraussetzung für diese Freiheit von Sorge ist freilich eine erfolgreich aufgearbeitete Vergangenheit der Deutschen, genauer: eine *Bewältigung* der ns-Zeit. Und dies ist weitgehend geschehen, so eine zweite Kernthese Wolffsohns. Bereits in den 50er und 60er Jahren sei durch die Wiedergutmachungspolitik Adenauers das Verhältnis zu Israel entspannter geworden, wie Wolffsohn in *Ewige Schuld?* (1988) zu belegen versucht. Und auch im eigenen Land habe es – und dies auch mit Macht schon zu Adenauers Regierungszeiten! – eine umfangreiche *Vergangenheitsbewältigung* gegeben: in den Schulen und an den Universitäten, in der Literatur und auch beim Arbeitgeber des Autors, der Bundeswehr.

Von Versäumnissen in der Aufarbeitung ist von Wolffsohn wenig zu hören, von einer *Zweiten Schuld* gar, wie sie Ralph Giordano den Deutschen attestierte, weil diese bei der Aufarbeitung kläglich versagt hätten, könne keine Rede sein. Eine »Legende« sei das, gepflegt von der »westdeutschen Bewältigungslyrik«: »Hobby-Historiker« und »Profi-Moralisten« seien da am Werk, die die »Auschwitz-Keule« abwechselnd mit dem »Weimar-Hammer« schwingen und so die NS-Vergangenheit zum »politischen Instrument« machen.

Mehr noch: »Das manipulative Instrument von Auschwitz () schändet das Andenken der millionenfachen Opfer nationalsozialistisch-deutscher Schandtaten«. Verdutzte Rezensenten pflegen an Stellen wie diesen zu betonen, daß wohl nur ein Mann wie Wolffsohn, weil Jude, so etwas laut sagen könne. Unverdächtig eben.

Die Fronten sind damit abgesteckt. Getroffen von solchen Attacken fühlten sich viele, ob – wie Günter Grass und Walter Jens – persönlich angesprochen oder nicht. Zu einem heftigen, auch öffentlich laut ausgetragenen Schlagabtausch kam es schließlich mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland und den Vorsitzenden an der Spitze. Denn Heinz Galinski habe versucht, so Wolffsohn, mit ebendieser »Auschwitz-Keule« die Bundesregierung zu »erpressen«, als es 1990/91 darum ging, in Rußland verfolgte Juden in der Bundesrepublik aufzunehmen. Der aufgebrachte und leicht aufzubringende Galinski hielt seinen Widersacher daraufhin für »gefährlicher als die Skinheads«; Wolffsohn attackierte wiederum seinen Gegner, weil dieser von Erich Honecker den »Stern der Völkerfreundschaft in Gold« entgegennahm – von Honecker, dem Freund der PLO!

Und als das FDP-Mitglied Ignatz Bubis zum Nachfolger Galinskis gewählt worden war, was Wolffsohn trotz heftiger Gegenwehr nicht zu verhindern mochte, bezeichnete er den neuen »Spitzenvertreter« schlicht als »jüdischen Bonzen«, dessen erfolgreiche Tätigkeit als Frankfurter Immobilienhändler mit der Funktion des Zentralratsvorsitzenden »moralisch« nicht vereinbar sei. Bubis freilich konterte nicht weniger scharf und bezeichnete Wolffsohn als den »Vorzeigjuden der deutschen Rechtsradikalen«. Marcel Reich-Ranicki soll die Wogen später wieder geglättet haben.

Spätestens seit seinen Angriffen gegen die Vertreter des organisierten Judentums ist Wolffsohn, der 1982 aus der jüdischen Gemeinde ausgetreten war und zehn Jahre später wieder eintrat, bei den deutschen Juden heftig umstritten. Sein Auftritt bei der Nürnberger *Woche der Brüderlichkeit* im März 1993 etwa war beinahe dazu geeignet, die dortige jüdische Gemeinde zu spalten. Der Vorsitzende der *Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit* hatte nämlich Wolffsohn als Redner verpflichtet. Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde und sein Stellvertreter fühlten sich jedoch übergangen (da hätte man auch »den

Stellvertreter von Schönhuber« einladen können) und traten aus der Gesellschaft aus. Doch trotz eines Boykottaufurses der Israelischen Kultusgemeinde applaudierten 500 Gäste dem Festredner.

Im Konflikt mit Galinski, Bubis und anderen hat Wolffsohn – wie in weiteren Fällen auch – erst in dem Moment seine polemischen Offensiven gestartet, als die Würfel schon kreisten oder bereits gefallen waren, auf jeden Fall jedoch für einen spektakulären Auftritt größte öffentliche Aufmerksamkeit absehbar war. Gleichermaßen gilt auch für den Schlagabtausch mit seinem Kollegen Georg Geismann, der bundesweit für Schlagzeilen sorgte. Denn Geismann las an der Bundeswehrhochschule in Neubiburg seit 1984 in Vorlesungen sowie in Vorträgen an der ortsansässigen Volkshochschule aus Hitlers *Mein Kampf*. Wolffsohn allerdings protestierte erst dann bei Verteidigungsminister Volker Rühe, als der Kollege Anfang 1992 zum Dekan gewählt worden war. Zuvor habe er ihn lediglich für den »Spinner vom Dienst« gehalten.

Auch bei seinem Versuch, 1992 Münchens Kulturreferent zu werden, ließ Wolffsohn die Bombe erst kurz vor der Entscheidung platzen. Empfahl sich der CSU-Favorit zuvor noch als unverdächtiger und »unabhängiger Kandidat jüdischen Glaubens«, so zog er sich vor dem Kulturausschuß des Stadtrates plötzlich wieder zurück.

Zu seiner Überraschung habe er nämlich festgestellt, daß im Zuge der Neubesetzung des Amtes ein kleiner Wahlkampf entbrannt war und sich nicht jede Fraktion der Meinung der CSU anschließen wollte. Doch obwohl Peter Gauweiler ihn zu seiner Kandidatur überredet hatte, sei diese Kandidatur ein »überparteiliches Angebot« gewesen. Als »heimliches Schmuseobjekt der mich Mögenden« stand er jedoch nicht zur Verfügung.

Michael Wolffsohn ist ein Meister der Provokation und Polemik. Nicht umsonst lieben ihn die Macher der *Tribüne*-, *Standpunkt*- und *Meinungs*-Seiten nicht nur der deutschen Presse. Allerdings reichen nicht alle Beiträge »über den Tag

hinaus», wie er in seinem Sammelband *Verwirrtes Deutschland?* selbstbewußt behauptet, sondern sind oft *in den Tag hinein* geschrieben. Seine Positionen kann man aber nicht nur lesen: auch im Fernsehen ist er präsent, wenn es gilt, die deutsch-israelischen Beziehungen zu kommentieren oder in Gesprächsrunden zu allerlei verschiedenen Themen den Part des streitbaren Wissenschaftlers zu übernehmen. Zu sehen ist er zumeist im Bayerischen Fernsehen, zu dem er gute Kontakte unterhält, und seit dem Wechsel von Heinz Klaus Mertes zu Sat.1 auch auf diesem Kommerzkanal. Die tv-Kritikerin *Ponkie* der Münchner Abendzeitung nennt ihn deshalb flott den »Talkshow-Historiker«.

Den Schwerpunkt seiner populären Veröffentlichungen setzt Wolffsohn freilich bei konservativen Publikationen wie *WELT* oder *RHEINISCHER MERKUR*. Aber auch in Rechtsaußen-Blättern wie dem *DEUTSCHLAND-MAGAZIN* der Deutschland-Stiftung e.V. finden sich Abdrucke seiner Analysen. So schreibt Wolffsohn hier zum Beispiel im Oktober 1993 über den Friedensprozeß im Nahen Osten, während Herausgeber Kurt Ziesel gegen die »linke Medienmafia« poltert, die er als »Verfassungsfeinde qualifiziert«, und der Historiker Werner Maser ernsthaft die Frage aufwirft: »Der Zweite Weltkrieg – Stalins Krieg?«.

Ein Umfeld, in dem sich zumindest der Historiker Wolffsohn unwohl fühlen müßte. Aber vielleicht ist diese Veröffentlichung nur ein Zeichen des Dankes für den *Konrad-Adenauer-Preis*, den der deutsch-jüdische Patriot von der Deutschland-Stiftung 1992 erhielt.

Michael Wolffsohn ist mittlerweile an einem Punkt seiner Karriere angekommen, an dem neue Aufgaben auf ihn warten. Nach rund 20 Jahren erfolgreicher wissenschaftlicher, publizistischer und politischer Profilierung, nach mehr als einem Dutzend Bücher und über 80 Aufsätzen, nach wichtigen und weniger wichtigen Auszeichnungen und nach unzähligen Beiträgen für Zeitungen, dazu Reden, Interviews und Talkshows übernehmen gleichgewichtige Kollegen gerne

die Leitung von Forschungs- oder Bildungseinrichtungen und besetzen einflußreiche Lehrstühle oder politische Ämter. Doch nachdem aus dem Amt des Münchner Kulturreferenten 1992 nichts wurde, der 1993 vakante Vorsitz der csu-nahen *Hanns-Seidel-Stiftung*, für den Wolffsohn öffentlich gehandelt wurde, an Alfred Bayer ging, und wohl auch der Vorsitz des Zentralrats der Juden ihm für immer versagt bleiben wird, ist die Auswahl an Posten kleiner geworden.

Vielelleicht zieht ihn ja doch einmal ein politisches Amt nach München oder Bonn. Beim jetzigen Bundeskanzler hat er sich mit seiner Jubelrede zur zehnjährigen Kanzlerfeier bereits selbst bestens eingeführt. Mit Sätzen wie diesen: »Wir feiern Helmut Kohl gerne, aus Überzeugung, aus Dankbarkeit.« Doch Vorsicht ist geboten. Denn im FAZ-Fragebogen vom April dieses Jahres charakterisierte Wolffsohn sich wie folgt: Immer ein Kind seiner Zeit, um dann zur jeweiligen Opposition überzuwechseln. Im Gespräch wird der (unverdächtige) deutsch-jüdische Patriot in jedem Fall bleiben. So oder so – oder gerade deshalb. Henry Ford zumindest hätte seine helle Freude an ihm.

HANS-ULRICH WEHLER

Ernst Nolte und die Kontinuität der Unbelehrbarkeit

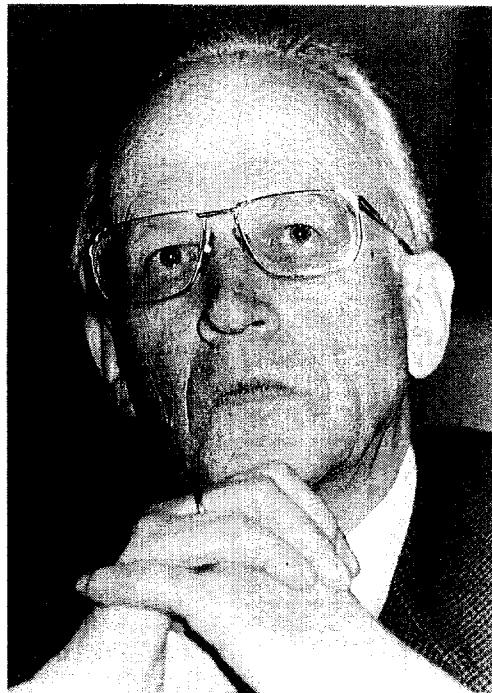
Nationalsozialismus – nur Reaktion auf den Bolschewismus?

Der Berliner Historiker Ernst Nolte ist immer für eine Überraschung gut. Seit seiner Emeritierung stößt er unentwegt Bücher aus.¹ Jetzt liegt das neueste Opus vor: *Streitpunkte. Heutige und künftige Kontroversen um den Nationalsozialismus.*² Das verrät eine bemerkenswerte intellektuelle Energie.

Noch mehr überrascht aber, daß Nolte sich jetzt zum ersten Mal selber korrigiert, wohlgerne: auch nur ein einziges Mal. Nicht mehr der *Faschismus in seiner Epoche* – so der Titel seines ersten Buchs, das ihn vor genau 30 Jahren bekannt machte – hat die Zeit zwischen 1918 und 1945 geprägt. Vielmehr hat der Bolschewismus, daran läßt Nolte keinen Zweifel mehr, die Signatur der Ära von 1917 bis 1989/91 mindestens ebenso nachhaltig bestimmt. Der Grund: Diese »mächtigste Ideologie des 20. Jahrhunderts« bildete die stärkste Herausforderung für die westliche, die bürgerliche Welt. Auch Hitler und der Nationalsozialismus reagierten nur auf den Sowjetkommunismus: erst durch ihre Imitation in Gestalt eines totalitären »Antibolschewismus«, dann durch ihren konsequent geführten Weltanschauungs- und Vernichtungskrieg.

Nolte hat dieses Interpretationsschema zuerst 1974 in seinem Buch *Deutschland und der Kalte Krieg* skizziert, dann in Aufsätzen und in seinem Werk über *Marxismus und Industrielle Revolution* (1985) weiter ausgeführt, in einem FAZ-Aufsatz, der im Sommer 1986 den ›Historikerstreit‹ mit auslöste, pointiert zugespitzt und schließlich in seinem Buch über den *Europäischen Bürgerkrieg 1917–1945* (1987) breit entwickelt. Zwar spricht er das Dementi seines ersten Buchtitels nicht explizit aus. Der Widerruf einer verfehlten eigenen These ist Noltes Sache nicht. Wohl aber ist der Sache nach sein neues Buch daraufhin angelegt, den Sowjetkommunismus als das präzedenzlos Böse, daher als das eigentlich epochale Phänomen hinzustellen, das zwischen 1917 und 1945 den *europäischen Bürgerkrieg*, dann im *Kalten Krieg* von 1945 bis 1989/91 eine Art von Weltbürgerkrieg erzwang.

Noltes *Streitpunkte* sind ein stunnerregendes Buch. Auf den ersten Blick kommt es ganz verständig daher. Es verspricht Auskunft über ein gutes Dutzend bekannter NS-Kontroversen, außerdem prognostiziert es fünf künftige Diskussionen. Historiker sind gewöhnlich rückwärtsgewandte Propheten.



Ernst Nolte

Foto: Keystone

Warum sollte einer von ihnen nicht auch einmal die vertraute vorwärtsgewandte Prophetie praktizieren? Wie der Inhalt der »heutigen«, erst recht der »künftigen« Kontroversen präsentiert wird, darauf kommt freilich alles an. Und da erweist sich: Nichts hat Nolte seit dem großen Disput der 80er Jahre hinzugelernt. Nirgendwo nimmt er, obwohl doch die Gegenargumente so überlegen waren, die unhaltbaren eigenen Argumente zurück, modifiziert sie, bietet neue an – ungeachtet des Umstands, daß die von ihm gepriesenen strengen Regeln der wissenschaftlichen Diskussion eben dies verlangen. Nirgendwo entwickelt er, aufgrund eigener Lernerfahrungen, neuen Erkenntnisgewinn versprechende Hypothesen, die fortan den empirischen Test bestehen müssen, mithin am Votorecht der Quellen nicht scheitern dürfen.

Der Grundzug dieses Buches ist eine dogmatisch verhärtete Verteidigung all jener umstrittenen Positionen, die man von Nolte aus den letzten 20 Jahren kennt. Hinter dem ehemalen Panzer unge-

rührter Rechthaberei lebt dieser einsame Repräsentant einer »philosophischen Geschichtsschreibung« – so seine unbefangene Selbstcharakterisierung 1984 – in der unerschütterlichen Gewissheit, daß sein geschichtsphilosophischer Determinismus von der Einsicht in die »wahren« Impulse und Motive der historischen Akteure getragen wird. Deshalb bedarf er auch keiner Revision. Insofern sind die *Streitpunkte* ein durch und durch doktrinäres Buch. Keiner der zahlreichen zwingenden Einwände, die während einer jahrelangen Debatte geltend gemacht worden sind, hat es vermocht, seine Grundideen auch nur von fern ins Wanken zu bringen. Deshalb ist es in allen wesentlichen Punkten ein Aufguß des »Europäischen Bürgerkriegs« und der Vorläufer-Einfälle seit 1974, jetzt aber in einer Form, die Nolte seinen Kontrahenten gern unterstellt: im Stil einer volkspädagogisch verdünnten Belehrung vom hohen Kothurn des Intimkenners der modernen Weltgeschichte.

Dabei bleibt Nolte ein spekulativ denkender Philosoph, zugleich auch im Grunde ein eigentümlich unhistorisch denkender Verfechter des Historismus. Auf dessen Denkmethode zielt schon 1964 sein – aus der damaligen Unkenntnis der Historismus-Tradition eingeführter – Begriff der *Phänomenologie* des Faschismus. Denn Nolte entwirft die Grundlinien seiner Interpretation und verläßt sich dann auf die überlieferten Eindrücke von höchst selektiv ausgewählten Individuen, damit aber in hohem Maße auf ihren spezifischen Erfahrungshorizont. Die Aussagen entgegenstehender Quellen werden weithin mißachtet.

Auch jetzt demonstriert Nolte wieder, daß die von ihm in Anspruch genommene und praktizierte »philosophische Geschichtsschreibung« mit derjenigen Geschichtswissenschaft nichts gemein hat, die auf möglichst explizit legitimierten erkenntnisleitenden Interessen und leitenden Fragestellungen, auf einer möglichst breit abgesicherten empirischen Basis, auf dem möglichst unvoreingenommenen Austausch rationaler Argumente beruht und sich deshalb

ständig korrigiert, erweitert, verändert. Vielmehr bietet er die Bekenntnisse eines politischen Philosophen, der die Form des historisierenden Essays gewählt hat. Diese Nachbarschaft ist für Historiker betrüblich. Aber dem einsamen Repräsentanten der »philosophischen Geschichtsschreibung« gewährt diese Entscheidung auch unübersehbare Vorteile: er kann, unbekümmert um die Konkurrenz der Interpretationen und um die empirisch fundierten Ergebnisse der Fachhistoriker, seine Linie ungerührt beibehalten. Das beschleunigt den eigenen Schreibprozeß, und das füllt.

Auch in Noltes Bekenntnis zur »Zusammenhangswissenschaft« – eine Spätblüte der Hegel-Marxschen Totalitätslehre – steckt die Arroganz eines Philosophen, der weit erhaben über dem Schlamm der empirischen Forschung thront und souverän die Gesamtheit der welthistorischen »Zusammenhänge« erfaßt. Die nicht eben kleine *Community of Scholars*, die seit rund 60 Jahren den Nationalsozialismus untersuchen, hat die Anstrengung des Gedankens gewiß nicht gescheut. Aber, hoppla, jetzt kommt Nolte und bescheinigt ihr tumbe Rückständigkeit, denn dem »Nachdenken« müsse, fordert er forsch, endlich mehr Zeit gewidmet werden.

Die eigenen Thesen jedoch – sie bleiben, wie zuletzt schon im »Bürgerkriegs«-Buch von 1987, durchweg unbewiesen. Eine lockere Assoziation von Interpretationseinfällen, häufig aus dem Reservoir zeitgenössischer Befürchtungen und Ängste geschöpft, ergibt noch längst keinen schlüssigen Nachweis, daß der Nationalsozialismus primär eine Reaktion auf den Bolschewismus und eine radikal übersteigerte Imitation von dessen Vernichtungspolitik gewesen sei. Vom grundsätzlichen Ansatz her verkörpert Noltes neues Buch eine schroffe Abwertung der tatsächlichen historischen Genese des Nationalsozialismus einer Protestbewegung gegen den westlichen Modernisierungsprozeß, gegen den Rationalismus, gegen den Kapitalismus und seine Klassengesellschaft, selbstverständlich auch seit jeher gegen die Linke

und die Schmach der Niederlage im Ersten Weltkrieg. Für alle schmerzhaften Veränderungen, Konflikte und Enttäuschungen haben Hitler und der Nationalsozialismus »die Juden« verantwortlich gemacht. Sie sollten daher beseitigt werden, längst ehe die Sowjetunion konsolidiert war und sich als erste kommunistische Großmacht mit weltrevolutionärem Anspruch behaupten konnte. In Noltes Interpretation steckt eine monomane Reduzierung der gesamten Geschichte seit 1917 auf die Russische Revolution, die Entwicklung der Sowjetunion und der internationalen Reaktionen auf sie.

Nicht minder bizarr als dieser Reduktionismus ist Noltes Vorstellung von einem »historischen Recht« des Nationalsozialismus, dem »roten Terror« gewaltsam entgegenzutreten. Als ob die braune Barbarei einen irgendwie gearteten Rechtstitel auf ihrer Seite gehabt hätte, als sie die rote Diktatur 1941 überfiel, um sie durch einen neuartigen Vernichtungskrieg auszulöschen. Es ist ein höchst verschrobener Begriff von »Recht«, den Nolte immer wieder für ein angeblich angemessenes historisches Verständnis des Nationalsozialismus bemüht. Es ist eins, ein historisches Phänomen in seiner Komplexität möglichst umfassend und genau zu verstehen und zu erklären, mithin Verstehen und Erklärung nicht durch ein vorschnelles oder moralisierendes Urteil zu blockieren. Etwas anderes ist es, auf einem »historischen Recht« des Nationalsozialismus zu bestehen und damit Gerechtigkeit für ihn einzuklagen, weil er auf die vermeintlich einmalige Herausforderung durch den Kommunismus und die Sowjetunion doch nur mit imitierender Härte geantwortet habe. Das klare historische Urteil wird durch die Kategorie eines derartigen »historischen Rechts« alles andere als glaubwürdiger, vielmehr mit einer schweren geschichtsphilosophischen Bürde ohne Beweiskraft belastet.

Noltes Insistieren darauf, endlich ein »historisches Recht« des Nationalsozialismus anzuerkennen, zeigt erneut, daß seine fundamentalen Begriffe nicht »sitzen«. Selbstverständlich soll der Histori-

ker die Eigenarten des nationalsozialistischen Rußland-Kriegs möglichst präzis erfassen, durch den Vergleich sowohl die Unterschiede als auch die Gemeinsamkeiten mit anderen Kriegen herausarbeiten, schließlich – sein höchstes Ziel – die Ursachen und die Natur dieses Krieges überzeugend erklären. Führt man aber wie Nolte ein »historisches Recht« auf die kriegerische Attacke gegen die latente Bedrohung durch den Bolschewismus ein, dient man – ungeachtet aller Kritik an den Exzessen des deutschen Vernichtungskriegs – nur zu leicht der Rechtfertigung des angeblich provozierten Gegenschlags.

In dem Überblick über die laufenden Kontroversen präsentiert Nolte bekannte Probleme, als da sind: Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Geschichte nach 1933, der revolutionäre oder gegenrevolutionäre, der modernisierende oder archaische Charakter des Nationalsozialismus, der Einfluß Hitlers, der Charakter des Herrschaftssystems, die Rolle von Industrie, Justiz und Wehrmacht, der Widerstand, die Außenpolitik, die Natur des Krieges, die »Endlösung«.

Warum Nolte aber für den radikalen Revisionismus der schmählichen französischen Apologetik à la Rassinier, Faurisson und ihrer trüben Gesinnungsgegnossen erneut eine Lanze bricht, ist kaum zu verstehen. Zugegeben, exotische Außenseiter können zur Klärung vernachlässigter Probleme anregen. Das ist schnell konzediert. Aber warum muß diese »lunatic fringe« ausführlich gewürdigt und damit aufgewertet werden, obwohl sie doch noch immer auf ihren aberwitzigen Behauptungen besteht, etwa daß die »Reichskristallnacht« von jüdischen Organisationen selber inszeniert worden sei, ja daß die deportierten Juden in abgelegenen Gebieten Weißrußlands angesiedelt worden seien und dort bis heute lebten?

Immerhin: Manches Problem wird von Nolte sachkundig charakterisiert, gelegentlich durch hypothetische Fragen produktiv in Frage gestellt. Überhaupt tritt Noltens intellektuelles Format auch in diesem Band wieder zutage.

Dennoch: Wichtige Probleme bleiben blaß. Zu ihrem Kern vorzustoßen, reizt Nolte offenbar nicht. Ein Beispiel: Vieles spricht dafür, die Rolle Hitlers und das NS-Regime als »charismatische Herrschaft« im Sinne Max Webers zu verstehen. Denn man kann mit Hilfe dieses Herrschaftstypus Hitlers Sonderstellung, zugleich aber auch den Charakter des »Dritten Reiches« mit seinen rivalisierenden Machtzentren erfassen. Der englische NS-Experte Ian Kershaw, von Nolte wegen einer frei erfundenen »marxistischen oder halbmarxistischen Grundeinstellung« flugs abgekanzelt, und der Heidelberger Soziologe Rainer Lepsius haben das zum Beispiel überzeugend getan. Nolte hätte sich auf solch eine aussichtsreiche Erklärung genauer einlassen sollen, da sie den sterilen Gegensatz zwischen der »intentionalistischen« und der »funktionalistischen« Interpretation der NS-Zeit zu überwinden vermag. Statt dessen begnügt er sich mit einigen hingetupften Impressionen.

Im Grunde hängt das damit zusammen, daß ihn die Analyse und Erklärung realgeschichtlicher Prozesse und Entscheidungszusammenhänge nicht interessiert. Ihm geht es ausschließlich um die ideologisch verformten »Motivstrukturen der politisch Handelnden«.³ Nolte versteht sich weiterhin als geschichtsphilosophisch inspirierter Ideologieforscher. Deshalb drängt bei ihm alles – wenn auch in seiner oszillierenden Sprache oft in den Konjunktiv und in die Frageform verpackt – auf die angeblich dominante Grundkonstellation des 20. Jahrhunderts hin: Mit dem Bolschewismus errang eine menschenfeindliche Ideologie die Vorherrschaft in einer Großmacht. Ihrem globalen Erlösungs- und Revolutionspostulat sah sich besonders die westliche Welt 75 Jahre lang ausgesetzt. Hitler »muß«, zusammen mit dem Nationalsozialismus, an erster Stelle als Reaktion auf diese Bedrohung begriffen werden. Mit einem »gewissen historischen Recht« widersetzte er sich dem »umfassenden Anspruch« des Sowjetkommunismus »mit großer, wenn auch vermutlich (!) weit überschießender Energie«.

Jetzt rasten alle Nolteschen Klierschees ein. Um der barbarischen Herausforderung gewachsen zu sein, bedurfte Hitler eines den Feind imitierenden »Antibolschewismus« von überlegener Härte. Als radikalisierter Vertreter des bürgerlichen Westens begegnete dieser »Anti-Lenin« der Vernichtungspraxis der Bolschewiki erst mit »Vernichtungsfurcht«, dann mit »Vernichtungswillen«. Genaugenommen wurde Hitler seine Vernichtungspolitik von diesem unmenschlichen Gegner geradezu aufgedrängt. Konsequent geht es weiter: Der Antibolschewismus bildete den »Grundbestandteil« der Ideologie Hitlers. In der Hierarchie seiner Motive besaß er den »Vorrang«. Alles Weitere »muß« von hier aus interpretiert werden: der Antisemitismus, die Rassenlehre, die Kampf-Doktrin, die Lebensraum-Expansion.

Mit diesem Gewaltstreich, der die historische Chronologie auf den Kopf stellt, werden alle von der internationalen Forschung ausführlich nachgewiesenen, prinzipiell andersartigen Bedingungszusammenhänge geleugnet, zur Makulatur erklärt.

- Der Antisemitismus aus trüben Wiener und reichsdeutschen Quellen stand längst »im Zentrum von Hitlers Weltanschauung«, welche die Juden als Ursache aller Fehlentwicklungen der Moderne beseitigen wollte, ehe Sowjetunion und KPD zu Erzfeinden aufstiegen. Es ist daher keineswegs »töricht«, »den Antisemitismus der Nationalsozialisten von ihrem Antibolschewismus« abzulösen. Vielmehr stimmen alle ernsthaften Historiker darin überein, daß der Antisemitismus die »Primärideologie«, die »eigentliche ideologische Antriebskraft« Hitlers und seiner Anhänger war. Der Antibolschewismus hat diesen Antisemitismus zusätzlich aufgeladen, aber nicht etwa hervorgerufen.
- Dasselbe gilt für das wirre Gebräu der »Rassenlehre«, die völlig unabhängig vom Bolschewismus entstanden war und längst ihren fatalen Einfluß besaß, ehe die Sowjetunion auf der Bühne erschien.

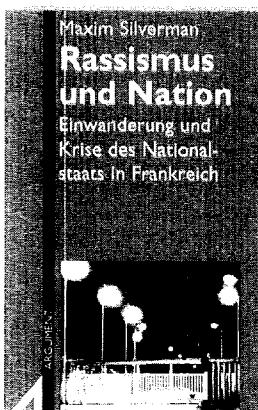
Theorie und Praxis antirassistischer Erziehung



Philip Cohen
Verbotene Spiele
Argument Sonderband
Neue Folge Band 214
304 Seiten
40 Abbildungen
29 DM/225 ÖS/30 SF
ISBN 3-88619-214-8

Gegenstand der Untersuchung sind die vielfältigen Ebenen rassistischer und antirassistischer Diskurse und die Grenzen gängiger Erklärungsmuster für Rassismus. Cohen beläßt es nicht bei Kritik und Analyse. In der detaillierteren Beschreibung seines Forschungsprojektes über Rassismus in der Schule schildert er Beobachtungsmethoden, die auch im Alltag von Schule oder Jugendarbeit anwendbar sind; in den Materialien für einen antirassistischen Unterricht finden sich Vorschläge zur Arbeit mit Fotografie, zum Verfassen von Fotoromanen, für Spiele mit Fotomasken und Monsterverkleidung und zum Umschreiben von Kinderbüchern, Filmen und Comics.

Problem »Immigranten?«

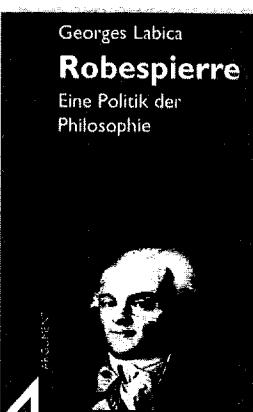


Maxim Silverman
Rassismus und Nation
Einwanderung und Krise des Nationalstaats in Frankreich
Argument-Sonderband
Neue Folge Band 220
224 Seiten
ca. 27 DM/210 ÖS/26 SF
ISBN 3-88619-220-2

Eine gründliche und prägnant formulierte Untersuchung aller wichtigen Aspekte des Einwanderungsdiskurses, wie er in Frankreich seit den sechziger Jahren geführt wird. Anhand von empirischen Materialien zeigt Silverman,

daß dieser Diskurs unter Berufung auf »die Nation« oder »das Nationale« immer stärkere rassistische Konturen bekam und mit seiner Hilfe die allmähliche Ausgrenzung der Immigranten betrieben wurde. Folglich geht es dem Autor nicht um die ökonomische Analyse von Migrationsströmen oder den Aufstieg von Le Pens Front National, sondern um den modernen Nationalstaat, zu dessen zentraler Problematik die Phänomene von Einwanderung und Rassismus gehören. Weil der Nationalstaat und sein Konzept der Staatsbürgerschaft ihre historische Berechtigung zu verlieren beginnen, werden »die Immigranten« zum Problem. In Deutschland hat die öffentliche Diskussion um diese zentrale Frage noch kaum begonnen. Silvermans besonnene Buch könnte hier Denkanstöße geben.

Blutrünstiger Staatsterrorist?



Georges Labica
Robespierre
Eine Politik der Philosophie
Argument-Sonderband
Neue Folge Band 221
128 Seiten
23 DM/180 ÖS/24 SF
ISBN 3-88619-221-0

Anhand der Reden, Schriften und Einladungen Robespierres analysiert Labica einen Diskurs, der ungeachtet aller Windungen und Widersprüche des revolutionären Prozesses an der Idee einer auf Gerechtigkeit und Gleichheit basierenden Demokratie hängt. Dem zeitlichen Verlauf der Revolution folgend untersucht Labica die Interventionen Robespierres. Er begreift sie als politische Praxis einer Philosophie, die ihre Herkunft von Rousseau nicht verbirgt, sich aber zugleich einer konkreten Situation aussetzt: Wie läßt sich der revolutionäre Prozeß vorantreiben, ohne daß die Ideale, die ihn inspirierten, verraten werden?

Im guten Buchhandel und bei:
Argument Vertrieb
Reichenberger Straße 150
10999 Berlin

- Der Sozialdarwinismus hatte längst den »Kampf ums Dasein« als naturwissenschaftliches Gesetz gepredigt. Hitler war ein Gläubiger dieser Säkularreligion, ehe Lenin gesiegt hatte.
- Der kriegerische Drang nach »Lebensraum« war längst aus den Erfahrungen des Imperialismus und des Scheiterns im Ersten Weltkrieg entsprungen. Das künftige, nach Osten gewaltig erweiterte großdeutsche Kontinentalreich sollte eine neue Niederlage ausschließen.
- Der Antimarxismus hatte sich längst herausgebildet, da die sozialistischen Massenbewegungen furchterregend genug wirkten, ehe der Bolszewismus siegte. Im übrigen haben Zeitgenossen und Historiker den antimarxistischen Charakter des Faschismus seit jeher betont, keiner hat den Antibolszewismus nicht ernstgenommen. Nolte hat diese Reaktion nicht entdeckt, nur zu einer alles beherrschenden Dimension aufgeblättert.

Vom Radikalnationalismus Hitlers und seiner Deutschen liest man dagegen nichts Lichtvolles, obwohl diese Ideologie für die Erfolge des Nationalsozialismus weit wichtiger war als sein Antisemitismus oder Antibolszewismus!

Nichts hatten diese Elemente der Ideologie Hitlers und des Nationalsozialismus »ursprünglich« mit dem Bolszewismus zu tun, obwohl sie später gegen ihn mobilisiert werden konnten. Unverändert blendet Nolte die empirisch nachgewiesene historische Genese dieses wüsten Ideenkonglomerats aus. Da es aber nur in Deutschland als einzigm hochentwickelten Industrieland einen »Radikalfaschismus« gegeben hat, der aus eigener Kraft einen Staat beherrschte, sollte die aus der spezifisch deutschen »Krisengeschichte« entspringende Herausforderung Europas im Mittelpunkt stehen.

Nichts davon: Reaktion – Imitation – Destruktion, in dieses Schema preßt Nolte ein ganzes Zeitalter. Der Nationalsozialismus wird damit aus dem Kontext der deutschen Geschichte faktisch herausgelöst, der historische Prozeß auf Imitation reduziert, der Imitator zum

stärkeren Gegenschlag gezwungen. Deshalb bleibt es für Nolte dabei: Der »kausale Nexus zwischen GULAG und Auschwitz« lasse sich »schlechterdings nicht bestreiten«. Auf die Fundamentalbedrohung nur reagierend, führte Hitler seit 1941 im tieferen Sinne einen »Präventivkrieg«. Der Nationalsozialismus kann nicht »das ›absolut Böse‹ sein, soweit er sich einem überschließenden Glauben entgegenstellte, der nun (1993) als Irrglaube enthüllt« ist. Ergo noch einmal: »Wer die Untaten des Nationalsozialismus nicht als Gegenbilder zu den früheren Untaten des Bolszewismus verstehen will, wer in der Größe und Tragik des Nationalsozialismus nicht späte (!) und angestrenzte (!) Gegenzüge zu den ursprünglicheren« der Roten erkennen wolle, haben vom 20. Jahrhundert »ein grob verzerrtes Bild«.

Manchmal freilich ist Nolte noch mehr als bizarr. Die »unterschiedslose Stigmatisierung des ›Antisemitismus‹ muß«, liest man, »als bloßes ... Kampfmittel gelten«. Und die »heikelste Frage«, die nach dem »rationalen Kern« des NS-Antisemitismus, beantwortet er freimütig mit der »inneren Affinität« des »Judentums« zu »den bolschewistischen Ideen«. Überdies sei – das Buch ist voll unterschwelliger Distanz und verklausulierte Häme gegenüber Juden und Israel – die »innere Affinität der Konzeptionen von Zionismus und Nationalsozialismus schlechterdings« nicht zu leugnen.

Nolte ist voller Sorge um seine Deutschen, die als »Sündervolk« verketzt worden seien. Er sieht in den Licherketten »unter dem Deckmantel« des Protests gegen die Ausländerfeindschaft »in Wahrheit« die Absicht, das endlich wieder »hervortretende Nationalbewußtsein ... im Keim zu ersticken«. Er weiß auch, was die liberalen Befürworter der »multikulturellen Gesellschaft« umtreibt: Sie kämpfen dafür, auf diesem Umweg »endlich jene Schichten ... auszuschalten, denen man die Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkriegs und am Sieg des Nationalsozialismus zuschreibt«.

Sollte etwa hinter allem Noltesehen Wortgeklängel nur ein »rechtschaffener«

deutscher Nationalist stecken, der deutsche Untaten relativieren, die historische Verantwortung von deutschen auf andere Schultern abwälzen will? Ist das die schlichte Botschaft dieser »philosophischen Geschichtsschreibung«? Noltes Schlußappell lautet angesichts der offenbar unheilbaren Denkfaulheit aller anderen Historiker anders: »Ich erwarte zuversichtlich, daß in Zukunft das Nachdenken . . . über den Nationalsozialismus einen größeren Platz einnehmen wird« und daß man dabei »den Begriff des europäischen Bürgerkriegs . . . zugrunde legen muß!«

Mit freundlicher Genehmigung des Fischer Taschenbuch Verlags veröffentlichen wir diesen Beitrag aus dem im September erscheinenden Buch von Hans-Martin Lohmann (Hg.), Extremismus der Mitte. Vom rechten Verständnis deutscher Nation, 272 Seiten, DM 18,90.

Anmerkungen:

- 1 E. Nolte, Nietzsche und der Nietzscheanismus, Berlin 1990; ders., Geschichtsdenken im 20. Jahrhundert, ebd. 1991; ders., Lehrstück oder Tragödie? Zur Geschichte des 20. Jahrhunderts, Köln 1991; ders., Heidegger, Berlin 1992.
- 2 E. Nolte, Streitpunkte. Heutige und künftige Kontroversen um den Nationalsozialismus, Berlin 1993.
- 3 W. Schieder, Der Nationalsozialismus im Fehlurteil philosophischer Geschichtsschreibung, in: GG 15.1989, 89-114. Vgl. H. Mommsen, Das Ressentiment als Wissenschaft? E. Noltes »Europäischer Bürgerkrieg«, in: ebd., 495-512.

BERND WITTE

Botho Strauß – der *Idiot* in der Mediengesellschaft

Einer stellt sich außerhalb der Über-einkünfte, schreibt Dinge, die der aufgeklärten Öffentlichkeit mißfallen, zieht sich in die Einsamkeit des selbstgebauten Turms zurück. »Die Leute [...] sollten ihn nur sehen, wie er alleine stand in der leeren Arena der Tragödie, aufrecht, ohne Chor und Helfershelfer. Er, der letzte, der den alten Schritt noch konnte, den uralten Opferreigen.« Nein, hier ist nicht die Rede von Botho Strauß, dem Rufer in der Wüste einer durch Technisierung und Massenkommunikation um ihren Sinn gebrachten Welt. Hier ist die Rede von Robinson Jeffers, jenem Einsiedlerpoeten von der amerikanischen Pazifikküste, in dem Strauß sich in *Fragmente der Undeutlichkeit* (1989) eine idealisierte Identifikationsfigur entwirft.

Robinson Jeffers ist eine der Personen, in die sich der Autor Botho Strauß in seinen Prosabüchern verwandelt. Person im etymologischen Wortsinn, eine Maske, durch die der Autor »hindurchtönt«. Hier ist in der Charaktermaske des unzeitgemäßen Tragöden die Überanstrengung zu lesen, mit der der Autor von Gesellschaftsstücken, der das alltägliche Gerede der westdeutschen Gesellschaft mit der nachtwandlerischen Sicherheit eines Bauchredners imitiert, seinen Willen zur antiken Tragödie bekräftigt. Doch anders als Robinson Jeffers, den er »neben O'Neill eigenmächtigsten Erben antiker Tragödie im Amerika des 20. Jahrhunderts« nennt, ist es ihm nicht gegeben, »eine Medea, eine Phädra, eine Orestie« zu schreiben. So projiziert er die unmöglich gewordene ästhetische Erfüllung in die Geschichte: *Anschwellender Bocksgesang*, der Essay, den Strauß im SPIEGEL vom 8. 2. 1993 veröffentlicht hat, weist schon im Titel auf diese neueste Form der Ästhetisierung der Politik.

Womit der in der Tat blutigen Geschichte der in Europa nach 1989 wieder

ausgebrochenen Stammesfehden und Religionskriege eine mythische Weihe gegeben wird. »Daß ein Volk sein Sitten gesetz gegen andere behaupten will und dafür bereit ist, Blutopfer zu bringen, das verstehen wir nicht mehr und halten es in unserer liberal-libertären Selbstbezogenheit für falsch und verwerflich.« Das ist der »lauter werdende Mysterienlärm, der Bocksgesang in der Tiefe unseres Handelns«, den der Dichter vernimmt. Ist er so nur der sensible Seismograph »einer im Wachsen begriffenen Tragödie«, wie die redaktionelle Anmerkung des SPIEGEL abwiegelnd suggeriert, oder rechtfertigt er das ganz und gar inhumane Aushungern, Abschlachten und Vernichten des ethnisch oder religiös Anderen mit solchen Sätzen?

Mit dem Begriff *Blutopfer* ist der mythische Fluchtpunkt genannt, auf den die als *Tragödie* verstandene Geschichte hinausläuft. Für Strauß ist nicht mehr der demokratische Konsens, die im öffentlichen Diskurs sich durchsetzende Mehrheitsmeinung die Grundlage der gesellschaftlichen Ordnung, sondern – wie er mit dem französischen Kulturhistoriker René Girard schreibt – »der Sündenbock als Opfer der Gründungsgewalt«. Solcherart mythisches Denken, das mit den barbarischen Atavismen des Blutopfers geschmäcklerisch kokettiert, möchte eine neue, die aufklärerische Kälte überwindende Religiosität herauf führen und ist in Wirklichkeit der Widerpart der jüdischen wie der christlichen Religion, in der Gott ein für allemal die Menschenopfer abgelehnt und mit den Menschen einen Bund geschlossen hat.

In der unsauberen Mischung der Sphären, diesem synkretistischen Weltbild eines Spätlings, das Botho Strauß' Denken darstellt, figurieren »Rassismus und Fremdenfeindlichkeit« als »*gefallene* Kultleidenschaften, die ursprünglich einen sakralen, ordnungsstiftenden Sinn hatten«. Strauß hat sich in der Antwort an seine Kritiker dagegen verwahrt, »auch nur in entfernte Verbindung zu Antisemitismus und neonazistischen Schandtaten« gebracht zu werden. Das mag seiner persönlichen Einstellung ent-

sprechen. Im Kontext der Übergriffe von Schwerin und Hoyerswerda, der Mordtaten von Solingen, der Jagdszenen in Magdeburg und der Synagogenbrandstiftung in Lübeck konnten diese Sätze nur als intellektuelle Rechtfertigung politischer Verbrechen gelesen werden.

Im Medium der von Strauß verkündigten mythischen Weltdeutung wird die Manifestation des schlechthin Unbegreiflichen, des Bösen in der Geschichte, zur säkularen *Theodizee* umgedeutet. In dieser verqueren Sicht der Dinge, wie Strauß sie seinem alter ego Robinson Jeffers in den Mund legt, erscheint Hitler als Sündenbock und damit als Heilsbringer der Weltgeschichte: »Auch daß ich es anscheinend versäumte, Hitler zu verurteilen, Welthund Hitler, der alles Böse der Zivilisation auf sich genommen hatte und straffreien Raum hinterließ für anderer Leute Verbrechen, beispielsweise Bomben auf Japan zu werfen, brachte mir keine Freunde unter den Künstlern und Zeitungsleuten, den Linksradikalen und Intellektuellen, die ausnahmslos Roosevelts brutale Menschheitsbeglückung unterstützten.« Solche Sätze wären zu vergleichen mit der enthusiastischen Verehrung, die der Zeuge Thomas Mann Roosevelt als dem Retter der Welt vor der nationalsozialistischen Barbarei entgegenbrachte, um zu ermessen, welcher Verlust an geschichtlichem Wissen einen Teil der deutschen Intellektuellen befallen hat, wie weit sie sich schon wieder in die traditionelle Weltansicht einer schwarzen Romantik geflüchtet haben.

Der *Anschwellende Bocksgesang* beschwört so die Geburt der Tragödie aus dem Geiste verfehlter Geschichte. Auschwitz wird nicht geleugnet, sondern als Fundament einer Erneuerung des Mythos instrumentalisiert. Hitler wird zur religiösen Kategorie umgedeutet, die zugleich eine ästhetische sein soll. Botho Strauß geriert sich damit als ein auf den Kopf gestellter Nietzsche. Wie dieser schreibt er seine Prosabücher als Fragmentist und Antisystematiker. Aber der neue Nietzsche verkündet nicht: »Gott ist tot!«, sondern: »Gott lebt, denn die Geschichte ist voller Blutopfer!«.



Botho Strauß

Foto: Isolde Ohlbaum

Wie die seines Vorgängers, so entspringen auch seine Invektiven gegen die aufklärerische Öffentlichkeit, sein Plädoyer für eine tragische Aufladung der Geschichte dem uralten Überdruß an der säkularisierten Gesellschaft und ihren zivilen Umgangsformen. Schon in *Niemands Anderes* (1987) hatte Strauß die Verwünschung ausgestoßen: »Öffentlichkeit, allesfressende, klettert wie die Wanderratte durch die Leitungsrohre. Oh verfluchte, falsche Einheit! [...] Information Rostfraß des Geistes. Megatonnen von Vernunftabfall. Dasein als Unsinn«. Angesichts der verdummenden Unterhaltungsberieselung, die tagaus, tagein von den elektronischen Medien betrieben wird, mag ein solcher prophetischer Fluch gerechtfertigt erscheinen. Doch verführen Antintellektualismus und Polemik gegen die »uferlose Meinungsvielfalt« Strauß zu einer rabiaten Verurteilung der pluralistischen Öffentlichkeit, die nicht von ungefähr an Martin Heideggers Analysen des uneigentlichen Daseins und der »Diktatur des

Man« anklingt: »Das Regime der telekratischen Öffentlichkeit ist die unblutigste Gewaltherrschaft und zugleich der umfassendste Totalitarismus der Geschichte.«

Angesichts dieser ganz und gar verderbten Welt zieht sich der Schriftsteller auf sich selbst zurück. Er stilisiert sich zum großen Einsamen, zum Anachoreten in der Medienwüste. Auch dies eine der Masken, durch die er hindurchtönt. Dahinter ist nur unschwer die maßlose Enttäuschung des kritischen Intellektuellen auszumachen, der die Ideale seiner Jugend verraten sieht. Desillusionierung, einer der mächtigsten Antriebe früherer Kulturkritik, ist für ihn eine Attitüde, die überholt ist: »Wir sind enttäuscht genug.« So macht ihn sein pathetischer Existentialismus zum – wie er sich selbst nennt – »Idioten«, zum radikalen »Privatmann«, der sich von der öffentlichen Sphäre ganz und gar lossagt.

Aber auch das ist nur Rollenspiel, dem der Leser nicht auf den Leim gehen darf. Der Medienverächter, für den der

»TV-Kanal« eine »Kloake« ist, erweist sich zugleich als ein ausgefuchster Medienmanipulator. Seine beharrliche Weigerung, am Kulturbetrieb teilzunehmen, seine gepflegte und in gelegentlichen Interviews photogen herausgestrichene Öffentlichkeitsscheu dienen in einer Gesellschaft der Massenkommunikation als schärfster Anreiz, ihm eine um so größere Resonanz zu sichern. Auch der *anschwellende Bocksgesang* war, als SPIEGEL-Essay veröffentlicht, nichts anderes als ein genau kalkulierter kulturpolitischer Coup. Das gespielte Erstaunen seines Autors und das seiner Verehrer über die öffentliche Resonanz dieses Textes sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß er als gezielte Provokation gedacht war und von vornherein im neokonservativen Klima der Jahre nach 1989 eine ganz bestimmte antiliberalen Zielsetzung verfolgte.

In der Antwort an seine Kritiker, die Strauß in diesem Jahr im SPIEGEL veröffentlicht hat, behauptet er, es sei ihm in seinem Essay nicht um *die Rechte*, sondern um *das Rechte* gegangen, jenes »Rechte des gegenrevolutionären Typus von Novalis bis Rudolf Borchardt«. Das aber habe nichts zu tun mit »der revolutionären und totalitären [Rechten], die Staat und Volk ins Verderben führte«. Auch das nur historische Masken, deren verschwommene Züge dem Autor Botho Strauß genauso wenig anstehen wie die des Einsiedlers Robinson Jeffers. Bezieht er sich hier auf die politische Romantik und die schwärmerische Preußenverklärung des Novalis in seiner Schrift *Glaube und Liebe oder Der König und die Königin?* Identifiziert er sich mit dem Enthusiasmus des Kriegsfreiwilligen Rudolf Borchardt, der in der Tat in seiner Rede *Der Krieg und die deutsche Selbsteinkehr* (1914) die heldenhaften »Blutopfer« als Erneuerung der Nation feiert?

Wenn man sich fragt, welche konkrete politische Haltung und Praxis sich hinter den Rollen verbirgt, die Strauß in seinen Prosa-Schriften spielt, sollte man seine jüngste Aphorismensammlung mit dem eigentümlichen Titel *Beginnlosigkeit* (1992) lesen. Hier wird in einer Ver-

mischung physikalischer Chaostheorien und postmoderner Dekonstruktion der »Arche«, des Uransfangs, ein mystischer Schwebezustand der Welt beschrieben, den der Autor mit Fred Hoyle als »steady state« identifiziert und als Gegenentwurf zum dialektischen Geschichtsdenken ausgibt. Was an dieser Gedankenprosa irritiert, ist nicht so sehr ihr polemischer Charakter, es ist vielmehr die durch den Text selber nicht gedeckte Geste des Propheten einer neuen Welt, der mit angelesenen und halbverdauten Brocken aus der Kybernetik und der physikalischen Theorie um sich wirft und sie im Gefolge Nietzsches und Valerys als Gedankensplitter einer künftigen Weltsicht ausgibt.

So kann ihm der Faschismus, den er einfältig genug als »Faszination durch die technische Erfindungskraft im gleichen Zug mit mythischer Rückbindung und Vereinfachung der Gefühle« definiert, als der »entscheidende Versuch des Akrologs«, also der höchsten Äußerung des menschlichen Geistes, erscheinen, wenn diese Konjunktion von Mythos und Technik unter den Bedingungen des kybernetischen Zeitalters erneuert würde. Naive Begeisterung für die avancierteste Technik: »Die Netzwerk-Maschine ist hier bereits philosophisches Gerät« paart sich mit nostalgischer Rückwendung zu den ältesten politischen Mythen: »Jemand hat gesagt: das Volk ist das Höchste und das Niedrigste. Das mag in einem geschichtlichen, mehr noch in einem mythischen Sinn zutreffend sein. Heute aber bildet das Volk der Deutschen keinen geheimen Schatz in der Seele des einzelnen mehr, aus dem er Kraft schöpfen könnte. Es ist nichts als ein launiger, bequemer Mehrheits-Potentat. Ein Auslöscher jeder, aber auch jeder ideellen Kraft.« Politische Romantik mit ihrem eigentlichen Fahnenwort *Volk* dekovriert sich in solchen Sätzen selbst als antidemokratischer Affekt.

Am Ende des Buches erscheint der Autor noch einmal als schon vertraute *persona*: »Der Idiot geht als der Erstgeschlagene unter den Menschen in die Dämmerung des Verstehens ...« Eine

letzte Selbstcharakteristik das, aber auch ein heimliches Sich-davon-schleichen aus der Verantwortung für das Gesagte. Die *personae* der antiken Tragödie – das sollte ihr Bewunderer besser wissen als andere – wußten sich verantwortlich für das Geschehen in der Polis.

THOMAS NOETZEL

»Aus solchem Holz sind Kanzler geschnitzt«

Anmerkungen zum Weltbild und
Wollen Wolfgang Schäubles

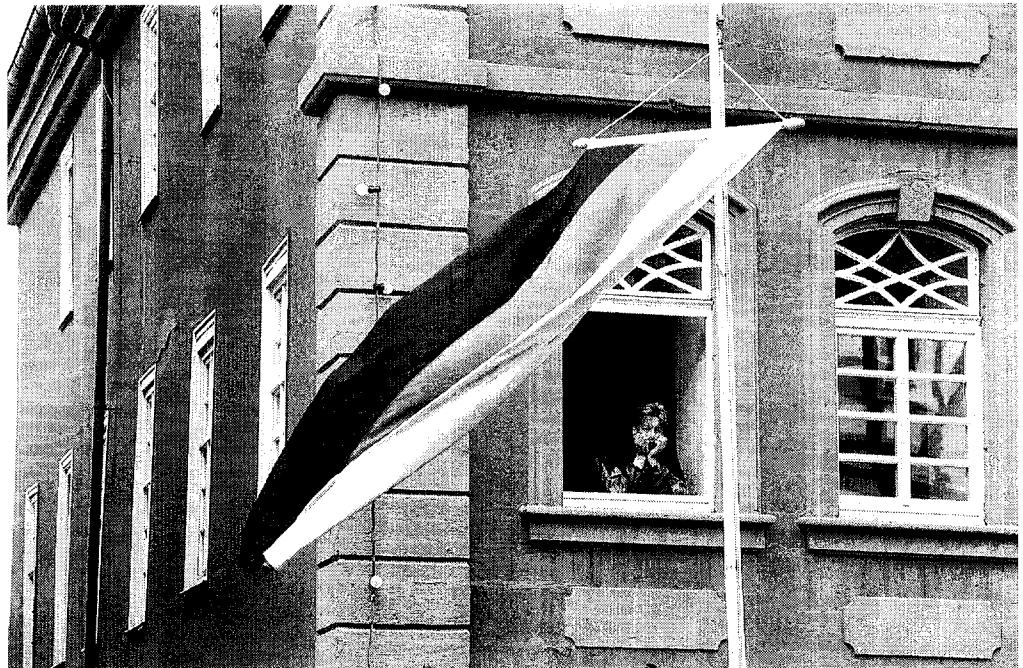
Als der Deutsche Bundestag Ende Februar 1994 über die Verhüllung des Berliner Reichstages durch den bulgarischen Künstler Christo debattierte, erhöhte Wolfgang Schäuble das rhetorische Overselling der Diskussion erheblich, indem er Christos Projekt zum gefährlichen Experiment erklärte, das die Institutionen der repräsentativen Demokratie bedrohe, das Vertrauen in die Amtsträger schwäche, letztlich die freiheitliche Ordnung gefährde. Unter dem Beifall von Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P. führte er zur Begründung aus:

»Die Menschen in unserem Land müssen heute vieles an Veränderungen und an Verunsicherungen aushalten. Sie müssen die Belastungen aus dem wirtschaftlichen Strukturwandel tragen; sie müssen Einschnitte hinnehmen, die sie in 40 Jahren Wohlstand und sozialer Sicherung nicht mehr gewohnt waren. Sie sehen sich neuen und zusätzlichen Gefährdungen ihrer Sicherheit ausgesetzt, im Innern wie von außen her, und in dieser Situation müssen wir den inneren Zusammenhalt unserer freiheitlichen staatlichen Gemeinschaft, unseres Funda-

ments gemeinsamer Werte, auch unserer nationalen Identität neu vergewissern. Wir brauchen diesen Zusammenhalt als Klammer für die Kräfte, die auch angesichts enger werdender Verteilungsspielräume eher auseinanderstreben, statt zusammenzufinden. Wir müssen daran erinnern, daß die staatliche Gemeinschaft nicht nur durch ein System perfektionierter Rechtsnormen oder ein System perfektionierter Sozialleistungen, sondern vor allem durch Institutionen, in denen die grundlegenden Normen Ausdruck finden, zusammengehalten wird. Wir müssen daran erinnern, daß wir diese Institutionen stabil und integrationsfähig halten müssen, wenn diese Gemeinschaft eine gute Zukunft haben soll. Und das hat auch mit Bauwerken zu tun, die diese Institutionen beherbergen. Das Bild dieser Bauwerke prägt sich den Menschen ein. Und so verkörpern sie, die Bauwerke, diese Institutionen: sie repräsentieren sie nach außen. Damit sie glaubwürdig repräsentieren können, sollten wir mit ihrer äußeren Erscheinung keine Experimente veranstalten.«

In diesem kurzen Redeausschnitt kondensieren sich Schäubles politische Grundhaltungen, die ihm inzwischen den Ruf eingetragen haben, er mache endlich mit der schon 1982 proklamierten *geistig-moralischen Wende* ernst, er sei einer der wenigen Hoffnungsträger des politischen Konservatismus in der CDU und der richtige Kanzler nach Kohl, der mit festem Ziel vor Augen und eiserner Hand das Staatsschiff durch die schweren Wetter steuern könne, die der Bundesrepublik bevorständen.

Deutlich verkündet Schäubles Semantik auch die Bereitschaft, Wertorientierungen zu bekunden und für sie einzustehen; Schäuble beschreibt sich selbst als Überzeugter und Kämpfer. Daneben kalkuliert hier ein machtbewusster Strategie seine Wirkung auf seine Klientel, für die die physiognomische Selbstzufriedenheit Kohls zu wenig konservativen, wertorientierten Gestaltungswillen manifestiert. Fastenpredigt statt *Saumagen-Syndrom*. Und der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende formuliert seine Bot-



Öffentliche Rekrutenvereidigung in Lauterbach/Hessen

Foto: JOKER/Lutz Schmidt

schaften simpel genug, so daß es den einfältigeren Gemütern im eigenen Lager einleuchtet; nach der Logik: Institutionen verkörpern sich in Bauwerken, wer diese verhüllt, verhüllt auch die Institution, und ist erst mal der Reichstag verpackt, dann verschleiert sich »den Menschen draußen« auch gleich der Sinn und die Qualität parlamentarischer Demokratie. Das kulturkonservative Ressentiment, das sich mit Avantgarde immer schwertat, erhält so seine politische Unterfütterung. Aber diese Rehabilitation des naiven Konservatismus betreibt Schäuble nicht nur in der Debatte über den Zusammenhang von Modernität, Ästhetik und Politik. Relevanten sind seine Positionen in der Generaldiskussion über den gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Standort der Bundesrepublik am Ende des 20. Jahrhunderts.

Schäubles Interventionen artikulieren dabei immer wieder jenes konservative Trauma, der Staat könne die sich immer weiter differenzierende Gesellschaft nicht mehr vereinheitlichen. Zahllos sind seine Warnungen vor den zentrifugalen

Kräften der Gesellschaft. In seine *pidgin*-Sprache des Politischen übersetzt heißt das (um ein letztes Mal aus der Verhüllungsdebatte zu zitieren): »So viele Menschen würden diesen Umgang mit einem Bauwerk, das in der deutschen Geschichte eine so außergewöhnliche Bedeutung für den deutschen Parlamentarismus, für die deutsche Demokratie hat, nicht verstehen können. Wir haben doch heute schon genügend Dinge, die uns Deutsche eher auseinanderbringen und zuwenig Dinge, die uns zusammenführen. Wir sollten es uns nicht leisten, zu viele Menschen gleichsam am Wegesrand zurückzulassen, die ein solches Unterfangen nicht verstehen und nicht nachvollziehen können.«

Angst vor Dekadenz und Spaltung

Geschickt wird hier auf ein verbreitetes Politikverständnis gezielt, das Konflikt für etwas Verwerfliches hält und auf Harmonie orientiert. Wer versöhnen will, statt zu streiten, kann erhebliche *common sense* mobilisieren. Es sind dann

immer die anderen, die den Frieden stören. Doch Schäubles Zusammenführung birgt gerade in dieser Feinderklärung die Spaltung in sich, denn er dosiert seine Integrationsrhetorik genau. Eingeholt werden sollen schließlich nur die konservativen Segmente der Gesellschaft, die Verhöhner ästhetischer Experimente oder – viel problematischer – diejenigen, die etwa Gewalt gegen Asylbewerber zwar nicht selbst praktizieren, aber »verstehen« können. Bis hinein in sein neues, frisch zur Bundestagswahl publiziertes Buch *Und der Zukunft zugewandt* plädiert Schäuble gegen die »Überforderung« und »Zurücklassung« derjenigen Bürger, die Angst vor »Überfremdung« und »Mißbrauch« des Asylrechts hätten.

Redet Schäuble von der Gesellschaft, die es zusammenzuhalten gelte, dann ist damit immer die jeweilige »bessere Gesellschaft« der Deutschen (gegenüber Asylbewerbern), der Leistungsbereiten (gegenüber Sozialschnorrern), der Bodenständigen (gegenüber Multikultis), der Vernünftigen (gegenüber sozialrevolutionären Wirrköpfen) gemeint.

Die für bedrohlich gehaltenen Spaltungen werden als Ausdruck kultureller Verwerfungen und Irrtümer begriffen. In einer beharrlich vorgetragenen, kulturkritischen Dekadenzanalyse stellt dann auch Schäuble diese kulturellen Mechanismen des bedrohten Zusammenhalts in den Mittelpunkt. Letztlich scheitert »Gemeinschaft« in seinem Denken an den partikularen Egoismen der Individuen, die sich inzwischen den Staat so weit unterworfen hätten, daß dieser zum Opfer ihrer Egomanie geworden sei. Die demographische Entwicklung, die »Überalterung« der Bundesrepublik wird dabei zum welthistorischen Menetekel, das allenfalls im Untergang der griechischen Stadtstaaten und Roms seine Entsprechung findet. Die Deutschen werden als müde und zukunftsvergessen beschrieben, die lieber in ihre Ferien reisen als in ihre Kinder investierten.

Geradezu klassisch formuliert er in diesem Kontext ein konservatives Verzweifeln angesichts der entbundenen Rationalität moderner Industriegesellschaften,

deren Dynamik auf Ökonomie und Technik reduziert bleiben sollte und gerade nicht Ästhetik, Lebensstile, individuelle Selbstbeschreibungen erfassen soll. Bezeichnenderweise findet sich in diesem Konzept der halbierten Moderne – paradigmatisch niedergelegt in *Und der Zukunft zugewandt* – ein »nachhaltiges Ja zu Fortschritt und Modernität« bei gleichzeitigem Leugnen aller dysfunktionalen Aspekte: »Die sozialen Probleme von heute sind keine Auswirkungen unserer Wirtschaftsordnung mehr«, schreibt Schäuble dort und fährt fort: »Allen zweifelhaften Armutsstatistiken des DGB oder des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zum Trotz müssen nicht Verelendung oder Massenarmut unsere Hauptsorge sein, sondern die Folgen des allgemeinen Wohlstands, der erst den ungemeinen Individualisierungsschub unserer Gesellschaft ermöglichte.«

Die Gesellschaft fällt auseinander, weil der »hedonistische Individualismus« überhand genommen hat. Die Deutschen sind satt, müde, risikoscheu; überall herrscht egozentrische Abzockmentalität mit umfassendem Versicherungsanspruch. Daß bestimmte Interessen allerdings durchaus egoistisch befriedigt werden sollen, wird immer dann deutlich, wenn in dieser kulturkritischen Suada ein passant über das schlechte Mietrecht geklagt wird, das Räumungsklagen so schwierig mache oder über den überzogenen Kündigungsschutz, der Freisetzung von Arbeitskräften so »ungeheuer« komplizierte und verteuerte. Daß gesellschaftliche Fehlentwicklungen etwas mit der ökonomischen Verfaßtheit dieser Gesellschaft zu tun haben, daß Politik immer von partikularen Interessen gespeist wird und sich eine Gemeinwohlorientierung nur als Ergebnis solchen Interessenkampfes konstituieren läßt, verschwindet bei Schäuble im blinden Fleck seiner Wahrnehmung. Aber diese Wahrnehmungsselektion ist notwendig, war es doch gerade die konservativ-liberale Koalition, die die *Wende* als Rehabilitation ökonomischer Gier betrieb und das »bereichert euch« bis heute auf ihre Fahnen schreibt.

Konservative Politiker haben der neoliberalen Ideologie zum Durchbruch verholfen, weil sie selber – wie das britische Beispiel des Thatcherismus zeigt – über keine ökonomische Theorie verfügen, die ihrem sozialen Konservatismus entspräche. Diese Art von Kulturkritik verstrickt sich folgerichtig in vielfältige Widersprüche. So rücken etwa die elektronischen Massenmedien als Mitverursacher hedonistischer Glückserwartungen in den Blickpunkt, ohne daß allerdings darüber nachgedacht würde, daß es doch gerade Konservative waren, die, unter dem Banner der Informationsfreiheit, die Medien einer rigiden ökonomischen Logik des Marktes unterwarf.

Und da solche Paradoxien nicht benannt werden können, reduziert sich Gesellschaftskritik in diesen Argumentationsketten auf eine weinerliche Kulturkritik. Das dekadente, weil staatlich überversorgte Individuum trägt letztlich dann die Schuld für das Entgleisen der Gesellschaft. Bis auf Stammtischniveau herab können so die Sozialhilfeerschleicher und eingebildeten Kranken denunziert werden. Schäuble bewundert schließlich nur noch diejenigen (und möchte für soviel Lob sicherlich ein paar Wählerstimmen), die »noch immer ihrer Arbeit nachgehen, obwohl sie netto von der Sozialhilfe fast genausoviel bekommen würden, wenn sie es nur geschickt anstellten«.

Jedes soziale Problem wird damit zur Mentalitätsfrage, und der Kanzler im Wartestand versucht auch konsequent, ein Erziehungsprogramm für die dekadente Gesellschaft der Nutzenmaximierer zu entwickeln. Wobei von den degenerierten Subjekten Opferbereitschaft und Dienen verlangt wird. Immer wieder bemüht Schäuble die Feststellung, den Deutschen sei nach 1945 eine existentielle Herausforderung, an der sie hätten wachsen können, ein Schicksalsschlag von säkularer Gewalt erspart geblieben. Gerade in Krisen destilliere sich aber sehr schnell ein Begriff des wahren Allgemeinen heraus. An diesen Abstiegs- und Verfallsjeremiaden fällt nun auf, daß Schäubles Begriff des Gemeinwohls, des allgemeinen Gutes eine soziale Füllung

nicht kennt. »Gut« ist dann immer, was der Ökonomie dient. Wer so wenig an sozialem Gestaltungswillen mitbringt und seine Rede von »Gemeinschaft« zur Hülse werden läßt, der muß zwangsläufig die symbolischen Integrationsleistungen betonen. Schäubles Versuch, die Wiederentdeckung der Nation als »Schutz- und Schicksalsgemeinschaft« als Identitätsstiftung für die Bundesrepublik zu benutzen, paßt in dieses Bild eines leeren Gemeinschaftsbegriffs. Allein die Gegenüberstellung von »Individuum« und »Gemeinschaft« verrät ein hermetisches Ordnungsdenken, das von antisozialstaatlichen Ressentiments gespeist wird (nicht zufällig ist Ernst Forsthoff einer der wenigen Referenzautoren, auf die Schäuble sich häufig bezieht). Denn dieser Gegensatz »Subjekt« vs. »Gemeinschaft« gibt nur für kulturkritische Lar moyanz etwas her. Wie soll etwa eine Gemeinschaft über den Ausbau der Pflegedienste für Kranke und Schwerbehinderte entscheiden, wenn man diesen Betroffenen nicht Rechte als Individuen auf Selbstbestimmung, Teilnahme am öffentlichen Leben, Leben in Würde usw. zuschreibe? Eine »Gemeinschaft« entbindet aus sich heraus keine Werte. Mühsam muß der Konservatismus deshalb theologische Konstruktionen wie ethnische Homogenität, historisches Schicksal, geopolitische Lage etc. als Identitätsprothese der »Gemeinschaft« erfinden.

Wobei der »Führung« durch wirkliche Eliten erhebliche Kohäsionskraft zuge wiesen wird. Die Elite soll Orientierung geben und der Gemeinschaft ihren Geist injizieren. »Distanz« und »Diskretion« verlangt Schäuble von ihren Mitgliedern und das Korpsbewußtsein, dazugehören. Falsche Bescheidenheit verbietet sich. Leider gebe es »keine Helden mehr«, die als allgemeine Vorbilder akzeptiert würden, stellt er in *Und der Zukunft zugewandt* fest. Allerdings gerät Schäuble zuweilen in die Gefahr, sein persönliches Schicksal, das Attentat auf ihn, seine Behinderung und seine Beharrungskraft als politisches Beispiel für solch eine Fähigkeit zur Führung zu be-

nutzen. Dieser Selbstinszenierung kommen die Medien bereitwillig entgegen und schreiben ihm entsprechende Kompetenzen zu. Schäuble gilt da als hart, unnahbar, einsam, willensstark, ehrgeizig usw. Klischees prägen nicht nur den Konservatismus Schäubles, sondern auch seine Selbst- und Fremdattributierungen. Simulacren überall.

Rollenprosa

Simuliert wirkt dann auch die Aura, welche um Schäubles eher gedankenarmen Konservatismus konstruiert wird. Sein Verleger prognostiziert anlässlich der von Kanzler Kohl geleiteten Vorstellung des schon zitierten Schäuble-Buches »heftige Kontroversen«, »Empörung«, »Provokationen«. Doch Schäuble ist eben nicht der Erneuerer des konservativen Denkens in der Bundesrepublik. Seine inhaltlichen Einlassungen bedienen auf mehr oder wenige geschickte Weise die Ressentiments einer Stammklientel der CDU/CSU, ohne allerdings ganz auf den Spagat zwischen traditionellem Flügel und Modernisierern verzichten zu wollen (das wäre auch seinen Karrierechancen wenig dienlich). Und so finden sich in Schäubles Stellungnahmen bei allem kulturkritischen Lamento etwa freundliche Sätze zur Selbstbestimmung der Frau, die durchaus nicht auf die drei »Ks« festgelegt werden soll. Im Rahmen der Klientel verfährt er oft nach dem Motto »Allen wohl und niemand wehe«. Schäuble betont seine Überzeugungen, aber sie sind opportunistisch abgepolstert und ecken – jedenfalls im eigenen Lager und bei den Wechselwählern, die die CDU überhaupt gewinnen kann – nie an. So geißelt der Fraktionsvorsitzende bei seinen öffentlichen Auftritten publikumswirksam ständig die überbordende »Bürokratisierung«, jeder Hinweis auf eine dringend notwendige Reform des deutschen Beamtenrechts fehlt allerdings. Seine Kritik bleibt so folgenlos, weil er den Konflikt mit den Beamten und ihren Standesvertretungen scheut. »Überzeugung« wird gleichsam zum medialen Etikett. Inhaltlich hat Schäuble dann auch wenig

wirklich Interessantes zu bieten. Seine rhetorische Stärke liegt im Lamento, in der ohnmächtigen Kulturkritik, die durchaus Fehlentwicklungen benennt, aber im Granteln verharrt. In der Tat fehlt ab und an »Zivilcourage«, aber wie soll Abhilfe geschaffen werden? In der Tat fehlt ein gesellschaftlicher Diskurs über Werthaltungen, aber wie soll er in Gang kommen? Schäuble bleibt die Antworten schuldig. Er klagt beispielsweise über die fehlende transzendentale Orientierung der Individuen, aber wir leben nun einmal in säkularisierten Gesellschaften. Wie will er zurück zur Religion als Ordnungsstifterin?

Als Realpolitiker (Heiner Geißler hat ihn einmal einen *Machiavellisten ohne soziales Gehör* genannt) entwirft der potentielle Kohl-Nachfolger kaum zukunftsgewinnende Szenarien. Seine politischen und gesellschaftlichen Zielbestimmungen verraten deutlich die Prägung des Juristen aus der Finanzverwaltung. Eine kleine Zusammenstellung seiner Visionen verdeutlicht das: Da sollen Schüler und Studenten in Zukunft jedes Jahr eine Abrechnung bekommen, was ihre Ausbildung die Gemeinschaft gekostet hat. Ähnlich werden die Kranken über ihren Preis aufgeklärt. Bei der Rentenfestsetzung soll die »objektive« Wertschöpfung, die der Arbeitnehmer geleistet hat, zur Berechnungsgrundlage werden. Rabattgesetz und Ladenschlußzeiten sollen weiter dereguliert werden. Flexibilisierung, Deregulierung und Privatisierung werden ohnehin als Wundermedizin verkauft (aber Wundermittel bieten doch nur Quacksalber an). Die Lohnkosten müssen sinken, Beschäftigung von Angestellten im Privathaushalt muß sich wieder lohnen (Schäubles finden keinen bezahlbaren Gärtner, wie er in seinem neuen Buch mitteilt). Und zur Förderung der Familie fällt ihm vor allem das »Familien-Splitting« ein. Schon aus Kostengründen werden Inlandseinsätze der Bundeswehr vorgesehen, und – wegen der nationalen Identität, die ohne Feindbild nicht auskommen kann – wird die NATO-Garantie auf die osteuropäischen Staaten ausgedehnt.

So verheerend solche Ideen sozialpolitisch sind, so wenig gerecht sie daherkommen, so außenpolitisch-schräg sie klingen und so deutlich ihre Interessenbasis ist – insgesamt produziert Schäuble wenig Neues. Seine Konzepte sind gedankenarm, nicht innovativ, unoriginell. Sie bedienen beflissentlich bestimmte Segmente und Ressentiments. Stellte man sich einen Ort vor, wo dieses Weltbild entstanden sein könnte, dann fällt dem Beobachter der wöchentliche Stammtisch in der Weinstube einer württembergischen Kleinstadt ein, an dem sich der Apotheker, der Rechtsanwalt, der Radiologe und der mittelständische Unternehmer versammeln. Schäuble ist ihr Lautsprecher. Er wäre noch ein weiterer Kanzler des *juste-milieu*. Für die Zeit nach Kohl ist das zuwenig.

ARMIN PFAHL-TRAUGHER Ullsteins Beiträge zu einer national-konservativen Tendenzwende

Das neue Programm des ULLSTEIN/PROPYLÄEN-VERLAGS weise »eine tiefbraune Färbung« auf: da die »alten Nazis ... aus rein biologischen Gründen im Aussterben begriffen« seien, schrieben dort jetzt die neuen – in diesem Tenor liefert der Journalist Otto Köhler in einem *Konkret*-Artikel (Nr. 10/1993) einen Überblick zu den Neuerscheinungen des genannten Verlagshauses. Dabei scheut er sich nicht davor, selektiv ausgewählte Beispiele sachlich unzulässig zu verallgemeinern, aus dem Zusammenhang gerissene Zitate suggestiv einzusetzen und mit nicht näher belegten und daher willkürlich erscheinenden Behauptungen zu arbeiten. All dies vermengt Köhler mit völlig überspannten politischen Bewertungen, die in nahezu allen Ullstein-Neu-

erscheinungen die *braune* Gesinnung nachweisen wollen. Ärgerlich ist ein solcher Beitrag nicht nur, weil hier unseriös gearbeitet wird. Ärgerlich ist ein solcher Beitrag vor allem deshalb, weil er durchaus einen wahren Kern enthält. Jede Benennung dieses wahren Kerns muß sich aber notwendigerweise zunächst einmal von derart grobschlächtigen Kommentierungen distanzieren, will sie nicht in Verdacht geraten, ähnlich wie Köhler zu arbeiten. Insofern haben solche Beiträge auch keine aufklärerische Funktion, sondern stellen differenzierte Kritik in ein schlechtes Licht. Kritik am Programm des bedeutsamen und einflußreichen ULLSTEIN/PROPYLÄEN-VERLAGS ist nämlich durchaus angebracht, da viele – nicht alle! – Neuerscheinungen bewußt oder unbewußt eine neue politische Tendenzwende einleiten wollen, nicht hin zu *braunen*, aber sehr wohl zu national-konservativen Positionen (und hier besteht ein Unterschied!). Ableiten läßt sich dieser Trend aus den von Autoren, Inhalten und Stoßrichtung durchaus unterschiedlichen Veröffentlichungen der letzten Jahre. Zur Illustration sollen hier einige vorgestellt und kommentiert werden.

Gegen die Westbindung

Als programmatische Schrift im national-konservativen Sinne versteht sich Karlheinz Weißmanns Buch *Rückruf in die Geschichte* (1992). Der langjährige Stamm-Autor der im *Brückenspektrum* zwischen Konservativismus und Rechtsextremismus angesiedelten Zeitschrift CRITICON deutet darin die politische Entwicklung zwischen 1989 und 1991 als »Epochenschnitt« (S. 9): Die alte Bundesrepublik sei wirklich untergegangen, das »neue Deutschland« (S. 115) habe »überraschend viel mit dem alten, dem Bismarck-Reich, gemein« (S. 49). Der geopolitische Aspekt der Mittellage zwinge zum Abschied vom »Verzweigungswunsch« (S. 175) der Deutschen. Entlang dieser inhaltlichen Leitlinie formuliert Weißmann in seiner sich als Streitschrift gegen die »Jalta-Genera-



Ullstein-Lektor Rainer Zitelmann (M.) mit den Autoren Eckhard Jesse und Uwe Backes

Foto: dpa/v. Stackelberg

tion« ebenso wie gegen die »68er« verste henden Publikation essayistische Kommentare zur historischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte und der gegenwärtigen politischen Entwicklung. Weißmann spricht dabei von den »Gesetzen geschichtlicher Existenz« (S. 115) und deutet die Entwicklung der Bundesrepublik von 1949 bis 1989 als »Unterbrechung der Geschichte« (S. 138), was an deutet, daß »Geschichte« für ihn etwas von einer bestimmten, nicht genannten übersinnlichen Instanz Vorgegebenes ist. Auch die Nation als gesellschaftliches Ordnungsprinzip gilt als »existentiell« (S. 135), scheint natürlich oder göttlich vorgegeben zu sein – und wird damit ahistorisch erklärt. Mit derartigen Argumentationsfiguren fällt der Autor weit hinter die Aufklärung zurück, geht er doch bewußt von Impressionen aus, die »keines Beweises fähig« (S. 22) sind. Mit den angedeuteten ideologischen Vorgaben versucht Weißmann die Renaissance einer traditionellen nationalstaatlichen

Machtpolitik zu legitimieren. Demokratie und Konstitutionalismus haben für sein Politikverständnis offenbar keine primäre Bedeutung. Von daher verwundert es auch nicht, wenn Weißmann den Verfassungspatriotismus der »Westler« als bloße »Kopfgeburt« (S. 105) diffamiert. Die nach 1949 erfolgte Westbindung gilt ihm als Bruch mit fest verwurzelten nationalen Traditionen, die »Westler« hätten »alle tiefer prägenden, also historischen Züge ausgetilgt« (S. 43). Die mit dieser Entwicklung einhergehende erstmalige breitere Akzeptanz der Wertvorstellung eines demokratischen Verfassungsstaates in Deutschland gilt in dieser Sichtweise dann auch nicht als eine wichtige Errungenschaft.

Dies sehen auch viele Autoren des Sammelbandes *Westbindung. Chancen und Risiken für Deutschland* (1993) so. Herausgegeben haben ihn neben Weißmann der damalige Chefredakteur des Ullstein-Verlags, Rainer Zitelmann, und der junge Historiker Michael Großheim. Sie

beklagen, »daß Westorientierung und Westbindung nicht als rationale Entscheidung begründet und diskutiert werden, sondern . . . metaphysisch verklärt wurden« (S. 10). Demgegenüber will man die Westbindung »nüchtern« (S. 15) diskutieren, diffamiert deren Anhänger (wie Habermas) sogleich aber als Anhänger des Totalitarismus (S. 10). Der Band enthält 23 inhaltlich im weitesten Sinne um die Thematik kreisende und durchaus unterschiedliche Positionen zur Westbindung von National-Konservativen, Liberal-Konservativen und einem Linken. Vorherrschend sind aber die mehr oder minder stark ablehnenden Auffassungen: Die These vom *deutschen Sonderweg* wird als »politische Waffe« (S. 21) und Instrument der »Umerziehung« (S. 25) gedeutet, Adenauer sei prinzipiell »gegen die deutsche Einheit« (S. 367) gewesen, seine gesinnungsethisch verklärten Gegner hätten »am Ziel der deutschen Einheit festgehalten« (S. 185), wobei die realpolitischen Folgen von deren Neutralitätsvorstellungen nicht problematisiert werden etc. Um ein wirkliches Diskussionsforum handelt es sich bei dem Sammelband nicht: Kein Beitrag würdigt die mit der Westbindung einhergehende Akzeptanz des demokratischen und sozialen Rechtsstaates in Deutschland. Kein Beitrag thematisiert die verhängnisvollen antidemokratischen und antiwestlichen Traditionen in der politischen Kultur des Landes. Kein Beitrag benennt den bisherigen Nutzen der Westbindung und problematisiert die möglichen Folgen einer Abkehr von der Westbindung. Hinter der Kritik an ihr steht – auch hier – als ideologisches Ziel die Legitimierung traditioneller nationaler Machtstaatspolitik und die Entlegitimierung der Politik übernationaler Einbindung der Bundesrepublik Deutschland.

Zum Programm des ULLSTEIN/PROPYLÄEN-VERLAGS gehören auch Bücher zu geschichtstheoretischen Themen wie das von dem Politikwissenschaftler Klaus Hornung vorgelegte Werk *Das totalitäre Zeitalter* (1993). Darin wird versucht, eine Bilanz des Totalitarismus im 20.

Jahrhundert zu ziehen: Der Autor beschäftigt sich mit dem politischen Messianismus, der Jakobiner-Diktatur, dem Marxismus, Leninismus und Stalinismus, dem Nationalsozialismus und dem SED-System. Hornungs Darstellung bewegt sich allerdings nicht auf der Höhe der politikwissenschaftlichen Auseinandersetzung um den Totalitarismus-Ansatz. Recht oberflächlich, die Differenziertheit der vielfältigen Positionen und deren Revision ignorierend, wird versucht, den totalitären Herrschaftstypus zu definieren. Wichtige Ansätze werden noch nicht einmal bibliographisch genannt, methodische und analytische Kritik völlig ignoriert.

Auffällig ist auch die Einseitigkeit, mit der Hornung die Aufklärung für den Totalitarismus verantwortlich macht, während er politisch konservative Auffassungen und ihr mitunter positives Verhältnis zu autoritären bzw. totalitären rechten Systemen nicht problematisiert. Überhaupt behandelt Hornung fast nur linke Varianten des Totalitarismus, der italienische Faschismus fehlt und der Nationalsozialismus wird lediglich als »Gegen- und Nachbild« (S. 184) des Bolschewismus gesehen. Kaum verhüllt zeigt sich hier das Bemühen, den Totalitarismus-Ansatz zur Legitimation bestimmter politischer Vorstellungen zu missbrauchen.

Geschichtsrevisionismus

Ein geschichtstheoretischer Stamm-Autor des ULLSTEIN/PROPYLÄEN-VERLAGS ist der Historiker Ernst Nolte, der dort zuletzt das Buch *Streitpunkte. Heutige und zukünftige Kontroversen um den Nationalsozialismus* (1993) veröffentlichte. Darin gibt er einen informativen und kenntnisreichen Überblick zu den Kontroversen um die verschiedenen Aspekte der ns-Zeit und problematisiert bisherige Gewissheiten durchaus anregend mittels hypothetischer Fragen. Im Kern geht es Nolte aber um die Analogie seiner zentralen These: »Aber wer die Untaten des Nationalsozialismus nicht als Gegenbilder zu den früheren Untaten des Bolschewis-

mus verstehen will, wer in der Größe und in der Tragik des Nationalsozialismus nicht späte und angestrengte Gegenzüge zu der ursprünglicheren und genuineren Größe und Tragik des Bolschewismus erkennen will, der macht sich von der Geschichte des 20. Jahrhunderts ein grob verzerrtes Bild« (S. 417). Nicht nur der dieser Formulierung innewohnende apodiktische Zug verdient Kritik, sondern auch die Ausschließlichkeit, den Nationalsozialismus kausal als Gegen-Bild aus dem Bolschewismus abzuleiten. Dem ist sicherlich insoweit zuzustimmen, als daß die Nationalsozialisten sich als Gegner des Kommunismus verstanden. Jedoch kann man das Gesamtphänomen Faschismus/Nationalsozialismus nicht auf diese Dichotomie reduzieren, wird dabei doch der wichtige historische Verlauf der Zeit vor 1917 ignoriert. Nahezu alle bedeutenden Elemente dessen, was als ns-Ideologie bezeichnet wird, existieren bereits: der Antisemitismus, der Imperialismus, der Nationalismus, der Rassismus und der Sozialdarwinismus. Auch der gesellschaftliche Boden und die politische Kultur in Deutschland waren auf eine Art ausgerichtet, die den Nationalsozialisten den Weg ebnen konnte. All diese Faktoren haben weder chronologisch noch inhaltlich etwas mit der Angst vor dem Bolschewismus zu tun. Daß Nolte deren Bedeutung nicht ausreichend berücksichtigt, erklärt sich durch seine methodische Fixierung auf die Ideengeschichte und die Ignoranz gegenüber politischen Entscheidungs- und sozialen Entwicklungsprozessen. In seiner politischen Konsequenz bedeutet Noltes Geschichtstheorie ein »Herausinterpretieren« des Nationalsozialismus aus der deutschen Geschichte.

Im Sinne einer derartigen Auffassung ist auch die zeitgeschichtliche Studie des Nolte-Schülers Christian Striefler *Kampf um die Macht. Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik* (1993) zu sehen. Der Autor betont darin, der »nationale Sozialismus« der NSDAP sei keine bloße Propaganda gewesen, sondern Ausdruck eines realen Programms für die Arbeiter.

Danach behandelt er die Aufstandsvorbereitungen der KPD und beschäftigt sich mit dem »begrenzten Bürgerkrieg« zwischen KPD und NSDAP am Beispiel von Berlin. Für die Hauptstadt meint der Autor nachweisen zu können, daß die Kommunisten häufiger in der Rolle der Angreifer waren als die Nationalsozialisten. Die SA habe sich als Schutztruppe gegen den Bolschewismus verstanden und Gewalt vor allem gegen die kommunistischen Kampfverbände ausgeübt. Bei seiner Darstellung stützt sich Striefler aber auf problematische Quellen, nämlich die Prozeßakten des Generalstaatsanwalts im Landesarchiv Berlin, wozu der Autor selbst bemerkt: »Es läßt sich allerdings nicht ausschließen, daß die Akten einen etwas verzerrten Gesamteindruck vermitteln. Denn der Bestand wurde während des Dritten Reiches angelegt. Nur die für die ›Kampfzeit der Bewegung‹ geschichtlich wertvollen Akten sollten aufbewahrt werden. So enthält der ... Bestand in der Mehrzahl Fälle, in denen Nationalsozialisten die Opfer waren« (S. 20). Trotz dieses kritischen Einwandes erörtert Striefler den Grad der doch hier eindeutig verzerrten Aktenlage nicht gesondert für seine eigene Interpretation. Kritik verdient darüber hinaus, daß der politisch-gesellschaftliche Rahmen für die Beziehung der KPD und NSDAP zueinander nicht ausreichend in die Darstellung einbezogen wird. Von daher überschätzt Striefler auch die Bedeutung der KPD, war die Partei aufgrund ihrer wirklichkeitsfremden, eher an den Optionen Moskaus denn den realen Gegebenheiten in Deutschland orientierten Vorgehensweise, doch fast immer in einer politischen Sackgasse. Zwar trat die KPD wie die NSDAP für die Zerstörung der Weimarer Republik ein, sie hatte aber im Gegensatz zu dieser nie eine reale Chance, einen politischen Umsturz erfolgreich in Gang zu setzen. Den Kommunisten fehlten die nötigen Wegbereiter, die die NSDAP in der Gesellschaft hatte. Von daher ist die Auffassung, beide Parteien trügen einen gleichgroßen Schuldanteil am Untergang der Demokratie, nicht haltbar.

Ebenfalls ein zeitgeschichtliches Thema behandelt die Studie von Manfred Kittel *Die Legende von der ›Zweiten Schuld. Vergangenheitsbewältigung in der Ära Adenauer* (1993): Durch die gesamten 50er Jahre hindurch habe es eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit der jüngsten Geschichte gegeben, jene Zeit erweise sich »über weite Strecken als ein einziger Versuch, die ns-Vergangenheit ideell und materiell zu bewältigen. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer sollte daher mit der Bemerkung beginnen: Im Anfang war die ›Vergangenheitsbewältigung«« (S. 387). Kittels Arbeit kommt methodisch meist nicht über die bloße Darstellung der öffentlichen Auseinandersetzung um die ns-Zeit in Form von Zitaten aus publizierten Berichten und Kommentaren, politischen Reden und der Rechtsprechung hinaus. So differenziert er auch nicht die unterschiedlichen Formen dieser Auseinandersetzung: Ein unverbindliches Reden und moralisches Verurteilen ist etwas anderes als die kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen und politischen Ursachen des Nationalsozialismus. Wer dies ignoriert, kann verständlicherweise eine Fülle von Beispielen für eine gelungene Vergangenheitsbewältigung anführen, zählt dann doch nahezu jede nicht-nationalsozialistische Bemerkung über diese Zeit dazu.

Asylproblematik und Ausländerkriminalität

Ebenfalls in der Analyse unberücksichtigt bleiben die Motive der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit: erfolgte sie von selbst, aus innerer Überzeugung heraus, oder wurde die Vergangenheitsbewältigung aus Rücksicht auf das Bild im Ausland oder aufgrund der durch politischen Druck von anderer Seite entstandenen Notwendigkeiten betrieben? Allzusehr hat Kittel die Absicht, seine zentrale These unbedingt belegen zu wollen, die Feder geführt, anderslauende Forschungsergebnisse nimmt er zwar in die Bibliographie auf, eine inhalt-

liche Auseinandersetzung wird aber unterlassen.

Ein weiterer Schwerpunkt im Programm des ULLSTEIN/PROPYLÄEN-VERLAGS ist die Ausländer- und Asylpolitik. Zu dem letztgenannten Thema erschien von dem ehemaligen Berliner Innensenator Heinrich Lummer *Asyl. Ein mißbrauchtes Recht* (1992), worin mehrere Problemfelder benannt werden – von der nicht-politisch motivierten Flucht über die finanzielle Belastung bis hin zum Versagen der Politik. Dies alles geschieht aber aus einer auf die nationalen Grenzen Deutschlands beschränkten Sicht, die weder die Dimension noch die Ursachen der weltweiten Flüchtlingsproblematik ins Visier nimmt. Hinzu kommt der dramatisierende Tonfall der Darstellung, die etwa behauptet, das Asylrecht stünde »dem Leben einer (der deutschen) Nation entgegen« (S. 7). Daß dies in der Öffentlichkeit so angeblich nicht wahrgenommen würde, wird fast schon verschwörungstheoretisch auf Bestrebungen »linker und liberaler Multikulturalisten« (S. 101) zurückgeführt. Lummers Buch ist mehr eine politische Kampfschrift gegen das Asylrecht und die »multikulturelle Gesellschaft« denn eine sachliche Aufarbeitung der Problematik. Nicht zu seinen Behauptungen passende Fakten, wie etwa die Tatsache, daß viele Flüchtlinge Deutschland auch wieder verlassen, werden bei der Präsentation seines Zahlenmaterials ignoriert. Das Zusammenleben von kulturell verschiedenen Menschen kann sich Lummer aufgrund seines identitären Politikverständnisses – er plädiert für »eine relativ homogene Staatsbevölkerung« – nur als »Konfliktgesellschaft« (S. 94) vorstellen. Von daher verwundert auch nicht die Agitation gegen verfassungspatriotische Auffassungen, die »durch die politischen Entwicklungen der letzten Jahre gründlich widerlegt worden« (S. 98) seien.

Einen besonderen Aspekt der Ausländerpolitik behandelt der Redakteur der Wochenzeitung WELT AM SONNTAG, Jochen Kummer, in seinem Buch *Ausländerkriminalität. Legenden und Fakten zu einem Tabu* (1993). Dabei handelt es

sich primär um eine Materialzusammenstellung zum Thema, es werden verschiedene Fallbeispiele, Untersuchungen und Statistiken zitiert, die alle den überdurchschnittlich starken Anteil von Ausländern an der Kriminalität in der Bundesrepublik belegen sollen. Dieser sei ein Tabu und werde von »ideologischen Rechenkünstlern« (S. 86) durch »Runter-, Um- und Schönrechnereien« (S. 81) geleugnet. Auch hier geht es erkennbar nicht um die möglichst sachliche Aufarbeitung einer realen gesellschaftlichen Problematik. Kummer problematisiert weder die Zusammenfassung ganz unterschiedlicher Phänomene (politischer Extremismus, organisierte Kriminalität, systematischer Sozialbetrug etc.) unter dem analytisch kaum tauglichen Begriff der »Ausländerkriminalität«, noch fragt er nach den jeweiligen Entstehungsbedingungen und Ursachen, die isoliert wie vergleichend ausgeblendet bleiben. Dafür werden die Tatverdächtigen der deutschen und nicht-deutschen Wohnbevölkerung direkt gegenübergestellt, ohne die auch von den Innenministern und Innensenatoren des Bundes und der Länder vorgetragene Einwände gegen ein derartiges Verfahren gewichtet in die Interpretation einzubeziehen. Von daher verwundert auch nicht, daß Kummer nicht die Kriminalitätsrate bei Deutschen und Nicht-Deutschen in der gleichen sozialen Situation vergleicht. Die Lektüre suggeriert lediglich, daß Ausländer überdurchschnittlich stark strafbare Handlungen begehen – und dabei beläßt es der Autor, der sich als mutiger »Tabubrecher« präsentiert.

Nationale Linke

Die meisten der bislang vorgestellten Autoren des Verlages sind National-Konservative, es gibt aber auch Veröffentlichungen von der politischen Linken zuzurechnenden Autoren. Ein Beispiel dafür ist das Buch *Rechtsaußen... und die verfehlten Strategien der Linken* (1992), das der IG-METALL-Grundsatzreferent Wolfgang Kowalsky vorgelegt hat. Darin werden die Konzepte gegen den

Rechtsextremismus beschrieben und bewertet. »Viele Strategien antworten auf Fragen von gestern und bewegen sich im Grunde immer noch im Rahmen eines Antifaschismus der dreißiger Jahre« (S. 10). Kowalskys Verdienst ist es, die unterschiedlichen Konzepte systematisch unterschieden, an Beispielen belegt und deren Tauglichkeit hinterfragt zu haben. Dabei weist er zu Recht auf schiefe historische Vergleiche oder die moralisierende Betroffenheitsrhetorik mancher Linker hin und problematisiert Handlungen, die mehr der Selbstbestätigung und weniger dem Wirken gegen den Rechtsextremismus dienen. Ab und an simplifiziert Kowalsky aber die kritisierten Positionen zu platten Aussagen, die so von den Kritisierten nicht gemeint waren, oder er bezieht sich nicht auf die inhaltliche Stoßrichtung, sondern lediglich auf das polemische Beiwerk. Seinen Platz findet Kowalskys Buch in einem national-konservativen Verlagsprogramm durch zweierlei: Es geht (teilweise völlig berechtigt) gegen die politische Linke, und er kritisiert diese, weil sie kein positives Verhältnis zu »Nation« und »Nationalbewußtsein« habe. Kowalsky plädiert für das »unbefangene Verhältnis zur Nation«, ohne ausreichend die Grundlagen derartiger Vorstellungen zu problematisieren, was wiederum die Orientierung an der »Nation« (was immer dies ist) befördert.

Diese starke politische Ausrichtung am »Nationalen« macht auch verständlich, warum zunächst einmal eher unpassend erscheinende Autoren, Inhalte und Titel im Programm vorhanden sind, wie etwa das Plädoyer des SPD-Bildungsreferenten Tilman Fichter für die Ausrichtung sozialdemokratischer Politik an den Begriffen »Deutschland« und »Nation« in dem Buch *Die SPD und die Nation* (1993) oder die Forderung nach einem »Nationalpazifismus« des Friedensforschers Alfred Mechtersheimer in *Friedensmacht Deutschland. Plädoyer für einen neuen Patriotismus* (1993). Ein von den Historikern Clemens von Klemperer, Enrico Syring und Rainer Zitelmann herausgegebener Sammelband

über *Die Männer des 20. Juli* (Untertitel) (1994) muß denn auch den Titel *Für Deutschland*« tragen. Das Bekenntnis zum »Nationalen« – was immer dies jeweils sein soll – zieht sich durch alle hier genannten Veröffentlichungen hindurch. Dabei werden von den einzelnen Autoren unterschiedliche Bezugspunkte und Vorbilder genannt, es bestehen also durchaus Differenzen etwa zwischen Fichter einerseits und Zitelmann andererseits. Diese gewisse *Pluralität der Nationalen* widerspricht keineswegs notwendigerweise einer national-konservativen Strategie, der es hier um die Etablierung eines – und zwar ihres! – Themas geht. Damit sollen traditionelle nationalstaatliche Politikvorstellungen im politischen Diskurs und so letztendlich auch in der Politik noch stärker etabliert werden. Eng verknüpft mit dieser Entwicklung ist ein aus demokratietheoretischer Sicht überaus bedenklicher Effekt: die bei vielen Autoren direkt feststellbare Herabwürdigung des »Verfassungspatriotismus« (Dolf Sternberger), der als »Kopfgeburt« und »von der Geschichte widerlegt« geschnäht wird.

Der Verlag selbst versteht sein Programm, so kann man immer wieder auf Klappentexten lesen, als Versuche, angebliche »Tabuthemen« aufzugreifen wie die NS-Vergangenheit oder die Ausländerpolitik. Neben dem unbescheidenen Zug, sich dabei selbst als angebliche Nonkonformisten auf die Schulter zu klopfen, verstört daran vor allem die Begründung: Die »Tabuisierung« wird zurückgeführt auf das fast schon verschwörerisch erscheinende Wirken von »Achtundsechzigern«, »Linksliberalen« und »Linken«, die mittels der Parole von der *political correctness* gegnerische Diskussionspositionen diffamieren wollten. Zwar gibt es in der Tat eine derartige Form der Auseinandersetzung, die durch die Dominanz von »Betroffenheitskult« (Cora Stephan) und »Gesinnungsbekundung« (Gerhard Henschel) geprägt ist (der einleitend erwähnte Artikel von Otto Köhler gehört dazu). Allerdings dient der von Autoren und Mitarbeitern des Verlages in diesem Zusammenhang

erhobene Vorwurf auch der Abschottung vor *ihrer* Auseinandersetzung mit inhaltlicher und rationaler Kritik, wird diese doch nur als Ausfluß der *political correctness* wahrgenommen – und dies ist ihre, die national-konservative Variante von *political correctness*. Die Vermutung, ein solches Programm schaffe Einbruchstellen für eine intellektuelle extreme Rechte, nicht im neonationalsozialistischen, aber sehr wohl im Sinne eines konservativen »antidemokratischen Denkens in der Weimarer Republik« (Kurt Sontheimer) ist nicht von der Hand zu weisen. Positive Resonanz in Organen der traditionellen extremen Rechten wie *Deutschland in Geschichte und Gegenwart* oder *Nation und Europa* sowie Anzeigen des Verlages in diesen Zeitschriften belegen dies. Daß eingereichte Buch-Manuskripte von eindeutig rechtsextremen Autoren – aus welchen Gründen auch immer – abgewiesen wurden (vgl. *Staatsbriefe*, Nr. 7-8/1993) beruhigt nur begrenzt, der ULLSTEIN/PROPYLÄEN-VERLAG täte gut daran, beim Versuch der Einleitung einer geistigen national-konservativen Tendenzwende hinsichtlich demokratietheoretischer Fragen mehr Klarheit zu schaffen.

WOLFGANG KOWALSKY

Comeback oder Abgesang der Rechtsintellektuellen?

Das Menetekel eines politischen Rechtsrucks in Deutschland scheint sich trotz der Vermehrung warnender Stimmen, die periodisch zu einem Chor anschwellen, nicht zu bewahrheiten. Dennoch sollte die Frage, ob eine Neue Rechte dabei ist, die kulturelle Hegemonie zu erringen, nicht leichtfertig beiseite geschoben werden: Haben die Rechtsintellektuellen in der Bundesrepublik einen

Siegeszug angetreten? Driftet gar die Republik intellektuell nach rechts?

Zunächst einmal ist beunruhigend, daß die Abgrenzung zwischen »rechts« und »rechtsextrem« wie im Bermudadreieck zu verschwinden droht, denn damit verwischen die Analysekriterien und Maßstäbe, um die Frage zu beantworten. Nicht nur bei populären Veranstaltungen wie *Rock gegen Rechts*, Debatten wie *Mit Rechten reden*, sondern auch in politischen sowie wissenschaftlichen Analysen (»Offensive von Rechts«, »Deutschland von Rechts«, »Druck von Rechts« etc.) wird neuerdings wieder rechts mit rechtsextrem gleichgesetzt. Mitunter werden sogar von Wissenschaftlern »rein pragmatische und teilweise auch ästhetische Erwägungen« (Jürgen W. Falter) bemüht, um völlig beliebig von »rechten Randparteien«, mal von »Rechtspartei« oder »rechtsextremistischen« oder »rechtsradikalen« Parteien zu sprechen. Jürgen W. Falter versucht sogar, eine Begründung für diese mangelnde begriffliche Präzision zu liefern: »Dieser Wechsel der Bezeichnungen dient keinem anderen Zweck als der sprachlichen Variation.«

Glücklicherweise affiziert diese begriffliche Verwirrung bei Jürgen W. Falter nicht die Analyse, doch bei vielen anderen verschwörungstheoretisch begabten Zeitgenossen dient die Anrufung einer rechtsextremen Gefahr einerseits der Denunziation nicht genehmer Meinungen (vorzugsweise innerhalb der Asyldebatte), andererseits der Aufrechterhaltung eines linken Alarmismus. Dabei ist zu bedenken, daß durch terminologische und analytische Undifferenzierung der rechtsextremen Sloganisierung der Politik unfreiwillig Vorschub geleistet wird. Wie wäre also mit Rechtsintellektuellen umzugehen?

Warum ist die Neue Rechte überhaupt von Interesse? Ist die Neue Rechte ein so beliebter Gegner des Feuilletons und mancher Wissenschaftler geworden, weil die Auseinandersetzung mit ihr stets aufs Neue erlaubt, liebgewordene Empörung über ihre vermeintliche Gefährlichkeit mit Tabuisierung gewagter

Fragen und Antworten zu verknüpfen? Seit der Wiedererlangung der nationalen Souveränität stellen sich zahlreiche Fragen, die den Status Quo und die lieb gewordenen Eckpunkte der alten Bundesrepublik zur Disposition stellen. Diesbezügliche Fragen wie »Welche Interessen hat Deutschland eigentlich?«, werden von vielen Linken als »gefährlich« und »suspekt« stigmatisiert. Manche, die solche Fragen aufwerfen oder sogar provokante Thesen dazu vortragen, werden sogar aus dem Spektrum der »anständigen Linken« herausgeholt und manchäisch dem Reich des Bösen zugeschlagen. Praktiziert wird eine unheilige Dreifaltigkeit von Denkverbot – Tabuisierung – Stigmatisierung. Das Ergebnis ist eine geistige Paralyse, in die die Neue Rechte und Rechtsintellektuelle mit ihren Diskursstrategien vorzustoßen versuchen. Statt sich nun mit der eigenen Unfähigkeit, neue Antworten auf die neue Situation zu geben, auseinanderzusetzen, werden Rechtsintellektuelle und vor allem jene Linken, die sich der Schweigespirale nicht anschließen wollen, zum Gegner der Republik erklärt.

Dabei vergrößert die altlinke Aussonderungsmaschinerie, die jeden Positionswechsel als Verrat rubriziert, das Lager der Verräter von Tag zu Tag: Hans-Magnus Enzensberger, Martin Walser, Botho Strauß und viele andere stellen sich als Seismographen einer neuen Epoche den Herausforderungen der Zeit und werden dafür sogleich aus der heiligen linken Familie ausgegrenzt. Die kleine JUNGE FREIHEIT greift den Ehrentitel des Nonkonformismus und der Unkonventionalität auf und präsentiert Fragen und Antworten, die ihre Relevanz erst aus der intellektuellen Friedhofsstimmung des heutigen Deutschlands beziehen. Wäre in der heutigen deutschen Gesellschaft eine breite tabulose Diskussion möglich, ohne Denkverbote und ohne Stigmatisierungsgefahren, dann würde die Neue Rechte und die sogenannten Rechtsintellektuellen in diesem vielstimmigen Konzert auf ihren eigentlichen Status zurückfallen und bestenfalls als intellektuelle Sekte wahrgenommen.



Das Treffen von Prien: Jörg Haider, Manfred Brunner und Peter Gauweiler

Foto: dpa/Frank Mächler

In einer solchen Situation produktiven Streits und Denkens ohne Geländer (H. Arendt) würden allerdings die »Rene-gatenverfolger« (Sibylle Tönnies) arbeitslos. Liegt in dieser arbeitsteiligen Situation nicht ein Grund dafür, daß die Fraktion der *Wehret den Anfängen*-Anhänger in so breiter Eintracht an der vermeintlichen ideologischen Wurzel des faschistischen oder rechtsextremen Übels ansetzt und den aus ihrer Sicht wichtigsten antifaschistischen Abwehrschlag, nämlich den gegen die Neue Rechte perpetuiert und in breiter Eintracht zelebriert? Schließlich hatten in der Weimarer Republik nur wenige die von der Konservativen Revolution ausgehende Gefahr erkannt und ihr Paroli geboten. Der damals verlorengegangene Kampf könnte heute erfolgreicher nachgeholt werden und das arbeitsteilige Vorgehen nutzt beiden Seiten. Die vorauseilende Verhinderung pointierter Positionen und zugespitzter intellektueller Debatten dient so der Aufrechterhaltung einfacher Weltbilder und arbeitsteiliger Kämpfe. Doch seit

Weimar hat sich die Situation grundlegend verändert: Die Demokratie in Deutschland und ihre zivilgesellschaftlichen Grundlagen sind gefestigt und die Republikgegner eine verschwindend kleine Minderheit.

Doch der antifaschistische Gründungskonsens der Bundesrepublik erodiert und damit das moralische Tabu vor Rechtsextremismus. Moralisch gespeiste Empörung über Rechtsextremismus stößt seither an ihre Grenzen und eine stärker diskursiv-politische Auseinandersetzung ist notwendig, um die Funktion der Eindämmung zu übernehmen. Die Voraussetzungen für einen Schlagabtausch sind nicht schlecht: Die modernen Rechtsextremisten bieten nicht nur ihre eigenen, fragwürdigen Moralvorstellungen an, sondern greifen eine Reihe nicht bloß fiktiver, imaginierter, sondern vielmehr realer gesellschaftlicher Probleme auf, um ihre eigenen Ideologeme zu transportieren, denen argumentativ entgegengetreten werden kann.

Warum sollte eine argumentative Be-

kämpfung rechtsextremer Thesen nicht ein Muster für eine ständige Rubrik in Tages- oder Wochenzeitungen abgeben? In dieser Form ließen sich die Themen und Thesen der Rechtsextremisten aufgreifen und wiederlegen: Ausländer und Einwanderung, Kriminalität, innere Sicherheit, Arbeitslosigkeit, Aufgabe der D-Mark, Mißbrauch von Sozialleistungen, multikulturelle Gesellschaft, deutscher Sonderweg etc. Ebenso könnte auch die Auseinandersetzung mit neu-rechten Beiträgen verlaufen, die programmatischen Charakter beanspruchen.

Sicherlich ist der Hinweis richtig, daß der rationale Diskurs da an Grenzen stößt, wo demagogisch Emotionen geschürt werden. Dennoch kann den Themen, die die Rechtsextremisten in die politische Debatte einbringen, viel von ihrer Sprengkraft genommen werden, wenn die Diskussion offensiv und inhaltlich geführt wird. Bislang sind gelungene Beispiele einer solchen Auseinandersetzung rar geblieben, was sich nicht zuletzt auf die Dominanz eines Reaktionsmusters zurückführen läßt, das sich auf den Nenner »Berührungsangst plus Denkverbote« bringen läßt.

Die Auseinandersetzung mit Rechtsaußen ist in der Tat heikel, denn sie setzt ein bestimmtes Maß an Einfühlungsvermögen, also Empathie voraus, die allerdings nicht gleichzusetzen ist mitverständnisheischender Sympathie. Diese Empathie, die notwendig ist, um die ideellen und gesellschaftlichen Triebkräfte, aber auch die Argumentationsweise und Gedankengänge von Rechtsextremismus zu begreifen, bringen viele »Antifaschisten« nicht auf. Wenn dies auch psychologisch durchaus verständlich ist, so ist trotzdem nicht einzusehen, daß die Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten tabuisiert wird. Verwunderlich ist auch der Eifer und die Verbissenheit, die im Streit unter Linken um die »beste Linie« der Auseinandersetzung mit Rechtsaußen zutage treten, denn ein Patentrezept zur Bekämpfung von Rechtsextremismus gibt es nicht.

Offene und offensive Auseinander-

setzung heißt nun nicht *anything goes*. Als Anfang des Jahres die neurechte Zeitschrift JUNGE FREIHEIT statt monatlich wöchentlich erschien, überbot sich das Feuilleton der Republik in ausführlicher Berichterstattung. Zahlreiche Artikel weckten Interesse für die Postille und mancher wird nachgeprüft haben, ob die JUNGE FREIHEIT tatsächlich so rechts-extrem oder nazistisch ist: Sind die »Salonfaschisten in Nadelstreifen« im kommen? Was liegt näher, als probehalber einmal zu dem Blatt am Kiosk zu greifen? Den Vogel abgeschossen hat die Zeitschrift KONKRET, die zu diesem Anlaß sogar eine Extraausgabe herausgegeben hat, obwohl die Meldung gerade einen Zehnzeiler wert gewesen wäre. Die Redakteure der JUNGEN FREIHEIT durften sich die Hände reiben, denn die breit angelegte Berichterstattung ersparte ihnen einen Werbefeldzug, den sie gar nicht hätten finanzieren können. Dem Beobachter drängt sich die zeitlich verzögerte Parallele zu Frankreich auf, wo die Neue Rechte das Pressthema im Sommerloch 1979 bildete. Im Gegensatz zu Frankreich konnte sich die Neue Rechte in Deutschland auch fünfzehn Jahre später nicht etablieren.

Solcherart hofiert leidet der Chefredakteur der JUNGEN FREIHEIT, Dieter Stein, mit seiner Crew an einer solchen Trübung der Realitätswahrnehmung, daß das Blatt wohl kaum einen Gelegenheitsleser an sich binden wird. Ein Beispiel solcher Trübung bietet eine pubertäre Provokation, die er mit folgenden Worten schließt: »Mit Rechten reden?« fragen verwirrte Linke derzeit: Die Frage könnte sich schon bald in ihr Gegen teil verkehren.« Ein Blick auf das Datum macht deutlich, daß es sich um einen unfreiwilligen Aprilscherz handelt: 1. April 1994. Wie dringend die JUNGE FREIHEIT Leser sucht, zeigt ein Blick in die Kleinanzeigen, von denen ein guter Teil der Suche von Interessenten für »konervative Leser- oder Gesprächskreise« gewidmet ist. Die bloße Vorstellung, die TAZ würde in ihrem Kleinanzeigenpart Leser- und Gesprächskreise zu gründen suchen, verdeutlicht die Absurdität des Ganzen.

Ein Blick in den Kulturteil derselben Ausgabe zeigt die defätistische, wortreich-larmoyante Kehrseite des »jung-konservativen Projekts«: »Die Lage ist ernst (...). Die Strategie der Delegitimierung und systematischen Stigmatisierung der demokratischen Rechten hat voll eingeschlagen. (...) Eine rechte Alternative kann nicht mehr gedacht werden. Sie ist tabu. (...) Für uns wird es keine Auffangstellung hinter der kämpfenden Front mehr geben. (...) Der antifaschistische Mythos besitzt eine ähnliche Funktion wie die Hexenverfolgung im Spätmittelalter. (...) Vielleicht waren die Tage der Lichterketten im Dezember 1992 nicht nur der Beginn des Untergangs der deutschen Rechten, sondern auch der Beginn des Untergangs von Deutschland.« Warum nicht gleich des gesamten Abendlandes?

Die Neue Rechte beklagt nicht nur ihre Stigmatisierung und Delegitimierung, sondern sieht ihre eigene Denkfähigkeit tangiert, ja fabuliert sich in die Lage verfolgter Hexen, die ihren eigenen Untergang vor sich sehen. Was anders soll dieses Lamento heißen, als daß die deutsche Neue Rechte bereits ihre Abdankung einleitet? Dieselbe Botschaft ist auch herauslesbar aus dem Beitrag des Rückrufers in die Geschichte, Karl-Heinz Weißmann, in der ebenso unglücklich eingeleiteten wie nie endenden FAZ-Serie *What's right?*. Er beklagt dort die politische Heimatlosigkeit der Neuen Rechten und fügt hinzu, daß das »völlige Fehlen einer ernsten, auf Inhalte konzentrierten Debatte« skandalös sei. Durch seinen Beitrag unter dem Schlachtruf *Die Nation denken* zieht sich wie ein roter Faden zwar ein modisches namedropping, aber inhaltliche Akzente jenseits der allseits beliebten Pappkameraden vermag er nicht zu setzen. Seine – als Antipode zu Edgar Morins *Europa denken* gedachte – Rechtfertigungsschrift wettert zwar gegen ominöse »Anhänger des europäischen Superstaates«, doch inhaltlich ist nur ein nebulöses Plädoyer für einen »geistigen und politischen Ausgleich mit den gewandelten Verhältnissen« nach dem weltpolitischen Einschnitt

1989/90 herauszulesen. Eine erklärende Ausführung dieses »Ausgleichs« bleibt er in toto schuldig.

Die noch vor kurzem hoch gehandelten neurechten Vordenker, die ihr welt- und europaabgewandtes neonationales Credo intonierten, treten bereits wieder von der Bühne ab. Wäre ein Ende der Neuen Rechten, die in Deutschland ohnehin hauptsächlich ihre französischen Kollegen abkupferte, wirklich ein Verlust im pluralistischen Meinungsspektrum? Wohl kaum, denn in diesem Fall würden sich die Nebel um die eigentliche konservative Rechte lichten: Eine aufgeklärte Rechte wird ihre Konsensfähigkeit nicht um eindeutig rechtsextremer und neонаationalistischer Romantizismen willen aufs Spiel setzen. Der Fortbestand einer vieldeutige schillernden Neuen Rechten wäre risikoreicher. Auch die REPUBLIKANER sind offenbar in ein konjunkturelles Tief eingetreten. Nach dem Thema *Deutsche Einheit* ist ihnen nun auch das Thema *Asyl/Ausländer* abhanden gekommen und zum Hauptproblem der bundesdeutschen Gesellschaft, der Arbeitslosigkeit, wissen die REPS nichts zu sagen – wie ihre neurechten Vordenker. Einzig bei einem Wiederaufschwung der Themen Kriminalität, Drogen, Ruhe und Ordnung hätten sie eine Chance, wieder Punkte zu sammeln. Zwar brodelt es noch, aber die Oberfläche hat sich beruhigt.

So fallen die selbsternannten Konservativen Revolutionäre dem eigenen Weissenszug zum Opfer. Tomasi di Lampe-dusa hat deren dialektisches Leitmotiv dem Neffen des *Leoparden*, des Alten Fürsten in den Mund gelegt: »Wenn wir wollen, daß alles bleibt, wie es ist, dann ist es nötig, daß alles sich verändert.« Damit die Bundesrepublik bleibt, wie sie ist – weltoffen, zivilisiert, republikanisch im ursprünglichen Wortsinne – ist es von Vorteil, wenn die Neue Rechte wieder in der Versenkung, aus der sie hervorkroch, verschwindet. Sie hat den Rand des Abgrunds erreicht. Aus dem gleichnamigen Grand Hotel sieht keiner hin.

Kontrovers

ANNE HAMILTON

Frauen in der Defensive?

Daß die Männer derzeit im Rahmen einer gezielten antifeministischen Gegenoffensive zurückslügen, behauptet die US-Autorin Susan Faludi auf der Basis von Medienanalysen. Doch keine der Referentinnen, die sich jüngst bei Gießen zur Tagung »Backlash – Frauen in der Defensive?«¹ trafen, mochte diese Diagnose uneingeschränkt für den bundesdeutschen Kontext übernehmen. Trotz deutlicher Eintrübung des politischen und sozialen Klimas sehe die Lage keineswegs so düster aus, wie dies Faludi nahelege.

Auf die Unbrauchbarkeit eines »mechanischen und hydraulischen Politikmodells«, das keine plausible Erklärung für die komplexen gesellschaftlichen Interaktionsverhältnisse bieten kann, wie Silvia Kontos (Fachhochschule Wiesbaden) hin. Das *Backlash*-Argument setzt eine undifferenzierte, statische *Freund-Feind*-Unterteilung voraus, die Brüche, Verwerfungen, Interessenüberschneidungen nicht mitreflektiert; auf jeden Schlag folgt unweigerlich der Gegenschlag – das Geschlechterverhältnis als *Ping-Pong*-Spiel oder, extremer: als Granenkrieg.

Im Verlauf der letzten 20 Jahre ist das feministische Selbstverständnis durch eine zunehmende Ausdifferenzierung ins Wanken geraten. Das kollektive *wir* der frühen Frauenbewegung hat sich verflüchtigt, die universalistische Kategorie *weiblich* greift nicht mehr, löst sich vielmehr im Kontext gegenwärtiger Theoriebildung auf. Erst kürzlich sorgte die US-amerikanische Poststrukturalistin Judith Butler mit ihrem Buch *Gender Trouble* (deutsch: *Das Unbehagen der Geschlechter*) für Aufsehen und brachte Bewegung in die zäh gewordene Feminismus-Debatte. Butler radikalisiert die frühere Einsicht, das soziale Geschlecht (Gender) sei ein kulturelles Konstrukt, durch die These, daß auch das biologische Geschlecht variabel, das heißt diskursiv konstituiert werde, dem Körper nicht etwa innewohne. Damit erteilt sie liebgewonnenen Vorstellungen von sexueller Identität und biologischem Determinismus eine deutliche Absage.

Es mag, wie Martina Ritter (Universität Gießen) einwandte, bezweifelt werden, inwiefern Butlers Dekonstruktion der binären Ge-

schlechterpolarität Zündstoff für einen genuinen gesellschaftlichen Wandel in sich birgt; dennoch sollte dessen emanzipatorisches Potential nicht unterschätzt werden: Kaum hatte sich die Frauenbewegung der 60er und 70er Jahre im Zuge der Forderung nach Gleichberechtigung von traditionellen Rollenmustern gelöst, schlichen diese sich gleichsam durch die theoretische Hintertür wieder ein. Insbesondere in Frankreich wurden essentialistische Konzepte des Femininen wiederbelebt, schien die weibliche Anatomie – die Fähigkeit zu gebären – allein schon weibliches Verhalten zu strukturieren. Mit einer solchen Überhöhung von Weiblichkeit und Mutterschaft setzte sich sowohl Ulrike Prokop (Universität Marburg) als auch Ingrid Rommelspacher (FH Berlin) kritisch auseinander. Erstere befaßte sich mit psychoanalytischen Aspekten weiblichen Autoritarismus und zog im Rückblick auf das Selbstverständnis der bürgerlichen Frauenbewegung während des Ersten Weltkriegs Parallelen zur gegenwärtigen Attraktivität des rechtsextremistischen Spektrums für Frauen. Mit zahlreichen Zitaten der Schriftstellerin und Frauenrechtlerin Gertrud Bäumer belegte Ulrike Prokop die Affinität des damaligen feministischen Diskurses mit dem nationalistischen und zeigte auf, daß weibliche Selbstbehauptung keinesfalls zwingend mit politischer Emanzipation einhergehen muß. Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs bot Müttern die einmalige Gelegenheit, aus dem Unspektakulären ihres Alltagslebens auszubrechen, am »Volkserleben« als etwas Außerordentlichem, Erhabenen zu partizipieren. Ein elitäres Frauenbild machte sie zu Führerinnen an der »Heimatfront«, Organisatorinnen der Volkseinheit, die ihr eigenes heroisches Bewährungsfeld, unbekämpft von männlicher Kuratel, gefunden hatten. Der Reiz nationalistischer Ideologien, so Prokop, bestehe unter anderem darin, daß sie aus der Leere des individuellen Daseins, dem Abgeschlossensein erlösten, Wirklichkeit durch Ausgrenzung und Hierarchisierung strukturierten und in der Person des realen oder imaginierten Feindes Projektionsflächen dafür schufen, was das Ich nicht integrieren kann.

Auf die Kehrseite der viel gepriesenen müt-

terlichen Tugend machte Ingrid Rommelspacher aufmerksam: Fürsorge um die eigenen Kinder blendet notwendigerweise alle(s) andere(n) aus; »Welt« wird lediglich aus der Binnenperspektive, aus den eigenen lebensweltlichen Zusammenhängen heraus wahrgenommen. (Ein ähnliches Phänomen lässt sich übrigens unter ehemals aktiven Linken verzeichnen, deren mittelständische Domestizierung politisches Engagement auf Stadtteilinitiativen zur Verkehrsberuhigung und Straßenbegrünung reduziert hat.) Der Drang, aus den reproduktiven Zwängen auszubrechen, hat andererseits dazu geführt, daß die Frauenbewegung bewußt Lebensvorstellungen, die sich nicht unter feministische Forderungen nach Gleichstellung und Mitbestimmung subsumieren ließen, in der Vergangenheit oft ausgegrenzt hat. Dies mag erklären, weshalb sich der konservative Ruck nun auch in den eigenen Reihen bemerkbar macht.

Eine der Hauptursachen für die gegenwärtig zu verzeichnende Sprachlosigkeit und Handlungsunfähigkeit der Frauenbewegung wurde im Verlust eines kollektiven Bewußtseins, der Aufspaltung innerfeministischer Öffentlichkeiten in Teilöffentlichkeiten sowie einer Einengung der Perspektive auf professionalisierte Theorie und Praxis gesehen. In diesem Zusammenhang merkte Christel Eckhart (Gesamthochschule Kassel) an, daß der Einzug in die etablierten Institutionen Frauen als handelnde Gruppe zum Verschwinden gebracht habe. Indem sie sich dem, vorwiegend von Männern definierten, »Allgemeinheitsanspruch des rationalen Verwaltungshandelns« unterzuordnen hätten, verringere sich die Möglichkeit, Bedürfnisse aus den eigenen Lebenszusammenhängen heraus zu artikulieren; das Allgemeine des Politischen verbiete die Wahrnehmung des Besonderen. Selbst bundesweite Einrichtungen wie Frauenbeauftragte haben im Zuge der Finanzknappheit der Kommunen und Länder neuerdings nicht nur ihren spezifischen Verantwortungsbereich zu verwälten, sondern bekommen zunehmend neue Aufgabengebiete – beispielsweise als Behinderten- und Ausländergleichstellungsbehörde – aufgebürdet. Somit werden zwar diese Einrichtungen nicht offiziell aus dem Etat gestrichen, aber faktisch gelähmt.

Auf die Tatsache, daß ein Großteil bundesdeutscher Politikerinnen zunächst über frauenpolitische Themen in Spitzenpositionen ihrer jeweiligen Parteien vorgedrungen seien, dieses Profil jedoch im Zuge ihrer Etablierung für gewöhnlich verloren, verwies Birgit Meyer (FH Esslingen). Sie hatte eine Vielzahl von Politikerinnen ausgiebig zu deren Werdegang und

Selbstwahrnehmung befragt. Auffällig sei dabei beispielsweise gewesen, daß die meisten ihrer Interviewpartnerinnen zwar strategische Befürworterinnen der Quotenregelung waren, jedoch ausdrücklich darauf hinweisen zu müssen glaubten, keine »Quotenfrauen« zu sein. Die Bezeichnung »Frauenpolitikerin« wiesen nahezu alle von sich; die Furcht, in einen speziellen Zuständigkeitsbereich abgeschieden zu werden, hat offenbar zu einer klaren Distanzierung gegenüber derartigen Etikettierungen geführt. – Eine Entwicklung, die jedoch nicht ausschließlich als negativ gedeutet werden sollte, da sie eben auch Ausdruck der Abwehr gegenüber tradierten geschlechtsspezifischen Zuschreibungsmustern ist.

Während der 80er und 90er Jahre hat sich der Emanzipationsanspruch von Frauen veralltäglich; er wird fast schon vorausgesetzt. Die entstandene Optionsvervielfältigung wirkt sich allerdings nicht nur befriedigend aus. Widerstreitende Interessen – die Entscheidung für Karriere oder Familie oder beides – reiben sich sowohl an den gesellschaftlichen Gegebenheiten als auch den eigenen Bedürfnissen und internalisierten Rollenmustern. Der Bewährungsdruck lastet wesentlich stärker auf Frauen, welche Beruf und Familie zu vereinbaren suchen, als auf deren männlichen Kollegen, die sich zumeist der bedingungslosen Unterstützung zu Hause sicher sein können. Selbstzweifel, nicht sämtliche Aufgaben, die eine solche Doppelbelastung mit sich bringt, bewältigen zu können, sind eine typische Begleiterscheinung weiblicher Berufstätigkeit.

Verstärkt werden solche Versagensängste durch eine wachsende Tendenz in Politik und Medien, den angeblichen »Werteverfall« sowie die »Erosion gemeinschaftlicher Bindungen« unverhohlen mit den gestiegenen Selbstverwirklichungsansprüchen von Frauen zu verknüpfen. Bemerkenswert ist, daß Anwürfe dieser Art vermehrt auch von links-liberaler Seite zu vernehmen sind. Der Niedergang des Familiendylls wird betrauert, so als sei die Bildung von und Organisation in Kleinfamilien eine anthropologische Konstante und nicht einer nur mehr knapp 200jährigen Entwicklung geschuldet.

All das geschieht just in dem Moment, in dem sich die Arbeitsmarktsituation prekär gestaltet. Schon werden Forderungen laut, die traditionelle Arbeitsteilung wieder einzuführen, Frauen zum Verzicht auf ihre mühsam erkämpften Positionen im Berufsleben zu bewegen – so als seien diese lediglich entliehen und müßten, in Zeiten der Not, an die rechtmäßigen Eigentümer abgetreten werden. Eher scheint

man geneigt, Frauen zurück in die finanzielle Abhängigkeit zu drängen, als über Bedingungen nachzudenken, die deren Integration in den wirtschaftlichen und politischen Prozeß sichern würden. Die Frauenbewegung plädiert beispielsweise seit langem schon für eine Neudeinition des Arbeitsbegriffs sowie die Einführung flexibler Arbeitszeiten und Teilzeitstellen für Frauen – eine Berücksichtigung gewandelter Lebensvorstellungen, die in der Vergangenheit von den Gewerkschaften beharrlich verweigert wurde. (Neuerdings scheint dieses Modell ange-sichts der allgemeinen Arbeitsmarktmisere in gewerkschaftlichen Kreisen nun doch eine ver-spätete Anhängerschaft zu finden.)

Einen deutlichen *Backlash* im Hinblick auf die wirtschaftliche und soziale Lage von Frauen konstatiert Ingrid Kurz-Scherf (Universität Marburg) für die neuen Bundesländer: wach-sende Arbeitslosigkeit, ungeschützte Beschäfti-gungsverhältnisse und Öffnungsklauseln in den unteren Tarifgruppen wirken sich insbesondere auf Frauen verheerend aus, die in diesem Ein-kommensbereich stark vertreten sind. Obgleich die DDR keinesfalls ein feministisches Eldorado war, hatten Frauen dort als Facharbeiterinnen und auf der mittleren Managementebene im Vergleich zu ihren westlichen Geschlechtsge-nossinnen wesentlich bessere Berufschancen. Derzeit sind zwei Drittel der Arbeitslosen in den neuen Bundesländern Frauen. Durch den Abbau sozialer Infrastrukturen, die ihnen frü-her die Vollbeschäftigung ermöglichten, wird ihre schrittweise Verdrängung aus dem Berufs-leben betrieben. – Der oft erhobene Einwand, die DDR-Kindergärten seien Ziehanstalten für zukünftige Apparatschiks gewesen und mithin also entbehrlich geworden, sollte allerdings kei-nen Vorwand dafür bieten, das Konzept kom-munaler Kinderbetreuung von vornherein als untauglich zu verwerfen. Trotz der generell widrigen Verhältnisse ist die »Erwerbsnei-gung« ostdeutscher Frauen anscheinend nicht gesunken. Vielmehr zeichnen sich Formen des Widerstands und der Selbstbehauptung der Be-troffenen ab, werden Arbeitsplätze offensiv ver-teidigt, Umschulungsangebote in höherem Maße wahrgenommen als in den alten Bundes-ländern.

Obwohl es nicht darum gehe, Rückschläge zu verleugnen, sollten diese nicht als Indikator für einen unaufhaltsamen Niedergang der Frauenbewegung gewertet werden. Anstatt der Selbststilisierung als Opfer zu verfallen, gelte es, neue Wege der Sichtbarmachung, der öf-fentlichen Einmischung zu suchen, aber gleich-wohl die bestehenden Partizipationsmöglichkei-ten auszuschöpfen. Dörthe Jung vom *Frank-*

furter Büro für frauopolitische Forschung und Beratung bescheinigte der heutigen Frau-enbewegung eine generelle Unfähigkeit, auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Verände-rungen adäquat zu reagieren. Aus der Sicht der praxisnahen Beobachterin konnte sie Faktoren benennen, die die frauopolitische Arbeit der-zeit hemmen: der mangelhafte Informations-transfer zwischen Basisgruppen und dem par-lamentarischen und akademischen Bereich so-wie das Fehlen von Netzwerken, die bei akutem Handlungsbedarf – wie etwa im Falle der 218-Diskussion – gemeinsame Aktionen koordi-nieren würden. Im Gegensatz zur überwie-gend skeptischen Haltung der anderen Refe-rentinnen den etablierten Institutionen gegen-über klagte sie die aktive Teilnahme von Frauen am politischen Gestaltungsprozeß und die Besetzung der demokratischen Öffent-lichkeit ein. Ziel solle die systemimmanente Kritik sein. Ob die beherzte Wahrnehmung der gegen-wärtigen Partizipationsmöglichkeiten freilich an die Voraussetzung eines generellen Utopie-verzichts gebunden ist, wie dies Dörthe Jung forder-te, ist fragwürdig.

Diese, das weitgefächerte Spektrum der ak-tuellen feministischen Diskussion widerspie-gelnde Tagung diagnostizierte, daß die Frau-enbewegung zwar ihr globales, universalistisches Profil eingebüßt habe, sich daraus jedoch neue Perspektiven zur Bildung unterschiedlichster parteien- und interessenübergreifender Bünd-nisse eröffnen könnten: *Differenz* als Stärke. Kein Grund zur Larmoyanz also, aber vielleicht Anlaß zu der Frage, welche Kriterien unter die-sen »post-feministischen« Bedingungen noch exi-stieren, auf deren Grundlage die verschiede-nen frauopolitischen Positionen beurteilt und sedimentierte Interessen und Bedürfnisse for-muliert werden können.

1 Die Tagung fand am 6. und 7. Juni im Schloß Rauschholzhausen statt und wurde vom Fachbe-reich Gesellschaftswissenschaften der Universität Gießen und der Hessischen Landeszentrale für Poli-tische Bildung veranstaltet.

Kultur

PETER BRANDT

Deutsche Identität

Die »Deutsche Frage« als das doppelte Problem der Nationwerdung der Deutschen und ihrer Einfügung in die zwischenstaatliche Ordnung ist älter als die Teilung von 1945/49, und sie hat mit dem weltgeschichtlichen Umbruch 1989/90 nicht aufgehört zu bestehen. Die Vereinigung durch Beitritt der DDR zur Bundesrepublik hat die Deutsche Frage, die durch die Blockgrenze wenn nicht gelöst, so doch neutralisiert schien, in veränderter Gestalt aktualisiert.

Der erste Ständige Vertreter der Bundesrepublik in Ost-Berlin, Günter Gaus, gab seinem Buch über die DDR 1983 den Titel *Wo Deutschland liegt*. Wie andere Beobachter sah Gaus in der DDR den im traditionellen Sinn »deutscheren Staat«. Das Überdauern älterer Lebensformen und Einstellungen unter der Käseglocke der eingemauerten Diktatur begünstigte das, zunächst unreflektierte, Festhalten der Ostdeutschen an nationalen Orientierungen, übrigens auch bei Anhängern des Regimes. Offiziell vertrat die SED, seitdem die sozialliberale Bundesregierung 1969/70 die Position »Zwei Staaten in einer Nation« übernommen hatte, die These von der eigenen »sozialistischen deutschen Nation« auf dem Territorium der DDR, die sich von der alten, bürgerlich-kapitalistischen Rest-Nation auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland immer weiter wegentwickelte.

In Westdeutschland wurde die – wenn auch teilweise unterschiedlich definierte – Einheit der Nation wenig bestritten; kontrovers diskutiert wurde darüber, ob, wie und wie nachdrücklich der politische Selbstbestimmungs- und Vereinigungsvorbehalt aufrechterhalten werden sollte. Die große Mehrheit der Westdeutschen lehnte einen endgültigen Verzicht auf die Wiedervereinigung durchgehend ab. Dieser Befund ändert aber nichts daran, daß die Deutsche Frage in der Prioritätskala seit den mittleren 60er Jahren weit nach hinten trat. Mehr noch: Manche Sozialwissenschaftler glaubten, in den Einstellungen der Bundesbürger die Entstehung einer separaten »bundesrepublikanischen« Nation erkennen zu können.

Auch wenn sich die *Bi-Nationalisierung* Deutschlands nicht durchsetzte, gerade mit der militärisch-polizeilichen Aufrechterhaltung der Teilung das auch nicht konnte, gab es doch

Tendenzen in diese Richtung – hauptsächlich auf westdeutscher Seite. Sie hatten, vereinfacht gesagt, ihre Ursache in der Westintegration und der alltagskulturellen Verwestlichung der Bundesrepublik, und es verwundert daher nicht, daß die gefühlsmäßige Abkehr von der gesamtdeutschen Nation dort am weitesten ging, wo man berufs- oder altersbedingt am stärksten auf das westliche Ausland orientiert war: in den gesellschaftlichen Eliten und bei den Jüngeren.

Die staatliche Einheit Deutschlands ist als eine der Folgen der Totalkapitulation der UdSSR seit drei Jahren Realität. Problematisch bleibt die nationale Einheit als sozialer und menschlicher Zusammenhalt der beiden Fragmente. Die Schwierigkeit, eine einheitliche deutsche Gesellschaft zu verwirklichen, hat aber nicht zuletzt mit der Art und Weise zu tun, wie der einheitliche deutsche Staat zustandekam. Die Schaffung eines neuen Volkssouveräns durch demokratische Konstituierung der gesamtdeutschen Nation, also durch Wahl einer Deutschen Nationalversammlung, erschien 1990 einer mächtigen in- und ausländischen Koalition, die von ganz unterschiedlichen Motiven geleitet wurde, zu riskant, weil weniger kalkulierbar als die schlichte Angliederung der DDR an die westintegrierte Bundesrepublik. Das ökonomisch bedingte Ungleichgewicht zwischen West- und Ostdeutschland – gerade in den 80er Jahren noch verstärkt – hatte eine Wieder- oder Neuvereinigung als ein selbstbestimmtes Aufeinanderzugehen zweier Teilvölker ohnehin objektiv immer schwieriger gemacht.

Die ökonomische Macht und Effizienz Westdeutschlands bei von Woche zu Woche deutlicher sichtbar werdender Ausweglosigkeit der Wirtschaftssystemkrise im Osten hätte im Herbst/Winter 1989/90 allenfalls in einem begrenzten Maß politisch ausbalanciert werden können. Das hätte aber vorausgesetzt, daß diejenigen politischen Kräfte, die kein liberal-konservatives Groß-Westdeutschland wollten – in erster Linie die Sozialdemokraten und die Grünen hüben, die meisten Oppositionellen und die SED-Reformer drüber – die nationale Dimension der Ereignisse begriffen und in Rechnung gestellt hätten. Statt dessen reagierten sie im besten Fall defensiv, überwiegend aber ver-

ständnislos und furchtsam auf den gerade von den Arbeitern in der DDR kommenden Eingungswunsch. Spätestens der Ausgang der DDR-Volkskammerwahl vom 18. März 1990 zerstörte nach den wirtschaftlichen auch die politischen Voraussetzungen für eine andere Lösung des Wiedervereinigungsproblems als die des Beitritts.

Die Liberal-Konservativen waren in der Regel nicht besser vorbereitet, hatten sich aber stets gehütet, die Verbindung zu den – und sei es nur verbal vertretenen – nationalen Orientierungen der 50er und 60er Jahre zu kappen. Überdies machte der historische Zusammenhang der »Wende« in Deutschland als Begleiterscheinung des Zerfalls des Sowjetkommunismus es ihnen leichter, sich rasch auf die neue Situation einzustellen. Die Schwierigkeiten beginnen für diesen Teil des politischen Spektrums erst jetzt. Nicht nur die starke Stellung der CSU, auch die Verteilung der Kräfte in der CDU beruhte auf der Zweistaatlichkeit Deutschlands und wird durch deren Aufhebung zwangsläufig neu bestimmt werden müssen.

Die westeuropäische Integration stößt derzeit mehr und mehr an die Grenzen einzelstaatlicher Eigeninteressen. Das Integrationskonzept gehört einer anderen, durch den Ost-West-Konflikt bestimmten Geschichtsepoke an.

Auch wenn die aktuellen Schwierigkeiten der EU verschiedene Ursachen haben, stellt die schlagartige Aufhebung der Blockteilung die wichtigste Veränderung gegenüber der Zeit bis 1989 dar. Setzen sich diejenigen durch, die der »Vertiefung« der EU unbedingt Vorrang vor ihrer Erweiterung nach Osten einräumen möchten, dann droht mit der ökonomischen Ausgrenzung der Osthälfte des Kontinents aus Europa ihre soziale und politische Lateinamerikanisierung. Von den »neuen Demokratien«, die ohnehin nicht auf besonders sicherem Boden stehen, dürfte dann nicht viel übrigbleiben.

Selbstverständlich kann die Alternative zu einer nach außen abgeschotteten, zugleich hegemonistischen Supermacht Westeuropa nicht in der Wiederherstellung des traditionellen souveränen Nationalstaats bestehen. Und das nicht nur, weil die wirtschaftliche Verflechtung Westeuropas so oder so weitergehen wird. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, die Rückkehr zur »Normalität« des nationalen Machtstaats als ein Horrorszenario auszumalen, bei dem ein sprichwörtlich balkanisiertes Osteuropa zum Objekt rivalisierender Wirtschaftsimperialismen würde. Die unterschiedliche Haltung der größeren westeuropäischen Staaten zum Jugoslawien-Konflikt hat einen Vorgeschmack darauf vermittelt.

Bonn am Tag der deutschen Einheit

Foto: JOKER/von der Osten-Sacken



Aber selbst wenn nationaler Protektionismus und nationales Prestigedenken in Europa nicht wieder an Boden gewinnen, wird der Kontinent auf absehbare Zeit seine Zukunft in einer historisch neuartigen Kombination bundesstaatlicher und staatenbündnischer Lösungen finden, in der auch die alten Nationalstaaten noch einen gewichtigen Part mitzuspielen haben werden. Diese werden als institutionelle Form neben anderen, übernationalen Formen lange Zeit fortexistieren, bevor sie in einer höheren Einheit aufgehen. Und im Innern werden die Staaten selbst bei großzügiger Regelung des Zuwanderungs- und Einbürgerungsrechts ihren historisch gewachsenen, besonderen Charakter nicht verlieren. Auch die »multikulturelle Gesellschaft«, die eines Tages das Gesicht Europas bestimmen könnte, wird in den Einzelstaaten von einer je spezifischen Mehrheitskultur geprägt bleiben. Alles das im günstigeren Fall . . .

Das neue Deutschland, der unverhofft entstandene gesamtdeutsche Staat, verfügt offenkundig über keine gesicherte nationale Identität. Das Selbstverständnis der alten Bundesrepublik war von der besonderen konfessionellen, landesmannschaftlichen und sozialen Zusammensetzung Westdeutschland geprägt gewesen, die als Ergebnis der Teilung des Landes erstmals dem rheinisch-katholischen Element die Führungsrolle im bürgerlichen Lager zugeschrieben hatte. Der Erfolg des Bonner Experiments hatte dann auch die anderen Kräfte einschließlich der sozialdemokratischen Opposition veranlaßt, nach und nach ihre gesamtdeutschen Vorbehalte gegen den »Rheinbundstaat« (*Heinrich Albertz*) zurückzustellen.

Die Vereinigung Deutschlands und der Zerfall des Ostblocks, damit zugleich der bipolaren Weltordnung, machen es, jenseits der Absicht der Handelnden, unmöglich, den Weg der Bundesrepublik vor 1990 einfach fortzusetzen. Jetzt geht es darum, auf welche Weise das größere Gewicht Deutschlands genutzt werden soll. Das ergibt sich nicht von selbst aus geopolitischen Konstanten oder der Zugehörigkeit zur westlichen Allianz. Die Antwort steht im Zusammenhang mit gesellschaftspolitischen Grundentscheidungen.

Wenn die beiden erwähnten negativen Entwicklungsmöglichkeiten – Festung Westeuropa oder Desintegration des Kontinents in kleinere, rivalisierende Einheiten – ausgeschlossen werden sollen, muß die Bundesrepublik ihre Rolle hauptsächlich darin suchen, die Zusammenfügung der beiden Hälften Europas einschließlich Rußlands zu fördern. Wie das geschieht, ist eine untergeordnete Frage.

Von grundsätzlicher Bedeutung ist hingegen die Demokratisierung der europäischen Einrichtungen, insbesondere der Europäischen Union. Den europäischen Einigungsprozeß zu demokratisieren, bedeutet konkret, die vorhandenen, potentiell progressiven Aspekte der bestehenden Institutionen zu stärken wie das Europäische Parlament und die aus der Sozialcharta erwachsenden Formen supranationaler Zusammenarbeit der Gewerkschaften, anstatt solche Aspekte zu forcieren, die demokratischer Kontrolle entzogen sind und euroimperiale Züge tragen wie die Zentralbank und eventuelle militärische Interventionstruppen. Nicht durch irreführende Diskussionen wie die über »Bundesstaat« oder »Staatenbund«, sondern durch das nations- und EU-überschreitende Eintreten für einen demokratischen und solidarischen Inhalt der Einigung Europas werden Bewußtseinsverschiebungen breiter Bevölkerungsschichten möglich und damit eine Umkehr der vielbeklagten Europa-Müdigkeit.

Deutschland wird keine konstruktive Rolle in Europa und der Welt spielen können, wenn es nicht seine *innere* Einheit zustande bringt. Dessen materieller Kern ist die wirtschaftlich-soziale Angleichung, aber die innere Einheit erschöpft sich nicht darin. Der innergesellschaftlichen Vereinheitlichung wohnt zwangsläufig auch die Dimension der nationalen Identität inne.

Bestimmend für den geistigen Wandel in Westdeutschland nach 1945 wurde der Bruch mit der Tradition des deutschen Sonderbewußtseins. Dieses ist von der Vorstellung geprägt gewesen, zwischen westlicher »Zivilisation« und östlicher »Barbarei« drücke sich in der deutschen »Kultur« eine prinzipiell andere, tendenziell höhere Form volklichen Daseins aus. Dem Versuch deutscher Intellektueller verschiedener Couleur, aus dem »Augusterlebnis« von 1914 eine Alternative zum liberalen Typus der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft im Westen zu formulieren, folgte nach dem verlorenen Krieg der Protest gegen den Versailler Frieden und die damit identifizierte Republik.

Der geistige und organisierte Nationalismus, der schon im frühen Kaiserreich von den liberal-demokratischen Emanzipationstendenzen abgekoppelt worden und zu einer rechten Bewegung geworden war, nahm in der Weimarer Republik endgültig einen autoritären und völkisch-antisemitischen Charakter an. Ähnliches war nach der Kriegsniederlage von 1870/71 schon in Frankreich geschehen; dort hatte aber der mit dem Mythos der Großen Revolution verbundene republikanische Patriotismus letztlich die Oberhand behalten.

Angesichts der weitgehenden Elitenkontinuität in Westdeutschland nach 1945 – von den NS-Apparaten abgesehen – kann die Tatsache nicht überraschen, daß die Denktradition des deutschen Sonderbewußtseins – etwa über die Rezeption Carl Schmitts – noch die frühe Bundesrepublik mitbeeinflußt hat, meist in »abendländischer« Modifizierung.

Insgesamt schlug indessen der Erfolg der von den Amerikanern angebotenen »Reorientierung« durch, die ja auch eine Alternative zu Bestrafungs- und Niederhaltungskonzepten (*Morgenthau-Plan*) darstellte. Die »Reorientierung« war möglich, weil die totale Niederlage von 1945 mit der ns-Diktatur auch den 1871 gegründeten deutschen Nationalstaat zerstört und die Suche nach dem besonderen deutschen Weg jenseits der liberal-demokratischen Prinzipien des Westens und gegen sie offenkundig desavouiert hatte.

Die Reorientierung der Mehrheit der westdeutschen Intelligenz hatte anfangs viel von einer schlichten Anpassung an die Sieger, während die Minderheit der dezidierten Antifaschisten meist Konzepte eines Dritten Weges zwischen Ost und West favorisierte. Jedenfalls spielten mehrheitlich pragmatische Gesichtspunkte eine große Rolle. In ihrer entschiedenen, kompromißlosen Form setzte sich die Hinwendung zum Westen erst nach und nach durch, getragen von jüngeren, persönlich nicht mehr belasteten Intellektuellen, die politisch eher liberal bis linksliberal eingestellt waren.

Erleichtert durch die Abkehr der SPD von der Wiedervereinigungsfixierung der 50er Jahre und der damit einhergehenden kritischen Sicht der militärischen Pakteinbindung der Bundesrepublik, später durch die beginnende Entspannung zwischen Ost und West, vermochte die linksliberale Intelligenz den ideologischen Ort der Westorientierung nach und nach zu verschieben. Der negative Aspekt, die Abwehr des Sowjetkommunismus, trat zurück; der positive Aspekt, die Hinwendung zur idealisierten westlichen Demokratie nicht nur als Staats-, sondern auch als Lebensform wurde dominierend.

In diesen schlechenden Wandel des geistig-politischen Lebens der Bundesrepublik brach 1967/68 die studentische Protestbewegung ein. Für sie spielte die Anklage gegen den Umgang der westdeutschen Gesellschaft mit der NS-Vergangenheit eine zentrale Rolle. In der unerbittlichen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit lag die wichtigste nationale Besonderheit des deutschen Zweigs der internationalen Studentenbewegung.

Den »Achtundsechzigern« wird nicht nur

von konservativen Kritikern heute der entscheidende Anteil an der Abkehr großer Segmente der westdeutschen Gesellschaft von nationalen Orientierungen zugerechnet. Dieser Eindruck ist richtig, sofern man »1968« als Kurzformel für jene Fundamentalibilisierung der westdeutschen Gesellschaft zwischen der Mitte der 60er und der Mitte der 70er Jahre benutzt, die neben anderem Althergebrachten auch das tradierte nationale Bewußtsein weitgehend überwunden hat. Daraus leiten manche die These ab, in der Alltagskultur habe erst die Studenten- und Jugendrevolte dieser Jahre die Verwestlichung der Bundesrepublik durchgesetzt.

Das ist allerdings eine Ex-post-Analyse. Die Intentionen namentlich des im SDS organisierten Kerns sowie desjenigen Teils der Bewegung, der dann in diversen revolutionär-sozialistischen Splittergruppen aufging, zielen in eine ganz andere Richtung. Das gilt auch für die Deutschlandpolitik, die nicht gerade im Mittelpunkt des Engagements stand. Der Zurückweisung der langjährigen Bonner Forderung nach *Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit* und der Befürwortung der Anerkennung der DDR lag die Annahme zugrunde, die Wiedervereinigungsforderung würde die internationale Entspannung und die innenpolitische Entkrampfung und damit Veränderungen in der Bundesrepublik (und der DDR) behindern. Eine Vereinigung Deutschlands unter allen Umständen abzulehnen, wäre um 1968 kaum jemandem eingefallen. Rudi Dutschke war nicht der einzige, der die deutsche Teilung für ein Unglück hielt und sich bis zu seinem Tod mit der (vermeintlich für beide Systeme) subversiven Potenz der Deutschen Frage beschäftigte.

Weil die Studentenbewegung samt ihren Ausläufern entgegen den Intentionen der Aktivisten nicht als Katalysator für die Wiederbelebung der revolutionären Arbeiterbewegung in Westdeutschland wirkte, wurde sie von der westdeutschen Gesellschaft sukzessive aufgesogen. Ihren liberalisierenden und teilweise demokratisierenden Effekt konnte die Bewegung deshalb erzielen, weil sie Tendenzen vorantrieb und formte, die der gesellschaftlichen Entwicklungslogik entsprachen und teilweise ohnehin in Gang gekommen waren. Der schlechende »Wertewandel«, überdies eine Angelegenheit aller hochentwickelten, konsumkapitalistischen Länder des Westens, wurde durch »1968« nicht angestoßen, aber beschleunigt und inhaltlich mitbeeinflußt.

Zu diesen Entwicklungen kam ein dritter Faktor: Derjenige Teil der Intelligenz, der, häufig in der Tradition der Bekennenden Kirche und im Umfeld der Gesamtdeutschen Volkspar-

tei Gustav Heinemanns, in den 50er Jahren die Adenauersche Politik gerade wegen ihrer die Teilung Deutschlands vertiefenden Wirkung kritisiert hatte, rückte vom Ziel der nationalstaatlichen Einheit ab, offenbar nicht zuletzt unter dem Einfluß der von »1968« mitgeprägten Jüngeren. Aus dem berechtigten Hinweis, daß die Teilung ohne den Nationalsozialismus und die Unfähigkeit der Deutschen, ihn von innen heraus zu überwinden, nicht erfolgt wäre, wurde nach und nach die Vorstellung, die Zwei-staatlichkeit sei eine gerechte Strafe für die Schuld des deutschen Volkes an den ns-Verbrechen.

In den 50er Jahren, also in dichter zeitlicher Nähe zu den Ereignissen, hätte man es quer durch alle politischen Gruppierungen für abweigig gehalten, den Nationalsozialismus in dieser Weise mit der Teilung in Verbindung zu bringen; in den 80er Jahren war eine solche Argumentation weit verbreitet. Während die kommunistischen Historiker und »Geschichtspropagandisten« (so hieß das) viel Mühe darauf verwandten, eine »fortschrittliche« nationale Traditionslinie in der Vergangenheit Deutschlands nachzuzeichnen, die die SED legitimieren sollte, gehörte es im linksliberalen und linken Spektrum der Bundesrepublik mehr und mehr zum guten Ton, die bis zur Unkenntlichkeit versimpelten Ergebnisse einer kritischen Geschichts- und Sozialwissenschaft so zu deuten, als sei die ganze deutsche Geschichte ein Irrweg, der nahezu zwangsläufig in der Hitlerei habe enden müssen.

Die sich verfestigende Überzeugung, nach »Auschwitz« sei keine Anknüpfung an die deutsche Nationalgeschichte mehr möglich, verbunden mit einem tiefen, beinahe umgekehrt nationalistischen Mißtrauen gegen die Deutschen als Volk, lähmte links der Mitte zunehmend jede produktive Auseinandersetzung mit der gesamtdeutschen Realität. Der »Geschichtsbruch« (Peter Glotz) von 1989 hat die Mehrheit der linken und linksliberalen Intelligenz auf dem falschen Bein erwischt.

Die Erfahrung des Nationalsozialismus, jener perfekt-völkermordenden Variante des europäischen Faschismus, versperrt den Deutschen in der Tat nach wie vor den Ausweg in ein »normales«, affirmatives Nationalbewußtsein. Auch den Briten und Franzosen, um deren unkompliziertes Verhältnis zum Nationalstolz und zum nationalen Interesse sie hierzulande von manchen beneidet werden, stünden ein wenig mehr Selbstzweifel und Selbstkritik gut an. Es kann also nicht darum gehen, die Bedeutung der ns-Zeit für die nationale Identität der Deutschen zu relativieren. Aber ohne gleichzeitige

positive Identifikationsangebote werden die Jüngeren nicht bereit sein, für weitere Jahrzehnte die historische Verantwortung für die »Schrecken der Vergangenheit« (*Kurt Schumacher*) zu übernehmen.

Welche Ziele für die nationale Identität des neuen demokratischen Gesamtdeutschland bestimmt sein werden, wird auch das Ergebnis politischer Entscheidungen sein. Das beinhaltet die kontroverse Diskussion über die Ausgestaltung der deutschen Demokratie, auch im Wirtschaftlichen und Sozialen. Es bedeutet ferner, ein neues Verhältnis zu den nationalen Traditionen zu entwickeln.

Der Frankfurter Philosoph Jürgen Habermas hat in den 80er Jahren mit anderen für einen »Verfassungspatriotismus« anstelle eines traditionellen Nationalpatriotismus geworben. Ein solcher Verfassungs- oder, um das dynamische Element zu unterstreichen, demokratischer Patriotismus stützt sich auf universelle, »westliche« Werte. Dem ist insofern zuzustimmen, als ein Nationsbegriff, der vermeintlich »objektive«, ethnisch-kulturelle Kriterien in den Mittelpunkt stellt, für völkisch-nationalistische Entgleisungen stets offen ist. Andererseits wäre ein »Verfassungspatriotismus« ohne Verankerung in der Kultur und Geschichte des betreffenden Landes ein blutleeres und wirkungsloses Kunstprodukt.

Tatsächlich setzt das demokratische Nationsverständnis des Westens, das um die politische Selbstbestimmung »der Nation« zentriert ist, in der Regel die spezifischen nationalkulturellen und nationalgeschichtlichen Bedingungen als eine Art Rohmaterial voraus. Das gilt auch für die immer wieder zitierte, klassische Definition der Nation als einer »täglichen Volksabstimmung« durch den französischen Religionswissenschaftler Ernest Renan von 1882.

Ich plädiere nicht dafür, die Abkehr vom früheren deutschen Sonderbewußtsein rückgängig zu machen. Verstanden als Verankerung der Demokratie im öffentlichen Leben (nicht unbedingt hingegen einer bestimmten Wirtschaftsordnung oder eines bestimmten Militärbündnisses) sollte die Westorientierung zum Kernbestand der nationalen Identität der Deutschen gehören. In diesem Sinne bestünde Patriotismus nicht in Staatsvergötterung und Untertanentreue, sondern in der täglichen Verbesserung des Bestehenden, nötigenfalls im Widerspruch, im Ringen um Verteidigung und soziale Ausweitung der Demokratie; nicht in Deutschtümelei und nationalem Bildungsdunkel, sondern in der Sicherung und Pflege des nationalen Erbes, um möglichst breite Schich-

ten des Volkes daran teilhaben zu lassen; nicht in nationaler Überhebung gegenüber anderen, sondern in der Bejahung des solidarischen Zusammenwirkens unterschiedlicher, aber gleichberechtigter Nationen und Völker; nicht in nationalstaatlicher oder westeuropäischer Abkapselung und nicht in Wohlstandschauvinismus, sondern in positiver Annahme der Brückenfunktion Deutschlands im neuen Europa, exemplarisch zu demonstrieren im internen Vereinigungsprozeß.

Kurz nach dem »Ende des ideologischen Zeitalters« erlebt der reine politische Pragmatismus ein Desaster nach dem anderen. Das Bedürfnis nach klaren Wert- und Zielorientierungen, nach Gemeinsinn und kollektiver Selbstvergewisserung, als Gegengewichten gegen die individualisierenden Tendenzen der modernen Welt, wird wieder wachsen. Es ist eine Lebensfrage der deutschen Demokratie, von wem und auf welche Weise dieses Bedürfnis befriedigt wird.

cher? Und *drittens* geht es um das »notwendige Maß« an Patriotismus, also um die *richtige Dosierung*, die man offensichtlich beeinflussen kann. Mir scheint das eine ziemlich instrumentelle Auffassung von Patriotismus zu sein, die wenig mit »Liebe« zu tun hat: Soll der »Patriotismus«, soll die »Liebe zum Vaterland« vielleicht doch *verordnet* werden, wie Lutz Hoffmann vor kurzem in einem Artikel in den BLÄTTERN FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK vermutet hat?

Die gegenwärtigen Debatten um den Patriotismus zeigen, daß die verschiedenen Denkströmungen des politischen Spektrums in Deutschland vor sehr ähnlichen Fragen stehen, die sie natürlich von verschiedenen Horizonten aus zu lösen versuchen. Diese Fragen sind übrigens nicht erst ausgelöst durch das Ende des Kalten Krieges, den Fall der Mauer und die Wiedervereinigung Deutschlands, obwohl diese Ereignisse eine überaus wichtige Rolle spielen. In Amerika hat schon zu Beginn der 80er Jahre mit Robert Bellah's Kritik an Ronald Reagans extrem marktwirtschaftlicher Ideologie eine Debatte eingesetzt, die die Fragwürdigkeit solcher Denkhaltungen anprangerten, wie sie drastisch in Margaret Thatchers Ausspruch »Ich kenne nur noch Menschen, keine Gesellschaft«, ausgedrückt worden sind. Mit der Kritik an solch einem hartherzigen Individualismus begann gleichzeitig die Suche nach neuen Rechtfertigungen für Gemeinschaft und Gesellschaft. In diesem Zusammenhang wurde die Forderung nach einer neuen Ethik gestellt, nach einem Rahmen, der soziales Handeln und positive soziale Werte des Kollektivs neu begründete. Amitai Etzioni hat das eine »neue Werte-Infrastruktur« genannt. Bürgerbeteiligung, praktische und überschaubare Politik, Gemeinschaftsleistungen und überhaupt neue Formen des politischen Engagements der Bürgerinnen und Bürger stehen bei dieser Debatte im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit.

Durch das Ende des Kalten Krieges sind diese Überlegungen noch wichtiger geworden, denn nun fehlen wichtige gemeinsame Orientierungspunkte. Seit einigen Jahren wird diese Debatte auch hierzulande geführt, bisher zwar noch eher im Verborgenen. Aber mit der Suche nach Orientierungen und neuen Begründungszusammenhängen politischen Handelns dürfte sie nun mehr in den Vordergrund rücken. Auch die fortschreitende europäische Einigung und das Inkrafttreten des Maastrichter Vertrags spielen eine wichtige Rolle bei den heiß diskutierten Gegenwartsfragen: Ist der europäische Nationalstaat westlicher Prägung am Ende oder erlebt er eine neue Blüte? Welches sind die

SIBYLLE QUACK

Brauchen wir Patriotismus?¹

Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, hat sich in letzter Zeit öfter zum Thema Patriotismus geäußert. Patriotismus hält er im vereinten Deutschland für wichtig und wünschenswert, worauf er bei jeder sich bietenden Gelegenheit hinweist. Patriotismus, schreibt Schäuble auch in seinem neuesten Buch, sei ganz und gar nichts Altmodisches. Im Gegenteil, »unser Vaterland« brauche viel mehr Patriotismus. Schäuble stellt eine wichtige Frage: »Wie aber erhält man dem Gemeinwesen unter den Bedingungen der modernen Demokratie, der modernen Gesellschaft das notwendige Maß an Bürgersinn, an staatsbürgerlichem Pflichtbewußtsein, an Patriotismus?« An der Art und Weise, wie Schäuble diese Frage formuliert, fallen drei Dinge auf: *Erstens* geht es ihm darum, dem *Staat* den Patriotismus zu erhalten. *Zweitens* spricht Schäuble von den Bedingungen der »modernen Demokratie« in einer Weise, die vermuten läßt, dies seien für patriotische Gefühle erschwerte Bedingungen. Wäre es unter obrigkeitstaatlichen Bedingungen vielleicht einfache

Gefühle und Haltungen der Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf das vereinte Europa? Gibt es neben der formalen »Unionsbürgerschaft« des Maastrichter Vertrags auch eine innere Zustimmung zur Europäischen Union, einem Nationalgefühl vergleichbar? Auch wenn der Nationalstaat an Substanz verliert, so werden doch noch entscheidende Politikbereiche auf nationalstaatlicher Ebene entschieden. Wir befinden uns offensichtlich in einer historisch überaus interessanten Zwischenphase, in der der westlich geprägte Nationalstaat nicht mehr, der supranationale europäische Bundesstaat aber noch nicht die Basis von Politik ist. Und in dieser Situation fragt sich natürlich, wie sich die Menschen dabei fühlen, worauf sie sich beziehen, womit sie sich identifizieren, woran sie sich orientieren.

»Was mir Patriotismus ist? Ein Gefühl, das zehn andere frißt«, heißt es bei Christian Morgenstern. In Deutschland verstehen viele darunter Nationalismus oder Nationalstolz, und reagieren daher auf den Begriff Patriotismus eher kritisch. Indessen antworteten bei einer repräsentativen Meinungsumfrage des IPOS-INSTITUTS, die im September 1993 durchgeführt wurde, auf die Frage: Sind Sie stolz Deutscher zu sein, immerhin 76 Prozent der Befragten in den neuen Bundesländern mit Ja, 23 Prozent mit Nein, gegenüber 66 Prozent der Westdeutschen, die mit Ja und 30 Prozent, die mit Nein antworteten. Andere assoziieren aber auch heimatliche Gefühle, die sie bewußt von dem Begriff des Staates oder von Politik überhaupt absetzen wollen. Sie erinnern sich an ihre Jugend und fühlen etwa so, wie es der Dichter Leonhard Frank 1917 in seiner Novelle »Der Mensch ist gut« beschrieben hat:

Das Vaterland ist eine Gasse, in der wir als Kinder am Abend gespielt haben, ist ein von der Petroleumlampe sanft beleuchtetes Tischrund, . . . ist Kaffee- und Kuchengeruch im durchwärmten Elternhause, durch Wiesen ein schmaler Pfad, der zur Stadt zurück- oder aus der Stadt hinausführt . . . Nicht der Staat ist das Vaterland für den Menschen, sondern die Erinnerung an freundliche Minuten der Kinderzeit, die Erinnerung an die von Hoffnung noch verschönten Blicke ins zukünftige Leben.

Der Soziologe Robert Michels hat in seiner Analyse des Patriotismus, die er im Jahre 1929 veröffentlichte, solche auf die Kindheit und die Geburtsstadt oder -Gegend bezogenen Heimatgefühle im weitesten Sinne als »Lokalpatriotismus« beschrieben, die im Italienischen übrigens *campanilismo*, Kirchtürmeli, heißen, und sie von dem, was Vaterlandsliebe sei, unterscheiden. »Heimatliebe ist mehr Teilgemeinschaft«,

schreibt Michels, sie geht »bis zur Zerbröckelung ins Parzellenhafte . . . aber sie ist, als am Ortsmerkmal orientiert, konkret umschrieben«.

Vaterlandsliebe umschreibt demgegenüber einen größeren Zusammenhang, das Ablösen vom Einzelnen, Partikularen, hin zum Allgemeinen. Montesquieu nannte die Vaterlandsliebe eine typisch republikanische Tugend, während die Ehre typisch für die Monarchie und die Furcht typisch für die Despotie war. Die Engländer bevorzugen statt Vaterland lieber das Wort *country*, und benutzen zwar auch das Wort *patriot*, aber *fatherland-lover* wäre undenkbar. Überhaupt bezeichnet hier das Wort Loyalität viel mehr die Art der Beziehung. Das in Deutschland zur selbstgefälligen Abgrenzung gern zitierte »right or wrong, my country« wird auch in den USA und in England durchaus kritisch gesehen. Ein berühmter deutscher Einwanderer in den Vereinigten Staaten, Carl Schurz, hat es einmal aufgegriffen und mit einem Zusatz versehen: »If right, to be kept right, if wrong, to be put right.«

Historisch spiegeln sich im Wandel des Begriffs Patriotismus wichtige und tiefgreifende Veränderungen in der Kultur sowie in sozialen und politischen Strukturen. Es ist ein politischer Begriff, aber seine Wurzeln reichen in die Zeit bevor es das Wort Politik gibt, das ja von Aristoteles geprägt wurde, nach Griechenland. *Patria* ist im Griechischen die väterliche Abstammung, die Familie, das Geschlecht. Patriotes bedeutet Landsleute, aber auch Mitbürger. Cicero spricht in seiner Schrift *De legibus*, die von der Verfassung der römischen Republik handelt, von zwei Vaterländern: »unam naturae, alteram civitatis« und macht deutlich, daß es das zweite ist, auf das es ankommt: Das Vaterland nämlich, das dich als Bürger aufgenommen hat, dem du als Bürger angehörst. Und diese Vorstellung wird dann, vor allem durch die Renaissance, die die antike Staatsauffassung in Europa wiederbelebt, eine wichtige Wurzel für die Bedeutung des Begriffs Vaterland und Vaterlandsliebe, la Patrie und l'amour de la Patrie, patriotisme. Patriotismus verbindet sich nämlich mit der Vorstellung von der römischen Republik, allgemeiner, mit einer republikanischen Staatsverfassung mit bürgerlichen Rechten, und so wird er auch in Frankreich zuerst aufgenommen. Schon im 17. Jahrhundert schreibt Jean de La Bruyere »Il n'y a pas de Patrie dans le despotisme«, es gibt kein Vaterland unter der Despotie.

Die Assoziation des Begriffes Vaterland mit der Republik, ist so stark, daß während des Siebenjährigen Kriegs, im Jahre 1761, ein deutscher Autor, Thomas Abbt, eine Schrift verfaßt,

deren Ziel es ist, Vaterlandsliebe in die zeitgenössische Welt des aufgeklärten Absolutismus zu übersetzen: Tenor der Schrift ist, Vaterlandsliebe sei nicht nur in der Republik, sondern auch in der Monarchie möglich. Der unter dem Einfluß der Aufklärung gemachte Versuch, den römisch geprägten Begriff des Patriotismus im Kampf um mehr bürgerliche Freiheitsrechte zu propagieren, trifft zunächst auf Hohn und Spott. Der junge Goethe zum Beispiel findet: »Römerpatriotismus!«, Davor bewahre uns Gott . . . ! und Wieland spottete im Jahre 1786, der Patriotismus flattere »seit geraumer Zeit wie die Taube Noah's herum« und führe, da er sich nirgendwo niederlassen könne, »im Reich der Träume auf und ab«.

Und dennoch wird der Patriotismus seit der Mitte des 18. Jahrhunderts eine Art »Kampfruf der deutschen Aufklärung im Ringen um Emanzipation«. Er ist in dieser Zeit ein Begriff, der das Bedürfnis der Bürger nach mehr Freiheiten als ihnen die ständisch strukturierte Gesellschaft geben kann, ausdrückt. Nur auf der Basis der Freiheit scheint Vaterlandsliebe zu jener Zeit möglich. Sie verbindet sich gleichzeitig mit einer kosmopolitischen Grundhaltung. Bis zur Französischen Revolution gibt es diesen

aufklärerischen Patriotismus in Europa lediglich als Idee; als die Revolution in Frankreich ihn zu einem ihrer tragenden Elemente macht, findet er auch praktisch-politische Umsetzung. Stendhal, der als Kind die Jakobinerherrschaft miterlebt, beschreibt auf eindringliche Weise die fast religiösen Vaterlands-Gefühle der Franzosen:

Der Leser stelle sich eindringlich vor Augen, daß wir im Jahre 1794 keine Religion hatten. Das ernste Gefühl unserer Herzen war ganz in dieser einen Idee versammelt, dem Vaterland zu dienen. Feste wurden gefeiert und zahlreiche ergreifende Zeremonien abgehalten, die dieses Gefühl nährten, das in unserem Herzen alles beherrschte. Es war unsere einzige Revolution.

Auch der Vorläufer der französischen, die amerikanische Revolution, kennt diese der Religion nahen Gefühle des Patriotismus. Sie haben sich, was den Ernst und die Hingabe an die amerikanische Verfassung und ihre Symbole betrifft, bis heute gehalten. Die Verfassung ist in den USA nicht nur ein allgemeiner Kodex politischer Normen und Regeln, sondern selbst ein »nationales Symbol und der Inbegriff des nationalen Willens zur Einheit, der sich über die Ein-

Montage



Foto: dpa/Kumm

zelstaaten setzt« (Theodor Schieder), aber auch ein Symbol, das die verschiedenen ethnischen Gruppen miteinander verbindet. Bei Demonstrationen oder Paraden einzelner ethnischer Gruppen wird neben der Flagge des Herkunftslandes immer die amerikanische Flagge vorweggetragen. Sie hängt übrigens auch in Kirchen und Synagogen. Dazu paßt die Geschichte eines kleinen vierjährigen Mädchens, Tochter eines Rabbiners, die an der Hand ihres Vaters am 4. Juli, dem Nationalfeiertag, einen Ausflug machte und in einem Vorgarten die amerikanische Flagge entdeckte: »Look Daddy, they must be Jewish, they have an American flag!«.

In Deutschland verlief die Geschichte des Patriotismus anders als in Amerika. Vor allem das sich wandelnde Verhältnis zu Frankreich spielt hier eine wichtige Rolle. In der Phase der Jakobiner-Herrschaft begannen sich viele Intellektuelle in Deutschland von den Idealen der Französischen Revolution abzuwenden. Diese Abkehr vollendete sich in der Zeit der napoleonischen Herrschaft in Deutschland. Die Distanzierung vom französischen Vorbild hatte zur Folge, daß sich die deutschen Patrioten von nun an stärker auf Deutschland, auf ihr eigenes Vaterland, konzentrierten. Zunächst noch kosmopolitisch, schlug das Bewußtsein vieler Intellektueller um, und der Einheitsgedanke trat in den Vordergrund. Die eigene Identität, die spezifische geschichtliche Mission Deutschlands wurde wichtig, aus seiner eigenen nationalen Identität heraus sollte das Vaterland wirken, und, wie es Hölderlin ausdrückte, »geistig und reif werden«.

Die nationale Komponente trat immer mehr in den Vordergrund. Die anfangs so fortschrittlichen Romantiker unterstützten den Kampf gegen das »universalistische, die Völker nivellierende napoleonische System« und wandten sich gleichzeitig reaktionären Ideen zu, die die Freiheitsformel zur Leerform verkommen ließen. Andere Kräfte, wie die Burschenschaften, verfolgten zunächst weiterhin ein freiheitlich-patriotisches Ideal, doch lassen sich in der übrigen Gesellschaft seit Anfang der 40er Jahre mehr und mehr aggressive Töne vernehmen. Immerhin aber wurde noch 1848 in dem von Rotteck und Welcker herausgegebenen Staatslexikon eine kosmopolitische Sicht des Patriotismus gegeben. Es heißt dort, die »höhere Vaterlandsliebe« beschränke sich nicht auf bloße Anhänglichkeit an das zufällige Geburts- und Heimathsland, welche auch mit Trägheit und Eigennutz verbunden sein kann, sondern giebt sich durch regen Eifer für das gemeine Wesen, für seine staatsgesellschaftlichen Einrichtungen, Interessen und Angelegenheiten zu erkennen.

nen. Sie kann sich darum sowohl auf das Vaterland der Wahl als das der Geburt beziehen... Vaterlandsliebe, Patriotismus in diesem edleren Sinne ist die innigste Gemeinschaft mit dem Lande und dem Volke, wo man das Bürgerrecht hat... Der Patriotismus, an und für sich nur eine Art erweiterter Selbstliebe oder doch die Liebe des engeren Communaliitätsverbandes, ... darf als solche nicht zum absoluten Principe der freien Handlungen der Menschen erhoben werden. Das Wohl des Vaterlandes, so schön auch der Ausdruck klingen mag, ist eine Sache, die Nichts weniger geeignet ist, eine sichere und bestimmte Regel an die Hand zu geben...

Das Scheitern der 48er Revolution bedeutete für die Entwicklung des Patriotismus, daß dieses bürgerlich-universalistische Denken mehr und mehr in den Hintergrund trat und daß dem Ziel der Einheit das Streben nach Freiheit geopfert wurde. Der Patriotismus, der sich daraus entwickelte, ging vom Primat der Nation aus, und er setzte einen gemeinsamen Willen, eine gemeinsame Haltung seiner Bürger voraus – sozusagen als naturgegeben. Der freie Wille, die Zustimmung der Bürger mußten nach diesem Verständnis nicht erst noch geschaffen werden. Nicht die Abstimmung, die Abstammung geriet damit in den Vordergrund.

Und so nahmen, nachdem die 48er Revolution gescheitert war, Intoleranz und Aggressivität gegen alles »Undeutsche«, Fremde zu. Heinrich Heine hatte diesen Geist schon früher beschrieben. Seine Worte aus der Denkschrift über Ludwig Börne klingen heute wieder aktuell. Er sprach von jenem »beschränkten Teutomanismus, der viel von Liebe und Glaube greinte, dessen Liebe aber nichts anderes war als Haß des Fremden, und dessen Glaube nur in der Unvernunft bestand; und der in seiner Unwissenheit nichts Besseres zu erfinden wußte, als Bücher zu verbrennen... Sonderbar! trotz ihrer Unwissenheit hatten die sogenannten Altdeutschen von der deutschen Gelahrtheit einen gewissen Pedantismus geerbt, der ebenso wiederauswärtig wie abstößend war. Mit welchem kleinseligen Silbenstechen und Auspünkteln diskutierten sie über die Kennzeichen deutscher Nationalität! Wo fängt der Germane an? Wo hört er auf?«.

Nachdem die preußische Kabinettspolitik, aber nicht das Volk, das Problem der Reichseinheit gelöst hatte, war der Patriotismus seiner revolutionären, an republikanischen Freiheits- und Bürgerrechten orientierten Inhalte beraubt. Von nun an war es Sache des Nationalstaates, patriotisches Bewußtsein zu propagieren, und der Patriotismus ging in Nationalis-

mus auf. In Deutschland wurde es Pflicht, das Vaterland zu lieben; in Frankreich und in Amerika hingegen liebten die Revolutionäre die Pflicht der Erringung und Verteidigung der Bürgerrechte und der Freiheit. Das war der entscheidende Unterschied, deshalb wirkte der deutsche Patriotismus samt seiner nationalstaatlichen Symbole, denen die Integrationskraft von Anfang an fehlte, da sie den preußischen Herrschaftswillen ausdrückten und von oben verordnet wurden, so aufgesetzt. Es waren gerade die Gegner von Republik und Demokratie, die das vaterländische Pathos in Anspruch genommen haben.

Dolf Sternberger hat darauf aufmerksam gemacht, daß es sich um eine merkwürdige Verpflanzung von Gefühlen ohne die Einrichtungen, von Patriotismus ohne republikanische Institutionen vom Westen nach Deutschland handelte. Und als endlich die Republik in Weimar gegründet wurde, »waren die patriotischen Gefühle vergeben und schlechterdings nicht zurückzugewinnen«. In der Weimarer Republik war der Begriff Vaterland von rechts besetzt; alle Wortbildungen, die damit zusammenhingen, waren antirepublikanisch und benannten Gruppierungen oder Vereine, die gegen die Republik und feudalistisch oder monarchistisch orientiert waren. Zum Beispiel die DEUTSCHE VATERLANDSPARTEI, der Wolfgang Kapp angehörte, oder jene »vaterländischen Verbände«, die mit ihren Fememorden Vorläufer der nationalsozialistischen Bewegung waren.

Was blieb bei der Besetzung der Begriffe Patriotismus und Vaterlandsliebe für Sozialisten und Sozialdemokraten, die als »vaterlandslose Gesellen« verfolgt worden waren, an patriotischen Gefühlen übrig? Viele von ihnen betonten, vielleicht gerade weil sie so beschimpft wurden, ihre Vaterlandsliebe auf die verschiedenste Weise – zum Beispiel im Hervorheben von Deutschlands Kulturmission; man denke nur an Joseph Dietzgen, wenn er ausführt, nur den Deutschen, dem Volk der Denker, sei es vorbehalten, »dem Sozialismus wirklich auf den Grund zu gehen . . .«. Und es gibt bekanntlich viele Beispiele in der Geschichte der Internationale und der deutschen Sozialdemokratie, die ein deutsches Sendungsbewußtsein ausdrücken. Im Ersten Weltkrieg hat man bei vielen Sozialdemokraten das vaterländische Pathos gehört, viele sind »für das Vaterland« gefallen.

Übrigens hat sich einiges davon in die DDR-Zeiten gerettet. Dort hatte man ein sehr viel ungebrocheneres Verhältnis zum Patriotismus als in Westdeutschland. Denn es ging ja um den »guten Patriotismus«, der internationalistisch war, am Fortschritt orientiert und gegen Aus-

beutung und Unterdrückung. Vor diesem Hintergrund durfte man unbesorgt von der Liebe zum Heimatland, zum Vaterland sprechen. Man versprach, die Leistungen anderer Völker zu achten, so heißt es jedenfalls im DDR-Meyer aus dem Jahre 1974; dort wird auch ausgeführt, daß der Patriotismus »unvereinbar mit nationaler Überheblichkeit und Nationalismus« sei. Die Arbeiterklasse habe, so heißt es sendungsbewußt, überhaupt die »höchste Form des Patriotismus herausgebildet«: den »sozialistischen Patriotismus« nämlich. »Patriotische Erziehung« war in der DDR eine wichtige Sache, sie bestand darin, »die Bereitschaft zu entwickeln, für die Errungenschaften des Sozialismus zu kämpfen und die sozialistische Heimat zu schützen und zu verteidigen.«

In der Bundesrepublik waren die Begriffe Vaterland und Patriotismus lange Zeit verpönt. Noch 1987 meinte Elisabeth Noelle-Neumann aufgrund ihrer Umfragen, man könne den Begriff Patriotismus im Deutschen eigentlich aufgeben. Vielleicht waren das aber doch Cassandra-Rufe, wie Habermas meinte, die die Sinnstifter und Geschichtsrevisionisten anspornen sollten. Der Begriff des Verfassungspatriotismus, den vor allem Dolf Sternberger geprägt hat – das erste Mal wohl beim 30. Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes –, reichte offensichtlich nicht aus. Indes wurde er von vielen aufgegriffen; Richard v. Weizsäcker verwendete ihn ebenso wie Jürgen Habermans. Kritiker fanden den Begriff zu intellektuell, zu gereinigt von dem emotionalen Pathos und von dem, was dem Patriotismus sonst noch anhing: Statt Liebe wurde nur von Loyalität, Anhänglichkeit, höchstens noch von Zuneigung gesprochen. Andern klang er noch zu sehr nach Vaterland und sie wollten statt dessen einfach Demokratie sagen. Auch wurde vermutet, daß es überholt sei, mit Begriffen wie Patriotismus oder auch Verfassungspatriotismus an die aufklärerische Bedeutung des Wortes anzuknüpfen. Möglicherweise hatte der Patriotismus seine Berechtigung nur als Brückenschlag »im Übergang von der vormodernen sozialen Formation zur modernen Gesellschaft« (Behrmann/Schiele) und sollte jetzt nicht wieder aufgewärmt werden.

Mir scheint, die Grenzen zwischen Patriotismus und Nationalismus sind verwischt. Der Patriotismus hat sich in Deutschland, schon früh seines freiheitlichen Gehalts beraubt, in Nationalismus aufgelöst. Wir wären unhistorische Wesen, wollten wir diese Metamorphose vergessen und so tun, als könnten wir einen Begriff mit Leben erfüllen, dessen positive Bedeutung sich aus der Geschichte bereits verab-

schiedet hatte; der sich von einem Freiheitsideal in einen freiheitsfeindlichen Wert verwandelte. An was wollen wir anknüpfen? An den Patriotismus der Weimarer Republik etwa oder an den des Ersten Weltkriegs? Nein, wir können und wir sollten nicht so tun, als könnten wir uns eines aufgeklärten, »guten« Patriotismus bedienen. Das Spannungsverhältnis zwischen Patriotismus und Nationalismus mag sich in den USA immer wieder erneut als Aufgabe stellen, für uns ist das irrelevant; wir haben dieses Spannungsverhältnis in Wirklichkeit nicht mehr, die Sache wurde bereits durch unsere Geschichte entschieden.

Daß der Patriotismus in Amerika und in anderen Ländern überlebt hat, heißt nicht, daß auch wir ihn gebrauchen können. Selbst wenn die Begegnung mit dem »gesunden« Patriotismus dort, wie er hier gerne genannt wird, nostalgische Gefühle bei vielen hervorrufen mag, selbst wenn wir uns noch so sehnen nach einer heilen, normalen Geschichte: Wir haben sie nicht, und das ist die Wahrheit, ihr müssen wir uns stellen.

Aber sollen wir Menschen wie Willy Brandt oder den Frauen und Männern des 20. Juli, den Geschwistern Scholl, Ossietzky und anderen abstreiten, daß sie Patrioten waren? Keineswegs. Wir müssen nur wissen, wenn wir sie so nennen, daß Patriotismus eigentlich schon lange kein positiv besetzter Begriff in Deutschland mehr ist. Und mit dem trotzigen Beharren auf diesem Begriff verhält es sich wie mit dem Hochhalten einer Kerze in schwarzer Nacht, mit der man doch nur sich selber heimleuchten will. Einer für oder gegen alle, für oder gegen das ganze »Vaterland«, im Namen der Liebe, bereit zu sterben: Das eignet sich nicht zur gemeinsamen Orientierung oder Identitätssuche, beschreibt noch nicht einmal das, worum es geht. Aus einer verzweifelten, isolierten Lage heraus haben Menschen, die wir heute Patrioten nennen, versucht, die in Deutschland mit Füßen getretenen Bürgerrechte unter dem Einsatz ihres Lebens zu retten und zu bewahren. Sie haben für Demokratie gekämpft, für Frieden, für Toleranz, für Pluralität. Sie haben Zivilcourage und Mut gezeigt, nicht Duckmäuserum gegenüber einem Staat. Sie haben nicht auf die höhere Instanz gewartet, sie haben gehandelt.

Erinnern wir uns, was das Welckersche Staatslexikon im Jahre 1848 uns – sozusagen schon im Angesicht seines Untergangs – über den Patriotismus zuruft:

Der Patriotismus darf als solcher nicht zum absoluten Principe der freien Handlungen der Menschen erhoben werden. Das Wohl des Va-

terlandes, so schön auch der Ausdruck klingen mag, ist eine Sache, die nichts weniger geeignet ist, eine sichere und bestimmte Regel an die Hand zu geben . . . Der Patriotismus muß, um nicht in Verkehrtheit und Verwirrung zu geraten, stets den Gesetzen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit untergeordnet sein und bleiben . . .

Hüten wir uns also vor den Verkehrtheiten und Verwirrungen, die schon bald den Patriotismus der 48er in seine Klauen nahmen. Wenden wir uns lieber den Gesetzen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit zu. Republikanische Tugenden brauchen wir. In der Nachbarschaft, in der Stadt, in der Schule, in den Parteien, in Bürgerinitiativen, in Organisationen und Gemeinschaften, national und international. *Den Patriotismus brauchen wir nicht.*

1 Der Artikel ist eine gekürzte Fassung der am 10. Februar 1994 an der Universität Hannover gehaltenen Antrittsvorlesung der Autorin.

TILMAN KRAUSE

Friedrich Sieburgs Widerruf und Neubeginn

Wer war Friedrich Sieburg? Inzwischen ist es wieder leichter, die Frage zu beantworten. Sein vielbeachteter 100. Geburtstag im vergangenen Jahr sowie Neuauflagen seines frankreichkundlichen Klassikers »Gott in Frankreich?« bei uns und jenseits des Rheins haben den bekanntesten deutschen Journalisten der Zwischenkriegszeit, den glanzvollsten Literaturkritiker der 50er Jahre der Vergessenheit entrissen. Doch Unklarheit herrscht hinsichtlich der Frage: Was war Friedrich Sieburg? Ein Autor, der in der Weimarer Republik, im Dritten Reich und sogar noch in der jungen Bundesrepublik publizistisch maßgeblich mischte, muß der nicht ein windelweicher Opportunist gewesen sein? Anpassungsfähigkeit ist hierzulande ein Charakterfehler. So wird denn auch Sieburg von den Oberlehrern im deutschen Feuilleton und an deutschen Universitäten mit einer moralischen Rigidität, die ebenso weltfremd wie angemaßt wirkt, nach

wie vor gerichtet statt gesichtet. Erst jüngst wieder in dieser Zeitschrift.

Daß Sieburg 1933 nicht ins Exil ging, sondern sich zu arrangieren versuchte, gilt als »eklatantes Versagen«. Aber daß derselbe *Überläufer* 1935 in seiner Studie über Robespierre eine der mutigsten Auseinandersetzungen mit dem Nationalsozialismus vorlegte, die überhaupt unter Hitler erschienen ist, wird unterschlagen. Für den Nachkriegs-Sieburg schließlich fehlt das Verständnis vollständig. Wer über Sieburgs demokratische Umerziehungsarbeit, seinen Beitrag zur intellektuellen Westbindung, seine Polemik gegen die geistigen Traditionsbstände des deutschen Sonderbewußtseins nach 1945 schreibt: »Die Vergangenheit auszublenden war die Lösung«, hat ihn entweder nicht gelesen oder kann nicht lesen.

Sieburg, der sich in der großen Krise um 1930 immer stärker nach rechts orientiert und in seinem Pamphlet *Es werde Deutschland* Ende 1932 für eine Militärdiktatur unter General von Schleicher stark gemacht hatte, entwickelte sich – das ist wahr – erst in den 30er Jahren zum Demokraten. Als er sah, welch barbarische Form die von ihm erstrebte »nationale Neugeburt« annahm, wurde er endlich hellhörig. Frei schreiben konnte er nicht, aber im historischen Gewand und in anspielungsreichen Formulierungen ging er immer stärker mit den vordem von ihm gepriesenen »deutschen Werten« ins Gericht: Gleichermaßen Norbert Elias, Nicolaus Sombart und Klaus Theweleit vorwegnehmend, setzte er sich mit dem deutschen »Krieger-Ethos« auseinander, verwarf heroische und asketische Ideale und entwickelte sich zu einem Fürsprecher von Humanismus und Hedonismus, die er, gefangen in einem »wissenschaftlichen« Verständnis von Nationalcharakteren, als typisch französisch empfand und dem deutschen Hang zum Absoluten entgegenhielt.

Befreit von deutscher Affinität zum Übermenschlichen, das dem Unmenschlichen so ähnlich geworden war, beschrieb er nach dem Ende der Naziherrschaft sein französisches Bildungserlebnis als Erlösung von deutschen Prägungen: »Als Sohn eines Volkes, das sich auf fast alles versteht, aber leider am wenigsten auf den Menschen, lernte ich beim Nachbarn (Frankreich) die Bedeutung des Sittlichen [...]. Die hohe Kunst, als Mensch unter Menschen zu leben, um die das Denken der Moralisten kreist, ist einem ungeneigten Sinn gewiß nicht vollständig erlernbar. Aber die bloße Ahnung von dem absolut zentralen Wert dieser moralistischen Lebensbetrachtung kann den Deutschen mit Licht überschwemmen und ihn

lehren, daß kein Gedanke, keine Einrichtung, keine Kunst wirklich beglückend ist, wenn sie sich nicht nach dem Menschen richtet.« So steht es, nicht ohne pathetisches Tremolo, in der Vorede zur Wiederauflage von *Gott in Frankreich?* (1954).

Humanismus; Geselligkeit statt tragischer Vereinzelung; die sittliche Aufgabe der Kunst, speziell der Literatur, das menschliche Zusammenleben zu fördern, schließlich die Lehren der Moralisten, die den Menschen als Produkt seiner Zeit und deren Sitten sehen – das sind Lektionen, die Sieburg in Frankreich gelernt hatte und nach 1945 weiterzuverbreiten nicht müde wurde. Zum ersten Mal finden sich ihre Spuren 1950, in *Unsere schönsten Jahre. Ein Leben mit Paris*. Dieses Buch bietet eine Sammlung von Stimmungsbildern, ist weniger politisch als *Gott in Frankreich?* von 1929, auch persönlicher. Das hat seinen Grund. Sieburg will zum einen dem Nachkriegsleser Lebensgefühl und geistige Atmosphäre einer untergegangenen Welt, des Paris der 30er Jahre, vermitteln. Andererseits muß man den Text der »Rechtfertigungsliteratur« nach 1945 zuordnen. Sieburg schildert nämlich seine innere Distanz zum Nationalsozialismus – und zwar in erster Linie als Abwendung vom Soldatischen. Hervorstechendes Kennzeichen des »soldatischen Mannes«, den auch Sieburg, der passionierte Fliegeroffizier im Ersten Weltkrieg, verkörpert, ist Klaus Theweleit zufolge »der Kampf gegen alles, was Lust, was Genuß ist«. Genau sie – Lust und Genuß – rücken hier ins Zentrum seiner Selbstdarstellung.

Sieburg präsentiert sich als »Liebhaber schöner Nichtigkeiten«, lebenshungrigen Genussmensch und gefällsüchtigen Narziß. Mit seinem Bedürfnis nach Wohlleben bezeichnet er einen unverfügbareren Bereich, durch den er sich dem Zugriff des Nationalsozialismus zu entziehen versucht. Hedonismus wird als indirekte Opposition zu dem von Hitler propagierten Herren- und Tätmenschen dargestellt, Eitelkeit als Wert propagiert, weil »Brutalität in ihrem Weltbild keinen Platz hat«, denn: »Wer zu gefallen sucht [...], will nicht zerstören«.

Auch das faschistische Männlichkeitsideal vom antifemininen Mann wird über Bord geworfen. Sieburg kokettiert mit »unmännlichen Regungen« wie Schwärmerei für Frauenkleider und gefühlvolle Männerfreundschaften. Besonders der Flieger-Dichter St. Exupéry hat es ihm angetan: »Während er neben mir ging. [...] verzehrte mich der Drang, die Schranken meines Wesens zu übersteigen und ihn für immer in meinem Leben zu haben«. Geheiratet hat er ihn dann doch nicht. Auch »Damenschneider«

ist er nicht geworden, wie seine Freunde ihm raten, die sich angesichts seines *Coming out* Gedanken über seinen weiteren Lebensweg machen. Sein Sich-Absetzen von der »stahlhart« virilen Aggressivität, die im ns-Deutschland propagiert wurde, stellt Sieburg als Ergebnis seiner Pariser Sozialisation hin.

So erscheint Paris als letztes Reservat einer »Zärtlichkeit als Weltanschauung«, die das Land – und auch ihn selbst, der dort diese Zeit verbrachte – in den 30er Jahren gegenüber dem Nationalsozialismus bzw. Faschismus immunisierte. Paris wird zum Hort der Humanität sowie – *last but not least* – zum Korrektiv für deutsche Defizite, denn eine entscheidende Voraussetzung für den Erfolg des ns-Regimes in Deutschland erblickt Sieburg im anti-femininen Virilitätsbegriff des deutschen Mannes seiner Generation, in seiner Gefühlspanzerung, in der Abwehr von Weichheit und Zärtlichkeitsbedürfnissen. Das war keine ambitionierte »Faschismus-Theorie«. Das war vielmehr lebensweltlich und aus der unmittelbaren Erfahrung heraus argumentiert, wie man es von einem Journalisten erwarten darf.

Im übrigen stellt dieses Erklärungsmuster eine Fortführung des *Robespierre* von 1935 dar. Dort hatte Sieburg Theweilets These von der Umleitung des Liebeswunsches in Tötungslust als Kennzeichen des soldatischen und faschistischen Mannes in seiner Weise vorformuliert. Am Beispiel des französischen Diktators redet er von Hitler und zeichnet messianisches Politikverständnis, das notwendigerweise in Gewalt und Terror mündet, als Kehrseite von Lustangst, Genußfeindschaft und Liebesunfähigkeit, die sich im Prozeß der Individuation herausbilden. Dieses Syndrom unterdrückter Triebregungen versieht Sieburg mit dem Vorzeichen des »Unfranzösischen«, will sagen »Deutschen«, dem er »das Französische« des Realpolitikers und Erotikers Danton gegenüberstellt. Sieburg ist damit in Deutschland einer der ersten, der Faschismus als etwas begreift, das »in einem langwierigen Prozeß aus der Geschichte von Körpern« hervorgeht, wie der Germanist Wolfgang Emmerich dies anhand der Darstellung des »gewöhnlichen Faschismus« in literarischen Texten der 70er und 80er Jahre formuliert.

Am aufschlußreichsten für Sieburgs Demokratisierungs-Programm ist seine literarische Publizistik, nach dem Krieg sein hauptsächliches schreiberisches Betätigungsfeld. Schon bald stellte sich allerdings heraus, daß Literatur von Politik nicht zu trennen war und auch nicht von seinem Lebensprojekt, das ihn seit 1930 beschäftigte und das trotz oder gerade wegen der

deutschen Hypertrophien von 1933 ff. unerledigt geblieben war: der Suche nach nationaler Identität. »Was uns zu tun auferlegt ist, geht weit über die Literatur hinaus«, postuliert er denn auch 1951, »denn es gilt, zunächst einmal den Begriff eines deutschen Vaterlandes wiederzugewinnen« – nicht im Sinne eines übersteigerten Nationalismus, sondern eines natürlichen Nationalgefühls, wie es Sieburg in Frankreich und England kennengelernt hatte.

Dabei setzt er, wie viele damals, die das politische Deutschland für diskreditiert hielten, auf die Kultur: »Denn was uns zusammenhält, sind nicht die politischen Einrichtungen mit ihrer Gebrechlichkeit, sind nicht die Grenzen mit ihrer gewaltsamen Zufälligkeit, ist nicht einmal das Gefühl der gemeinsamen Art, sondern einzig und allein die geistige Ausstrahlung, deren das Deutsche von Zeit zu Zeit fähig ist.« Von Zeit zu Zeit wahlgemerk, und keineswegs in allen seinen Erscheinungsformen! Sieburgs Projekt nationaler Identitätsstiftung durch Literatur unterscheidet klar zwischen brauchbar und unbrauchbar. Für nicht demokratiefähig hält er, was mit deutscher »Innerlichkeit und Unweltlichkeit« zusammenhängt, wie sein erklärtes Vorbild Thomas Mann in seiner berühmten Rede über *Deutschland und die Deutschen* das nannte.

Wenn es um demokratische Kulturkonzepte gehen sollte, mußte man sich in Sieburgs Augen am Westen und seiner rationalen Gesellschaftskultur, am besten eben an Frankreich orientieren. Die gesellschaftliche Einbindung von Literatur dort hatte er bereits in *Gott in Frankreich?* hervorgehoben. Dem stehe die politische Selbstabkapselung der deutschen Innerlichkeit entgegen, jenes anti-gesellschaftlichen Sonderbewußtsein mit seiner Überzeugung von der Höherwertigkeit des zeitlos Entwickelten. Dies gelte es zu überwinden. Literatur dürfe »nicht aus dem Gesamtbereich des öffentlichen Lebens herausgelöst« werden, »Bücher sollen zunächst einmal Gegenstände des geistigen Gebrauchs sein und keine Offenbarungsquellen.«

»Gebrauchsliteratur« wird nun eines der Schlüsselworte in Sieburgs Arbeiten zur Literatur. In diesen Kontext gehört auch sein »Lob der Mittelmäßigkeit«. Diese Vorliebe für das handwerklich solide gearbeitete Mittelmäßige, das von geistigen Höhenflügen und Bildungsfeindlichkeit gleichermaßen weit entfernt ist, erklärt auch bis zu einem gewissen Grad seinen ästhetischen Konservatismus, der ihm oft vorgehalten wurde, also seine Ablehnung experimenteller Formen, sein Festhalten am Narrativen und am auktorialen Erzähler: Was Sieburg

vorschwebte, war eine gesellschaftsbezogene Literatur, die die Probleme der Gegenwart, ihre Debatten, ihr Lebensgefühl, ihre sozialen Wandlungsprozesse artikulierte und somit dem Leser einen Spiegel vorhält, dem er entnehmen kann, wer und was er, ins Kollektive erweitert, sei. Es geht um Literatur als Medium gesellschaftlicher und nationaler Selbstverständigung. Ihr Ziel: »das Zusammenleben mit den anderen Menschen« erleichtern, wie Sieburg seine Lektion der Pariser Lehrjahre formuliert hatte, und so einen Beitrag zur »Gesittung« liefern.

Im Unterschied zu dem, was Hans Mayer einmal die »soziale Indifferenz« der deutschen Literaturkritik genannt hat, interessierte sich Sieburg vor allem für Texte, die Zeitgeschichte verarbeiten; ein Interesse übrigens, das er bei seinen Kollegen im bürgerlichen Lager vermißte, wie er einmal anlässlich der literaturkritischen Arbeiten von Karl August Horst bekennt und wie sich zeigen läßt, wenn man etwa Hans Egon Holthusens Aufsatzband *Ja und nein. Neue kritische Versuche* von 1954 mit Sieburgs *Nur für Leser. Jahre und Bücher* aus dem darauffolgenden Jahr vergleicht, wozu hier allerdings nicht der Ort ist.

Der geistesgeschichtliche Hintergrund, vor dem Sieburg Literatur und Literaturkritik als Teil des Politischen begriff, ist die französische Moralistik. In ihr erblickt er das Hauptmerkmal der Literatur Frankreichs. Dabei löste er den Epochengriff »Moralistik« aus dem Zusammenhang des 17. und 18. Jahrhunderts und rückte ihn in den Kontext eines skeptisch-humanistischen Weltbildes, das in seinen Augen von Montaigne bis Gide reicht. Kennzeichnend für dieses Weltbild sei das Interesse am Menschen als Gesellschaftswesen – im Gegensatz zum deutschen Interesse am Menschen als einem Verkünder von Weltanschauungen und metaphysischen Sehnsüchten.

Am einprägsamsten sah Sieburg diese Tradition in André Gide verkörpert, für ihn die Kardinalfigur der französischen Literatur des 20. Jahrhunderts, an Bedeutung allenfalls vergleichbar mit Thomas Mann. Undogmatisch, wie er war, habe Gide die Qualität des »täglichen Zusammenlebens« zum wichtigsten Kriterium für die Beurteilung einer Gesellschaft gemacht. Daher erkalten seine Sympathien für den Kommunismus, sobald er die soziale Wirklichkeit in der Sowjetunion 1936 mit eigenen Augen sah. Durch seine schonungslose Selbstbefragung sowie seine zum Programm erhobene Emanzipation von Autoritäten wiederum habe sich Gide als Skeptiker und Pessimist zu erkennen gegeben. Aber er war ja nie

Nihilist. Sein geistiger Ort befand sich jenseits von Heilsgeißel auf der einen und Verzweiflung auf der anderen Seite.

Dies beeindruckte Sieburg besonders. Der Mensch als Zentrum und Widerstand gegen Resignation und Absonderung – sei es aus Hochmut oder aus Verzweiflung –: das waren die Lösungen der Moralistik, die er weitergab. Statt »Lust am Untergang« Lust am Leben. Und Lust an der Einmischung! Im überschaubaren Bereich des »Nachbarlichen« (ein weiterer Schlüsselbegriff seines Denkens) nach Verbesserungen streben: das erwartete er von Literatur. Doch das ist den deutschen Intellektuellen zu simpel, wie schon Sieburg wußte, der ihnen entgegenhielt, wer Demokratie lernen wolle, müsse kleine Brötchen backen.

Sieburg war für engagierte Literatur, ein Wort, das er nicht verwendete, denn er meinte es anders als Sartre. Und er war für den Roman, er, der ehemalige Hölderlin-Verehrer, der jetzt über »Zolas großen Augenblick« räsonierte. »Jeder echte Romancier [...] ist gesellschaftskritisch tätig«, bemerkte er im Hinblick auf den immer wieder herangezogenen Heinrich Mann. Deshalb sei der Roman auch die »zivilisiertesten aller Gattungen«. Allerdings nur der realistische Roman, dessen Glaube an das Subjekt noch nicht erschüttert ist, denn nur die Überzeugung von der Autonomie des Menschen könnte eine Veränderung der Verhältnisse bewirken. Hier sind Einflüsse eines pragmatischen, handlungsorientierten Kulturbegriffs von amerikanischen Autoren wie William James und John Dewey unverkennbar. Es wäre lohnend, auch einmal die amerikanische Prägung des Nachkriegs-Sieburg zu untersuchen. Sie ist zwar weit weniger explizit als seine Orientierung an Frankreich, gleichwohl aber unübersehbar vorhanden.

Diese Frankreichorientierung führte auch dazu, daß Sieburg nach 1945 den »Zivilisationsliteraten« als Leitbild propagiert. Diesem Typus gilt seine besondere Aufmerksamkeit als Rezensent, wie seine für die Zeit des Kalten Krieges erstaunlich häufigen Hinweise auf Heinrich Mann belegen, aber auch seine Besprechungen westlich geprägter Autoren, die zumeist nach 1933 ins Exil gegangen waren wie Bernhard von Brentano, Otto Flake, René Schickele, Hermann Kesten, Wilhelm Herzog, Alfred und Robert Neumann, Klaus Mann und Emil Ludwig – sowie natürlich sein damals keineswegs selbstverständliches Eintreten für den Meister aller Meister, Thomas Mann, den deutschen Autor des 20. Jahrhunderts, mit dem er sich am intensivsten auseinandersetzte.

Schaut man sich die Selektion dessen an,

was Sieburg seinen Lesern an französischen Büchern und Autoren vorstellt, muß man allerdings feststellen, daß ganze Bereiche fehlen: Dadaismus, Surrealismus, Nouveau Roman – kurz, die gesamte literarische Avantgarde des 20. Jahrhunderts. Sodann alles Irrationale, Nationale, Spekulative, also das, was mit dem Topos von der klassisch-cartesianischen Kultur Frankreichs nicht vereinbar ist. Statt dessen – um im 20. Jahrhundert zu bleiben – beschäftigte er sich mit Malraux, Mauriac und Maurois, aber auch – sehr kritisch – mit Claudel, dann mit Autoren seines persönlichen Umgangs wie Cocteau, Maurice Sachs und Misia Sert, sowie, immer wieder, Gide. Sartre und Simone de Beauvoir werden, ähnlich wie Francoise Sagan oder Christiane Rochfort, nur als Exponenten geistiger Moden wahrgenommen. Das Theater bleibt vollständig unberücksichtigt, ebenso die Essayistik. Von den Lyrikern inspiriert ihn einzig St. John Perse zu einer allerdings ungewöhnlich differenzierten Analyse.

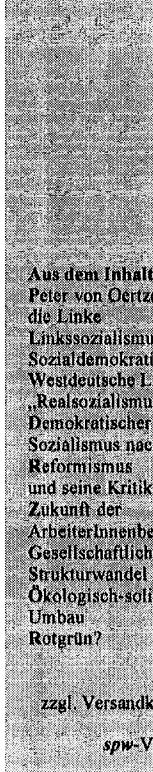
Sieburg hat zu dieser Einseitigkeit nur ein einziges Mal und sehr indirekt Stellung genommen. In einem Essay über Ernst Jünger weist er dessen Vorliebe für den katholischen Schriftsteller Léon Bloy sowie für den erklärten Freund »männlicher Tugenden«, Henry de Montherlant, zurück, übrigens mit ähnlichen Argumenten, mit denen er auch Ernst von Salomons *Fragebogen* zu Leibe rückt: dergleichen sei zwar originell und interessant, tauge aber nicht für ein Volk, das ohnehin zu gern seiner Neigung nachgebe, sich über Abgründe zu beugen. Mit anderen Worten: Sieburgs Vermittlung französischer Kultur nach 1945 leidet an einer Reduzierung auf das, was ihm *ad usum delphini* geeignet scheint.

Damit leistete er nicht zuletzt der Legendenbildung Vorschub. »Der Westen« oder die »Westbindung« sind nicht zuletzt deshalb so unfruchtbare Schlagworte geworden, weil jahrzehntelang ein einseitiges Bild von ihnen entworfen wurde – auch von deutscher Seite. Eine andere Frage ist, ob nicht in den 50er Jahren eben dies erforderlich war. Um die Deutschen zu zuverlässigen Anhängern des Wertekanons der westlichen Welt zu machen, bedurfte es möglicherweise solcher – für uns heute angemaßt wirkender – *praeceptores Germaniae*, die aus Sorge um das politische Bewußtsein und die politische Kultur behutsam vorsortierten, was sie ihren Landsleuten vorzusetzen gedachten.

In seinem Bemühen um intellektuelle Westbindung hat Sieburg als einer der wesentlichen Meinungsführer vor allem für das bildungsbürgerliche Publikum wichtige Arbeit geleistet. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß der

Elan, mit dem er sich auf dieses neue Feld warf, seine Dynamik nicht zuletzt aus einem uneingesetzten Wiedergutmachungsbemühen bezog. Doch aus eigenen Fehlern zu lernen und andere an diesem Lernprozeß teilhaben zu lassen, zumal wenn diese anderen zum großen Teil dieselben Fehler begangen haben wie man selbst, scheint mir keine schlechte Voraussetzung für publizistisches Wirken zu sein.

Also noch einmal: Was war Friedrich Sieburg? Ein Anti-Demokrat, den die Erfahrung des Nationalsozialismus zum Demokraten läuterte. Ein Priesterseminarist aus dem Orden der Stefan-George-Anhänger, der zum Weltkind Chateaubriand überlief. Ein Deutschnationaler, der seinem Wunsch nach Hingabe an französisches *savoir vivre* und *savoir penser* soweit nachgab, daß er darüber fast selbst zum Franzosen wurde. Ein Kritiker deutscher Dunkelheiten, der wußte, wovon er sprach, weil er sie selbst in sich spürte. Und allemal – um es mit Conrad Ferdinand Meyer zu sagen – »kein ausgeklügelt Buch«, sondern »ein Mensch in seinem Widerspruch«. Eben dies macht ihn für eindimensionale Existenz so inkommensurabel.



**Zwischen
Rätesozialismus
und Reformprojekt**

Lesebuch zum 70. Geburtstag von
Peter von Oertzen

herausgegeben von:
Karin Benz-Overhage,
Wolfgang Jüttner und Horst Peter

Aus dem Inhalt:
Peter von Oertzen und die Linke
Linkssozialismus und Sozialdemokratie
Westdeutsche Linke und Realsozialismus
Demokratischer Sozialismus nach '89
Reformismus und seine Kritiker
Zukunft der Arbeiterinnenbewegung
Gesellschaftlicher Strukturwandel
Ökologisch-solidarischer Umbau
Rotgrün?

Mit Beiträgen von:
Ernest Mandel,
Jakob Moneta,
Jürgen Seifert,
Wolfgang Jüttner,
Arno Brandt, Oskar Negt,
Wolfgang Thierse,
Uwe Kremer,
Frieder Otto Wolf,
Joachim Raschke,
Michael Vester,
Ludger Volmer,
Heidemarie Wieczorek-Zeul,
Thomas Westphal,
Edelgard Bulmann,
Hermann Scheer,
Elmar Altwater,
Horst Peter

Preis: DM 25,-
zzgl. Versandkostenanteil DM 3,- (möglichst V-Scheck!)
Bestellungen an:
spw-Verlag, Schanzenstraße 31, D - 51063 Köln

Kritik

OLIVER LEPSIUS

Katholische Intellektuelle in der Weimarer Republik

Die Geistesgeschichte der Weimarer Republik ist wohl schon deswegen außergewöhnlich, weil sie nicht ohne Einbeziehung der vorangegangenen und auch nicht ohne Berücksichtigung der nachfolgenden Epoche behandelt werden kann. Die Untersuchung über katholische Intellektuelle in der Weimarer Republik von *Ulrich Bröckling* hat es sehr gut vermocht, sich dieser Herausforderung zu stellen. Unter Rückgriff auf zahlreiche wörtliche Passagen von *Walter Dirks*, *Romano Guardini*, *Carl Schmitt*, *Ernst Michel* und *Heinrich Mertens* stellt Bröckling Grundelemente katholischer Gesellschaftsreflexion dar und zeigt dabei, welch breites politisches Spektrum unter katholischen Intellektuellen in der Weimarer Republik bestand. Gleichzeitig jedoch haben alle von ihm Untersuchten ihre Ansichten an einen, wenn auch inhaltlich und formell unterschiedlichen, existentiellen Kern rückgebunden. Ein Verdienst des Buches liegt daher in der Aufzeigung der inhaltlichen und religiösen Vielfalt, die jedoch in bestimmten Ordnungsvorstellungen und Denkgesetzen ein diese Offenheit überwölbendes gemeinsames Dach hatte.

Die ersten beiden Kapitel sowie das Schlusskapitel geben einen guten Überblick der spezifischen Probleme katholischer Intellektueller. Trotz aller thematischer Vielfalt bleiben sie, so Bröckling, immer der unbedingten Wahrheit göttlicher Offenbarung verbunden. Bröckling arbeitet jeweils drei Dinge heraus: Was sind die politischen, gesellschaftlichen, religiösen Ansichten und Reformvorstellungen? Was nimmt die Stellung des existentiellen Kerns ein? Und wie lassen sich Aporie und Ansicht in Einklang bringen? Es gebe immer eine Tendenz gegen den alles Absolute zersetzenden Relativismus und für etwas Absolutes. Nachdem die Totalität des Glaubens jedoch verloren gegangen war, seien nur noch Bruchstücke totalisiert worden. Daher könne jede Richtung der jeweils anderen Verrat am Eigentlichen, am Kern der religiösen Botschaft, vorwerfen (S. 21). Gemeinsam ist allen Denkern also immer eine religiös-existentielle Entscheidung für die Totalität einer eigenen Ansicht. Katholische Intellektuelle in der

Weimarer Republik haben die Gemeinsamkeiten also nicht in den inhaltlichen Positionen, sondern in den diesen vorausliegenden, religiös vorbestimmten Denkmustern. Man suchte die absolute Gewißheit in unterschiedlicher Totalisierung. »Dirks, Guardini, Schmitt, Michel und Mertens aktualisierten Religion dabei durchaus gegensätzlich: als politische oder ästhetische Form, als kulturelle Praxis, Liebesethos oder Kraftquelle« (S. 21/22).

Nach einem Abschnitt über »Katholizismus am Beginn des 20. Jahrhunderts« wendet sich Bröckling *Guardini* zu. Guardini bekämpfte den Subjektivismus und den Autonomiegedanken und versuche den Vorrang des Objektiven wiederzubegründen. Wenn diese Autorität, z. B. der Staat als geordnete Volksgemeinschaft, einmal da sei, könne man sie nicht mehr wegleugnen. Guardini fordere einen schöpferischen Gehorsam an die objektive Autorität, wobei der Gehorchende nicht aus der Person des Trägers, sondern aus dem Sinn der Gewalt, von Gott her gehorchen müsse. Dazu komme eine Verklärung der als objektiv gesetzten Volksgemeinschaft mit Stereotypen aus den Arsenalen der Lebensphilosophie und der konservativen Kulturkritik (S. 48–51). Heute liest man die entsprechenden Passagen unweigerlich als Vorboten des Nationalsozialismus. Bröckling verschweigt nicht die semantische und totalitäre Nähe zum Nationalsozialismus. Doch in dem »Schöpferischen« des von Guardini geforderten Gehorsams liege auch ein Moment der Distanzierung von der Autorität. Trotzdem wird klar, daß die Position Guardinis nicht notwendig zum Widerstand gegenüber dem NS führen mußte. Denn die »ideale Eigentlichkeit« des schöpferischen Gehorsams, die mit der Wirklichkeit konfrontiert werden mußte, bleibe immer offen und unbestimmt. »Wie diese auszusehen hat, bleibt offen, sofern sie nur die moderne ›Zerrissenheit‹ überwindet und eine neue tragfähige ›Einheit‹ herstellt« (S. 51). Dem Verfasser gelingt hier eine differenzierte Darstellung der Gemeinschaft zwischen nationalsozialistischem und konservativem Gedankengut. Inhaltliche Differenzen werden durch semantische Identität verdeckt. Da der Inhalt zwar existentiell bindend,

aber begrifflich nicht bestimmbar ist, wird es nahezu unmöglich, allgemein-abstrakt zu sagen, ob der Nationalsozialismus die zu objektiver Autorität gewordene Volksgemeinschaft ist oder nicht. Die Distanz, die in Guardinis »schöpferischem Gehorsam« liegt, kann daher nur eine subjektive sein, denn nur ein autonomes Subjekt kann schöpferisch sein. Aus Bröcklings Darstellung wird deutlich, daß man Guardini nur dann nicht in weltanschaulicher Nähe zum Nationalsozialismus sehen kann, wenn man die Inkonsistenz seines Denkens eingesteht. Denn im Zweifel schleicht sich bei Guardini der im Namen der objektiven Autorität bekämpfte Subjektivismus doch wieder ein. Guardini wird so zu einem Musterbeispiel für das Problem von Inhalt und Form. Die Inhalte sind unbestimmt und vielfältig und eigentlich nur negativ abgrenzbar. Die Form jedoch ist unvergänglich und zwingend. Da nur die Form, nicht aber die Inhalte »absolut« begründet wird, ist es sehr schwer, Unterschiede zu einem Nationalsozialismus auszumachen, der gleichfalls die Verwirklichung der Freiheit des Menschen in der Volksgemeinschaft predigte.

Mit den Kategorien von Inhalt und Form kommt Bröckling auch den katholischen Gründen von Carl Schmitts Staatsdenken nahe, wobei er von Schmitts Schrift *Römischer Katholizismus und politische Form* ausgeht. Schmitt ist gegenüber der potentiellen Vielfalt der politischen Werte indifferent, aber kein Relativist. Er sagt nicht, was gilt, sondern daß gilt. Die Entscheidung, der substantielle Dezionismus, obliegt einer politischen Form, deren typisches Vorbild die römisch-katholische Kirche ist. In ihr sehe Schmitt eine substantielle Gestaltung der historischen und sozialen Wirklichkeit, die trotz ihres formalen Charakters in der konkreten Existenz bleibt, lebensvoll und doch in höchstem Maße rational sei (S. 69). Katholizismus sei für Schmitt mit der klerikalen Amtskirche identisch, für die Botschaft Jesu, auf die sich alle kirchliche Repräsentation berufe, interessiere er sich nicht. Nach Bröckling objektiviere Schmitt die Kirche bis aufs äußerste und lande gerade dadurch beim radikalen Subjektivismus der Entscheidung, der aber kein individueller Subjektivismus sein solle, weil er aus der objektiven Form der Kirche als der *complexis oppositorum* jenseits der Fronten stamme (S. 72 f.). Von daher wird auch die von Bröckling referierte Kritik des Links-Katholiken Ernst Michel an Carl Schmitt klar: Für Michel kommt es auf die Botschaft an, nicht auf die Form. Schmitt habe eine irrige Auffassung über das Verhältnis von Kirche und Reich Gottes. Michel hingegen entwickelte eine religiös

motivierte Verantwortungsethik, die die Eigen gesetzlichkeiten der Ordnungen wahrt. Der Rest sei Eschatologie (S. 75). Er proklamiere damit das Ende des politischen Katholizismus zugunsten einer Politik aus dem Glauben. »Mit Schmitt teilt Michel das Insistieren auf die Autonomie des Politischen. Im übrigen könnte ihre Opposition größer nicht sein. Aus der Tatsache, daß in der modernen Gesellschaft das Katholische eben nicht mehr im Wortsinne katholisch, allumfassend ist, suchen beide entgegengesetzte Auswege. Schmitt aktualisiert die objektive Form, Michel die subjektive Glaubensüberzeugung und Liebesethik« (S. 77).

Aus den religiösen Differenzen wird schließlich ihre unterschiedliche Einstellung gegenüber dem Nationalsozialismus erklärliech. Schmitt mußte sich 1933 gerade für die konkrete Ordnung einer politischen Theologie einsetzen und zwangsläufig Nationalsozialist werden, während Michel sich eines »basisdemokratischen« Republikanismus verschrieb. Auch Michel redet von der »Volkswerdung«, meint diese freilich in einem republikanischen und nicht völkisch-konservativen Sinn. Trotz des intentionalen Unterschiedes habe allein schon die Verwendung des Volksbegriffes Michel in eine problematische Nähe zum Nationalsozialismus gebracht, denn Volk als der Homogenisierung der Individuen zu Volksgenossen setzte umgekehrt die Abgrenzung von volksfremden Elementen voraus. Eine Trennung seiner republikanischen Volkswerdung habe Michel durch die Verankerung im universalistischen Ethos christlicher Nächstenliebe versucht (S. 79–83). Beide Positionen, die Schmitts und die Michels, bargen also Affizierungsmöglichkeiten an den Nationalsozialismus. Bei Schmitt waren sie strukturell, bei Michel terminologisch. Beide Positionen bieten aber auch Distanzierungsmöglichkeiten. Es wird klar, daß der ethisch-individuelle Ansatz Michels in einem totalitären Gemeinwesen, das zur ideologischen Vereinnahmung »volksverbundener« Positionen neigte und keine Institutionen zu »republikanischer« Interessenaggregation mehr zur Verfügung stellte, über den einzelnen hinaus chancenlos war. Schmitt hätte dem Nationalsozialismus zwar eine andere absolut-objektive Entscheidung entgegenstellen können, hat dies aber bis zum Schluß nicht getan, wobei es aber auch keine dazu berufen gewesene Form mehr gegeben hat, nachdem Schmitt selber den Nationalsozialismus mit ihr gleichgesetzt hatte. Erneut führt uns Bröckling in die schwierigen Gemengelagen der deutschen Geistesgeschichte der Zwischenkriegszeit. Ist es bei solch komplexen Standpunkten eigentlich noch sinnvoll, zwischen ei-

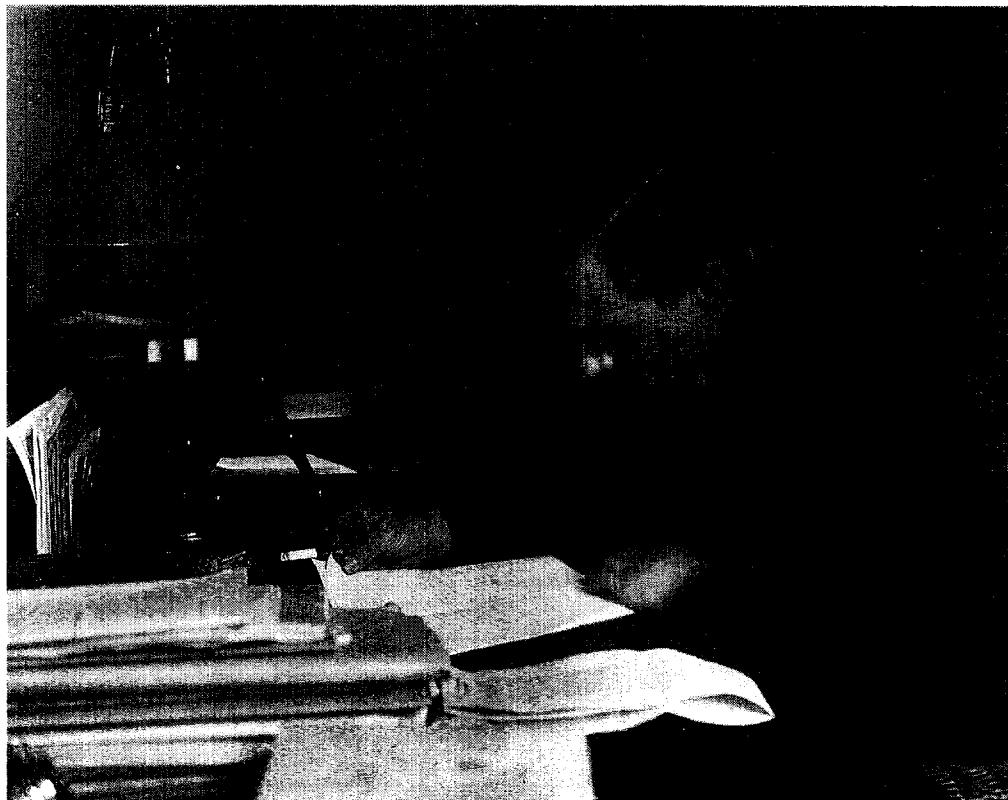
nem nationalsozialistischen Kernbereich und nur ›affizierten‹ Positionen zu unterscheiden und, was immer wieder versucht wird, die Stellungnahmen einzelner Denker von dem Nationalsozialismus zu isolieren? Oder sollte man nicht vielmehr meinen, daß die Breitenwirkung und die Überzeugungskraft des Nationalsozialismus, seine Legitimität als Herrschaftsordnung also, gerade darin bestand, solch divergierende Positionen unter ein gemeinsames Dach zu ziehen, sie zu integrieren und sie dadurch der inhaltlichen und methodischen Basis zu berauben, von denen sie ihrerseits den Nationalsozialismus hätten kategorisieren und kritisieren können?

Sehr interessant sind auch Bröcklings ausführliche Auseinandersetzungen mit dem Linkskatholiken und Sozialkritiker *Walter Dirks*, der heute besonders für seine Analyse und Kritik des Nationalsozialismus um 1931 bekannt ist. Damals hatte Dirks vor einer Affinität zwischen Katholizismus und Nationalsozialismus gewarnt. Ausführlich stellt Bröckling Dirks Faschismusanalyse vor. Auch Dirks eigenes politisches Denken wird, wie so oft in der

Weimarer Republik, von der Suche nach einer Gemeinschaft bestimmt. Doch ist Gemeinschaft für ihn, der aus dem Ruhrgebiet stammt, ein antikapitalistischer Sozialismus. Auch *Heinrich Mertens* und *Ernst Michel* gehören zu den katholischen Sozialisten, über die uns Bröckling einen sehr informativen Bericht liefert. »Um ihren religiösen Bestand gegen die marxistische ›Lehre‹ zu sichern, hatte sich die Kirche, so argumentierten Mertens, Michel und Dirks übereinstimmend, auch sozial gegen die Arbeiterbewegung gestellt und sich gerade dadurch der Möglichkeit beraubt, innerhalb der sozialistischen Bewegung um deren geistige Wandlung zu kämpfen. Gegenüber der geistigen Missionierung von außen her aber erwies sich der Sozialismus als immun. Die Kirche ›sündigte‹ damit gleich in zweifacher Hinsicht: Religiös verfehlte sie den biblischen Auftrag, ihre Botschaft ›in alle Welt‹, also auch zum Industrieproletariat zu tragen, und sozial lud sie Schuld auf sich, indem sie trotz verbaler Äquidistanz sich faktisch auf die Seite von kapitalistischer Unternehmerschaft und liberalem Staat schlug« (S. 103). Die katholischen Sozialisten

Walter Dirks, 1928

Foto: privat



wollten Avantgarde in beiden Lagern sein (S. 105). Indem Dirks Politik und Religion moralisiert, subjektiviert er sie auch. Im Unterschied zu Guardini, der dem Pluralismus moderner Gesellschaften noch die objektive Ordnung des katholischen Dogmas unversöhnlich gegenübergestellt habe, integrierte Dirks diese ins katholische System. »Der Preis, den er dafür zu entrichten hat, ist jedoch hoch: Verzicht auf die eine Wahrheit heißt letztlich Verzicht auf den einen Gott, ein pluralistischer Katholizismus ist eine *contradictio in adiecto*« (S. 63). Umgekehrt müsse die Religion aber auch aus der politischen Sphäre herausgehalten werden und dürfe nur mittelbar als privates Motiv in Erscheinung treten. Den katholischen Sozialisten gehe es nicht um bestimmte programmatische Positionen zu Eigentum oder Klassenkampf; die »christliche Belebungskur« solle vielmehr den »subjektiven Faktor« stärken. »Religiös motivierte und verantwortete Entscheidung soll bewerkstelligen, was der (als marxistisch identifizierte) Glaube an die Eigen-dynamik der Geschichte nicht vermochte« (S. 108). Ganz klar stellt Bröckling das katholische Element auch dieses Denkens dar: »War es bei Guardini und Schmitt die kulturelle bzw. rechtliche Form, bei Michel das Ethos des Liebesgebots, so geht es bei ihm (Dirks, O. L.) um den Glauben als handlungstreibende Kraft« (S. 107). Wie jedoch der katholische Sozialismus aussehen soll und was er abschaffen solle, das bleibe recht diffus.

Immer wieder kann man also ein Spannungsverhältnis feststellen zwischen einem absoluten, totalitären Prinzip einerseits und einer inhaltlichen Offen- und Beliebigkeit andererseits. Diese Ambivalenz lässt sich letztlich nicht auflösen. Aus beidem kann sich potentiell eine Affinität zum Nationalsozialismus ergeben, je nach den persönlichen Präferenzen des Autors. Ethik, subjektive Religion und Sozialismus waren dafür insgesamt weniger geeignet als der Gehorsam an die Entscheidung einer Gemeinschaftsordnung. Während die stärker subjektivistischen Modelle zwar eine geringere Affinität zum Nationalsozialismus zeigten, hatten sie Schwächen in der Begründung einer institutionellen Abwehrposition gegenüber dem ns. Die »absolut-objektiven« Modelle gerieten hingegen zuerst in eine undurchschaubare Symbiose mit dem Nationalsozialismus. War die inhaltliche Unvereinbarkeit aber erst einmal erkannt, dann konnte mit ihnen aus einer anderen existentiellen Entscheidung aber auch eine Bekämpfung des Nationalsozialismus vorgenommen werden. Daß dieser Klärungsprozeß viel zu lange dauerte und die Distanzierung viel zu spät ein-

setzte, ist freilich eine selbstverschuldete Tragik. Jedenfalls hat sich Bröckling nicht nur der Gemengelage von Katholizismus und Nationalsozialismus gestellt, sondern über die von ihm behandelten Personen hinaus hat er einen exemplarischen Beitrag nicht nur zum Konflikt des gläubigen Intellektuellen, sondern auch zur Geistesgeschichte der Weimarer Republik geliefert, ohne die man den glühenden Aufbruch und die Breitenwirkung der Vorgänge von 1933 wohl nicht verstehen kann.

1933 gerieten die katholischen Intellektuellen damit in eine Nähe und auch Abhängigkeit vom Nationalsozialismus, da sie, aus den unterschiedlichsten Gründen, keine klaren Abgrenzungskriterien zwischen ihren eigenen Ideen mehr hatten und dem, was plötzlich alles als nationalsozialistisch galt (mit der Ausnahme Schmitts, der sich explizit zum nationalsozialistischen Propheten stilisierte). Deutlich wird, daß stärker subjektivistisch-ethische Modelle weniger anfällig gegenüber dem Nationalsozialismus waren als sich objektiv gerierende Ideen. Deutlich wird auch, daß politische Präferenzen nicht notwendig zu einer ideologisch-intellektuellen Distanz zum Nationalsozialismus führen mußten. Daraus wäre zu folgern, daß es für die Beurteilung des Verhältnisses der Intellektuellen zum Nationalsozialismus statt auf die Inhalte stärker auf das methodische Vorgehen ankommt. Die Inhalte der nationalsozialistischen Ideologie waren immer diffus, und ein ideologischer Kernbereich des Nationalsozialismus läßt sich nur schwer ausmachen und bestenfalls in den ureigenen Positionen Hitlers finden. Wenn die allgemeine geistige Entwicklung in der Weimarer Republik aber durch die Abkehr von einer Verfahrensdemokratie und durch die Suche nach neuen materiellen Wert- und Sinngebungen bestimmt wird, dann wird klar, warum die deutschen Intellektuellen 1933 hilflos waren.

Ulrich Bröckling: Katholische Intellektuelle in der Weimarer Republik. Zeitkritik und Gesellschaftstheorie bei Walter Dirks, Romano Guardini, Carl Schmitt, Ernst Michel und Heinrich Mertens. München, Wilhelm Fink Verlag 1993, 180 S., DM 58,-.

Repräsentiert Palermo die Zukunft Moskaus?

Welche Faktoren sind entscheidend für eine gesunde demokratische Entwicklung? Diese Frage stellte sich ein besorgter Alexis de Tocqueville vor anderthalbem Jahrhundert. Auf dem Hintergrund revolutionärer Entwicklungen in der Zweiten und auch in der Dritten Welt ist diese Frage heute aktueller denn je. Welche Chancen auf Erfolg haben demokratische Versuche in Russland, Rumänien oder Südafrika? Ein sehr wichtiger Beitrag zum Nachdenken über diese Frage wird jetzt geliefert vom *Harvard*-Politologen Robert Putnam.

Die Trennungslinie zwischen Nord- und Süditalien, so Putnam, bietet Antworten hinsichtlich Entwicklung und Unterentwicklung im allgemeinen. Warum bleibt der *Mezzogiorno* dermaßen zurück, auch nach der explosiven wirtschaftlichen Entwicklung, die Norditalien durchgemacht hat, auch nach den vielen Anstrengungen, um den Süden in Schwung zu kriegen? Schlimmer noch – und das ist eine klare Schlussfolgerung aus den Untersuchungen Putnams und seiner Mitarbeiter, der Süden Italiens hinkt auch *politisch* weit hinter dem Norden zurück. Mafia und Camorra sind Auswüchse einer Kultur von individueller Isolierung, von Mißtrauen und von vertikalen, klientelistischen Autoritätsmustern; dies im starken Kontrast mit dem Norden, wo Putnam eher horizontale, kooperative Muster erkennt.

Woher dieser enorme Unterschied? Anlaß zu Putnams Untersuchungen war die tiefgehende administrative Reform Italiens während der 70er Jahre. Seit seiner Einigung 1870 war Italien immer ein stark zentralisierter Staat gewesen, nach Napoleonischem Muster.

Aber seit 1970, nach viel konservativem Widerstand, bekamen die alten historischen Länder ihre eigene Verwaltung. Allmählich bekamen Italiens Länder auch die Verfügung über einen wichtigen Teil der öffentlichen Ausgaben: Am Anfang der 90er Jahre verfügten die Länder über etwa zehn Prozent des BNP – ungefähr so viel wie die amerikanischen Bundesstaaten.

Über einen Zeitraum von 20 Jahren haben Putnam und seine Mitarbeiter Italiens Regionalverwaltung einer Batterie politikwissenschaftlichen Tests und Analysen ausgesetzt. Das Ergebnis steht bombenfest: Wo man auch hinsieht, gehe es nun um Freundlichkeit den Bürgern gegenüber, Effizienz, Innovationskraft, Regierungsstabilität, Zufriedenheit beim

Publikum oder bei den Verwaltern selbst, auf allen Ebenen scheinen die südlichen Länder unterentwickelt zu sein im Vergleich zu denen des Nordens.

Hier nur ein kleines, aber anschauliches Beispiel: In jedem Land wurde die Verwaltung auf drei unterschiedlichen Gebieten (Gesundheit, Schule und Landwirtschaft) schriftlich um eine kleine, konkrete Information gebeten »für einen Neffen«. In den effizientesten Ländern, Emilia Romagna und Valle d'Aosta, kam die Antwort schon innerhalb von einer Woche, oder im schlimmsten Fall nach einem Telefonat. In den am wenigsten effizienten Ländern, das heißt in Kalabrien, Kampanien und Sizilien, gab es überhaupt keine Reaktion; meist mußte man nicht nur einmal, sondern wochenlang telefonieren oder selbst persönlich an Ort und Stelle insistieren, um das gefragte Stückchen Information endlich loszustochern. Außerdem waren die Gebäude der Landesverwaltungen im Süden meist sehr schwer auszumachen, und waren die gesuchten Bürokraten darüber hinaus häufig abwesend, all dieses im scharfen Gegensatz zu dem Norden.

Warum ist das nun so? Liegt es am wirtschaftlichen Entwicklungsniveau? Für viele Politologen ist dieses Niveau der wichtigste Erklärungsgrund für demokratisch-administrative Effektivität. Aber das stimmt nicht, folgert Putnam aus seinen Untersuchungen, sehen Sie mal nach den Unterschieden *innerhalb* Nord und Süd. Im Süden ist Kampanien, das Land um Neapel, wirtschaftlich besser entwickelt als Molise und Basilicata, die ganz unten auf der ökonomischen Entwicklungsleiter stehen, aber trotzdem sind die Regierungen dieser letzten zwei Länder »merkbar effektiver« als die Regierung Kampaniens. Und im Norden sind die Lombardei (Hauptstadt Mailand), Piemont (Turin) und Ligurien (Genua) reicher als Emilia Romagna (Bologna) oder Umbrien (Perugia); dennoch sind die Regierungen der letzten zwei, weniger reichen Länder »ausgesprochen erfolgreicher«.

Die administrative Qualität der Länder Italiens, so Putnam, ist direkt abhängig von der Qualität der *civic culture*, der Bürgerkultur. Die Qualität der Bürgerkultur wird gemessen an der Lebendigkeit des Vereinslebens im allgemeinen, von Gewerkschaften bis Fußballklubs. Eine rege Bürgerkultur heißt, daß die Leute viel

Kontakt zueinander haben, leicht Informationen austauschen können, ein gewisses Vertrauen zueinander entwickeln, sich für das öffentliche Leben interessieren. All dies ist nach Putnam messbar, und daraus ergibt sich, daß der Norden Italiens im Durchschnitt eine sehr starke, der Süden hingegen eine sehr schwache zivile Kultur aufweist.

Auf wirtschaftlichem Gebiet gab es unter den Ländern Italiens immer sehr große Schwankungen seit dem 15. Jahrhundert, als die Stadtstaaten im Norden anfingen, zu zerfallen; aber was Bürgerkultur angeht, so ist der Norden schon seit dem frühen Mittelalter sehr stark vertreten. Die zivile Schwäche des Südens hat ihre Wurzeln im 12. und 13. Jahrhundert, als ein brillantes Normannisches Königreich, von Zeitgenossen als »das Wunder der Welt« betrachtet, sehr autokratische Autoritätsmuster hinterließ. In diesem feudalen und zugleich »absolutistischen« Königreich waren die Städte dem Adel gegenüber benachteiligt, während sich im Norden auf der Basis der zivilen Zusammenarbeit freie Handelsstädte entwickelten, die das gesellschaftliche Leben der Renaissance bestimmten sollten.

Jene zivilen Traditionen des Nordens hätten eine »merkwürdige Ausdauerkapazität«, schreibt Putnam: sie blieben am Leben, und sie bildeten das »soziale Kapital«, das es dem Norden Italiens ermöglichte, die Modernisierungschancen des 20. Jahrhunderts zu ergreifen. Kreditvereine, gegenseitiges Vertrauen, ein flotter Informationsaustausch, eine flexible Spezialisierung und Zusammenarbeit auf dem Markt – das sind die Geheimnisse des Erfolgs, zum Beispiel in der Modetextilienbranche oder in der Stahlfertigproduktion. An der wirtschaftlichen Entwicklung liegt es gewiß nicht: Italiens zivile Länder sind nicht immer wohlhabender gewesen. Im 16. Jahrhundert gab es zum Beispiel eine rege Abwanderung aus dem zerfallenen Norden in Richtung des reicheren Neapel. Am Anfang des Jahrhunderts war auch Kalabrien schon etwas mehr industrialisiert als die Emilia Romagna. Umgekehrt verfügte Kalabrien über die geringste zivile Kultur Italiens, Emilia Romagna hingegen über den höchsten Standard.

Dies hatte zur Folge, daß man im Norden viel leichter zusammenarbeiten konnte. Selbst die organisierte Mitgliedschaft der Gewerkschaften hing noch in den 20er Jahren weniger von der wirtschaftlichen als von der zivilen Entwicklung ab. Diese zivile Entwicklung bestimmte letztendlich auch den wirtschaftlichen und politischen Erfolg des Nordens im 20. Jahrhundert. Horizontale, kooperative Netzwerke

sind nun einmal viel effizienter als vertikale, autoritäre.

Genau wie Tocqueville findet Putnam die gesellschaftliche Vitalität und Kreativität ungeheuer wichtig. Putnam glaubt nicht im klassischen *Laissez-faire*. Putnam teilt nicht die Auffassung von Mancur Olson (*The Rise and Decline of Nations*), daß eine starke Gesellschaft mit einer Vielfalt an starken Interessengruppen automatisch einen schwachen Staat und eine schwache Wirtschaft zur Folge hätte, im Gegenteil: die Atomisierung, so auffällig in Südalien, führe zur ökonomischen und politischen Schwächung.

Putnams neo-Weberianischer Nachdruck auf die kulturellen Faktoren der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung stimmt nachdenklich; denn die Perspektiven für die sich jetzt entwickelnden Gesellschaften Osteuropas, die schon vor der autokratischen Ära eine schwache zivile Tradition besaßen – man denke an Rußland oder Rumänien –, scheinen eher düster. Ohne die Entwicklung von Netzwerken des zivilen Engagements, der Gegenseitigkeit und des Vertrauens, prophezeit Putnam für diese Gesellschaften das Ergebnis des *Mezzogiorno*. Das heißt Klientelismus, eine »amoralische« Konzentration auf die eigene Familie, Gesetzlosigkeit, ineffiziente Verwaltung, wirtschaftliche Stagnation. »Vielleicht repräsentiert Palermo die Zukunft Moskaus.«

Robert D. Putnam (in Zusammenarbeit mit Robert Leonardi und Raffaella Y Nanetti): Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy. Princeton, Princeton University Press, 1993, 258 Seiten.

JÜRGEN BAUMGARTEN Mythen des Realsozialismus

Der Zusammenbruch des Kommunismus hat in Osteuropa zwei parallele Entwicklungen in Gang gesetzt. Zum einen ist ein Prozeß der Entmythisierung der eigenen Geschichte eingeleitet worden. Die Mythenkritik richtet sich gegen das sozialistische Herrschaftssystem und gegen seine Legitimationsideologien, aber auch gegen ältere, vorrevolutionäre Denkmuster. Dem steht entgegen, daß ein großer Teil der

durch den tiefgreifenden sozialen Umbruch entwurzelten Bevölkerung sich für mythische Denkfiguren immer aufgeschlossener zeigt. Unter den neuen Mythen dominiert die Suche nach Ursprüngen, nach Ganzheiten und Kontinuitäten. »Immer sind es vereinfachende Erklärungsmodelle mit ›weltfestigender Bedeutsamkeit‹, die als ›Bindemittel einer heillos zersplitterten Gegenwart entlasten und verletzte Identitäten heilen sollen«, schreiben die Herausgeber Birgit Menzel und Clemens Friedrich in ihrer Einführung zu *Osteuropa im Umbruch*.

Behandelt werden zum einen politische und soziale Mythen der jüngeren Vergangenheit, also der sowjetischen Periode. Dazu gehören z. B. der *Sowjetmensch* (den Juri Lawada, Leiter eines Zentrums für empirische Sozialforschung in Moskau, kenntnisreich zeichnet), die »führende Rolle der Arbeiterklasse«, die »Einheit der Partei« (Hannelore Horn) oder der »antifaschistische Held« (Rosalinde Sartori) – Mythen, die sich heute überwiegend auflösen oder demontiert werden. Denn, wie Lewada sagt, kann zwar kein Mythos von rationaler Kritik aufgebrochen werden, da er seine eigene, nichtrationale Grundlage hat; er kann aber durch einen Wandel dieser Grundlage überwunden werden. Zum anderen werden Ideologien der weiter zurückliegenden Vergangenheit untersucht, darunter das Verständnis der Nation und nationaler Größe (Kurt Hübner), die Eurasien-Ideologie (Karla Hielscher), das »Heilige Russland« und die »Mission« des russischen Volkes (Annett Jubara) – Mythen, die heute wieder aufleben und in der Unsicherheit der Übergangsperiode neue Wirkung entfalten.

Daß diese antirationale Verarbeitung der Wirklichkeit in den Gesellschaften des ehemaligen sowjetischen Herrschaftsbereichs um sich greift, ist nach Meinung der Herausgeber nicht verwunderlich, denn im Unterschied zur tatsächlichen Rationalisierung des gesellschaftlichen Lebens im Westen hatte der real existierende Sozialismus trotz aller wissenschaftlichen Rhetorik nur eine unvollständige Modernisierung der Gesellschaft erreicht. Menzel und Friedrich sind der Meinung, »daß das kommunistische Herrschaftssystem nur durch eine Vielzahl nichtrationaler und damit schwer kontrollierbarer Prozesse und Bewegungskräfte aufrechterhalten wurde, bei denen sich Formen von Eigensinn der beherrschten Bevölkerung mit autoritärer Macht der Führungsgewalt vermischten«. Sie halten damit das Mythische »nicht prinzipiell nur für eine niedrigere Vorform des Zivilisatorischen oder des Rationalen«, sondern für eine immer wieder auftauchende Form der Lebensbewältigung und -erleichter-

ung. Mythen sind nicht an bestimmte Epochen gebunden und nicht nur Erscheinungen einer archaischen Vorzeit. Dabei übersehen Menzel und Friedrich nicht das Problematische an der Mythisierung von Geschichte und Gegenwart eines Volkes oder eines Staates. Das Bedürfnis nach Ursprüngen und Ganzheiten, nach Widerspruchsfreiheit und Monokausalität behindert die Erfahrung und das Aushalten von ambivalenten Situationen. In den mythischen Ganzheiten »ist immer eine Tendenz zur zwanghaften Vergemeinschaftung angelegt, die der Ausdifferenzierung einer Gesellschaft entgegensteht« und statt dessen ein quasi-organisches Zusammenleben erzwingen will.

Insgesamt wird der Begriff des (politischen) Mythos in diesem Buch unterschiedlich verwendet und allzu freigebiger Gebrauch davon gemacht. Manches Mal steht er für Denkweisen, die angemessener entweder als Ideologie bzw. falsches Bewußtsein oder als Erwartungen, Einstellungen, (politische) Glaubenssätze zu bezeichnen wären. Vorstellungen oder Illusionen darüber, wie und unter welchen Bedingungen Demokratie und Marktwirtschaft funktionieren, werden dann, um dem Leitthema treu zu bleiben, als »Funktionsmythen« definiert.

Begriffliche Unschärfen solcher Art beeinträchtigen aber nicht den hohen Informationswert der Aufsätze, die eine Vielzahl an hier weitgehend unbekannten Aspekten osteuropäischer/russischer postkommunistischer Mentalität darlegen. Zwar mag man unter theoretischen Gesichtspunkten bezweifeln, ob »der Markt« – das Synonym für Leistung, Effizienz, Fortschritt und Wohlstand – in den Nachfolgestaaten der sowjetischen Hemisphäre wirklich mythische Gestalt und Macht angenommen hatte. Es handelt sich wohl eher um unrealistische Erwartungen – aus Unkenntnis – in der Bevölkerung bzw. um dogmatische Auffassungen neoliberaler Wirtschaftspolitiker. Dessen ungeachtet zeigt der Beitrag von Sabine Zimmer über die Umwandlung der osteuropäischen Volkswirtschaften sehr präzise, wie hier eine Analogie hergestellt wurde, die sich rational nicht stützen läßt: »Aus der Funktion und den Erfolgen des Marktes als einem ökonomischen Koordinationsmechanismus in einem adäquat entwickelten soziökonomischen Kontext wird auf seine Wirkung als ökonomischer Transformationsmechanismus in einem instabilen Kontext geschlossen.« Die Autorin weist auf, daß nirgendwo anders derart voraussetzungslos Kurs auf die Marktwirtschaft genommen wurde. Der Vergleich mit den oft zitierten Wirtschaftswundern in Japan und den »kleinen asiatischen Tigern« hinkt. Deren Aufschwung

hatte in Wirklichkeit eine fördernde und schützende Wirtschaftspolitik des Staates zur Voraussetzung, bis diese Ökonomien »marktreif« waren. Zudem bildete eine schon bestehende entfaltete Privatrechtsordnung den institutionalen Rahmen, während in den Reformstaaten der soziale Kontext erst geschaffen werden muß.

Clemens Friedrich / Birgit Menzel (Hrsg.): Osteuropa im Umbruch. Alte und neue Mythen, Peter Lang Verlag, Frankfurt a. M. 1994, 200 S., DM 59,-

PETER KERN

Was heißt Rassismus?

Füttern mit Worten«, so lautet das französische Pendant zu unserem »Phrasendreschen«. Mit kaum einem Wort wird man gegenwärtig mehr abgespeist als mit dem vom *Rassismus*. Wer sich mit Phrasen nicht zufrieden geben will, der lese Detlev Claussens Buch. Kein unverständlicher Wissenschaftsjargon erschwert die Lektüre. Und auch die fixen Begriffe fehlen, mit denen ein Autor signalisiert, daß er Bescheid weiß und einer Einladung zur Talkshow hoffnungsfroh entgegensieht. »Modernisierungsverlierer«, solche Begriffe funktionieren wie Baseballmützen. Man setzt sie auf und gehört sofort dazu.

Claussen reibt sich nicht in akademischen Kurzpassen und unergiebigem *Klein-Klein* auf, er schlägt die öffnende Flanke. Der Autor kommentiert klassische Texte der Rassismusdebatte seit 1945 und solche, in denen die Ahnherren der Rasseideologien im O-Ton zu hören sind. Also Gobineau, Dühring, Chamberlain, Hitler. Der Gewinn bei solcher Lektüre: Man lernt den bestimmten Unterschied kennen.

Rassismus und Nationalismus sind eben nicht gleichzusetzen. Ebensowenig wie ein Antisemitismus um Achtzehnhundert und gegenwärtige Xenophobie. Dührings Agitation gegen die Juden stammt aus der Zeit, die auf den Boom der Gründerjahre folgte. Eine um ihre berufliche Zukunft bangende Mittelklasse will sich die Konkurrenz jüdischer Akademiker vom Halse schaffen. Ein Staat, der sich als christlich verstehe, solle gefälligst die Juden – auch die getauften – vom Staatsdienst ausschließen.

Viele von ihnen konvertierten, um ihrer beruflichen Diskriminierung zu entgehen. Diesen Weg will ihnen Dühring verbauen. Schädlich, so seine antisemitische Agitation, sei die jüdische *Race*, an dieser Schädlichkeit ändere auch die Taufe nichts.

Bei Claussen erfährt man, wie solche Texte zu lesen sind: Ohne plumpe Analogien zu bilden, aber auch ohne ein falsches Verständnis von der Singularität historischer Situationen. Wäre Geschichte immer völlig einmalig und jede ihrer Phasen »noch nie dagewesen«, dann gäbe es gar nichts politisch zu lernen.

Der Autor spürt in seinem Essay dem gegenwärtigen Gefühl gesellschaftlicher Ohnmacht nach. Dieses Gefühl würgt uns um so mehr, je länger der versprochene Aufschwung und die »blühenden Landschaften« ausbleiben. Wer ist noch dabei, wenn der »Aufschwung Ost« endlich losgeht? Es ist die Angst, zu den Aussortierten zu gehören, die in Aggressionen umschlägt. Diese Ängste wachsen exponential mit den Entlassungszahlen: 3 000 bei diesem Stahlkonzern, 700 bei jenem Autozulieferer. Hinter den Kulissen, in den Büros der Betriebsräte und Personalchefs spielt sich ein von keiner Öffentlichkeit wahrgenommenes Hauen und Stechen ab: »Wieso werd' ich abgefunden? Warum fliegt die Türkin nicht raus? Sie ist doch Zweitverdienerin und nimmt mir den Arbeitsplatz weg! Wir Deutsche gelten doch gar nichts in Deutschland . . .«

In den Betrieben gibt es Bemessungsskalen im Falle von Massenentlassungen. Wer die Ungeschicklichkeit besaß, als Frau auf die Welt zu kommen, kriegt einen Punkt abgezogen. Ein weiterer Abzug bestraft die sog. Doppelverdiener. Das Erwerbsleben – eine Bundesliga mit permanenter Abstiegsdrohung.

Diesem Zusammenhang nachzuspüren, hebt Detlev Claussen vom Gros der Experten für Antifaschismus ab. Diese halten es entweder mit einer übergeschichtlichen Generalauskunft, wonach Rassismus so langlebig wie Kapitalismus ist. Oder sie wollen, in ihrer softeren Variante, den Belzebub mit Pädagogik behandeln: *Alle Menschen sind gleich*. Das müsse doch jeder Skin kapieren. Dann wäre die Ausländer-Hatze vorbei.

Die Proklamation der natürlichen Gleichheit kommt aber gegen die sinnliche Gewißheit nicht auf. Der Skin hält sich scheinbar an das, was er sieht: Gelbe, Schwarze, Weiße. Und er stellt sich dumm. Wieso können alle die gleichen Rechte haben, wo doch die Menschen verschieden sind! Deutschland den Deutschen, das ist doch viel einfacher!

Ethnische Realitäten anzuerkennen heißt

nicht, rassistischem Denken Vorschub zu leisten. Der Text von Lévi-Strauss, 1952 für die UNESCO geschrieben, klärt dieses Mißverständnis auf.

Claussen macht verschüttete Quellen wieder öffentlich zugänglich. Oder er ruft ehemals hoch gehandelte Theoretiker einfach nur ins Gedächtnis zurück. Franz Fanon beschreibt in einer 1956 gehaltenen Rede die Stadien der antikolonialen Befreiung. Diese verlaufen wie ein psychoanalytischer Prozeß und heilen die rassistisch malträtierte Seele. Albert Memmis Aufsatz wechselt die Perspektive und analysiert das selbstreferentielle System der Täter: Sie vergehen vor Angst vor einem ständig erwarteten Angriff und platzen vor Wut wegen der vermeintlich erlittenen Aggression.

Jene von Claussen vorgestellten Texte – natürlich mit Ausnahme der salbadernden Schädelmesser – sind von genauer, unprätentiöser Sprache. Das Buch könnte ein wichtiges Lehrmittel im Sozialkundeunterricht sein.

Detlev Claussen: Was heißt Rassismus, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt, 230 Seiten, DM 39,80

klar. Die meisten von uns glauben und wollen glauben, daß sie als Staatsbürger mit ihrer Stimme nicht nur auf die Auswahl des politischen Personals, sondern auch bei der Bestimmung der praktischen Politik Einfluß ausüben können. Genau diesen Glauben will der Autor als Illusion entlarven, und das ausgerechnet in einem »Superwahljahr«, in dem kaum etwas wichtiger zu sein scheint, als von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Während landauf, landab alle Welt über die Motive der Nichtwähler nachsinnt und mutmaßt, fragt Koch danach, ob es denn überhaupt vernünftige Gründe geben könne, seine Stimme bei der Wahl abzugeben. Was er nach gründlicher Prüfung der Einflußmöglichkeiten des Wählers auf die Politik zutage fördert, scheint allemal seine These zu belegen, daß die Vernunft eher auf der Seite der Nichtwähler ist und das Verhalten der Wähler, genau betrachtet, Rätsel aufgibt. »Manche Europäer«, schreibt er, »finden es verblüffend, daß in den USA fast die Hälfte der Bürger den Wahlen fernbleibt. Ich halte es für erstaunlicher, daß die ander Hälfte sich daran beteiligt« (S. 14).

Koch kehrt also die Beweislast um. Bei ihm muß sich der Wähler rechtfertigen, nicht der Nichtwähler. Der Wähler steht unter dem Verdacht, gedankenlos und unvernünftig zu handeln. Durch diese Umkehrung der Beweislast zwingt der Autor uns, über den Sinn und die Zweckmäßigkeit demokratischer Institutionen und Verfahren, die wir zumeist als alternativlose Selbstverständlichkeiten hinnehmen, neu nachzudenken. Kann es sein, fragen wir uns unwillkürlich, daß der wahlsonntägliche Akt, dem wir so große Bedeutung beimesse, nichts anderes als ein sinnentleertes Ritual, eine folgenlose symbolische Handlung ist, an der wir gegen alle Vernunft festhalten, weil wir der Tröstung durch die Illusion von Macht und Einfluß bedürfen? Sind die Nichtwähler womöglich gar nicht so verantwortungslos und unvernünftig, wie wir, die Wähler, zumeist glauben?

Die respektlosen Fragen zuzulassen, sie nicht ängstlich abzuwehren, weil sie unsere heiligsten Überzeugungen in Frage stellen, ist für die Zukunft der Demokratie wichtiger als all die wohlfeilen Bekenntnisse zu »unserer parlamentarischen Demokratie«. Denn in der Tat kann Koch an vielen Beispielen zeigen, daß der Einfluß des Wählers auf die Politik weit geringer ist, als es die berühmten »Väter der Verfassung« vorsahen und wir gemeinhin unterstellen. Dies gilt für die personelle Zusammensetzung der Parlamente, die wesentlich in den Parteien und hier mehr von den Führungen als von den Mitgliedern entschieden wird. Erst recht gilt

JOHANO STRASSER

Verteidigung des Nichtwählers

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.« Dieses Donnerwort aus dem Arsenal der bürgerlichen Revolution rückt den Stimm- und Wahlbürger ins Zentrum der Politik. Sein Wille geschehe, das ist das A und O des demokratischen Credos. Die Staatsgewalt, so dekretiert Artikel 20 unserer Verfassung weiter, »wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt«. Eine ehrwürdige Theorie, die eine normative Idylle von beträchtlichem Charme gebiert: das Volk als Souverän und die Montesquieuschen Gewalten säuberlich voneinander getrennt, um der Hybris des Staates vorzubeugen.

Daß dies nicht ganz der Realität entspricht, wissen wir oder ahnen es zumindest. Wie sehr aber auch hier, bei den Grundprinzipien der Demokratie, Norm und Wirklichkeit auseinanderklaffen, das machen sich nur wenige von uns

dies aber für die Bestimmung der praktischen Politik.

Koch liefert präzise Belege für eine Reihe altbekannter Klagen: daß dem Wähler keine hinlänglich klaren Alternativen geboten würden, daß die Gesetzgebung weitgehend Sache der Exekutive geworden sei, das Parlament als Kontrollinstanz nicht funktioniere, die freundliche Legende von der Gewaltenteilung mit der Wirklichkeit der parlamentarischen Demokratie kaum noch etwas gemein habe. Daß die Gesetze heute zumeist nur noch vom Parlament abgesegnet, nicht aber im ursprünglichen Sinn initiiert und gemacht werden, ist kaum zu bezweifeln. Die Politik insgesamt wird immer mehr von Instanzen bestimmt, die gar nicht oder nur sehr indirekt parlamentarischer Kontrolle unterliegen: Auf der europäischen Ebene ist dies die Brüsseler Kommission und der Ministerrat, auf der nationalen Ebene sind es die Ministerialbürokratie, die Regierung, der Bundesrat, der wiederum die Länderregierungen repräsentiert, und nicht zuletzt das Bundesverfassungsgericht.

Kochs Restümee: Das Parlament ist nicht Gestalter der Politik, sondern lediglich »Legitimationsbeschaffer in Permanenz«. Und erst recht gilt dies für die Wahlen: Sie dienen nach Koch ausschließlich dazu, einer Politik den Schein demokratischer Legitimation zu verschaffen, die selbst auf höchst undemokratische Weise zustande kommt. Der einzige Trost, den der Autor in dieser mißlichen Lage anbieten kann, ist der Hinweis darauf, daß angesichts der Globalisierung fast aller politikrelevanten Probleme auch die Regierungen weitgehend ohnmächtig sind. »Wir haben wenig Macht über unsere Regierungen«, heißt es am Schluß der Abhandlung, »aber unsere Regierungen haben ebenfalls recht wenig zu bestimmen« (S. 235).

Nun wird man sagen können: Wenig Macht ist immerhin mehr als gar keine. Und in der Tat läßt sich hieraus ein Argument gegen den Autor gewinnen; denn daß der Nichtwähler noch weniger Einfluß zu nehmen vermag als der Wähler, ist ja wohl kaum von der Hand zu weisen. Zudem ist Koch zu sehr darauf fixiert, daß es in einer Demokratie unmittelbar nachweisbare, direkte Auswirkungen der einzelnen Stimmabgabe geben müsse, und vernachlässigt dabei, daß kleinere oder größere Wählerbewegungen in die eine oder andere Richtung durchaus dazu führen können und de facto dazu geführt haben, daß neue Themen auf die politische Tagesordnung gesetzt, daß lange verschleppte Probleme auf einmal als dringlich angesehen und vordem ausgeschlossene Lösungen plötzlich diskutabel wurden.

Nimmt man die Wahl als das, was sie ist, *ein* Mittel der Einflußnahme der Bürger auf die Politik neben anderen, dann ist Kochs resignatives Fazit keineswegs so zwingend. Dadurch, daß er Wahlen nicht im Kontext anderer demokratischer Einwirkungsmöglichkeiten wie öffentliche Diskussion, Demonstration, Streik etc. betrachtet, überfrachtet er sie mit einer Erwartung, die sie unter gar keinen Umständen erfüllen können.

Es ist die Schwäche der Kochschen Argumentation, daß er demokratische Einflußnahmen ausschließlich aus dem Blickwinkel des isolierten Stimmbürgers betrachtet und danach fragt, welche berechenbaren Auswirkungen seine Stimmabgabe auf die Politik habe. Diese individualistische Betrachtungsweise macht aber blind für die durchaus nachweisbaren Einflüsse, die sich aus der Summe vieler Stimmen ergeben. Und auch wenn die personelle Zusammensetzung der Parlamente in der Tat fast ausschließlich von kleinen Führungsgruppen in den Parteien entschieden wird, so doch nicht ohne Bezug auf mehr oder weniger richtig prognostizierte Wählerpräferenzen und Meinungstrends. Daß dies viel weniger an Basiseinfluß ist, als die demokratische Theorie uns glauben machen will, daß es zu wenig ist, um mündige Bürger auf Dauer bei der Stange zu halten, das freilich ist kaum zu bestreiten.

Auch wenn es wirklich (und nicht nur ironisch) als Verteidigung des Nichtwählers gemeint sein sollte, ich lese dieses Buch eher als einen dringenden Appell zur Reform und Erneuerung unserer Demokratie.

Uwe Koch: Das Gewicht der Stimme. Die Verteidigung des Nichtwählers, Rotbuch Verlag, Berlin 1994, 235 S., DM 29,80.

RENATE WIGGERSHAUS
Zbigniew Herberts Reisen
durch Holland

Ein holländisches Sprichwort sagt: Gott schuf die Welt, die Niederlande aber wurden von den Niederländern geschaffen. Heute ist das reinliche, intensiv genutzte Holland das am stärksten verseuchte Land Westeuropas.

»Diese tüchtige Nation«, schrieb einst Benjamin Constant an Germaine de Staél, »lebt mit allem, was sie besitzt, auf einem Vulkan, dessen Lava das Wasser ist.« Und – so ist nicht erst neuerdings hinzuzufügen – der übernutzte, vergiftete Boden. Man ahnt, warum der polnische Lyriker und Essayist Zbigniew Herbert diesem Land ein ganzes Buch gewidmet hat – er, dessen zentrales Thema die Dialektik von Ordnung und Chaos, von Sicherheit und Katastrophe, von Heimat und Verlorenheit ist.

Aber Zbigniew Herbert ist auch jemand, der Bilder, Bücher, Bauten verschlingt, dessen Reisen durch Holland lange Zeit Pendelbewegungen zwischen den bedeutenden Museen Rotterdams und Amsterdams glichen. Das Holland, um das es in seinem Buch geht, ist das des sogenannten »goldenene Jahrhunderts«, das von der zweiten Hälfte des 16. bis zur zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts dauerte. Dies goldene Jahrhundert war unter anderem gekennzeichnet durch eine erstaunlich reiche Bildproduktion und eine ebenso erstaunliche Verbreitung der Bilder. Es waren Bilder der vertrauten Wirklichkeit. Und so unberechenbar die Schicksale der Maler waren, so sehr das Zustandekommen der Preise einem Lotteriespiel glich – die Bilder und die Maler waren ein allgemein anerkannter, unverzichtbarer Bestandteil der Welt. »Sie bekärfigten«, so Herbert in einem *Der Preis der Kunst* betitelten Essay des Bandes, »die sichtbare Wirklichkeit mit inspirierter Genauigkeit und kindlichem Ernst, als hingen davon die Ordnung der Welt ab.«

Herberts Lobpreis der Kunst als Magie ist auf behutsame Art doppelbödig. Auch dort, wo sie an der Bewohnbarkeit der Welt mitwirkt, bedarf es dieser ständigen Arbeit ja deshalb, weil überall der Wahn, das Grauen, ein unabdinges Glücksverlangen die Ordnung bedrängen. Die kunstvolle Ordnung der 16 *Skizzen und Apokryphen*, wie Herbert selber im Untertitel seine Texte nennt, die zeitlos anachronistische Sprache des Autors, die Dinge und Ereignisse pointiert, gelegentlich drastisch benennt und doch immer besänftigend wirkt – sie lassen einen kaum bemerken, daß dieser Lobpreis einer »archaischen« Kunstprozedur, der »heiligen Rituale der Alltäglichkeit«, des egalitären »Königreichs der Dinge« weithin von Wahn, Manien und Abgründen handelt. Gleich im dritten der Texte geht es um die berühmt-berüchtigte holländische Tulpenmanie, ein sich jahrelang steigerndes Tulpenzucht- und Tulpenspekulationsfieber, das im Winter 1637 mit Tragödien ein Ende mit Schrecken fand.

Das Zentrum des Bandes aber bildet der längste der Texte, der auch dem Buch seinen

Titel gab: *Stilleben mit Kandare*. So heißt das einzige bekannte Bild des niederländischen Malers Johannes Torrentius. Bild und Maler nehmen wir wahr mit Herbots verweilendem, schwebendem Blick, der die Grenze zwischen Skizze und Apokryph aufhebt, damit die Wirklichkeit ganz in den Blick kommt – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Für den, der derart betrachtet, folgt auf das Inventar der dargestellten Gegenstände das Faszinierendste: der Hintergrund. »Schwarz, so Herbert, »tief wie eine Kluft und zugleich flach wie ein Spiegel, berührbar und sich verlierend in den Perspektiven der Unendlichkeit. Der durchsichtige Dekkel über dem Abgrund.« Von diesem Schwarz des Hintergrunds am wenigsten zu unterscheiden ist im oberen Teil des runden Bildes ein mattschimmernder metallischer Gegenstand: eine Kettenkandare, wie man sie zur Bändigung besonders störrischer Pferde benutzt. Düster taucht sie aus dem Dunkel auf, schwebt drohend über einem halbvollen Weinglas, das von Krügen flankiert ist und unter sich ein Notenblatt hat. Herbert führt die diversen Interpretationen des Bildes an, diskutiert sie, hält für die plausibelste Deutung die als Allegorie der Mäßigung, um am Ende doch auch sie als zu glatt wieder in Frage zu stellen – zumal angesichts des abenteuerlichen, außerordentlichen Lebens des Malers. Indem der Autor Bild und Maler unenträtselt lässt, vermeidet er den Eindruck wohlfeiler Vertrautheit. Zugleich demonstriert er damit, wie wenig leicht die von ihm gepriesene Arbeit der Maler ist, uns mit der Welt zu versöhnen.

Das Buch schließt mit einer so grandiosen wie knappen Hommage für die Kunst als Magie. Wo es eine solche Kunst gibt, fällt der Abschied von der Welt in besonderer Weise schwer, weil sie nicht allgemein, nicht obenhin geschätzt ist, sondern im Detail, sinnlich, erotisch. Deshalb schließt der Epilog, der von Aufstieg, Leben und Sterben des Seidenhändlers Cornelis Troost handelt, mit diesem Ausblick auf den Tag des eingetretenen Todes:

»Dann werden sie alle Spiegel im Hause verhängen und die Gemälde zur Wand kehren, damit das Bildnis des briefschreibenden Mädchens, der Schiffe auf hoher See und der unter einer großen Eiche tanzenden Bauern den nicht aufhält, der unvorstellbaren Welten entgegenwandert.«

Zbigniew Herbert: Stilleben mit Kandare. Skizzen und Apokryphen. Aus dem Polnischen von Klaus Staemmler, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1994, 215 Seiten, DM 38,-.

Zu den Autorinnen und Autoren

JÜRGEN BAUMGARTEN, geb. 1948, arbeitet als wissenschaftlicher Redakteur am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin.

PETER BRANDT, geb. 1948, Professor für Geschichte an der Fernuniversität Hagen.

MICHA BRUMLIK, geb. 1947, Professor für Pädagogik in Heidelberg, lebt in Frankfurt a.M.

JACOBUS DELWAIDE, geb. 1949, Dozent für Politikwissenschaften an der Katholischen Universität Brüssel.

CLEMENS-PETER HAASE, Leiter des Goethe-Intituts in Tampere, Finnland.

ANNE HAMILTON, geb. 1962, lebt als freie Publizistin und Lektorin in Frankfurt a.M., Mitarbeiterin der FRANKFURTER RUNDSCHEIN.

PETER KERN, geb. 1954, ist politischer Sekretär beim Vorstand der IG METALL, lebt in Frankfurt a.M.

KARL-HEINZ KLÄR, geb. 1947, seit 1991 Chef der rheinland-pfälzischen Staatskanzlei in Mainz.

WOLFGANG KOWALSKY, geb. 1956, Referent in der Grundsatzabteilung der IG METALL.

TILMAN KRAUSE, geb. 1959, Literaturwissenschaftler, lebt als Kritiker und Publizist in Berlin.

ANNA KREIKEMEYER, Historikerin und Politikwissenschaftlerin, zur Zeit wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg.

OLIVER LEPSIUS, geb. 1964, Dr. jur., Assessor, lebt in München.

BERND MOSEBACH, geb. 1966, Diplom-Politologe, freier Journalist.

THOMAS NOETZEL, geb. 1957, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Philipps-Universität Marburg.

ARMIN PFAHL-TRAUGHBER, geb. 1963, freier Publizist, zur Zeit Lehrbeauftragter an der Universität Marburg.

SIBYLLE QUACK, geb. 1951, habilitierte Politologin, Privatdozentin an der Universität Hannover, lebt in Bonn.

ZELJKO VUKOVIC, 1986–1992 Präsident des Journalistenverbandes Bosnien-Herzegowinas, lebt im Exil in Oslo.

HANS-ULRICH WEHLER, geb. 1931, Professor für Geschichte an der Fakultät für Geschichtswissenschaften und Philosophie der Universität Bielefeld.

RENATE WIGGERSHAUS, lebt als freie Schriftstellerin, Funkautorin und Kritikerin bei Frankfurt a.M.

BERND WITTE, geb. 1942, Professor für Neuere Deutsche Literaturgeschichte an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

IMPRESSUM

Anschrift der Redaktion:

Godesberger Allee 139
53175 Bonn
Tel.: (02 28) 88 35 40-43
Telefax: (02 28) 88 35 39

Verlag und Anzeigenverwaltung:

Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger GmbH
In der Raste 2
53129 Bonn
Tel.: (02 28) 23 80 83
Telefax: (02 28) 23 41 04
Anzeigenpreisliste Nr. 22 vom 1. 1. 1994
Anzeigenverwaltung: Margret Reichert

Gesamtherstellung:

satz+druck gmbh, Düsseldorf

Bezugsbedingungen:

DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag. ISSN 0177-6738
Einzelheft 14,80 DM/ÖS 116,00/sFr 15,80 frei Haus;
Jahresabonnement 99,00 DM/ÖS 780,00/sFr 100,80
frei Haus. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt ist (Lieferende mit Heft 12). In den Bezugspreisen sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.